

Nr.
1
Januar
1987

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks · Eugen Kogon · Heinz Kühn
Johannes Rau · Heinz O. Vetter · Hans-Jochen Vogel · Herbert Wehner

1987
34. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)

Ständige Mitarbeit:
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Ulrich Gernhardt
Ferdinand W. Menne

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: satz+druck gmbh, 4000 Düsseldorf 12

Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-8738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 86,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Irving Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gernhardt
Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Zum Inhalt

„Spanien – Kultur, Gesellschaft, Politik“ ist der zweite Versuch der NG/FH nach dem „Italien-Heft“ 3/86, ein Schwerpunktthema einem Land zu widmen. Daß dabei der erfüllbare Anspruch nicht sein kann, Umfassendes oder gar Vollständiges zu publizieren, versteht sich schon aus Platzgründen. Vielmehr sollten einzelne, wichtige Aspekte herausgegriffen und – wenn möglich – durch einen roten Faden verknüpft werden.

Spanien ist, was die Kenntnis innen- und außenpolitischer Zusammenhänge, der ökonomischen und kulturellen Entwicklungen anlangt, für die meisten Bundesbürger eher ein unbekanntes Terrain. Daran haben auch weder die Beliebtheit des „Teutonenrills“ noch der Eintritt in die EG viel ändern können. Aber auch diejenigen, die sich für an iberischer Kultur Interessierte halten können, dürften nach der Lektüre des Artikels von Michi Strausfeld erstaunt (und vielleicht auch erschrocken) sein, was sie alles nicht kennen. Jedenfalls hat gerade in der jüngeren Gegenwart die spanische Kultur weit mehr zu bieten als wohl die meisten vermuten.

Der Spanische Bürgerkrieg war als militärische und politische Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges für ganz Europa von schrecklicher Bedeutung. Für die europäische Linke war er die letzte und entscheidende Niederlage vor der faschistischen Nacht über Europa. Diese Niederlage war noch härter und brutaler als die vorangegangenen Niederlagen in Italien und Deutschland, denn die Linke unterlag nicht nur mit Hilfe Hitlers und Mussolinis dem spanischen Faschismus, sondern auch Stalin und dem Stalinismus. Die dokumentierte Analyse Willy Brandts aus dem Jahre 1937, seinerzeit geschrieben für den SAP-Vorstand, ist auch (aber nicht nur) aus diesem Grunde noch heute von großem politischen und historischen Interesse.

Bei der Betrachtung dieses NG/FH-Schwerpunktes mag das Fehlen spanischer Autoren als Mangel erscheinen. Dies muß nicht so bleiben, Korrekturen oder Ergänzungen dieses deutschen Spanienbildes sind willkommen.

*

In 10/86 wurde ein Brief an Peter Glotz (ungekürzt) abgedruckt, in dem die anonyme Autorin in erstaunlich primitiver Weise Antisemitismen ausbreitet. Peter Glotz hatte kurz vorher, nämlich am 9. August 1986, in München eine Rede gehalten, in der er unter anderem behauptet hatte, man könne heute „in Deutschland wieder antisemitisch play-

pern, wie einem der Schnabel gewachsen ist“. Diese Beobachtung brachte Peter Glotz in Zusammenhang mit dem Kohl-Satz von der „Gnade der späten Geburt“. Der Kanzler habe historische Schuld auf sich geladen, in dem er die Tabugrenze gesenkt habe. Zur Veröffentlichung des anonymen Briefes schreibt der Vorsitzende des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, das folgende:

Sehr geehrter Herr Dr. Glotz, in der Oktoberausgabe von „Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte“ habe ich einen anonymen Brief vom 12. 8. 86 an Sie gelesen, der ein Musterbeispiel für die „Stürmerpropaganda“ des Nazi verbrecherregimes ist.

Für mich ist unverständlich, daß man einen solchen Brief veröffentlicht und damit der Öffentlichkeit nazistische und antisemitische Ungeheuerlichkeiten übermittelt.

Was soll ein Leser dieser Zeitschrift von einem solchen Schreiben denken? Glauben Sie, daß es der Sache dienlich ist, wenn man solche angeblichen Vorkommnisse der Zwanziger Jahre veröffentlicht?

Die Unverschämtheiten und Lügen in diesem Brief hätten m. E. in einer Zeitschrift wie „Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte“ keinen Platz finden dürfen.

*Mit freundlichen Grüßen
Werner Nachmann*

Die NG/FH-Redaktion glaubt gute Gründe für die Veröffentlichung gehabt zu haben, denn gerade, weil sie den Inhalt des Briefes für empörend und skandalös hält, andererseits aber wirklich keinerlei Anlaß hat, zu glauben, daß ausgerechnet Leser der „Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ durch dergleichen Schmierereien agitiert werden könnten, schien (und scheint) es ihr notwendig und sinnvoll, ihre Leser auch durch derartige grobe Mittel darauf aufmerksam zu machen, was derzeit nicht nur in Ecken und Winkeln in unserer Gesellschaft an braunen Sumpfbölen wieder hochkommt. Und keineswegs zufällig mit dem vielleicht verharmlosenden Titel „Neokonservatismus“ abgedruckt, in dem sich beispielsweise Jürgen Kocka mit „Kritik und Identität, Nationalsozialismus, Alltag und Geographie“ auseinandersetzt und Theo Rasehorn den „Kleinbürger als politischen Ideologen“ beschreibt. Jedenfalls: Wenn die Redaktion nicht sicher wäre, daß „ihre“ Leser in der Lage sind, den fraglichen anonymen Dreck als solchen zu erkennen, könnte sie eigentlich ihre Arbeit einstellen. Zumindest wäre sie politisch ziemlich sinnlos.

H.S.



Inhaltsverzeichnis

Seite	Autor	Titel
4	Thomas Rothschild	Opfer als Täter als Opfer. Jurek Beckers neuer Roman „Bronsteins Kinder“
6	Karsten D. Voigt	Realismus – Alterskrankheit des Linkeradikalismus?
10	Klaus Meyer-Abich	Weiterbildung der Hochschule durch Weiterbildung an der Hochschule
15	Horst Pöttker	Vielfalt als Vorwand. Zur Öffnung des Rundfunks für private Programmanbieter
26	Klaus Bloemer	Gretchenfragen an West und Ost
		Thema: Spanien – Kultur, Gesellschaft, Politik
28	Hans Roland Fäßler	Die spanischen Sozialisten und die Macht
33	Michi Strausfeld	Nicht nur Carmen und Toreros. Der Beitrag der spanischen Kultur zu Europa
38	Willy Brandt	Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien. Referat auf der Sitzung der erweiterten Partelleitung der SAP (1937)
54	NG/FH-Gespräch mit Peter von Oertzen	„Eine überaus sympathische Unmittelbarkeit der Aktionen.“ Über Anarchosyndikalismus und libertäre Tradition in Spanien
61	Patrik von zur Mühlen	„Spaniens Himmel breitet seine Sterne . . .“ Mythos und Realität der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg
64	Heinz Timmermann	Verwirrend und ohne Perspektive. Die Lage der spanischen Kommunisten
68	Walther L. Bernecker	Arbeitsbeziehungen und Demokratisierung in Spanien
74	Christian Schnitzler	Der lange Weg zum nordirischen Frieden
78	Clemens-Peter Haase	Formierung und Spaltung der finnischen Sozialdemokratie
83	Christian Zänker	Die endgültige Spaltung der finnischen Kommunisten
88	Horst Dichanz	Sozialist in Amerika
91		Kritik

Das Titelbild wurde von Maina Munsky und Peter Sorge nach einem Foto aus dem Katalog „Spanisches Tagebuch/Hans Namuth – Georg Reiser“ gearbeitet.

Thomas Rothschild Opfer als Täter als Opfer Jurek Beckers neuer Roman „Bronsteins Kinder“

Dr. Thomas Rothschild ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Literaturwissenschaften, FB Neuere deutsche Literatur, der Universität Stuttgart.

Jurek Becker – nicht zu verwechseln mit Jürgen Becker – ist mit einem Paukenschlag in die deutsche Literatur getreten: mit dem Meisterwerk „Jakob der Lügner“. Kaum einem zweiten in der gesamten Weltliteratur ist es so vollkommen geglückt, in unterhaltsamer, ja witziger Weise über etwas so Entsetzliches wie die Ausrottung der Juden durch den Nationalsozialismus zu schreiben, ohne auch nur an einer Stelle ins Unappetitliche oder in makabren Zynismus abzugleiten. „Jakob der Lügner“ war und bleibt die große literarische Antwort auf all die vielleicht gut gemeinten, tatsächlich aber verlogenen kitschigen Verarbeitungen dieses Themas.

Seit diesem ersten Roman, mit dem er sich selbst einen kaum wieder zu erreichenden Standard gesetzt hat, verfolgt Jurek Becker in seinem Romanwerk zwei Stränge. Auf „Jakob der Lügner“ folgte „Irreführung der Behörden“, wo – wie im vierten Roman „Schlaflose Tage“ – mit minutiöser Genauigkeit den Alltagsproblemen in der DDR und ihren Auswirkungen auf die sogenannten einfachen Menschen nachgegangen wird. Im fünften Roman „Aller Welt Freund“ verstärkt sich das psychologische Interesse, das bei Becker stets vorhanden, nie aber mit penetranter Deutlichkeit aufgetragen ist, auf Kosten der präzisen geographischen und politischen Lokalisierung. Zwischen „Irreführung der Behörden“ und „Schlaflose Tage“ knüpfte der heute in West-Berlin lebende DDR-Autor mit „Der Boxer“ jenen Strang weiter, den er mit „Jakob der Lügner“ verlängert hat: Es geht da jeweils darum, wie Juden mit dem Dritten Reich und mit dem Überleben danach fertig wurden. Mit „Bronsteins Kinder“ ist Jurek Becker fast in der Gegenwart, nämlich im Jahre 1974 angelangt, und so vereinen sich da die beiden Stränge seines Romanwerks. Denn der jugendliche Ich-Erzähler ist Jude, zugleich aber Produkt und Bewohner der DDR. Was im „Boxer“ sich bereits andeutete, ist

nunmehr Realität: herangewachsen ist eine jüdische Generation, für die die Erfahrungen und Leiden ihrer Väter (und es ist bei Becker wiederum und charakteristischerweise ein Vater, der im Mittelpunkt steht, die Mutter ist schon lange tot), für die Faschismus und Konzentrationslager Geschichte sind, weit entfernt und schwer begreifbar, wie die Niederschlagung des Prager Frühlings für tschechische Schüler und Studenten von 1986 oder die Studentenrevolte für westdeutsche Yuppies.

Allerdings hat der junge Jude im neuen Roman das Zurückschlagen nicht erlernt, das der Vater im „Boxer“ seinem Sohn so dringlich beibringen wollte. Eigensinnig zwar und auch zu Entschlüssen fähig, räsoniert er doch: „Auch Vater hat nicht eben einen Kämpfer aus mir gemacht. Zwar hat er mich nicht dazu erzogen, den Mund zu halten, mich aber auch nie ermuntert, ihn aufzumachen.“ Vielleicht, meint er an einer anderen Stelle, fehlt es ihm an Feinden,

Jurek Becker: Bronsteins Kinder. Roman, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1986, 302 Seiten, DM 34,-

die zu bekämpfen sich lohnte. Aber diese Selbsteinschätzung relativiert sich angesichts der Aussage: „Noch heute gerate ich in Panik, wenn ich mit einer Meinung allein dastehe.“

Der jugendliche Erzähler ist es leid, immer wieder – und sei es in freundlicher Absicht – auf seine jüdische Abstammung festgelegt zu werden. Er will aus der Tatsache, daß seine Eltern und auch seine um neunzehn Jahre ältere Schwester Opfer des Faschismus wurden, weder Nachteile noch Vorteile ziehen. Auch was man für Wiedergutmachung hält, ist im wörtlichen Sinne: diskriminierend. Der Erzähler will nicht anders behandelt werden und sein – er will dazugehören. Doch die Normalität scheint noch nicht möglich zu sein. Die Täter und die Opfer, die noch leben, sind gezeichnet, und sie geben ihre Wunden als Erbe weiter.

Um Täter und Opfer geht es in diesem Roman. Drei ältere Juden, die die Verfolgung durch die Nationalsozialisten überlebt haben, entführen fast dreißig Jahre nach Kriegsende einen ehemaligen Aufseher eines Konzentrationslagers und halten ihn in einem Wochenendhäuschen fest, wo sie ihn verhören. Der Erzähler, Sohn des einen Entführers, entdeckt den Gefangenen und befreit ihn schließlich. Doch der Vater, zum Täter geworden, stirbt am Ende als Opfer des Opfers, zu dem er den einstigen Täter ma-

chen wollte. Opfer ist auch Elle, die, als jüdisches Kind bei einem Bauern versteckt, in einer psychiatrischen Anstalt lebt, weil sie periodisch und unvorhersehbar Menschen anfällt, und die in ihrem Wahn bisweilen die heilsamsten Reaktionen zeigt. Daneben gibt es die zart-schöne Geschichte einer nicht mehr bestehenden, immer wieder aber nachklingenden Liebe. Bemerkenswert ist auch, was der Roman nicht erzählt. Viele Fragen bleiben offen, und gerade jene Motive, die die Trivialliteratur und der Kino- und Fernsehfilm so gerne ausschachten, etwa die Aussagen des ehemaligen Aufsehers, werden nur angedeutet oder sogar fallen gelassen.

Jurek Becker versteht es wie sonst in der deutschen Gegenwartsliteratur nur noch Martin Walser, leserfreundliche, alles andere als elitäre Unterhaltbarkeit im besten Sinne mit einem hohen stilistischen Anspruch zu verbinden. Becker ist wie Walser ein Sprachvirtuose, und mit ihm teilt er das große Repertoire von Möglichkeiten, über die er verfügt und die er gezielt und konsequent einsetzt. Mehr noch: Wie sich Martin Walser irgendwann zwischen Kristlein-Trilogie und dem „Fliehenden Pferd“ für kürzere Sätze entschied, so ist Jurek Becker, in „Jakob der Lügner“ ein Genie unaufhörlichen Fabulierens in langen musikalischen Perioden, mittlerweile bei einem zwar eleganten, in der Wortwahl immer wieder bestechenden, aber fast lakonischen Sprachgestus angelangt, einer neuen Sachlichkeit. Dem unverspielten, keineswegs aber simplen Sprachstil entspricht das einfache Prinzip der Konstruktion. Zwei nur ein Jahr auseinanderliegende und durch den rätselhaften Tod des Vaters getrennte Handlungsstränge, der eine im Präsens, der andere im Präteritum erzählt, werden ineinander verschachtelt, nicht zuletzt zur Erzeugung einer Spannung, die auch Anleihen beim Kriminalroman nicht scheut. Und wie sich aus dem Nebeneinander scheinbar disparater, nur durch schwierige Assoziationen verbundener Sätze oft schlagartig komplexe Einsichten ergeben, wie die Ellipse die Phantasie des Lesers anregt, so fordert auch die verzahnte Abfolge der Kapitel zu kombinierendem Mitdenken heraus, ja zur Stellung-

nahme und zum Weiterspinnen über den eigentlichen Text hinaus.

Gelegentlich, vor allem in der Beschreibung der Beziehung zwischen dem Erzähler und der schauspielenden Freundin Martha, aber auch bei Einzelheiten über den Vater, dessen Freund Gordon Kwart oder Marthas Vater Hugo Lepschitz, trifft man einen leisen ironischen Ton an. An anderen Stellen aber eignet er sich nicht. Wo der emotionale Druck zu stark zu werden droht – etwa in der Geschichte von Elle –, fängt Becker ihn ab durch Sachlichkeit oder durch einen raschen, wie beiläufigen Abschluß, einen Satz, der für sich allein dazustehen scheint und den Blick in eine andere Richtung lenkt.

Eine meisterhafte Episode über ein taubstummes Ehepaar ist eher ungewöhnlich für diesen Roman. Charakteristisch ist die Ökonomie des Personals. Alle Figuren stehen in einem Verhältnis zueinander, jede erfüllt eine Funktion in der Konstruktion der Handlung, keine dient nur dem atmosphärischen Aufputz, doch wirkt der Roman deshalb keineswegs wie ein lebloses Kalkül, wie die Einkleidung eines abstrakten Modells – nicht zuletzt wegen der Dialoge, als deren begnadeter Erfinder sich Jurek Becker einmal mehr erweist. (Auch das Fernsehen hat ja mittlerweile von diesem Aspekt seines Talents profitiert und sollte es weiterhin tun: es hat ja nicht eben aus dem Vollen zu schöpfen.) Keine der Figuren ist überflüssig, aber keine ist auch bloß schematisierter Zulieferer für die anderen. Im Gegenteil: mit wenigen treffenden Strichen skizziert Becker psychische Eigenheiten und Verhaltensmuster – etwa bei der stets um Harmonie besorgten, eine traditionelle Mutterrolle ausfüllenden Rahel Lepschitz.

Ein Roman also, den zu lesen Vergnügen und Spannung bereitet, ohne daß man sich dafür genießen müßte, ein Roman zugleich, der ein Stück Zeitgeschichte in einer Weise literarisch verarbeitet, die gängige Erwartungen angenehm enttäuscht und den abgenutzten Mustern eine neue, nicht um jeden Preis originelle, dafür aber bedenkenswerte Sicht entgegensetzt.

Karsten D. Voigt Realismus – Alterskrankheit des Linksradikalismus?

Karsten D. Voigt, Jahrgang 1941, gehört der SPD seit 1962 an. Von 1969–72 war er Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Er ist Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und Mitglied des SPD-Parteivorstandes.

„Ob der Realismus die Alterskrankheit des Linksradikalismus sei“, wird innerhalb der SPD und auch innerhalb der „Grünen“ in ironischer Anspielung auf den politischen Werdegang derjenigen Linksradikalen, die sich seit 1967 in der Abfolge mehrerer politischer Generationen jeweils aufs neue zu „Realpolitikern“ gemausert haben.

Für diejenigen, für die ihr Linksradikalismus zum Ausdrucksmittel ihrer jugendspezifischen Kultur wurde, erscheint es nur logisch, daß sie mit dem Wechsel ihrer Generationszugehörigkeit auch ihre politische Kultur wandelten. Diejenigen aber, die sich damals wie heute mit der Fähigkeit der „Neuen Linken“ zur utopischen Hoffnung auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung identifizieren, ist der Realismus die Tugend, die durch konkrete Reformen dieser Utopie den Weg bahnt.

Innerhalb der Linken jenseits der traditionellen Sozialdemokratie hat es immer zwei Grundströmungen gegeben, von denen die eine dogmatisch-autoritär, die andere eher anarchistisch-libertär war. Die zweite, die ich mit den Traditionen der „Neuen Linken“ identifiziere, ist die ältere. Ihre Ursprünge finden sich bei den sogenannten „Frühsozialisten“, bei Owen, Babeuf u. a. Ihre ausgeprägte Form fand diese Strömung in der politischen Praxis von Proudhon und Bakunin.

Cora Stephan hat in ihrem Buch „Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen! – Zur Urgeschichte der Sozialdemokratie“ an historischem Material dargelegt, daß diese anarchistisch-revolutionären Ansätze in der Frühzeit der Sozialdemokratie durchaus eine Rolle spielten – bis der „Marxismus“ Kautskyscher Prägung auf der Ebene der Theoriediskussion siegte. (Die Wirkungen Lassalles seien hier einmal ausgeklammert).

Der Doppelcharakter der Marxschen Theorie ermöglichte es, daß nahezu alle Richtungen der Lin-

ken sich auf sie beziehen konnten – auf der einen Seite die Beschreibung eines quasi naturhaften, zwangsläufigen ökonomisch-sozialen Prozesses, auf der anderen Seite die Partei des Proletariats, die als Agent des Weltgeistes diesen Prozeß vorantreibt, um an ihrem Ende die Expropriateure zu expropriieren und eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der „die öffentliche Gewalt den politischen Charakter“ verliert und der Staat als Herrschaftsinstrument abtritt.

Die Linksradikalen in der Tradition von Frühsozialisten und libertärem Anarchismus intendierten immer eine möglichst schnelle Befreiung der konkreten Menschen, die Minimierung oder Aufhebung der Herrschaft und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Ihr gemeinsamer Nenner war stets die „revolutionäre Ungeduld“.

Anders die Anhänger eines autoritären Linksextremismus. Im Anschluß an Marxsche Termini wie der „Diktatur des Proletariats“ und an den Terrorismus der russischen „Nihilisten“ (zu Unrecht manchmal als Anarchisten bezeichnet) konstituierte sich innerhalb der gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts dominierenden sozialdemokratischen Parteien eine autoritär-kommunistische Richtung, die sich als orthodox-marxistisch verstand, aber mehr noch als von Marx von Lenin und den Erfahrungen des illegalen Kampfes im zaristischen Rußland geprägt wurde. Während die anarchistisch-libertären Linksradikalen die Veränderung im Hier und Jetzt postulierten, setzten die autoritär-dogmatischen Linksextremisten auf eine wie immer ferne Zukunft. Im Namen einer künftigen Freiheit war in der Gegenwart jedes Mittel der Unterdrückung recht. In beiden Fällen zeigte sich eine mißbräuchliche Verwendung des Begriffs der Utopie. Als Zielvorstellung hat diese den Sinn, gegenwärtige Gesellschaft nicht als auf Dauer festgeschrieben, sondern als zum Besseren veränderbare zu beschreiben. Diese Funktion wird naiv mißverstanden, wenn die ersehnte Veränderung umstandslos erfolgen soll. Sie wird manipulativ zu Herrschaftszwecken mißbraucht, wenn sie in eine unerreichbare Zukunft projiziert wird. Diese herrschaftsbezogene Verwendung von Utopie erkannten deutlich die sich von der KPD der Weimarer Republik absplittenden Gruppen wie KAPD und KPD(O) und andere.

Die Erfahrung des Faschismus brachte die Mehrheit der anarchistisch-libertären Kräfte zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten dazu, sich für die erstere zu entscheiden, um so dem Schicksal von Ghetto und Sekte zu entgehen. Hinzu kam das Be-

wußtsein des Massenterrors in der stalinistischen Sowjetunion, dem auch zahllose Kommunisten und Sozialisten zum Opfer gefallen waren.

Erst während der studentischen Revolte ab 1967 gab es eine Renaissance der in der Zeit des Kalten Krieges und des Wirtschaftswunders weitgehend verdrängten und unterdrückten anarchistisch-libertären Strömungen. Die dogmatisch auf die Sowjetunion fixierten Vertreter eines traditionalistischen Marxismus-Leninismus wurden aus dem SDS ausgeschlossen. Rudi Dutschke und Hans-Jürgen Krahl agitierten zwar in der durch die Frankfurter Schule sublimierten Begriffswelt marxistischer Theorie. Ihre tatsächliche Wirkung aber beruhte weniger auf marxistischen Theorien als auf ihrer Fähigkeit zur Propaganda der direkten Aktion.

Spätestens mit dem Zerfall des SDS im Jahre 1970 trennten sich erneut die Wege zwischen autoritär-dogmatischen und anarchistisch-libertären Sozialismusvorstellungen. Parteifähnliche Organisationen wie KPD/AO, KPD/ML, KB entstanden auf der dogmatisch-autoritären Seite, Basisgruppen, Hausbesetzer und zum Teil auch Jungsozialisten bereiteten die infrastrukturellen Bedingungen der „Neuen sozialen Bewegungen“ (Anti-AKW, Frauen, Frieden) vor, von denen ein großer Teil sich später in der SPD-Linken oder im Umfeld der Grünen wiederfand.

Insofern als der Linksradikalismus aus seiner Fähigkeit zum utopischen Denken für die Verbesserung konkreter Lebensumstände motiviert wurde, ohne dabei die Perspektive für eine insgesamt bessere Gesellschaftsordnung zu verlieren, konnte er eine realpolitische Wende vollziehen. Realismus ist die Tugend eines Linksradikalismus, der sich nicht nur mit seinen utopischen Zielen ausdrücken, sondern auch durch konkrete Reformen schrittweise seine politischen Ziele verwirklichen will. Unter den außen- und gesellschaftspolitischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland führt eine Synthese aus einem antiautoritär-libertären Linksradikalismus mit dem politischen Realismus zu einer Strategie des sozialistischen Reformismus.

Der Ausgangspunkt des antiautoritär-libertären Linksradikalismus ist die unvollkommene Ausstattung der Welt, seine Triebfeder ist die moralische Empörung. Mit ihr durchbricht er die Gleichgültigkeit der Mitbürger. Er gehört zur Aufklärung und Moderne, nicht zum Irrationalismus. Wir sollten ihn als das Frühwarnsystem in einer Gesellschaft voller Mißstände betrachten. („Nach dem Erdbeben schlägt man auf die Seismographen ein. Man kann

jedoch nicht die Barometer für die Taifuns bußen lassen.“)

Alle linken Bewegungen und Organisationen haben sich im Verlauf ihrer Geschichte weit von ihren ursprünglichen Ansätzen und Anfängen entfernt. Alle Orthodoxen sehen in diesem revisionistischen Prozeß den Verrat an den heiligen Schriften der Arbeiterbewegung. Sie beharren auf einmal gewonnenen Einsichten. Ihr Verhältnis zur Wirklichkeitserkennung ist instrumentell. Im Gegensatz hierzu halte ich nur das für „links“, was sich beharrlich an den Zielen der bürgerlichen Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) und an denen des Sozialismus (Ende der Ausbeutung und der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen) orientiert und gleichzeitig zur ständigen Revision überkommener Strategien aufgrund neuer Einsichten bereit ist.

Eine der positiven Wirkungen der „Neuen Linken“ der Sechziger bestand in der Sensibilisierung der SPD angesichts der andauernden Ausbeutung und Unterdrückung in der Dritten Welt. Der neue Internationalismus der SPD, der sich u. a. im Vorsitz Willy Brandts in der Sozialistischen Internationale personifiziert, versucht überkommene internationalistische Traditionen der Arbeiterbewegung mit der neuen politischen Kultur der Solidaritätsbewegungen zu verbinden.

„Neue Linke“ und SPD haben beide ursprünglich die mit neuen Technologien und insbesondere die mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbundenen Risiken unterschätzt. Beide haben dazugelernt. Beide öffneten sich neuen Erkenntnissen und Einsichten. Die „Neue Linke“ hat sich schneller bewegt. Aber so lange nur sie sich bewegt, wird sich in der Gesellschaft insgesamt nur wenig bewegen lassen. Die SPD und die Gewerkschaften bewegten sich langsamer. Aber ihre Bewegung ist die Voraussetzung dafür, daß sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer neuen Phase der Reformpolitik ändern.

Die Zustimmung zu den einzelnen Projekten einer zweiten Phase der Reformpolitik ist in der Bevölkerung zur Zeit weitaus größer als die Zustimmung zur SPD allein oder auch als die Zustimmung zu SPD und „Grünen“ zusammen. Hierzu trägt eine traditionelle „Linksfürchtigkeit“ bei. Taktische Fehler, Sektierertum und ein unklares Verhältnis zur Gewalt in Teilen der Linken erleichtern die Mobilisierung dieser „Linksfürchtigkeit“.

Der langjährige Entfremdungsprozeß zwischen der SPD und den neuen sozialen Bewegungen, der

erst zur Gründung der „Grünen“ und dann zu einer anfänglichen Polarisierung zwischen SPD und Grünen führte, hat sich umgekehrt. Der Wille zur Kooperation wächst auf beiden Seiten. Aber dieser Wille allein reicht nicht aus. Angesichts des zu erwartenden starken Drucks der deutschen und der internationalen Rechten wäre der Konsens vor Bundestagswahlen über ein in der Zeitperspektive überschaubares und in seinem Umfang begrenztes Reformprogramm Voraussetzung für Handlungsfähigkeit nach Wahlen.

Dieser Konsens müßte mehr als ein taktischer Kompromiß zwischen zwei Parteien sein, denn Handlungsunfähigkeit setzt einerseits eine nützliche Einsicht in die nationale und internationale Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten und andererseits Fortschritte beim wechselseitigen Lernprozeß zwischen den unterschiedlichen politischen, sozialen und kulturellen Strömungen, die sich in der Politik der SPD und der Grünen auch nach Wahlen wiedererkennen wollen, voraus. Entstehen würde ein neuer Typ des Reformismus, der aus der Synthese der utopischen Hoffnungen des libertären Linksradikalismus und den realpolitischen Traditionen der demokratischen Arbeiterbewegung entsteht.

Eine realpolitische Annäherung zwischen SPD und Grünen sollte nicht dazu führen, daß beide Parteien ihre jeweiligen negativen Eigenschaften weitervermitteln: Die SPD auf die Grünen die Neigung zum bürokratischen Machtopportunismus und die Grünen auf die SPD die Vorliebe für ein modisches und narzistisches Politikerverhalten.

An die Stelle spontaner und moralischer Empörung sind vielfach in bezug auf ihre Medienwirkung

kühl kalkulierte Regelverletzungen getreten. Das Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen wird immer mehr von parteitaktischen und parlamentarischen Verwertungsbedingungen bestimmt. Statt für Überzeugungen zu werben, wird über die Verteilung von Wählermärkten zwischen SPD und Grünen diskutiert. Diese Art der realpolitischen Wende droht das Element der Utopie und Moral zugunsten eines mehr zynischen als ironischen Umgangs mit der Macht zu beschneiden.

Gegenwärtig sind die „Grünen“ für die SPD auf Bundesebene weder ein ausreichend kompromißfähiger noch ein ausreichend verlässlicher Partner. Die Tolerierung einer SPD-Regierung durch die Grünen ist keine ausreichende Grundlage für eine handlungsfähige Bundesregierung. Die Bereitschaft zur Tolerierung ist nicht Ausdruck einer konzeptionellen Synthese, sondern Ergebnis eines parteitaktischen Kompromisses innerhalb der Grünen zwischen Befürwortern und Gegnern einer Koalition mit der SPD. Angesichts dieser Situation besteht für die SPD nur die Option, für eine eigene Mehrheit bei den Wahlen im Jahre 1987 zu werben.

Wenn diejenigen, die sich den Traditionen der „Neuen Linken“ in der Anhängerschaft der SPD und der „Grünen“ verpflichtet fühlen, in den kommenden Monaten und Jahren den mühsamen Lernprozeß, der zu einer neuen reformistischen Synthese aus libertärem Linksradikalismus und den realpolitischen Traditionen der demokratischen Arbeiterbewegung führen soll, beharrlich unterstützen, dann könnte im Jahre 1991 ein rot-grünes Bündnis auch auf Bundesebene zur handlungsfähigen Alternative werden.

WIR VERSICHERN IHREN OPTIMISMUS



Sie können das Leben optimistisch sehen. Zum Beispiel mit dem Volksfürsorge-Sicherheitsprogramm für Frauen. Die umfassende Zukunftssicherung zu besonders günstigen Beiträgen. Eine der vielen Volksfürsorge-Versicherungsleistungen. Fragen Sie uns.

Keine Sorge –

 **Volksfürsorge**
Versicherungen

Klaus Michael Meyer-Abich Weiterbildung der Hochschule durch Weiterbildung an der Hochschule

Dr. Klaus Michael Meyer-Abich ist Professor für Naturphilosophie und Senator für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Weiterbildung bereits Berufstätiger ist eine Aufgabe der Hochschulen, die bisher im Schatten des Erststudiums unmittelbar im Anschluß an eine Schulzeit gestanden hat, die in Zukunft aber eine größere Bedeutung gewinnen wird. Es war ein Irrweg, den immer komplexeren Ausbildungsbedürfnissen in der Industriegesellschaft dadurch entsprechen zu wollen, daß das Lehrangebot und die Anforderungen im Erststudium erweitert und die Studiendauern entsprechend verlängert worden sind. Denn auch ein noch so langes Studium an einer Hochschule kann heute kein Abschluß auf Lebenszeit mehr sein. Studenten können durch das Studium lediglich auf einen Berufsweg gebracht werden. Um diesen Weg zu gehen, werden sie von Zeit zu Zeit auf Weiterbildungshilfen angewiesen sein, die ihnen nicht schon vorab – durch Verlängerungen des Erststudiums – mitgegeben werden können.

Die Weiterbildungsaufgabe ist für die Industriegesellschaft keineswegs neu und wird von den Kammern, Berufs- und Fachverbänden, Unternehmen, Verwaltungen und Behörden, Volkshochschulen, Bildungswerken der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie von den kirchlichen Akademien in einer vielfältigen und differenzierten Weise wahrgenommen. Die Hochschulen haben sich daran bisher jedoch kaum beteiligt. In den letzten Jahrzehnten waren es wohl vor allem die steigenden Studentenzahlen, welche die Aufgaben der Erwachsenenbildung an den Hochschulen auch dort in den Hintergrund gedrängt haben, wo sie dennoch gesehen worden sind.

Soll es damit nun ein Ende haben, so bleibt immerhin an einige Ausnahmen und rühmliche Traditionen anzuknüpfen. In Hamburg ist dies z. B. vor allem das 1905 gegründete Technische Vorlesungswesen, das später im Rahmen der Ingenieurschule bzw. der Fachhochschule aufrechterhalten worden

ist und dessen Regie seit 1981 beim Institut für Kontaktstudien der Fachhochschule liegt. Dabei ist unter einem Kontaktstudium eine bestimmte Form der Weiterbildung zu verstehen, nämlich die während der Berufstätigkeit und somit im unmittelbaren Kontakt zur Praxis, also nicht die Weiterbildung z. B. durch einen Studiengang, für den die Berufstätigkeit zu unterbrechen ist.

Formen der Weiterbildung, in denen diese neben der Berufstätigkeit herlaufen kann und mit dieser zeitlich vereinbar ist, sind außer Abendveranstaltungen im wöchentlichen Hochschulrhythmus vor allen Tagungen und Tagungsreihen, Kompaktkurse z. B. während eines Bildungsurlaubs und Fernstudien. Die äußere Form kann also den jeweiligen Inhalten sowie den Bedürfnissen und Möglichkeiten des jeweiligen Interessenten sehr weitgehend angepaßt werden. Um es nicht zu Einschränkungen dieser Flexibilität kommen zu lassen, die sich in der Vergangenheit sehr bewährt hat, ist es sinnvoll, daß die Hochschulen teilweise nur Mitwirkende an den Weiterbildungsprogrammen anderer Einrichtungen sind. Akademietagungen z. B. haben eine besondere Qualität, die an Hochschulen in der Regel nicht zu verwirklichen ist.

Nun wird unter der Weiter- oder Fortbildung oft nur verstanden, daß im späteren Leben etwas nachgeholt wird, was grundsätzlich auch früher schon hätte gelernt werden können, was aber aus biographisch bedingten Gründen früher nicht gelernt worden ist. Ein typisches Beispiel ist das Erlernen von Fremdsprachen. Auch sonst kann es sich durch berufliche Veränderungen ergeben, in bestimmten Gebieten Spezialkenntnisse haben zu sollen, die im Prinzip auch durch ein Zusatz-, Ergänzungs- oder Aufbaustudium im Anschluß an das Erststudium hätten erworben werden können. Anforderungen dieser Art wird es auch weiterhin geben, sie liegen aber nicht im Kern dessen, was im Folgenden unter der Weiterbildung im eigentlichen Sinn verstanden werden soll. Was biographisch nachgeholt oder für die berufliche Laufbahn ergänzt werden muß, ist durch das Bildungssystem ja auch bisher schon und ohne eine weitergehende Beteiligung der Hochschulen geleistet worden.

Die Weiterbildung im engeren Sinn soll demgegenüber diejenigen Kompetenzen vermitteln, deren die Industriegesellschaft bedarf, damit technische Neuerungen richtig genutzt werden. Das derzeit größte und aktuellste Beispiel dafür, daß viele Menschen etwas lernen, was sie zur Zeit ihrer ursprünglichen Berufsausbildung im wesentlichen noch gar

nicht hätten lernen können, nun aber lernen müssen, ist die Mikroelektronik. Das Bedürfnis nach Weiterbildung in diesem Sinn ergibt sich also aus der Entwicklung von Wissenschaft und Technik.

Bis in den Wirtschaftsaufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg hinein war diese Entwicklung zumindest in der Wissenschaft nicht so schnell, daß die verschiedenen Branchen damit nicht im wesentlichen durch Betriebserfahrungen und durch interne Weiterbildungsmaßnahmen sowie durch die Einstellung neuer, bereits entsprechend ausgebildeter Mitarbeiter hätten Schritt halten können. Inzwischen aber sieht es so aus, daß die Technik sowohl durch die angewandte Physik (Mikroelektronik) als auch durch die Biotechnologie wissenschaftlich neue Grundlagen erhält und die Verwissenschaftlichung der Berufsfelder noch einmal stark zunimmt. Dadurch entstehen Weiterbildungsbedürfnisse, die in bestimmten Berufen – wie bisher schon bei Ärzten, Lehrern und Juristen – sogar zu einer kodifizierten Weiterbildungspflicht führen können.

Um das biographisch Nachzuholende von den gesellschaftlich neuen Anforderungen zu unterscheiden, könnte es als Nachbildung von der eigentlichen Weiterbildung abgehoben werden. Die Übergänge sind jedoch teilweise fließend, und die bloße Nachbildung dürfte in Zukunft eine viel geringere Rolle als die Weiterbildung spielen.

Das Ziel der Weiterbildung ist nicht nur die Anpassung der Qualifikationen von Berufstätigen an den jeweiligen Stand der Technik. Es geht auch um eine den Bedürfnissen des einzelnen wie denen der Gesellschaft entsprechende Integration oder Reintegration bestimmter Situationsgruppen in die Wirtschaft, die Kultur und das soziale Leben insgesamt. Dienen soll die Weiterbildung also gleichermaßen

- den Frauen oder Männern, die aus familiären Gründen eine Zeitlang nicht berufstätig gewesen sind und danach wieder in das Berufsleben zurückfinden möchten;
- den Arbeitslosen, um ihre Qualifikation aus dem Berufsleben nicht verkümmern zu lassen, sondern sie zu aktualisieren, oder um ihnen durch zusätzliche Qualifikationen neue Berufschancen zu eröffnen;
- den Senioren, damit sie in der wissenschaftlich-technischen Welt eher einen Platz finden, an dem sie gebraucht werden, und weil in der Industriegesellschaft so vieles nicht getan wird, weil das meiste nur gegen Geld getan wird, wohingegen es den

Alten vor allem darauf ankommt, in sinnvollen Zusammenhängen gebraucht zu werden;

- den Ausländern, die bei uns heimisch werden wollen und dazu als Erwachsene einen Bildungsbedarf haben, sowie
- den Ausländern aus den Ländern der Dritten Welt, mit denen wir zusammenarbeiten und die sich an der industriegesellschaftlichen Entwicklung bei uns orientieren wollen.

Eine Bedingung für die Teilnahme an der Weiterbildung ist jedoch, daß nach der Erstausbildung Erfahrungen in der Praxis gesammelt worden sind, in der Regel durch eine mindestens dreijährige Berufstätigkeit.

Mit welchem Weiterbildungsbedarf ist in der Zukunft quantitativ zu rechnen? Eine Abschätzung ist am ehesten möglich für die Weiterbildung im engeren Sinn, die also dem Fortgang der Industriegesellschaft mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik folgt und auch diejenige Aufgabe ist, welche über die bisherige Praxis hinaus die größten Anforderungen an die Hochschulen (Wissenschaftliche Hochschulen und Fachhochschulen) stellen dürfte.

Ich nenne im Folgenden die Zeit, in der das ursprünglich im Studium erworbene Wissen nur noch halb soviel wert ist wie bisher, die „Halbwertszeit“ dieses Wissens. Dabei wird die mittlere Halbwertszeit des insgesamt Gelernten nicht sonderlich aussagekräftig sein, denn es gibt in allen Fächern, die in der Praxis überhaupt eine Rolle spielen, einen Grundkanon des Wissens, der teils gar nicht, teils kaum während menschlicher Lebenszeiten veraltet. Die Quantentheorie z. B. oder die Newton-Hamiltonsche Mechanik und die Hauptsätze der Thermodynamik dürften allenfalls insoweit je veralten, wie das Wort „veralten“ seinen Sinn verliert. Für die Weiterbildung von Interesse sind demgegenüber jedoch die Studienanteile mit Halbwertszeiten von bis zu fünfzehn Jahren. Die untere Grenze liegt, wenn die Wissensbereiche nicht gar zu klein gewählt werden, vermutlich bei etwa fünf Jahren. Noch näher an die Front der Forschung und Entwicklung herangeführt werden wohl nur wenige Studenten.

Um den langfristigen Weiterbildungsbedarf in einer quantitativen Näherung abzuschätzen, nehme ich an, daß

- ein Hochschulstudium durchschnittlich vier Jahre dauert;
- in zwei von den vier Jahren ein Grundwissen mit Halbwertszeiten von fünfzehn Jahren bis unendlich vermittelt wird;
- das in den anderen zwei Jahren Gelernte im Mittel

über alle Fächer eine Halbwertszeit von zehn Jahren hat;

- in der Bundesrepublik Deutschland etwa sechs Millionen Hochschulabsolventen berufstätig sein werden, was um die Jahrhundertwende der Fall sein dürfte und dem längerfristigen Gleichgewicht (20 bis 25 % von ca. 25 Millionen) entsprechen könnte.

Unter diesen Annahmen ergibt sich individuell ein durchschnittlicher Weiterbildungsbedarf von 0,1 Studienjahren pro Jahr (gleich nach dem Studium mehr, später weniger), also von einem halben Tag pro Fünftagewoche. Für sechs Millionen Beschäftigte sind das 0,6 Millionen Studienjahre pro Jahr. Dies ist gerade noch einmal halb so viel wie die Gesamtausbildungsleistung der heutigen Hochschulen, an denen ja zur Zeit etwa 1,3 Millionen Studenten studieren, und nicht viel weniger als die Ausbildungsleistung unter Normalbedingungen sein würde.

Glücklicherweise braucht der Weiterbildungsbedarf nur zu einem Teil durch die Hochschulen gedeckt zu werden. Ich nehme an, daß durchschnittlich

- etwa ein Drittel des Bedarfs durch Betriebserfahrungen (Hinzulernen bei der Arbeit) von alleine gedeckt wird (Einheit von Lehre und Praxis);
- etwa ein weiteres Drittel durch spezifische Weiterbildungsmaßnahmen (Kurse, Kongresse, Tagungen etc.) einschließlich der fachbezogenen Allgemeinbildung innerhalb der einzelnen Betriebe, Branchen oder Berufsfelder gedeckt wird;
- der verbleibende Teil jedoch von den Hochschulen zu leisten sein wird.

Diese Aufteilung gilt so nur für Berufstätige. Arbeitslosen muß zumindest das erste Drittel anderweitig geboten werden. Für Berufstätige wiederum fallen das erste Drittel und wohl auch zumindest Teile des zweiten Drittels in die Arbeitszeit.

Die Hochschulen hätten, soweit diese Rechnung zutrifft, langfristig etwa ein Sechstel ihrer derzeitigen Ausbildungsleistung für die Weiterbildung im engeren Sinn von berufstätigen Hochschulabsolventen zu erbringen. Hinzu kommen die Weiterbildungsanforderungen derer, die nicht studiert haben, soweit sie die Hochschulen betreffen, und die Nachbildungsbedürfnisse, etwas doch noch zu lernen, was grundsätzlich auch früher schon hätte gelernt werden können. Um diese Anforderungen zu berücksichtigen, die allerdings in Zukunft geringer als in der Vergangenheit sein dürften, runde ich den Weiterbildungsbedarf von einem Sechstel auf 20 % der jet-

zigen (Überlast-) Ausbildungsleistung auf. Die Fehlerbreite der Abschätzung dürfte etwa zwischen 15 und 30 % liegen, wobei das Ergebnis auch davon abhängt, wie weit die Hochschulen sich in der Weiterbildung bewähren. In jedem Fall handelt es sich um eine große und nennenswerte Aufgabe, die auch in den künftigen Ausstattungsplänen der Hochschulen zu berücksichtigen sein wird. Bevor derartige Konsequenzen gezogen werden können, bleibt freilich zu prüfen, unter welchen Bedingungen die Hochschulen diesen Anforderungen überhaupt gerecht werden können.

Zur Weiterbildung im strengen Sinn haben bisher zwar einzelne Hochschullehrer erheblich beigetragen, dies aber vor allem im Rahmen der Aktivität von Berufsverbänden, Akademien, Einzelbetrieben bzw. Verwaltungen etc. Die Hochschulen als solche waren, von einigen Renommierbeispielen abgesehen, hier nicht sonderlich aktiv. Sie müßten also zunächst einmal Vorschläge machen, wie ihr Weiterbildungsangebot aussehen könnte.

Vergegenwärtigt man sich die Praxisferne sowohl der Professoren in ihrer Mehrzahl als auch der Hochschulen in ihrer institutionellen Verfassung, in der bereits ein nicht nur von Wissenschaftlern besetztes Forschungskuratorium eine weitreichende Neuerung ist, so zeigt sich, daß die Hochschulen auf die Anforderungen der Weiterbildung nicht ohne weiteres vorbereitet sind. Wer anderen etwas beibringen können möchte, sollte ihnen ja zumindest insoweit voraus sein. Ihrem Weiterbildungsauftrag gerecht werden zu wollen, hätte für die Hochschulen also die Konsequenz, nicht einfach so bleiben zu können, wie sie sind. Anders gewendet, liegt gerade hier aber auch eine sehr große Chance für die Hochschulen.

Daß für die Hochschulen eine Herausforderung darin liegt, ihrem Weiterbildungsauftrag in Zukunft gerecht zu werden, hat auch der Wissenschaftsrat betont: „Die Hinwendung der Hochschulen zur Weiterbildung wird zu neuen Fragen an die Forschung führen. Diese werden sich teils auf methodische Probleme beziehen, aber nicht auf sie beschränken. Einerseits treten z. B. in der Vermittlung an Berufstätige bekannte Themen in neue Zusammenhänge, die den jeweiligen Sachverhalt erneut zu analysieren nötigen. Andererseits geben etwa Lebensalter und Berufserfahrung der Teilnehmergruppen in der Weiterbildung Anlaß zu eigenen Fragestellungen, die von Fall zu Fall auch Gegenstand der Forschung werden können“ (Empfehlungen zur Weiterbildung an den Hochschulen, 1983, S. 13). Ähnliches steht in einer

Stellungnahme des Plenums der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1982. Demgegenüber wird die Weiterbildung in den Hochschulen meistens noch nicht so verstanden, daß es dabei auch für den Wissenschaftler etwas zu lernen gibt.

Eine besondere Chance sehe ich darin, daß für die Weiterbildung Humboldts Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in der Einheit von Forschung und Lehre mehr als bisher Raum gegeben werden kann. Hier lernen dann nicht nur die Berufstätigen, was unter den seit ihrem Studium erfolgten Fortschritten der Wissenschaft wissenswert sein könnte, sondern auch die Professoren, was zu wissen für die Praxis interessant wäre und wie sich wissenschaftliche Erkenntnisse ausnehmen, wenn man seinen Lebensunterhalt damit bestreiten und Bedürfnisse der Industriegesellschaft erfüllen möchte. Dies wäre nicht nur im Interesse der weiterzubildenden Berufstätigen, sondern auch in dem der Hochschule. Das heißt: *Die Weiterbildung an der Hochschule ist zugleich die Weiterbildung der Hochschule selbst.*

Zur Weiterbildung der Hochschule in Forschung und Lehre trägt bereits bei, daß sie sich, um überhaupt ein annehmbares Weiterbildungsangebot entwickeln zu können, mit den Bildungsbedürfnissen in den Berufsfeldern vertraut machen muß, in welche die heutigen Hochschulabsolventen entlassen werden. Der Weiterbildung wird auch dienen, daß die Hochschule dabei in einen Dialog mit den verschiedenen Einrichtungen in der Wirtschaft, Kultur und Verwaltung eintreten muß, so wie umgekehrt diese auch auf die Hochschulen angewiesen sind, weil sie zur Weiterbildung von sich aus nicht in der Lage wären. Diese Öffnung der Hochschule könnte dazu führen, daß Lehre und Forschung in Zukunft stärker an den – in der Regel fachübergreifenden – Aufgaben der Industriegesellschaft und weniger an den traditionellen Fachgrenzen orientiert werden. In der Weiterbildung liegt also eine Chance der problemorientierten Wiederverbindung der einzelnen Wissenschaften zur Lösung der Probleme und Zukunftsaufgaben der Industriegesellschaft.

Eine interessante Perspektive zur Weiterbildung der Hochschule selbst liegt auch darin, daß es sachgemäß wäre, wenn die Wissenschaftlichen Hochschulen und die Fachhochschulen einander näherkämen, um der gemeinsamen Herausforderung so gerecht zu werden, so daß die entstehende Differenzierung die eines Ganzen wird und nicht nur ein Nebeneinander zweier je für sich unvollständiger Teile. Dabei gibt es kaum eine Tugend der Fachhochschule – ihre Praxisorientierung, das erfahrungsbezogene

Lernen, die Kürze der Studiengänge, der Verzicht auf bloße Präntentionen der Einheit von Forschung und Lehre –, in der sie, soweit diese Tugenden reichen, den Wissenschaftlichen Hochschulen nicht zum Vorbild werden könnte. Umgekehrt aber wäre es auch gut für die Fachhochschule, in schwerpunktmäßig neu zu bildenden Entwicklungsbereichen den Anschluß an die Angewandte Forschung in den Wissenschaftlichen Hochschulen zu finden, am besten durch die Kooperation im Rahmen gemeinsamer Projekte, so wie ja auch die Absolventen von beiderlei Hochschulen in der Praxis zusammenarbeiten.

Zur besseren Vorbereitung der Hochschulen auf die Anforderungen der Weiterbildung dienen bereits viele Maßnahmen in Forschung und Lehre, die ohnehin getroffen werden sollten, insbesondere

- die Einrichtung Interdisziplinärer Institute;
- die Bildung von Forschungs- und Entwicklungsbereichen an Wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen in Verbindung mit einer zur Schwerpunktbildung geeigneten Verteilung der Personal- und Sachmittel sowie der Lehrdeputate;
- daß Dauerstellen auch an Wissenschaftlichen Hochschulen möglichst nur noch an Bewerber vergeben würden, die sich zuvor in einem Berufsfeld außerhalb der Hochschule bewährt haben;
- die stärkere Berücksichtigung der Probleme der Arbeitswelt in Forschung und Entwicklung;
- die Verkürzung der Studiengänge, wobei die Wissenschaftlichen Hochschulen in einigen Fächern wieder 6-7semestrige, höchstens aber 8-10semestrige Studiengänge und die Fachhochschulen in bestimmten Fällen zusätzlich 2-3semestrige Aufbaustudiengänge anzubieten hätten;
- die Überprüfung der Studiengänge unter Gesichtspunkten der Anforderungen in den künftigen Berufsfeldern;
- die stärkere Praxisorientierung in Examensarbeiten und die erweiterte Einführung von Praxissemestern in die Studiengänge;
- die Berufsfeldorientierung der Fachbereiche in der Betreuung der Studiengänge und die regelmäßige Absolventenkritik.

Spezifisch unter Weiterbildungs Gesichtspunkten halte ich darüber hinaus die folgenden Maßnahmen für geboten:

1) **Praxissemester für Professoren:** Wer in der Weiterbildung tätig sein möchte, braucht einen besseren Praxisbezug als ihn die an Hochschulen in Lehre und Forschung tätigen Wissenschaftler normalerweise haben. An der Fachhochschule gewähr-

leistet die vorausgegangene Fünfjahrespraxis der dortigen Professoren ebenfalls noch lange keinen lebenslangen Praxisbezug. Nach dem Vorbild der bisherigen Forschungssemester sind deshalb Praxissemester einzuführen, in denen Professoren aller Hochschulen in ihrem Fach oder zur Erweiterung ihres Fachs außerhalb der Hochschule arbeiten. Um hier die Gegenseitigkeit des Interesses zu gewährleisten, ist es erforderlich, daß der Betrieb bzw. die Einrichtung, in der das Praktikum stattfindet, wenigstens einen Teil des Professorengehalts übernimmt. Optimal wäre es, Professoren regelmäßig zu beurlauben, so daß sie ihr Gehalt für die berufspraktische Zeit frei aushandeln können.

2) Beratungsaufgaben der Hochschulen in Politik und Wirtschaft: Vor allem die politischen Interessen sollten in Zukunft durch die öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen erheblich besser und weitergehend unterstützt werden als bisher. Politik und Verwaltung müssen sich auf wissenschaftliche Argumente und Wissenschaftler sich auf politische Entscheidungssituationen einlassen, damit in der Industriegesellschaft die Politik dem Stand des Wissens und der Stand des Wissens dem öffentlichen Interesse entspricht. Ähnliche Bedürfnisse bestehen auch in der Wirtschaft. Je besser die Hochschulen diesen Anforderungen gerecht werden, um so eher können sie den Studenten eine berufsqualifizierende Lehre und den Berufstätigen die erforderliche Weiterbildung bieten. Wahrzunehmen sind insbesondere vielerlei Aufgaben, für die es privatwirtschaftlich keine hinreichende Motivation gibt. In diesem Zusammenhang wären besondere Programme zur fachorientierten Allgemeinbildung zu entwickeln, wobei die Hochschulen u. a. mit den kirchlichen Akademien zusammenarbeiten könnten.

3) Berufsfeldtätigkeit von Wissenschaftlern: Die Ausbildung der Ärzte wäre kaum denkbar, wenn die Medizinprofessoren nicht gleichzeitig Leiter von Unternehmen wären. Studenten der Technischen Fächer, der Architektur oder der Musik kommt es ebenfalls zugute, wenn ihre Professoren neben der Lehre selbst im Berufsfeld tätig sind. Dieses System sollte mehr als bisher auch anderen Studiengängen nützen. Ein Anfang dazu wird am besten in der Weiterbildung gemacht. Wenn Professoren im Berufsfeld wirtschaftlich tätig sein wollen, sollte dies von Seiten der Hochschule und der Behörden also grundsätzlich begrüßt werden. Es versteht sich, daß für eine angemessene Zuordnung der Einkünfte und für

die erforderliche Präsenz in der Hochschule Sorge zu tragen ist.

4) Privat finanzierte Weiterbildungseinrichtungen: Mit der Kritik an der Ausbildungsleistung von Hochschulen ist bisweilen die Bereitschaft verbunden, es in privater Initiative versuchsweise besser machen zu wollen. Weiterbildungsprogramme wären dazu besonders geeignet. Derartige Initiativen sollten deshalb dankbar aufgenommen werden. Eine Bedingung ist, daß die vorhandenen Professoren und sonstigen Hochschulangehörigen an derartigen Unternehmungen möglichst weitgehend beteiligt werden, so daß demonstriert wird, wie durch die bessere Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten mehr zu leisten wäre als bisher.

5) Gebühren: Für die Weiterbildung bedarf es keiner vollständigen Studiengänge, sondern jeweils für ein bestimmtes Berufsfeld bedarfsgerecht bemessener Wissenszuwächse. Diese Zuwächse sollten so zugeschnitten und dosiert sein, wie es dem Bedürfnis des Berufstätigen entspricht. Soweit dies gelingt, das Angebot also der Motivation der Interessenten entspricht, können und sollten für Weiterbildungsleistungen Gebühren erhoben werden. Wäre das Angebot für den Berufstätigen die Gebühr nicht wert, so wäre es auch für den Staat den Aufwand nicht wert. Welche Mittel den Hochschulen für die Weiterbildung zugewiesen werden, sollte von den Einnahmen abhängig sein.

6) Offenheit des Zugangs: Wie im Hochschulrahmengesetz vorgesehen, soll das Weiterbildungsangebot der Hochschulen nicht nur den Absolventen eines Erststudiums offenstehen. Es kommt lediglich darauf an, daß die Teilnehmer die Voraussetzungen erfüllen, die für eine aktive Wahrnehmung des Weiterbildungsangebots erforderlich sind. Entscheidend dafür ist das in der beruflichen Praxis Gelernte im Zusammenhang mit dem dort erfahrenen Weiterbildungsbedarf, und für beides sind vorangegangene Zeugnisse kaum von Belang. Entscheidend für die Zulassung zu Weiterbildungsveranstaltungen ist jedoch, daß überhaupt eine berufliche Praxis vorangegangen ist. Diese sollte mindestens drei Jahre gedauert haben, in der Regel jedoch länger. Die erfolgreiche Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen ist durch jeweils spezifische Zertifikate zu bescheinigen. Akademische Grade kommen nur dann in Betracht, wenn die beim Erststudium erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

7) Beteiligung von Praktikern an der Lehre: Die Öffnung der Hochschulen für die Weiterbildungsbedürfnisse der Berufsfelder wird dadurch unterstützt,

daß Lehraufgaben auch von Praktikern wahrgenommen werden, die ihrerseits mit Hochschulwissenschaftlern zusammenarbeiten. Der Öffnung des Teilnehmerkreises würde dann die des Lehrkörpers entsprechen. Durch die Zusammenarbeit Lehrender von innerhalb und außerhalb der Hochschule mit den Weiterzubildenden ergeben sich besondere Chancen der Einheit von Forschung, Lehre und Entwicklung.

8) Entwicklung der Curricula: Das Lehrangebot in der Weiterbildung hat sich nach den jeweiligen wissenschaftlich-technischen Entwicklungen einerseits, dem gesellschaftlichen Wandel andererseits zu richten. Diese Veränderungen sind sowohl innerhalb als auch außerhalb der Hochschule schwer zu übersehen, weil sich beiderseits spezifische Blindheiten entwickeln. Um hier zu einer vollständigeren, gemeinsamen und perspektivischen Wahrnehmung zu kommen, sollten zur Entwicklung der Weiterbildungscurricula Gesprächskreise aus Wissenschaft und Praxis gebildet und den verschiedenen Berufsfeldern zugeordnet werden.

Die Weiterbildung verdient es, in Zukunft neben der Forschung und der Lehre als die dritte große Aufgabe der Hochschulen angesehen zu werden. Sie kann sogar dazu beitragen, daß die Einheit von Forschung und Lehre, die während des Erststudiums heute in der Regel hinter dem Erwerb des erforderlichen Grundwissens zurücktreten muß, zu späterer Zeit verstärkt gepflegt wird. Soweit die Hochschulen sich für die Weiterbildung qualifizieren, würde dies zugleich dazu beitragen, daß sie ihren Aufgaben in Forschung und Lehre auf eine den Bedürfnissen der Industriegesellschaft angemessene Weise gerecht werden.

Horst Pöttker Vielfalt als Vorwand Zur Öffnung des Rundfunks für private Programmanbieter

Dr. phil. Horst Pöttker, Jahrgang 1944, ist verantwortlicher Redakteur der vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik herausgegebenen Vierteljahresschrift „medium“. Veröffentlichungen: „Zum demokratischen Niveau des Inhalts überregionaler westdeutscher Tageszeitungen“, 1980; „Kriege in der Dritten Welt. Zur Auseinandersetzung zwischen Iran und Irak“, 1980; „Eigensinn oder Wahrheit. Bemerkungen zur Alternativbewegung und ihrem Lernen aus Geschichte“, 1984; „Das Fernsehen und die Krise der Parteien. Inhaltsanalysen als Beiträge zur politischen Soziologie“, 1985.

I.

Der Rundfunk der Bundesrepublik, jahrzehntelang ein relativ stabiles Element unserer Realität, ist in Unordnung geraten. Es herrscht eine Um- und Aufbruchsituation, in der Macht und Geld umverteilt werden und in der viele glauben, daß es auch etwas Neues zu verteilen gibt. Ob die Situation tatsächlich so offen ist, wie sie erscheint, darf man gestrost bezweifeln. Die sich aufdrängende Parallele zu den Gründerjahren der bundesdeutschen Presse nach 1945 ist trügerisch.

Noch vor zwei Jahren gab es für das Publikum in der Bundesrepublik eine Selbstverständlichkeit: Das Sendemonopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der

- zu einem erheblichen Teil aus steuerähnlichen Gebühren finanziert wird,
- einen gesetzlichen Programmauftrag zu erfüllen hat (Information, Bildung, Unterhaltung),
- einer Aufsicht der verschiedenen gesellschaftlich relevanten Gruppen unterliegt und zur Binnenpluralität verpflichtet ist.

Dieses Monopol hatte keine ökonomische, sondern eine juristische Grundlage. Die entscheidende Annahme des Gesetzgebers und des ihn kontrollierenden Bundesverfassungsgerichts war, daß nur eine sehr begrenzte Anzahl von Frequenzen zur Verfügung stehe und daß die Herstellung und Ausstrahlung von Programmen außerordentlich teuer sei. Im

Unterschied zur Presse stehe der Rundfunk daher auch im Prinzip nicht für jedermann frei, Außenpluralität sei grundsätzlich nicht erreichbar.

Seit kurzem besteht das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr. Immer mehr privatrechtliche Anbieter strahlen lokal, regional oder bundesweit Hörfunk- und Fernsehprogramme aus. Als Grund dafür wird von der gegenwärtigen Bundesregierung in ihrem „Medienbericht '85“ angegeben, daß der Frequenzen- und Finanzenmangel durch neue Rundfunktechniken behoben sei. „Durch die Möglichkeiten der Satellitentechnik und der Breitbandverkabelung ist die öffentlich-rechtliche Organisation des Rundfunks als alleinige Organisationsform in Frage gestellt. Das Grundrecht der Rundfunkfreiheit, das in Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 GG als Individualrecht gewährleistet ist, kann auch von Privaten ausgeübt werden.“¹

Die neuen Techniken können jedoch kaum die eigentliche Ursache für die Öffnung des Rundfunks sein. Das geht schon daraus hervor, daß sie für die Versorgung der Bevölkerung mit Programmen noch gar nicht zur Verfügung stehen: Höchstens ein Drittel der Haushalte in der Bundesrepublik ist heute über die von der Post verlegten Kabel erreichbar, und der direktstrahlende Rundfunksatellit TV SAT 1 befindet sich noch nicht im Weltraum, da die europäische Rakete Ariane, die ihn dorthin befördern sollte, im Mai '86 einen Fehlstart hatte. Die meisten neuen Hörfunkprogramme werden denn auch mit Hilfe der alten, terrestrischen Sendetechnik ausgestrahlt. In diesem herkömmlichen Bereich hat es aber weder eine Vermehrung der Frequenzen noch eine Kostensenkung gegeben, die die gesetzlichen Grundlagen des Rundfunks hätten ins Wanken bringen können. Der eigentliche Grund für das Eindringen privatrechtlicher Anbieter in den Rundfunk muß also woanders liegen.

Typisch für Übergangssituationen sind Unklarheiten und Widersprüche. Das ist beim gegenwärtigen Umbruch des Rundfunks nicht anders. Beispielsweise arbeiten die beiden bundesweit über Kabel angebotenen privaten Fernsehprogramme der Großverleger (SAT 1, RTL plus) ohne klare Rechtsgrundlage², da ein neuer Staatsvertrag der Bundesländer über den Rundfunk immer noch aussteht. Dieser Zustand müßte gerade in Deutschland, wo es eine besondere Neigung zur rechtlichen Normierung gibt, als unerträglich empfunden werden, wird aber anstandslos von staatlicher Stelle hingenommen. Solche Duldsamkeit wird übrigens keineswegs allen neuen Programmanbietern gegenüber an den Tag

gelegt, die sich durch Sendep Praxis eine Position schaffen wollen, ohne dabei auf formalrechtliche Voraussetzungen Rücksicht zu nehmen. Mit „Radio Dreyeckland“ existiert zumindest ein illegaler Hörfunksender, gegen den mit Polizeidurchsuchungen und Strafprozessen vorgegangen wird.

II.

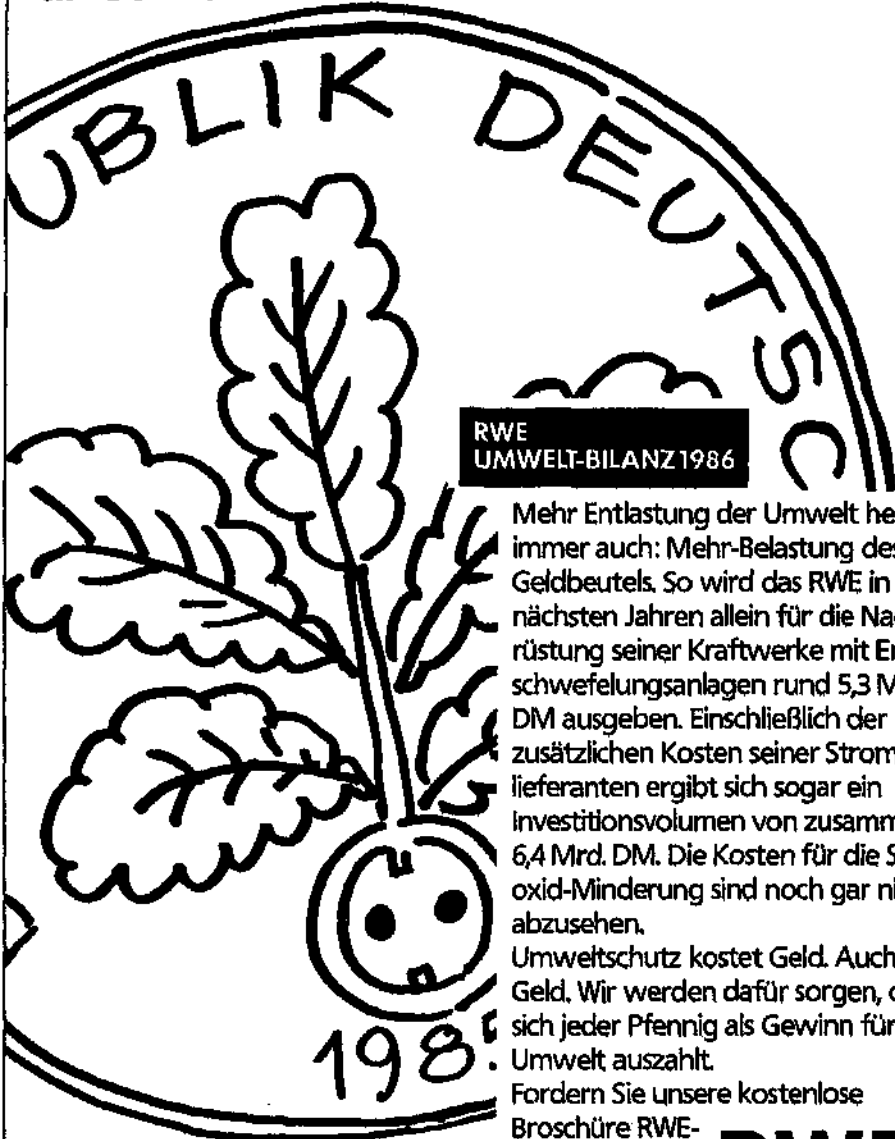
Rundfunk wird im föderalistischen System der Bundesrepublik durch Länderrecht geregelt. Das heißt: Um die Zulassung privatrechtlicher Anbieter zu ermöglichen, bedarf es entsprechender Landesmediengesetze. Aufschlußreich ist, in welchen Bundesländern zuerst solche Gesetze geschaffen wurden.

Den Anfang machte Rheinland-Pfalz. Hier wurde am 4. 12. 1980 das Gesetz über einen Versuch mit Breitbandkabel verabschiedet. Damit war die rechtliche Grundlage für das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen geschaffen, das Anfang 1984 als erstes von vier Versuchsvorhaben in der Bundesrepublik (später folgten München, Dortmund und Berlin) gestartet wurde. Schon zu diesem Zeitpunkt war aufmerksamen Beobachtern klar, daß in Ludwigshafen nicht erprobt, sondern vollendete Verhältnisse geschaffen werden sollten. Tatsächlich ist die 1974 gebildete Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), die die Pilotprojekte empfohlen hat und für gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen daraus verantwortlich sein sollte, längst aufgelöst.

So folgten denn auch Landesmediengesetze, die nicht mehr die probeweise, sondern die endgültige Zulassung privatrechtlicher Rundfunkanbieter ermöglichen sollten: in Niedersachsen am 23. 5. 1984, in Schleswig-Holstein, Bayern und im Saarland im November 1984, in Baden-Württemberg am 16. 12. 1985³ und kürzlich wieder in Rheinland-Pfalz am 24. 6. 1986.

Gegen das niedersächsische Landesrundfunkgesetz hat ein Großteil der SPD-Abgeordneten im Bundestag einen Normkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt, dem sich das Bundesland Hessen angeschlossen hat. Das am 4. November 1986 verkündete Urteil stellt fest, daß das Gesetz eine ganze Reihe verfassungswidriger Bestimmungen enthält. Insbesondere wird die dort vorgesehene unmittelbare Verantwortlichkeit der Exekutive (Ministerpräsident) für den Rundfunk wegen mangelnder Staatsferne gerügt. Dennoch ist das Gesetz nicht insgesamt für illegitim erklärt worden, was offensichtlich eine Konzession des Gerichts an die politischen Verhältnisse nach der „Wende“ von 1982 ist.

STROMPREIS oder: Umweltschutz ist nicht umsonst.



RWE
UMWELT-BILANZ 1986

Mehr Entlastung der Umwelt heißt immer auch: Mehr-Belastung des Geldbeutels. So wird das RWE in den nächsten Jahren allein für die Nachrüstung seiner Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen rund 5,3 Mrd. DM ausgeben. Einschließlich der zusätzlichen Kosten seiner Stromlieferanten ergibt sich sogar ein Investitionsvolumen von zusammen 6,4 Mrd. DM. Die Kosten für die Stickoxid-Minderung sind noch gar nicht abzusehen.

Umweltschutz kostet Geld. Auch Ihr Geld. Wir werden dafür sorgen, daß sich jeder Pfennig als Gewinn für die Umwelt auszahlt.

Fordern Sie unsere kostenlose Broschüre RWE-Umwelt-Bilanz an.

RWE

Rheinisch-Westfälisches
Elektrizitätswerk AG
Kruppstraße 5, 4300 Essen

Zwar erhält der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch das vierte Grundsatzurteil des BVerfG eine Bestands- und Funktionsgarantie. Diese verfassungsrechtliche Verankerung ist aber mit einer Lockerung der gesetzlichen Anforderungen an den privatrechtlichen Rundfunk erkaufte. Der Weg in einen Zweiklassen-Rundfunk steht endgültig offen. Mit anderen Worten: Kommerzielle Programmveranstalter werden in Zukunft so ziemlich alles tun dürfen, was sie um ihrer Geschäfte mit den Werbekunden willen tun möchten, ohne befürchten zu müssen, daß die Länder ihnen dabei mit Gesetzen in die Quere kommen, die an kulturellen und publizistischen Zielen orientiert sind. Damit hat das höchste Gericht der Bundesrepublik nur eine rundfunkpolitische Weichenstellung sanktioniert, die von den genannten Bundesländern durch die neuen Landesmediengesetze bereits vorgenommen war.

Auffällig an der Liste dieser Länder ist, daß sie durchweg von der CDU/CSU regiert werden. (Im Saarland möchte die mittlerweile an die Regierung gekommene SPD das Landesmediengesetz novellieren.) Die Union hat es mit der Zulassung privatrechtlicher Anbieter also besonders eilig, sie ist hier die treibende politische Kraft.

Die von der SPD regierten Länder zogen später nach: In Nordrhein-Westfalen wurde das erste Versuchsgesetz im Dezember 1983 verabschiedet, also drei Jahre später als in Rheinland-Pfalz. Damit war die Grundlage für das 1985 gestartete Kabelpilotprojekt Dortmund geschaffen. Ein Landesmediengesetz, das die Zulassung privater Anbieter nicht nur provisorisch, sondern endgültig regelt, wurde in einem SPD-Land zuerst in Hamburg im Dezember 1985 verabschiedet, also immerhin 1 1/2 Jahre später als in Niedersachsen. Das letzte Bundesland ohne ein Gesetz, das dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk Konkurrenz verschafft, ist heute noch Hessen, in dem eine Koalition von SPD und Grünen regiert.

Die CDU/CSU begründet ihre treibende Eile in Sachen Privatfunk damit, daß die Öffnung des Rundfunks um der Vielfalt der publizierten Meinungen und damit der Informationsfreiheit des Bürgers willen wünschbar, ja erforderlich sei. Im „Medienbericht '85“ heißt es: „... Die Bundesregierung begrüßt im Interesse der Meinungs- und Informationsvielfalt diese Öffnung für private Veranstalter.“⁴⁴ Und hochkarätige Juristen leisten der Union bei dieser Argumentation Schützenhilfe. Auf dem Deutschen Juristentag im September 1986 übten die Professoren Jarass (Bochum), Mestmäcker (Hamburg) und Lerche (München) massive Kritik am

Bundesverfassungsgericht und rückten dessen bisherige Forderung nach einer positiven Ordnung des Rundfunks und nach dessen innerer Meinungsvielfalt „in die Nähe der Zensur“.⁴⁵

Wie sieht gegenüber diesem verbalen Engagement für die Meinungsvielfalt und das Grundrecht der Informationsfreiheit die Praxis der Lizenzvergabe in den von der CDU/CSU regierten Bundesländern aus? Läßt sie dieses Engagement auch nur halbwegs glaubwürdig erscheinen?

III.

Drei Beispiele drängen sich auf: Schleswig-Holstein dafür, welche privatrechtlichen Programmanbieter zugelassen werden; Baden-Württemberg dafür, wem man Steine in den Weg legt; und Rheinland-Pfalz für beides.

In Schleswig-Holstein hat die Landesregierung bisher nur eine Lizenz für ein landesweit ausgestrahltes neues Hörfunkprogramm vergeben: an einen Zusammenschluß von sechzehn Zeitungsverlegern des Landes, unter ihnen der Axel Springer-Konzern an führender Stelle.

Die Motive für den Betrieb dieses seit 1. Juli 1986 ganztägig sendenden „Radio Schleswig-Holstein“ hat die unternehmerfeindlichen Tendenzen unverdächtige Wochenzeitung „Die Zeit“ beschrieben. Über die Verleger, die RSH tragen, heißt es dort: „Nicht Pioniergeist treibt sie, sondern Angst. Sie haben Angst davor, daß andere mit einem kommerziellen Rundfunksender ihre sowieso sinkenden Werbeeinnahmen gefährlich verringern könnten.“ Und über das Programm heißt es im selben lesenswerten Artikel: „In der RSH-Broschüre, mit der Werbekunden geworben werden sollen, wird das Programm so vorgestellt: Von 5 bis 19 Uhr: Musik. Von 19 bis 20 Uhr: Musik. Von 20 bis 21 Uhr: Musik. Von 22 bis 23 Uhr: Musik. Von 23 bis 24 Uhr: Musik. Von 24 bis 5 Uhr morgens: Musik.“ Stündlich gibt es eine zwei- bis dreiminütige Nachrichtensendung namens „Report“, die aber eigentlich keine Nachrichtensendung sein soll, sondern eine „Serviceleistung“, die Aufmerksamkeit für die folgenden Werbespots schafft. „Die Werbung wird das laufende Programm nicht unterbrechen, sondern ist optimal in die Serviceleistungen (Report, Zeit, Verkehr und Wetter) integriert.“ Aus dem 24stündigen Klangteppich erheben sich nur zwei Mal am Tag Sendungen mit ganz eigener Ausstrahlung. Um 10 Uhr 30 steigt Heinrich Chris Howland Pumpnickel aus der Plattenkiste, um die Teenies der fünfziger Jahre zu erfreuen. Und um 11 Uhr 30 liefert RSH kritische Hin-

tergrundreportagen aus der Welt der Prinzessinnen. Titel: „Regenbogen“.⁴⁶

Halten wir fest: In Schleswig-Holstein wurde die erste und wichtigste Hörfunk-Lizenz an einen Anbieter vergeben,

- der erstens ohnehin schon im Pressebereich Informationen verbreitet und Meinung macht,
- in dessen Programm zweitens die Information maximal fünf Prozent ausmacht und im wesentlichen dazu da ist, den folgenden Werbespots Hörerbeachtung zu verschaffen,
- und dessen Motive drittens nicht publizistische, sondern ausschließlich kommerzielle sind.

Ist das eine Öffnung des Rundfunks für privatrechtliche Anbieter, die Meinungsvielfalt und damit Informationsfreiheit stärkt?

IV.

In Rheinland-Pfalz ist die Situation etwas komplizierter. Bis vor kurzem gab es dort kein Gesetz, das die Zulassung privatrechtlicher Anbieter generell ermöglicht, sondern nur das alte Kabelpilotprojektgesetz von 1980.

Dennoch sendet dort seit 30. April 1986 eine private Hörfunkwelle auf UKW, also terrestrisch und eben nicht über Kabel, und zwar landesweit. Um diese neue Welle, die „Radio 4“ heißt, formell in das Ludwigshafener Pilotprojekt integrieren zu können, wurde eigens das Versuchsgesetz von 1980 verändert.

Schon das zeigt, zu welchen außerordentlichen politischen und juristischen Anstrengungen (oder sollte man besser sagen: Verrenkungen?) die in einem Bundesland regierende CDU fähig ist, wenn es gilt, kommerzielle Interessen im Rundfunk zum Zuge kommen zu lassen. Denn darum handelt es sich auch bei „Radio 4“ vor allem.

Im Unterschied zu Schleswig-Holstein, wo es nur einen Programmanbieter gibt, teilen sich in Rheinland-Pfalz deren vier die Sendezeit. Das klingt zunächst tatsächlich nach Vielfalt. Aber: drei der vier Programmveranstalter sind wieder Konsortien etablierter Presseverlage und Verbände. Darunter RPR, ein Zusammenschluß der drei Regionalzeitungen mit Monopolstellung in Rheinland-Pfalz, und „Radio '85“, die Firma der Großverlage Springer, Burda und Bauer. Ähnlich wie „Radio Schleswig-Holstein“ wiederholen sie auf seichterem Niveau Inhalte, die es anderswo schon längst gibt, nämlich:

- die Service-Wellen der öffentlich-rechtlichen Anstalten

- und die Lokalteile der Regionalzeitungen.

Das alles ist natürlich wieder mit viel Werbung durchsetzt.

Allein von einem Programmanbieter bei „Radio 4“ läßt sich mit gutem Gewissen behaupten, daß er das Informationsangebot bereichert: der „Linksrheinische Rundfunk“. LR ist ein Zusammenschluß von Mediengruppen, Naturschutzverbänden und Organisationen wie der Arbeiterwohlfahrt, die der SPD oder den Gewerkschaften mehr oder weniger nahe stehen. Der „Linksrheinische Rundfunk“ bemüht sich, „Themen aufzustoßern, die die Konkurrenz links liegen läßt. Beispiel Tschernobyl: am 2. 5. hatte der LR einen Wissenschaftler des Heidelberger Umweltinstituts IFEU am Telefon, der der baden-württembergischen Landesregierung die Geheimhaltung von Meßwerten vorwarf... Beispiel Rheinland-Pfalz-Tage: RPR läßt die Veranstalter das Programm der politfolkloristischen Landesschau vorstellen, die Linksrheinischen befragen das Mitglied einer Bürgerinitiative, die einen Informationsstand bei der Großveranstaltung verwehrt bekam... Mit seiner Mischung aus Interviews, Meldungen, Kommentaren, kabarettistischen Kurzbeiträgen, Reportagen von Mitgliedern angeschlossener Vereine und hitparadenferner Musik stellt der Linksrheinische Rundfunk hohe Ansprüche an das Feierabend-Publikum seiner „rush-hour“.⁴⁷

Der Haken ist, daß der „Linksrheinische Rundfunk“ nur 1 1/2 Stunden am Tag senden darf, ihm sind ganze 6,625 % der Sendezeit von dem zuständigen Vergabegremium zuerkannt worden, das, wie sollte es in diesem Bundesland anders sein, von der CDU beherrscht wird. Als der Sender dagegen geklagt hat, wurde er vom CDU-Medienexperten Wollscheid als „Kampfgruppe zur Sabotage des privaten Rundfunks“⁴⁸ bezeichnet.

Der durchsichtige Trick, mit dem diese ungleiche Sendezeitverteilung erreicht wurde, war der, daß die Bedeutung der vier Anbieter einfach nach der Zahl der Gesellschafter gewichtet wurde. Dabei waren die drei regionalen Zeitungsmonopolisten mit ihren diversen Tochtergesellschaften im Vorteil. Sie bekamen 70 % der Sendezeit geschenkt, weitere 6,365 % wurden ihnen kürzlich von den Großkonzernen abgetreten, für die sich das mickrige „Radio '85“ nicht lohnt.⁴⁹

Rechtfertigen 1 1/2 dazu noch zerstückelte Stunden kritischen Journalismus' in einem Meer von 22 1/2 Stunden kommerziellem Einheitsbrei den Anspruch auf Bereicherung der Vielfalt? Oder haben sich die konservativen Betreiber der Kommerziäli-

sierung des Rundfunks hier ein Alibi schaffen wollen? Den Programmachern des „Linksrheinischen Rundfunks“ ist es jedenfalls nicht vorzuwerfen, daß sie diese kleine Lücke ausnutzen.

V.

Das deutlichste Beispiel dafür, welche privatrechtlichen Programmveranstalter die Protagonisten der „Neuen Medien“ nicht zulassen wollen, findet sich in Baden-Württemberg. Schon vor 8 Jahren hat im Raum Freiburg „Radio Dreyeckland“ mit der Programmausstrahlung begonnen, ein Sender, der aus dem erfolgreichen Widerstand der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen das Atomkraftwerk Wyhl hervorgegangen ist. RDL versteht sich als „Radio von unten“, das die Hörer an der Herstellung eines stark auf lokale und regionale Vorgänge bezogenen Programms beteiligt. Wöchentlich finden öffentliche Redaktionssitzungen statt. Werbung gibt es nicht, „Radio Dreyeckland“ finanziert sich ausschließlich aus Spenden eines Freundeskreises, der heute etwa 800 Mitglieder zählt. Nachdem RDL lange Zeit aus Frankreich gesendet hatte, wurde Anfang 1985 eine deutsche UKW-Frequenz „besetzt“. Seitdem senden die badischen Radiomacher von Freiburg aus, zur Zeit von montags bis freitags 6 Stunden täglich Musik, die die südbadische Regionalkultur betont, und viel sozialkritische Information. Der Antrag auf eine Sendelizenz wurde unmittelbar nach Verabschiedung des baden-württembergischen Mediengesetzes gestellt und durch die Unterschriften von 12 000 Bürgern unterstützt.

Wieso dient es der Meinungsvielfalt, daß ausgerechnet dieses nicht-kommerzielle Lokalradio seit Jahren von der Polizei heimgesucht und mit Strafprozessen überzogen wird? Am 11. September 1986 wurde der Öffentlichkeitsreferent des „Freundeskreises Radio Dreyeckland e. V.“ zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt, und zwar wegen Beihilfe zu einem Verstoß gegen das Fernmeldeanlagen-gesetz; Karlheinz Grieger hatte eine Sendung in „Radio Dreyeckland“ moderiert. Bisher war nur das technische Betreiben eines nicht lizenzierten Senders strafbar, nicht die journalistische Arbeit dafür. In einer Situation, in der die Legislative insbesondere der CDU-regierten Bundesländer die Zulassung privatrechtlicher Rundfunkveranstalter ermöglicht und allenthalben kommerzielle Sender Lizenzen erhalten, kommt es in Freiburg im Falle eines nicht-kommerziellen Hörradios und gegen einen engagierten Journalisten zu einer erheblich schärferen Auslegung des noch geltenden Rundfunkrechts als bisher¹⁰.

Wie zynisch argumentiert wird, wenn es darum geht, einen Sender wie „Radio Dreyeckland“ zu verhindern, zeigen zwei Zeitungsmeldungen, die die Verabschiedung der Landesmediengesetze in Hamburg und Baden-Württemberg begleiteten. Die erste stammt aus der Süddeutschen Zeitung vom 10. Dezember 1985: „Bedenken der Verleger gegen Hamburger Mediengesetz. Erhebliche Bedenken gegen das Hamburger Mediengesetz hat das Präsidium des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in Bonn geäußert. ... Das Gesetz enthalte eine Reihe sehr problematischer, ideologisch motivierter Bestimmungen. Dies gelte insbesondere für die bevorzugte Berücksichtigung von Antragstellern, die sich einer ‚inneren Rundfunkfreiheit‘ unterwerfen. Damit würden die Grundrechte der neuen Veranstalter in ihrem Kern eingeschränkt.“ Die zweite stand am Tag vorher (9. 12. 85) in der Frankfurter Rundschau: „Radio Dreyeckland‘ bald legal? ... Der CDU-Abgeordnete Hermann Schauffler ... erklärte, daß über die Zulassung von lokalen Radios nach der Verabschiedung des Landesmediengesetzes allein die noch zu gründende Landesanstalt für Kommunikation zu entscheiden habe. Eine Lizenz könnten dann nach der vorgesehenen gesetzlichen Bestimmung nur Sender erhalten, deren verantwortliche Personen zuverlässig seien und deren Programm ein gewisses Maß an Ausgewogenheit garantiere. Beide Bedingungen träfen auf RDL nicht zu.“

Es ist ein offenes Geheimnis, daß der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und die CDU sich in medienpolitischen Fragen nahestehen. Das hindert CDU-Politiker freilich nicht, die von den Verlegern als Einschränkung der Grundrechte kritisierte gesellschaftliche Kontrolle des Programms selbst zu fordern, um damit die Nichtzulassung eines Senders zu rechtfertigen, von dem jedenfalls eines feststeht, wie auch immer man zu seinem Programm und seiner Organisationsform stehen mag: daß er die Vielfalt der publizierten Meinungen bereichert.

Die unübersichtliche Umbruchsituation, in der der Rundfunk sich befindet, birgt die Gefahr, daß eine Vielzahl von Argumenten plausibel erscheinen, die von denen, die die Macht dazu haben, beliebig aufgegriffen und wieder fallengelassen werden können, wie es den eigenen Interessen gerade nützt. Unbequeme Programme können unter Hinweis auf mangelnde Binnenpluralität illegalisiert werden, während sich die fröhlichen und unkritischen Kommerzwellen unter Hinweis auf das gegenteilige Prinzip der Außenpluralität begünstigen lassen. Schon um diesen Zustand zu beenden, wäre endlich ein kla-

res Wort des Bundesverfassungsgerichts erwünscht gewesen. Das Urteil vom 4. November 1986 stellt immerhin dem Gesetzgeber in den Bundesländern die Aufgabe, eine eindeutige Grenze zu ziehen, wann auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene das eine und wann das andere Prinzip gelten soll.

VI.

Was ist von der Medienpolitik der SPD zu erwarten? Die Sozialdemokraten hatten lange ein klares und realistisches Bild davon, warum konservative Medienpolitiker in der Bundesrepublik so ziemlich von Anfang an eine Öffnung des Rundfunks für staatliche und privatrechtliche Programmanbieter erreichen wollten. Sie erkannten in der Gründung der „Deutschland-Fernseh-GmbH“ durch die Regierung Adenauer das Bemühen, das Einflüßinstrument Fernsehen einem „Bündnis von Regierung und Wirtschaft“¹¹ auszuliefern. „Das freie Fernsehen ist in Wirklichkeit ein domestiziertes Fernsehen, das in den Dienst wirtschaftlicher oder politischer Machtgruppen gestellt werden soll, manipuliert von denen, die das Geld geben.“¹²

Die SPD hat auch noch als Regierungspartei in den 70er Jahren an dieser Einschätzung festgehalten und daraus den Schluß gezogen, vor allem über Verfassungsklagen das faktische Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu verteidigen, was bis vor wenigen Jahren auch gelungen ist. (Als Antwort auf die versuchte Privatisierung des Rundfunks von rechts wären auch andere Strategien denkbar gewesen: etwa eine in den SPD-regierten Bundesländern bevorzugte Lizenzierung von privatrechtlichen Sendern, die nicht kommerziell, sondern z. B. gemeinnützig oder gewerkschaftlich getragen sind.)

Noch 1978 warnte der damalige Leiter der Abteilung Planung im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller (SPD), vor einer Einführung des Kabelfernsehens, weil dies zwangsläufig zu einer Kommerzialisierung des Rundfunks führen müsse. „Wegen der Werbung, aber auch aus anderen Gründen, werden die örtlichen Verleger mit einbezogen, damit aber nolens volens auch andere Private, also z. B. überörtliche Medienkonzerne, Industrieunternehmen und sonstige.“¹³ Nachdem er die gesellschaftlichen Folgen des Kabelfernsehens prognostiziert hat, resümiert Müller: „Dieses Land wird am Ende anders aussehen; so wie wir es eigentlich nicht gewollt haben.“ Schließlich warnt der Sozialdemokrat vor Illusionen, was die Chancen der neuen Techniken anbetrifft: „Wenn man die Diskussion, wenn man den Widerstand erst bei den Gestaltungsprinzipien, bei

der Netzträgerschaft oder bei der Organisationsform beginnt, dann hat man schon verloren.“

Auf Initiative von Peter Glotz und Klaus von Dohnanyi kam es Anfang der 80er Jahre dann aber doch zur Wende in der Medienpolitik der SPD. Im Mai 1984 strichen die Sozialdemokraten das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol von der Liste ihrer Grundsätze. Auf dem Bundesparteitag in Essen setzte sich die Auffassung durch, daß man die Öffnung des Rundfunks für privatrechtliche Anbieter ohnehin nicht mehr verhindern könne und daher zu einer „Mitgestaltung“ dieser Entwicklung übergehen müsse.

Angesichts der in den konservativ regierten Bundesländern zu diesem Zeitpunkt bereits vollendeten Tatsachen erscheint dieses Vorgehen verständlich. Fragwürdig wird es erst, wenn man sich ansieht, wie das „Mitgestalten“ in der Praxis aussieht. Hamburg ist bisher das einzige Bundesland, in dem ein neues Landesmediengesetz in Kraft ist, das die nicht-provisorische Zulassung privatrechtlicher Rundfunkveranstalter ermöglicht. Dort ist im August 1986 die erste Hörfunklizenz vergeben worden: Unter 44 Bewerbern ausgerechnet an ein Konsortium großer Presseverlage, das Anfang 1987 mit der Programmausstrahlung begonnen hat.

An diesem „Radio Hamburg“ sind beteiligt: Axel Springer Verlag (35 %), Heinrich Bauer Verlag und Gruner & Jahr/Bertelsmann (je 24 %), Harburger Anzeigen und Nachrichten und „Zeit“-Inhaber Bucerius (je 6 %) sowie die kurz danach an Gruner & Jahr verkaufte Hamburger Morgenpost (5 %)¹⁴. Bedenken des Bundeskartellamts gegen den Zusammenschluß wurden durch formale Änderungen umgangen. Der Springer Verlag hält den vom Hamburger Mediengesetz als Obergrenze zugelassenen Anteil¹⁵.

Auch auf dieser Welle ist keine Stimme vernehmbar, die nicht auch schon vorher gedruckt lesbar gewesen wäre, und umgekehrt hat keine der großen Zeitungen Hamburgs den Anschluß an das Rundfunk-Geschäft verpaßt. Zwar soll in der Hansestadt in absehbarer Zeit eine zweite Hörfunklizenz an einen Anbieter vergeben werden, dessen Programm möglicherweise eine andere Färbung haben wird. Zu den finanziellen und professionellen Vorteilen, die die großen Presseverlage bei der künftigen Konkurrenz auf dem Rundfunkmarkt ohnehin haben, ist durch die Lizenzvergabe nun aber auch noch ein Zeitvorsprung getreten.

Es liegt mir fern, Klaus von Dohnanyi und der Hamburger SPD wegen dieses Vorgehens einen Vor-

wurf zu machen. Tatsächlich bestand die Gefahr, daß die Verlage Springer, Bauer oder Gruner & Jahr in andere Bundesländer umziehen, wo man ihren elektronischen Ambitionen ohnehin freundlicher gesonnen ist. Die Sorge um Tausende von Arbeitsplätzen in der Pressestadt Hamburg war wohl berechtigt. Das ganze ist im Grunde ein Lehrstück dafür, wie sich im System der Bundesrepublik Kommerzinteressen auch gegen bessere Einsichten und Absichten der Politiker durchsetzen, einfach nur durch den Druck der Verhältnisse.

Kritik verdient hingegen, daß auch die SPD solche unter dem Druck ökonomischer Erfordernisse zustande gekommenen Zugeständnisse nicht selten als Politik des Ausbaus von Grundrechten und Demokratie zu verkaufen sucht. 1984 sprach sich das medienpolitische Aktionsprogramm der SPD gegen die Bildung von Doppelmonopolen im Presse- und Rundfunkbereich aus, sowohl regional als auch überregional¹⁶. Zwei Jahre später wird in Hamburg eine Lizenzvergabepolitik gemacht, die es großen Presseunternehmen erleichtert, ihre marktbeherrschende Position auf den Rundfunkbereich zu übertragen.

VII.

Vor dem Hintergrund der Lizenzvergabepraxis ist leicht zu erkennen, worin der eigentliche Grund für die gegenwärtige Umbruchsituation liegt.

Es hat in der Bundesrepublik von jeher einen Druck des Medienkapitals auf den relativ kommerzarmen Freiraum gegeben, den das Monopol des öffentlich-rechtlichen Rundfunks darstellte. Die neuen Techniken haben den politischen Verbündeten der Konzerne nur einen Vorwand geliefert, diesem Druck nun endlich nachzugeben, und die nicht mit dem Medienkapital liierten Kräfte haben sich dieser Entwicklung wohl oder übel angeschlossen.

Die juristischen Schranken, die den Freiraum bisher bildeten, sind zwar auch mit dem vierten Grundsatzzurteil des BVG noch nicht ganz verschwunden, aber niemand kümmert sich mehr darum. Man bedient sich ihrer nur noch, wenn es gilt, unbequemen, gegen Kommerzinteressen ansendenden Rundfunk zu verhindern.

Die Meinungsvielfalt ist ein fadenscheiniges Mäntelchen, mit dem notdürftig verdeckt wird, daß die Öffnung für privatrechtliche Anbieter vor allem die Kommerzialisierung des Rundfunks bedeutet. Der Hörfunk- und Fernsehbeauftragte der evangelischen Kirche, Hans-Wolfgang Heßler, hat in einem beachtenswerten Referat in aller Deutlichkeit darauf

hingewiesen, daß die neuen Landesmediengesetze nicht mehr zu einer gesellschaftlichen Aufgabe verpflichtet und faktisch die kapitalstarken Veranstalter begünstigen¹⁷.

Mit der Kommerzialisierung wird die kulturelle Qualität des Rundfunks, wie wir ihn bisher kannten, zugunsten von noch mehr Ablenkung und Zerstreuung verloren gehen. Und zwar, wie sich heute schon zeigt, auch in den bei der Konkurrenz um die Einschaltquoten in die Defensive gedrängten öffentlich-rechtlichen Programmen.

VIII.

Läßt sich angesichts dieser düsteren Perspektive überhaupt noch etwas tun? Nach vielen fast banalen Feststellungen, die deutlich zu treffen gleichwohl an der Zeit ist, dazu drei weniger selbstverständliche Bemerkungen.

Die erste mag wegen der Rasanz des Qualitätsverfalls im Rundfunk vielleicht sogar zynisch klingen, ist aber dennoch ernst gemeint: Notwendig sind heute vor allem Ausdauer und Gelassenheit, was ja nahezu dasselbe ist. Die Phase der Turbulenzen wird vorübergehen, irgendwann werden sich neue Verhältnisse zwischen den verschiedenen Medien und ihrem Publikum eingespielt haben. Zwar wird die Stabilität der alten Arbeitsteilung zwischen privatwirtschaftlicher Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk nicht völlig wiederkehren, aber das Tempo des Wandels und der Umfang der Bereiche, die in seinen Sog geraten, werden zurückgehen.

Wichtig erscheint mir, daß es in diesem neuen, gerade im Entstehen begriffenen Mediensystem noch ein Element gibt, das auch im alten trotz aller Gefährdungen immer vorhanden war: eine halbwegs institutionalisierte und professionelle Kritik als ständiges kontrollierendes Gegenüber aller Medien. So schwach, wie man angesichts der niedrigen Auflagen von einschlägigen Zeitschriften oder der geringen Einschaltquoten einschlägiger Sendungen glauben könnte, ist die Medienkritik nie gewesen. Die Publikation konkreter und genauer Fallstudien über Mißstände zieht nicht selten Reaktionen der Medienmacher nach sich, die alles andere als sachlich und selbstbewußt sind. Daraus darf geschlossen werden, daß die Medienkritik neben ökonomischen und organisatorischen Vorgaben oder dem beruflichen Selbstverständnis einer der Faktoren ist, die journalistisches und künstlerisches Handeln bestimmen. Ohne sie wären die Informationen vermutlich noch herrschaftsförmiger, die Unterhaltungsinhalte vermutlich noch flacher, als sie es ohnehin schon sind.

Gründliche Kritik bedarf überlegter Maßstäbe, an denen sie die Inhalte der Medien mißt. Solche Kriterien können aus der sozialwissenschaftlichen Einsicht in die unverzichtbaren Funktionen der Massenkommunikation in modernen Gesellschaften kommen¹⁸, sie können aber auch in ethischen Wertsystemen wie dem Evangelium oder den in der französischen Revolution proklamierten Menschenrechten verankert sein. Wichtig ist, daß sie über die Hektik der gegenwärtigen Umbruchphase nicht vergessen werden. Vielleicht kann gerade die Kommerzialisierung des Rundfunks die medienethische Diskussion beleben, weil sie die Kluft zwischen Postulaten und Realitäten deutlicher werden läßt.

Noch etwas anderes darf nicht in Vergessenheit geraten: die Methoden, nach denen man eine Zeitung oder ein Programm auseinandernehmen („analysieren“) kann. Wie bei jedem Handwerk geht auch bei der Medienkritik das Know-how verloren, wenn sie nicht praktiziert wird. In der gegenwärtigen Umbruchsituation, in der die rundfunkpolitischen Fragen beherrschend geworden sind, besteht die Gefahr, daß es zu einem Abbruch der medienkritischen Tradition kommt, weil die konkrete Beschäftigung mit dem Programm verlernt wird. Nur wenn diese Tradition bewahrt werden kann, wird auch der kommerzielle Rundfunk in Wissenschaft und Publizistik in Zukunft jenes kontrollierende Gegenüber finden, das die Presse und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bisher begleitet hat.

IX.

Auf die vielgestellte Frage, was zu tun sei, um den Verfall der bisherigen Rundfunkkultur aufzuhalten, sollten wir uns zu der realistischen und ehrlichen Antwort durchringen: nichts. Es gibt in der Bundesrepublik bereits kommerzielle Wellen auf seichtem Niveau und wird sie in Zukunft noch mehr geben; und solche Programme sind äußerst erfolgreich, wenn man Erfolg an den Einschaltquoten mißt. Alles andere, so scheint mir, ist Augenwischerei. Das heißt freilich nicht, daß der Widerspruch zwischen dem Vielfaltsargument und der Furcht derjenigen, die es benutzen, es könnten tatsächlich neue und unbequeme Programmanbieter auf den Plan treten, nicht auszunutzen wäre.

Linke Rundfunkpolitiker versuchen heute, eine Doppelstrategie einzuschlagen: Mit Hilfe einer juristischen Verzögerungstaktik soll die im Grunde schon verlorene Bastion des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols weiter verteidigt werden, so lange das nur eben geht, während gleichzeitig vor al-

Detlev Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci.

Zur politischen Theorie des Marxismus

Bauer und Gramsci — beiden ging es um die Erneuerung des Marxismus angesichts der ungelösten Probleme einer »Revolution im Westen«. Beide, der Sozialdemokrat und der Kommunist, versuchten, die tief ins Denken eingelassenen Grenzen zwischen den verfeindeten Lagern der Arbeiterbewegung einzureißen. Ihr Vergleich unter dem Gesichtspunkt eines »integralen Marxismus« bringt Elemente einer »eurolinken« Strategie in den Blick.

192 S., br., 24,- DM, Ln. 34,- DM



Wolfgang Fritz Haug

Pluraler Marxismus

Beiträge zur politischen Kultur

»Ein Band, der für die geistige Situation der deutschen Linken kennzeichnend und wichtig ist.« Peter Glotz der FAZ

Soeben erschienen: Band 2

Die Frage nach dem Ideologischen / Marx, Ethik und die Ideologische Formbestimmtheit von Moral / Antisemitismus als Bewährungsprobe marxistischer Ideologietheorie / Marxismus und die drei Welten

300 Seiten, Ln. 32,- DM; br., 24,- DM

ARGUMENT

lern auf lokaler Ebene, wo sich die Bürger leichter an der Programmproduktion beteiligen können, zwar privatrechtliche, aber nicht-kommerzielle (z. B. gemeinnützige) Radioprojekte gefördert werden sollen.

Mir scheint, daß diese Doppelstrategie unter einem ähnlichen Widerspruch leidet wie die medienpolitische Offensive der Verleger und der CDU, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Man kann nicht gleichzeitig für die Legalisierung von „Radio Dreyeckland“ und das öffentlich-rechtliche Monopol kämpfen. Tut man es dennoch, verfällt man zwangsläufig in den selben Zynismus wie die Gegenseite und entkräftet so die eigenen Argumente.

Wenn es stimmt, daß die Vorherrschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr zu verteidigen ist, sollten die kraftraubenden Rückzugsgefechte darum aufgegeben werden. Meines Erachtens ist es an der Zeit, daß die verfassungsloyalen Kräfte in der Rundfunkpolitik, denen es tatsächlich um Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit geht, sich auf den Kampf um die Zulassung nicht-kommerzieller, gemeinnütziger oder „alternativer“ Privatsender konzentrieren. Um mit dem Vergleich zur Presselandschaft ein Bild zu gebrauchen: Bisher gab es im Rundfunk der Bundesrepublik nur die „Süddeutsche Zeitung“ (ARD) und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (ZDF). „Bild-Zeitung“, „Bunte-Illustrierte“, „Kieler Nachrichten“ oder „Rheinpfalz“ sind jetzt dazu gekommen. Es ist sicher, daß ein elektronischer „Spiegel“, „Kicker“ oder „Playboy“ in absehbarer Zukunft folgen werden. Noch keineswegs sicher ist, ob in Zukunft auch so etwas wie die Berliner „Tageszeitung“, das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ oder die Zeitschrift „Natur“ zu hören (und später zu sehen) sein werden. Dafür zu sorgen, daß dem wenigstens rechtlich nichts entgegensteht, geht es jetzt vor allem.

Im übrigen hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk schwerwiegende Mängel, die in der Woge der Sympathie, die ihm gegenwärtig in seiner Bedrängnis entgegenschlägt, leicht untergehen. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist keineswegs kommerzfrei, sondern in hohem Maße auf Einnahmen aus der in ihm veranstalteten Geschäftsreklame angewiesen, und er produziert und sendet Programme, die auf einem internationalen Fernsehmarkt möglichst gewinnbringend gehandelt werden. Wichtiger noch: Was gesellschaftliche Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks genannt wird, ist in Wirklichkeit weitgehend seine Instrumentalisierung durch die politischen Parteien. Daß Schein und Sein

beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk weit auseinander fallen, beruht nicht auf einer mit gutem Willen korrigierbaren Fehlentwicklung, sondern ist eine logische Folge des Umstands, daß die guten Ideen, die dieser Organisationsform des Rundfunks nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes zugrunde gelegt wurden, von einem Gesellschaftssystem umgeben sind, in dem sie nicht recht gedeihen können: ein System, dessen oberstes ökonomisches Prinzip eben der Kommerz ist, und das sich politisch von anderen westlichen Demokratien dadurch unterscheidet, daß es den Parteien außerordentlich viel Macht einräumt. Lohnt es sich wirklich, für eine Institution aufreibende Rückzugsgefechte zu führen, die den Geschäftsinteressen der Medienkonzerne so wenig entgegenzusetzen hat, daß sie, wie sich heute zeigt, ihr Programm dem Niveau der kommerziellen Konkurrenz anpaßt, noch bevor diese überhaupt da ist? Wenn schon Bemühungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann sollten offensive Anstrengungen um seine tatsächliche Reform in Richtung von mehr Autonomie und mehr Programmniveau unternommen werden, soweit der Systemkontext das zuläßt.

Am schlechtesten wäre jedenfalls eine künftige Rundfunkordnung in der Bundesrepublik, die die Nachteile des treuhänderischen Prinzips der Binnenpluralität und des freiheitlich-individualistischen Prinzips der Außenpluralität so mischt, daß sozialkritischer und kulturell anspruchsvoller Journalismus aus den elektronischen Medien völlig herausfallen.

X.

Neben den vereinzelten Ansätzen zu „Offenen Kanälen“ und gemeinnützigen Hörradios gibt es noch einen anderen Hoffnungsschimmer: Er hat mit einem Faktor zu tun, der, abgesehen von seiner Quantität, bisher wenig beachtet und noch weniger erforscht worden ist: dem Publikum.

Historische Prozesse sind selten ohne Ironie. Das Handeln derjenigen, die aus Eigeninteresse sozialen Wandel in Gang bringen, hat oft andere Ergebnisse, lagert andere Verhältnisse ab als die erhofften.

Diejenigen, die die Kommerzialisierung des Rundfunks betreiben, erhoffen sich im Interesse besserer Geschäfte oder Wahlergebnisse größeren Einfluß auf das Publikum. (Auch von einem scheinbar völlig unpolitischen Kommerzradio können sich die konservativen Parteien einiges erhoffen, da ihre politische Botschaft gerade auf die Entpolitisierung des Alltags zielt. Die Attraktivität dieser Botschaft

beruht darauf, daß sie den Einzelnen von „zu viel“ gesellschaftlicher Reflexion und Verantwortung entlastet.) Die Ironie könnte darin liegen, daß ein kommerzieller Rundfunk zwar nicht weniger eingeschaltet wird als der öffentlich-rechtliche, aber ganz anders, vor allem beiläufiger, gelassener und weniger gutgläubig gehört und gesehen, so daß das Medium insgesamt an Einfluß verliert. Der Rundfunk in Deutschland hat seine unheilvollste Wirkung ausgeübt, als es noch besonders wenig Programme gab und diese besonders konzentriert aufgenommen wurden: zur Zeit des NS-Regimes, das sich dieses Einflußinstrument (wie auch eine ästhetisch hochwertige Filmkultur) intensiv zunutze gemacht hat.

Ohne daß ihre Versprechen tatsächlich eingelöst würden, beanspruchen die öffentlich-rechtlichen

Programme fortwährend (explizit oder implizit), ausgewogen und kulturell wertvoll zu sein. Vielleicht liegt es auch daran und nicht nur an dem medien-spezifischen Objektivitätsanspruch von O-Ton und Kamerabild, daß das Publikum den Rundfunk für glaubwürdiger hält als die Presse, der es offenbar besser gelingt, das Bewußtsein ihrer Leser für unvermeidliche mediale Verzerrungen wach zu halten¹⁹. Vielleicht werden die Hörer und Zuschauer einem Rundfunk, der offensichtlich leicht und von Sonderinteressen beherrscht ist, weniger Einfluß auf das eigene Denken einräumen. Wäre dies nicht ein Ansatzpunkt für die Medienpädagogik, die durch die aktuelle Rundfunkentwicklung in die Defensive gedrängt worden ist und nach neuen Perspektiven sucht?

Anmerkungen

1 Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland (1985) – Medienbericht '85 – Bundestagsgedrucksache 10/5663, 16. 6. 86, S. 79

2 vgl. Hymmen, Friedrich-Wilhelm: Unverfloren. RTL plus mußte sich fürchten. In: epd-Kirche und Rundfunk, Nr. 73, 17. 9. 1986, S. 2

3 vgl. Medienbericht '85, a. a. O., S. 80 f.

4 Medienbericht '85, a. a. O., S. 79

5 vgl. den Bericht von Helmut Kerschler in: SZ, 11. 9. 86

6 Schimben, Cordt: Der Norden dreht durch. 24 Stunden vor dem Radiogert, Frequenz 102,9. In: Die Zeit, 8. 8. 1986.

7 Daumann, Hans-Uwe: Die Frequenz, die bares Geld wert ist. Privatwirtschaftlicher Hörfunk in Rheinland-Pfalz. In: medium 3/86, S. 46–48, S. 48. Vgl. auch Zabka, Gisela: Poker & Pop. Das rheinland-pfälzische Privat-„Radio 4“. In: epd-Kirche und Rundfunk, Nr. 74, 20. 9. 1986, S. 3–8

8 zit. n. Daumann, a. a. O., S. 46

9 vgl. Zabka, a. a. O.

10 Angaben nach: Informationsblätter des „Freundeskreises Radio Dreyeckland“, Sept. 1986, und „Neue Medien – Newsletter“, September 1986

11 Kuhn (MdB/SPD) in der Bundestagsdebatte vom 27. 1. 1960, 3. WP, Sten. Ber., S. 5340

12 ders. in der Bundestagsdebatte vom 28. 2. 1958, 3. WP, Sten. Ber., S. 692

13 Referat beim Hauptseminar Massenkommunikation des Instituts für Sozialwissenschaften der Technischen Universität München. Dokumentiert in: Media Perspektiven 2/1979, S. 60 ff.

14 FAZ, 13. 8. 86

15 FR, 13. 8. 86

16 vgl. dazu und zur Medienpolitik der SPD insgesamt: Steinhoff, Martin: Die Wende der SPD. Zur Entwicklung sozialdemokratischer Rundfunkpolitik. Mschrft. Manuskript. Veröff. in: medium, 1/87.

17 Heßler, Hans-Wolfgang: Über die Vergänglichkeitsgesellschaftlicher Intervention. Kritisches zur Entwicklung der Medienlandschaft. In: epd – Kirche und Rundfunk, Nr. 77, 1. 10. 1986, S. 3–10. Noch deutlicher in der ungekürzten Fassung dieses Referates, das Heßler am 27. 9. 86 in Bad Neuenahr (Ev. Akademie Mülheim/Ruhr) gehalten hat.

18 vgl. Püttker, Horst: Was erwartet der Leser von der Zeitung? In: Dirks, Walter (Hrsg.): Überlegungen zum Selbstverständnis journalistischer Arbeit. München/Zürich: Schnell und Steiner 1984, S. 32–46

19 vgl. Kleff, Marie-Luise: Massenkommunikation 1964 bis 1980. Trendanalysen zur Mediennutzung und Medienbewertung. In: Media Perspektiven 4/81, S. 261–286, S. 285

Gretchenfragen an West und Ost

Der Chefredakteur der Europa Ausgabe vom „Wall Street Journal“, das über jeden Verdacht sozialistischer Neigungen erhaben ist, sinnierte neulich darüber, welcher Denkschule in Washington zu folgen wohl das Bessere sei: Soll man die Sowjets in die Ecke quetschen oder mit ihnen ins Geschäft zu kommen suchen? Falsche Entscheidungen könnten zu verschärften Spannungen und weltweiten Turbulenzen führen, während richtige Entscheidungen gesicherte Abrüstung, profitable Wirtschaftsbeziehungen und international eine allgemeine Beruhigung mit sich bringen würden. – Demnach scheint man auch weit rechts im politischen Amerika nicht ausnahmslos davon auszugehen, daß Potentaten aus dem „Reich des Bösen“ grundsätzlich nicht zu trauen sei.

Gorbatschow weiß sehr gut, daß hinter der militärischen Imponierfassade seines Vielvölker-Reichs ein ziemlich brüchiges Staatssystem dahinsiecht. Wirft man nur einige Blicke auf seine Reformvorhaben, so wird man von zwiespältigen Gefühlen befallen: Bestürzung über wahrhaft entmutigende Verhältnisse in der sowjetischen Wirklichkeit, die zu ordnen und in Bahnen moderner Zivilisationsentwicklung zu lenken sich als Sisyphos-Unternehmen erweisen könnte; und eine gewisse Bewunderung für das Selbstvertrauen und den Tatendrang derjenigen, die sich – unter den von sozialistischem Totalitätsanspruch getragenen Rahmenbedingungen – zu dramatischen Neuerungen und Verhaltenskorrekturen durchgerungen haben.

Wie immer sich die Erfolgsaussichten auf einen tiefgreifenden Wandel der politischen, bürgerrechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen einschätzen lassen, – das Vorhaben an sich muß ernsthaft als eine innersowjetische Realität begriffen werden, als nahezu verzweifelter Rettungsversuch des staatlichen Systems einer Nationalitätengesellschaft, die sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen soll. Auch millimeterweise kann sowas überhaupt nur gelingen, wenn von außen her zumindest nicht dagegen gearbeitet, sondern wo möglich Hilfestellung geleistet wird. Auf westlicher Seite bedarf das mancherlei Überwindung, weil hier die so verschiedenartigen Maßstäbe und Lebensumstände eine Optik bewirken, die von Skepsis, Überlegenheitsempfindungen und unbestimmten Ängsten gegenüber dem sowjetischen Koloß schlechthin

geprägt ist. Was in Moskau als reformerischer Durchbruch angekündigt wird und sich aus dortiger Sicht auch tatsächlich so darstellt, verlangt dem westlichen Betrachter vielfach ein schwer nachzuvollziehendes Verständnis dafür ab, daß Gorbatschow nicht etwa beim Punkt Null, sondern bei minus X ans Werk zu gehen hat. So soll etwa dem Sowjetbürger erstmals Einblick in die bestehenden Gesetze – in Buchform käuflich zu erwerben – gewährt werden; Angeklagte werden ihre staatlich bestellten Verteidiger schon vor der Gerichtsverhandlung zu Gesicht bekommen. Es sollen wirtschaftliche Aktivitäten, soweit nicht gesetzlich verboten, prinzipiell zugelassen werden. Industriebetriebe für Verbrauchsgüter wie Uhren, Glaswaren und Schmuck sollen selbst über den Großteil ihrer Deviseneinnahmen verfügen dürfen, um diese für Investitionen und Dienstleistungen einzusetzen. Künftig sollen Bestimmungen für Visaerteilungen schriftlich fixiert vorliegen, und Anträge für Familienzusammenführung müssen normalerweise nach einem Monat, spätestens aber innerhalb eines halben Jahres entschieden sein. Und schließlich wird erwogen, daß die KPdSU bei lokalen Wahlen (später auch für den Obersten Sowjet) jeweils mehrere Kandidaten benennen soll; sogar Referenden über „Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung“ werden ins Auge gefaßt. – Pläne und Maßnahmen solcher Art ergeben gewiß einen betrüblichen Einblick in den bisherigen Zustand sowjetischer Lebensbedingungen. Dennoch sollten Ratio und demokratisches Selbstverständnis uns zu einer positiven Einstellung und Zuwendung veranlassen, wenn es darum geht, auf einleitende Prozesse einer internen Humanisierung und Öffnung zur Außenwelt zu reagieren, wie sie in der Gorbatschow-Ära möglich geworden sind. Bieten sie doch immerhin eine Entwicklungsperspektive in Richtung auf einen point of no return, der ein Zusammenleben mit der Sowjetunion auf veränderter, stabilerer Grundlage ergeben würde.

Um diese Chance offenzuhalten und abzusichern, muß allerdings in der westlichen Staatengemeinschaft energisch jenen Kräften entgegengetreten werden, die schon die Aussicht auf einen sowjetischen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in Schrecken versetzt, weil sie davon ein Verblässen oder gar den Verlust ihres Feindbildes befürchten.

Klaus Bloemer

Leonardo da Vinci und sein unerfüllter Traum vom Fliegen.

Konsequent weiterentwickelt
und umfassend gefördert, hätte
Leonardos Idee vom Hub-
schrauberflug schon früher
realisiert werden können. Denn
das technische Prinzip stimmte.

Es ist in unser aller Interesse,
daß nützliche Ideen
auch Wirklichkeit werden.



WestLB Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank

Girozentrale

Düsseldorf Münster



Hans-Roland Fäßler Die spanischen Sozialisten und die Macht

Hans-Roland Fäßler, Jahrgang 1949, ist Chefredakteur der Rundfunknachrichtenagentur (RUFA) in Bonn; von 1983 bis 1986 war er ARD-Korrespondent in Madrid.

„Der Sozialismus ist verschwunden, nur die Sozialisten sind noch übrig geblieben.“ Diese Polemik kommt nicht etwa von links. Sie stammt von Manuel Fraga Iribarne, dem gerade eben zurückgetretenen Vorsitzenden der konservativ-reaktionären Volksallianz AP, der nicht nur an seiner eigenen Vergangenheit als Franco-Minister, an der heterogenen politischen Zusammensetzung der demokratischen Rechten in Spanien gescheitert ist, sondern vor allem an der Person seines direkten Gegenspielers, Felipe González. Fraga wußte, wovon er sprach, als er im Dezember 1984 nach dem denkwürdigen 30. Parteitag des PSOE diese Feststellung traf, die im übrigen auch bei den Vertretern des zur Bedeutungslosigkeit verurteilten linken Flügels der Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei und bei den Kommunisten auf Zustimmung stieß. Und in der Tat hatte Felipe González diesen ‚Congreso‘ dazu benutzt, aus der einstmalig profilierten Klassenpartei eine sozialliberale Volkspartei zu machen. Der PSOE-Generalsekretär wandte sich bis hin zu Äußerlichkeiten von den Traditionen seiner Partei ab. Sein Arm war demonstrativ untergeblieben, als die Genossen auf der Schlußkundgebung dieses Parteitages mit emporgereckter Faust die Internationale schmetterten.

Fragas Häme und Felipes Körpersprache vermitteln dieselbe Botschaft: Hier habe sich ein sozialistischer Regierungschef und sein Kabinett endgültig aus der Garde linker Untergrundkämpfer verabschiedet und in einen flanelltragenden Yuppie-Circle verwandelt, der auf zugegebenermaßen beeindruckende Art und Weise das Land regiert. Cohiba-Zigarren und Gucci-Schuhe: Felipe González hat heute ein Image, das ihn direkt auf die Titelseite der

Männer-Vogue führen könnte. Geht er den Weg allen sozialistischen Fleisches von links unten nach rechts oben? Oder ist das alles nur Tarnung? Versteckt der gerissene Andalusier hinter salonsozialistischem Gehabe seine wahren revolutionären Absichten? Keine diese Vermutungen trifft zu. Aber Felipe González' öffentliche Wirkung bewegt sich durchaus zwischen diesen Extremen. Und er nimmt offensichtlich gelassen hin, daß er für viele Spanier ein Typ Politiker zu sein scheint, der er in Wirklichkeit gar nicht ist. Vielleicht ist gerade dies das Geheimnis seiner ungeheuren Popularität: alle gesellschaftlichen Gruppen haben sich ihr Bild von Felipe gemacht. Nur so ist es zu erklären, daß die spanische Rechte – die demokratische Rechte – seine Mäßigung und seinen Pragmatismus lobt, während die Linke immer noch das Bild vom antifaschistischen Arbeiteranwalt vor Augen hat und seinen Willen zu echten Reformen anerkennt. Es gehört inzwischen zum Ritual spanischer Politik, daß Felipe González von der kommunistischen Parteiführung als Arbeiter-, von Francos Erben dagegen als Volksverräter beschimpft wird. Nichts würde den PSOE-Generalsekretär mehr irritieren, als eines Tages von der falschen Seite Beifall zu bekommen. Er wähnt sich auf dem richtigen Kurs.

Wirklich erstaunlich ist die Verbindung von Charme und Rücksichtslosigkeit, mit der Felipe sein wirtschaftspolitisches Reformprogramm durchführt, auch wenn es zu kaum mehr erträglichen sozialen Belastungen führt und – dies nicht zuletzt – im direkten Gegensatz zu den aktuellen Interessen seiner eigenen Klientel steht. Die Politik der industriellen Umstrukturierung beispielsweise kostete in einem Land, das mit 20 Prozent die höchste Arbeitslosenquote Westeuropas besitzt, in den ersten vier Jahren seiner Amtszeit noch einmal 60 000 Menschen den Job. Zweifellos waren die von Franco verstaatlichten Schlüsselindustrien international wettbewerbsunfähig und deshalb nur durch gewaltige Subventionen am Leben zu erhalten, die die Staatsverschuldung in astronomische Höhen trieben. Diese „reconversión industrial“ war unumgänglich, aber keiner der konservativen Vorgänger des sozialistischen Regierungschefs hatte sich je an diese Aufgabe herangewagt. González dagegen, im engen Schulterschluß mit der sozialistischen Gewerkschaft

UGT, brach zu diesem Kreuzzug auf, den er gegen seine eigene Wählerschaft führte – und mit ihr gewann. Das Wahlergebnis vom 22. Juni 1986 beschied ihm einen ganz persönlichen Triumph: Er ist der einzige sozialistische Regierungschef der westlichen Welt, der zweimal hintereinander eine absolute Parlamentsmehrheit erringen konnte. Dabei hatte er in den ersten dreieinhalb Jahren seiner Amtszeit nicht nur zehntausende von Arbeitern – seine Wähler – auf die Straße gesetzt, sondern auch das intellektuelle Spanien vergrätzt. Diese zweite bedeutende Zielgruppe der Sozialisten war noch drei Monate vor der Wahl fast geschlossen gegen Felipes sicherheitspolitischen Kurswechsel Sturm gelaufen. Nach Jahren heftigster Polemik gegen Spaniens NATO-Beitritt plädierte er nun plötzlich für den Verbleib seines Landes im Bündnis und rang beim NATO-Referendum im März 1986 einer Mehrheit der wenig amerika-freundlichen, aber durchweg Reaganfeindlichen Spanier ein Ja zur nordatlantischen Allianz ab. Hätte er diese Volksabstimmung verloren, wäre seine politische Karriere möglicherweise zu Ende gewesen oder hätte zumindest einen Knick bekommen. Nichts von alledem: Er setzte – und setzt – in existentiellen Fragen auf die von ihm als richtig erkannte Entscheidung – gleichgültig, ob sie nun leicht vermittelbar ist oder nicht – und ficht mit vollem persönlichen Einsatz für ihre Durchsetzung. Dies verlieh González sogar seiner sicherheitspolitischen Volte in der NATO-Frage ein Maß an Glaubwürdigkeit, das ihn zum Sieg führte.

Dies macht ihn auch in seiner Partei unangreifbar. Er führt den PSOE wie ein preußisches Kavallerie-Regiment. Wer ihm die Stirn bietet oder die Gefolgschaft verweigern will, wird nach dem politischen Standrecht füsiliert. Der Führer der Izquierda Socialista – des linken Flügels der Partei –, Pablo Castellano, wurde auf einen dekorativen, aber völlig bedeutungslosen Posten in der Spitze der Justizverwaltung abgeschoben. Andere Linke wurden vor der Juni-Wahl einfach nicht mehr als Kandidaten aufgestellt. Nicht nur rechte Kommentatoren sprechen seit ein paar Jahren vom Felipismo, dem absolutistischen Staatsverständnis des Regierungschefs. González' Noske heißt Alfonso Guerra: der stellvertretende Ministerpräsident exekutiert seit gemeinsamen Untergrundzeiten den Willen des Meisters. Nur selten kommt es – wie jetzt bei der Besetzung des Ge-



König Juan Carlos: Ohne den Monarchen wäre Spanien heute keine stabile Demokratie.

Foto: dpa

neraldirektorsposten bei der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt – zwischen den beiden zu Meinungsverschiedenheiten. Natürlich setzte sich auch hier der Boß durch und hievte die liebenswerte Filmschaffende Pilar Miró auf den Chefessel. Für solch romantische Ausreißer hat Alfonso Guerra nichts übrig: ihm wäre ein Mitglied der sozialistischen Keulenriege an der Spitze von RTVE lieber gewesen. In schöner Eintracht freilich hatte das Duo den Chef der Staatskanzlei, Minister Javier Moscoso, einen der engsten Mitarbeiter Felipe González', ohne falsche Scham mit dem Amt des Generalstaatsanwaltes betraut. Man kann ja nie wissen ...

Diese rüde Form der Personalpolitik verfehlt auch beim Fußvolk der Partei ihre Wirkung nicht. Im Frühsommer 1986 stellte sich heraus, daß sich in Südspanien und auf den Balearen eine ganze Reihe sozialistischer Parteimitglieder im Verein mit den Beauftragten der Genossen Provinzgouverneure – Ausschreibungsverfahren hin oder her – mit Lizenzen für die krisensicheren und einträglich Toto- und Lotto-Annahmestellen versorgt hatten. Die mußten sie zu ihrem Erstaunen – nachdem der Skandal durch die Presse aufgedeckt worden war – wieder zurückgeben. Pilar Miló und Javier Moscoso freilich blieben im Amt.

Diese Form der politischen Ausbeutung von Macht hat in Spanien eine lange Tradition. Könige, Großinquisitoren und Militärdiktatoren besetzten Schlüsselpositionen schon immer ausschließlich mit Personen ihres Vertrauens, sonst wären sie vom unterdrückten Volk entweder als schwachsinnig oder als schwach betrachtet worden. Der spanischen Gesellschaft gilt der Staat – die Exekutive – traditionell als natürlicher Feind. Der Rückzug ins Schneckenhaus der Familie, die Zurückhaltung gegenüber Fremden, die von denen wiederum als spanischer Stolz fehlinterpretiert worden ist, und schließlich die völlige Abwesenheit dessen, was staatsbewußte Nordeuropäer beispielsweise Steuermoral oder – ganz generell – Sinn für Gemeinnutz nennen, sind Komponenten dieses gesamtgesellschaftlichen Phänomens.

Noch immer leben „die beiden Spanien“ fort: das aufklärerisch-demokratische und das christlich-konservative, das eine mit einer traditionell anarchistischen, das andere mit einer reaktionär-faschistischen Komponente. Diese beiden Spanien, die sich im Bürgerkrieg mit unvorstellbarer Brutalität bekämpft haben, sind nun dabei, den Zustand friedlicher Koexistenz zumindest zu stabilisieren. Die sozialistische Regierung zeigt sich gerade dieser Auf-

gabe gewachsen: obwohl sie im Parlament über die absolute Mehrheit verfügt, betreibt sie eine Politik, die die spanische Rechte letztlich nicht überfordert. Die Gesellschaft beginnt, sich langsam zu versöhnen. Dies ist das historische Verdienst des 44jährigen Andalusiers Felipe González. Ein sozialistisches Projekt zu verwirklichen, so betont er immer wieder, ist eine Angelegenheit von zwei oder drei Jahrzehnten. Er sei aber erst vier Jahre im Amt, und das sei nur ein Wassertropfen, gemessen an anderthalb Jahrhunderten Ungerechtigkeit und Tyrannei. Felipe González will um jeden Preis die Wiederholung jener Fehler verhindern, die zum Ausbruch des Bürgerkrieges geführt haben.

Deshalb läßt er die Finger von allen Verstaatlichungstheorien, zahlt an die mächtige katholische Kirche immer noch staatliche Zuschüsse, obwohl er rechtlich in der Lage wäre, diese Gelder zu sperren und die Kirchensteuer einzuführen; in einem Land wie Spanien eine schreckliche Bedrohung für die Amtskirche, denn von der Lohnsteuer allein kann schon der Staat nicht leben. Die Reform des Abtreibungsparagraphen ging den betroffenen Frauen und der spanischen Linken insgesamt nicht weit genug, aber sie beschwor auf der anderen Seite auch nicht den „Heiligen Zorn“ erzkatholischer, faschistischer Kreise herauf, den die junge Demokratie als Bedrohung hätte empfinden müssen. Die Militärreform verdiente zunächst nicht einmal diesen Namen. Das war (und ist) der Preis der „Politik des Übergangs“.

Als Franco 1975 starb, war der autoritäre Führerstaat zwar des Caudillo beraubt, seine Strukturen bestanden jedoch fort, seine Büttel blieben in Amt und Würden. So klug der Schachzug des jungen Königs, der Franco im Amt des Staatshaupts nachfolgte, so richtig die Politik des später von ihm berufenen Ministerpräsidenten Adolfo Suarez auch war: Es gab viele Spanier, die angesichts des Schneckentempos, mit dem das Land zu neuen Ufern aufbrach, den Glauben verloren, jemals ans Ziel zu kommen. Natürlich wollte niemand das Land in einen zweiten Bürgerkrieg stürzen, niemand dem erzreaktionären Militär, das den Demokratisierungsprozeß mit tiefem Mißtrauen verfolgte, den Vorwand für einen Putsch liefern. Aber zähneknirschend mußten es gerade diejenigen Spanier, die noch mit den Republikanern gekämpft, 39 Jahre lang unter Francos Regime gelitten hatten, mit ansehen, daß in den ersten beiden Jahren nach Francos Tod Regierungsmitglieder sogar an franquistischen Feierlichkeiten teilnahmen. Und auch unter der sozialistischen Regierung González änderte sich zunächst kaum etwas.

Der Fortschritt kam auf Gucci-Schuhen. Ministerpräsident Felipe González machte keine entscheidenden Fehler. Langsam, behutsam machte er sich auf den neuen Weg. Er verhinderte, daß die Soldaten der republikanischen Seite über ihre begrenzten Versorgungsbezüge hinaus mit den rebellierenden Angehörigen der siegreichen Franco-Armeen gleichgestellt wurden. Und er ließ nicht zu, daß ein Dutzend Hauptleute und Majore der Armee, die sich in der Union Militar Democrática, einer Vereinigung demokratisch gesinnter Offiziere, zusammengetan und für die Rückkehr zur Demokratie eingesetzt hatten, rehabilitiert und wieder in die Streitkräfte aufgenommen wurden. Dies freilich war zu Beginn seiner ersten Amtszeit.

Nach seiner Wiederwahl – als er so fest wie nie zuvor im Sattel saß – machte González reinen Tisch. Er wechselte die gesamte Führungsspitze der Streitkräfte aus und verlangte von der neuen Führung, sich der Rehabilitierung der Union Militar Democrática nicht länger zu widersetzen. Und auch die Renten der republikanischen Soldaten sind inzwischen denen der Franco-Truppen angeglichen. Felipe González hat – wie sich an diesen beiden Beispielen zeigt – gleich zu Beginn seiner zweiten Amtszeit erledigt, was er während seiner ersten noch für verfrüht hielt. Der Generaldirektor der berüchtigten Guardia Civil ist jetzt ein Zivilist.

Die Streitkräfte sind inzwischen zu einem innenpolitischen Nicht-Faktor geworden. Das ist beispiellos in der spanischen Geschichte. Durch ständige Versetzungen, Pensionierungen und (Weg-) Beförderungen wird der kleine, aber nach wie vor putschbereite Kern der Franco-Truppe in den Streitkräften derart ab- und auseinandergespalten, daß schon allein die Planung eines Staatsstreichs unmöglich wird. Inzwischen konnte sich Felipe González leisten, zwei Putschisten einer bereits im Ansatz vereitelten Verschwörung aus den Militärgefängnissen zu entlassen. Nur der schnauzbärtige Ex-Oberstleutnant Antonio Tejero, der am 23. Februar 1981 das spanische Parlament stürmte und alle Abgeordneten als Geisel nahm, wird wohl noch einige Zeit hinter Gittern verbringen müssen. Nicht etwa, weil sich die sozialistische Regierung seine Freilassung aus innenpolitischen Gründen nicht leisten könnte, sondern weil es das Gerechtigkeitsgefühl der Spanier störte, wenn ein Hochverräter sechs Jahre nach seinem Anschlag auf Verfassung und Demokratie schon wieder auf freien Fuß käme.

Der spanische Faschismus ist tot. Aus Gründen der Staatsräson hat Felipe González die letzten Zuk-

kungen des Franquismus nicht mit Triumphgeheul begleitet. Das nämlich hätte noch einmal zu einem Aufbäumen der reaktionären Kräfte führen können, die immer noch – wenn auch nicht mehr so zahlreich wie früher – an den Schalthebeln von Industrie, Militär und Administration sitzen. Der spanische Faschismus ist nicht wie der deutsche – der am 8. Mai 1945 zur verbrecherischen Weltanschauung erklärt wurde – als Ideologie geächtet worden. Er mußte sich selbst überleben, ausgehen wie eine verlöschende Kerze.



Der Fortschritt auf Gucci-Schuhen: Spaniens Ministerpräsident Felipe González

Darin vor allem liegt das Verdienst der Sozialistischen Spanischen Arbeiterpartei: Der Generalsekretär und ihre Spitzenfunktionäre haben nicht „nachgetreten“ und keine alten Rechnungen beglichen – obwohl da, weiß Gott, einige offengestanden hätten.

Die spanischen Sozialisten haben den jungen Leuten, den Schülern und Studenten, aber auch der durch den engstirnigen und kleinkarierten Franquismus der Politik entfremdeten mittleren Generation einfach die bessere Alternative vorgelebt.

Eine ganz wichtige Funktion kam dabei dem 1986 verstorbenen Madrider Bürgermeister, Enrique

Tierno Galvan, zu „El viejo professor“ – der alte Professor, wie ihn die Madrilenen voller Zuneigung nannten, schuf in der Hauptstadt eine Atmosphäre der Heiterkeit und der Zuversicht, die aus Madrid – nach dem Urteil gerade ausländischer Insider – Europas Kultur- und Kult-Metropole machte. Die movida – diese zunächst sehr bürgerliche, inzwischen aber längst auch in die Arbeiterviertel eingedrungene und dort zu wahren Leben erweckte „Bewegung“ – wehte den prüden Muff des Franquismus einfach weg. Enrique Tierno, der sich an manchem Nachmittag einfach zum Lesen in sein Arbeitszimmer zurückzog, weil er der Meinung war, der Madrider Bürgermeister müsse nicht nur früher einmal kultiviert gewesen sein, sondern es auch bleiben, verschaffte der „Szene“ auch mit finanziellen Mitteln den Spielraum, den die Stadt für ihre innere Runderneuerung brauchte.

Einmal im Jahr – am Sonntag nach dem 20. November, dem Todestag Francos – demonstrieren etwa 100 000 Unverbesserliche für die demokratische besiegelte Vergangenheit. Darunter sind zweifellos auch viele Jugendliche, aber sie sind politisch irrelevant, von der überwältigenden Mehrheit ihrer Altersgenossen isoliert. Spaniens Alt- und Neofaschisten haben bei den letzten Wahlen zusammen nicht einmal ein Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Auch die baskische Terrororganisation ETA schafft es trotz ihrer sinnlosen und brutalen Gewaltakte gegen hohe Militärs nicht, die Streitkräfte zum Putsch zu bewegen und auf diese absurde Weise den Nachweis zu führen, daß die demokratischen Politiker nichts anderes seien als von der Generalität gezogene Marionetten, daß Spanien also in Wahrheit eine mit einer Verfassung getarnte Militärdiktatur sei, die den baskischen Freiheitswillen ausmerzen wolle. Die Morde der gewalttätigen Separatisten erschüttern die Menschen, nicht aber das demokratische System. Die Regierung Gonzalez hat sich entschlossen, ETA nicht nur mit polizeilichen Mitteln zu bekämpfen, sondern auch nach einer politischen Lösung zu suchen. Sie bietet „etarras“ die Wiedereingliederung in die Gesellschaft an – sofern sie nicht in Bluttaten verwickelt waren – und versucht gleichzeitig, die politischen Rahmenbedingungen im Baskenland so zu gestalten, daß die Regionalregierung ihre autonomen Rechte auch wirklich wahrnehmen kann.

Dieser Prozeß ist langwierig und mühsam, aber es scheint, als führe er sicherer zum Erfolg als die Knüttelmethode der Nationalpolizei und der Guardia Civil, in deren Kommissariaten auch heute

noch – wenn auch vereinzelt – gefoltert wird. Aber dies sind Defekte eines demokratischen Systems, und gerade deshalb, weil solche Übergriffe jetzt in einigen Fällen zu Strafprozessen und zu Verurteilung der uniformierten Täter geführt haben, der Beweis für die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates.

Spanien hat sich in jeder Hinsicht europäisiert. Der Beitritt des Landes zur Europäischen Gemeinschaft war mehr als nur der völkerrechtliche Vollzug einer parlamentarischen Entscheidung: Die Bevölkerung hatte sich nach dem Ende der jahrhundertelangen Isolation, der von diktatorischen Herrschern erzwungenen Abkehr von Europa gesehnt.

Mit europäischer Hilfe, so hoffen die Spanier nun, würden sie ihren Staat wirtschaftlich und politisch modernisieren und stabilisieren können. Felipe González' Politik hat sich an dieser Vorgabe orientiert. Deshalb auch sind ihm sein sicherheitspolitischer Kurzwechsel in der NATO-Frage, sein gebrochenes Versprechen, 800 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, vergeben worden. Er hat die ihm wirklich zugedachte Aufgabe, Spanien vor dem Rückfall in den Faschismus zu bewahren und das Land statt dessen fest im demokratischen Europa zu verankern, erfüllt. Das ist sein wirklich historischer Verdienst. Seine Eitelkeit, die es nur schwer erträgt, daß König Juan Carlos noch populärer ist als er – wobei er neidlos zugesteht, daß Spanien ohne den Monarchen heute wohl kaum eine stabile Demokratie wäre –, seine Selbstüberschätzung, die ihn dazu verleitet hat, ausgerechnet auf der Staatsyacht „Azor“ des alten Diktators einen Teil seiner Sommerferien zu verbringen, weil er meinte, damit die Symbole des untergehenden Franquismus zu entmystifizieren: das alles sind die Schwächen eines Politikers, der ein Glücksfall für sein Land ist.

Meist fallen – wenn es um die Verdienste für den demokratischen Übergang Spaniens geht – drei Namen: Juan Carlos, Adolfo Suarez und Felipe González. Es fehlt in dieser Aufzählung Nicolas Redondo, der Vorsitzende der sozialistischen Gewerkschaft UGT. Er hat alle die – zum Teil weit über die Schmerzgrenze hinausgehenden – sozialen Belastungen des wirtschaftlichen Reformprogramms der Regierung González in den Betrieben abgeduldet, und zwar gegen die totale Opposition der zahlenmäßig gleich starken, kommunistischen Arbeiterkommissionen, die jede neue Entlassung – und davon gab es ja 60 000 – zum Anlaß nahmen, über den Arbeiterverräter Felipe herzu ziehen.

Der Disziplin der UGT und der in ihr organisierten Arbeiter mußte González einen Stein setzen.

Michi Strausfeld

Nicht nur Carmen und Toreros

Der Beitrag der spanischen Kultur zu Europa

Dr. Michi Strausfeld, Jahrgang 1945, ist freiberufliche Mitarbeiterin des Suhrkamp-Verlags und seit 1974 für die iberoamerikanische Literatur zuständig; sie wohnt in Madrid.

Die Kulturgeschichte des Abendlandes, ein fein verwobenes Netz vielfarbiger Fäden, die überall gesponnen werden, hat seit jeher Phasen erlebt, die besonders von einem Land geprägt wurden und deren Einflüsse jahrhundertlang fortwirkten und die jedermann bewußt sind. Andere Kulturen hingegen, deren Beiträge ebenfalls entscheidend für die Entwicklung in Europa waren, gerieten in Vergessenheit und sind nur Spezialisten bekannt. Dies gilt in großem Maße für Spanien und Portugal, die infolge jahrzehntelanger Diktaturen und einem Bürgerkrieg mit einer Million Toten seit Ende des Zweiten Weltkrieges von der europäischen Diskussion und Idee ausgeklammert wurden. Was aber wäre z. B. die europäische Literatur ohne *El Cid*, *La Celestina*, die Erzkuplerin, den *Picaro* – wie Lázaro de Tormes, der abenteuernde Spitzbube, der die bürgerliche Weltordnung aus dem Blickwinkel der Armen erläuterte – oder ohne *Don Juan* oder den Ritter von der traurigen Gestalt, *Don Quijote*? Aus Spanien kamen der Schelmenroman und die Kunst des modernen Romans überhaupt, desgleichen aber auch der *Romancero*, der die europäische Romantik so stark beeinflussen sollte. Die *Judin von Toledo*, die spanischen Mystiker Teresa de Ávila oder Juan de la Cruz, das Dreigestirn des Theaters Lope de Vega, Calderón und Tirso de Molina, die dunkle Lyrik Góngoras in den *Soledades* (Einsamkeiten) oder die düsteren *Träume* Quevedos, das intellektuelle Funkeln von Graciáns *Handorakel und Kunst der Weltklugheit* – die Liste von Meisterwerken spanischer Literatur ließe sich beliebig verlängern.

Seit mehr als tausend Jahren laufen viele Fäden unserer Kulturgeschichte in Spanien zusammen und ziehen von dort weiter: mehrere Jahrhunderte lang war das Land Brückenkopf zum muslimanischen Reich, arbeiteten in der Übersetzerschule von To-

ledo die fähigsten Köpfe der Zeit – Philosophen, Theologen, Ärzte und Wissenschaftler, Juden, Mauren und Spanier – und gaben Europa entscheidende Impulse, indem sie das Wissen von Orient zu Okzident weiterleiteten.

Vor knapp fünf hundert Jahren fuhren spanische Entdecker und Abenteurer in ihren schmächtigen Karavellen übers Meer und entdeckten die Neue Welt. Bewaffnet mit Schwert und Kreuz begaben sie sich auf die Suche nach den unermeßlichen Schätzen, die es zu heben galt und die in der Tat gefunden wurden. In ihren Reiseberichten und Chroniken versuchten sie, die unglaubliche, märchenhafte Flora und Fauna, die phantastische Wirklichkeit Amerikas zu beschreiben und schwärmten von den „Edlen Wilden“ und vom Ewigen Jungbrunnen, von El Dorado und vom Paradies auf Erden. Desgleichen berichteten sie von den Kannibalen, den Azephalen und Amazonen, von Seeungeheuern und Fabelwesen und von der ungebändigten und gigantischen Natur der neuentdeckten Länder. Ihre Texte übten entscheidenden Einfluß auf das europäische Denken und die Ikonographie aus. Angeregt durch Schriften von Kolumbus oder Vespucci, Cortés oder Bernal Díaz del Castillo, Inka Garcilaso oder Gonzalo Fernández de Oviedo, Bartolomé de las Casas und vielen anderen schrieb Tomas Morus seine *Utopia* oder Montaigne seinen Essay „Über die Kannibalen“, schuf Theodor de Bry seine Illustrationen Amerikas, die die Vorstellungen der Europäer so nachdrücklich beeinflussten. Die Mythen der Alten Welt wurden Wirklichkeit in der Neuen – und der Dialog zwischen beiden Welten bestimmt die Neuzeit, die mit der Entdeckung 1492 begann.

Spanien fiel zu jener Zeit eine Schlüsselstellung zu, das Imperium Ferdinands und Isabellas war das größte seiner Zeit, in dem „die Sonne nicht unterging“, wie Karl V. später sagte. Aber 1492 war nicht nur das Jahr der Entdeckung, sondern auch das Jahr, in dem Granada zurückerobert wurde und die letzten Mauren damit besiegt waren. Mit dem Ende der *Reconquista* begann zugleich die Vertreibung der Juden, denn ein Dekret über die „Reinheit des Blutes“ führte zu heftigen Diskussionen zwischen Alt- und Neuchristen. Ein Klima zunehmender Intoleranz ließ die Intelligenz, die Handwerker und wohlhabenden Kaufleute auswandern, und die Inquisition schloß Spanien von allen reformistischen Versuchen aus. Aber der Gold- und Silberstrom aus Amerika bescherte dem Land sowohl wirtschaftlich wie kulturell ein „Goldenes Zeitalter“.

Der Glanz des Spanischen Weltreiches verblaßte

schneller als erwartet, das Goldene Zeitalter endete, wenn man will, mit dem Tod Calderóns 1681. Zum Vorschein kam ein weitaus düsteres, elendes Bild des spanischen Alltags. Obgleich Städte wie Sevilla zu höchster Blüte kamen, blieb das Land arm, verschloß sich allen neuen Gedanken, beugte sich dem Diktat der allgegenwärtigen Inquisition und beharrte auf der Katholischen Religion als alleinseigmachender Kirche. Der Niedergang des Imperiums schien unvermeidlich, die Schätze aus Amerika wurden sogleich nach Frankreich, Holland, England und Deutschland weitergeleitet, um die notwendigen Importe zu finanzieren, da Spanien sich auch dem wirtschaftlich-technologischen Fortschritt versperrt hatte. Goya fing diese schäbige, beklemmende Wirklichkeit in düsteren Visionen ein, wie auch die Dummheit und Borniertheit der Herrschenden. Die ökonomische Misere stand jedoch in krassm Gegensatz zum Selbstverständnis der Nation, die jeden kritischen Kopf sogleich diffamierte. Die „schwarze Legende“ über die Greuelthaten der Spanier in Amerika verstärkten die Isolation und trennte das Land noch deutlicher von Europa ab, so daß die Pyrenäen bald zu einer geographischen und geistigen Barriere wurden: Afrika begann hinter den Bergen.

1898 verlor Spanien die letzten Kolonien in Amerika: Cuba, Puerto Rico und die Philippinen. Der Traum vom Weltreich hatte sich in Nichts aufgelöst, und die Intellektuellen der Generation von '98 – Unamuno, Azorín, Pío Baroja und Antonio Machado – versuchten eine Rückbesinnung auf Spanien, vielfach gekoppelt mit einer stärkeren Zuwendung zu Europa und dem Versuch, Anschluß zu finden an die dortigen Geistes- und Literaturströmungen.

Stärker noch war das Interesse an Europa bei der nachfolgenden Generation, besonders bei Ortega y Gasset, der in seiner Zeitschrift *Revista de Occidente* die bedeutendsten Literaten und Philosophen Europas publizierte und einen intensiven Kulturaustausch pflegte. Der Versuch der Republikanischen Regierung in den 30er Jahren, das gesamte Land zu modernisieren, endete mit der Tragödie des Spanischen Bürgerkrieges und der vierzigjährigen Diktatur Francos, der aus Spanien wiederum ein Bollwerk des Christentums machte und es somit dem Geist der Zeit fernzuhalten versuchte. Der Bürgerkrieg, Trauma von Siegern und Besiegten, trieb mehr als fünfhunderttausend Menschen ins Exil – fünfzig Jahre später und zehn Jahre nach dem Tod des Diktators sind die Wunden jedoch weitgehendst geheilt: das Land hat sich von Grund auf gewandelt.

Der Prozeß der Modernisierung, der bereits in den

siebziger Jahren begann, konnte erst nach 1975 institutionalisiert werden: Spanien gab sich eine demokratische Verfassung, begann mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Umstrukturierungen und gesellschaftlichen Veränderungen, die alle Bereiche einschneidend trafen. Seit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, den Spanien in jahrelangen und mühseligen Verhandlungen anstrebte, stieg das Interesse an Europa sprunghaft an: die Spanier möchten möglichst bald einen intensiven Dialog führen, die anderen besser kennenlernen und sich bekannt machen. Denn eines wird schnell deutlich: in Spanien weiß man mehr über deutsche, englische, französische oder italienische Kultur als es umgekehrt der Fall ist. Das Bild im Ausland von dem, was „spanisch“ ist, leidet noch immer unter den Klischees, die seit einhalb Jahrhunderten, also seit der Romantik, im Umlauf sind. Prosper Mérimées *Carmen* – kürzlich als Film wiederum ein Welterfolg –, Toreros, sonnendurchglühte andalusische Patios, Mittelmeerstrände, Jerez oder Paella drängen sich als erste Assoziation auf, die mit dem modernen Spanien wenig gemein haben.

Spanien heute: das ist eine pulsierende Hauptstadt, Madrid, mit mehr als vier Millionen Einwohnern, die inzwischen von vielen Besuchern als Metropole der so in Mode gekommenen Postmoderne bezeichnet wird. Exzellente Ausstellungen zu jeder Jahreszeit, ein neueröffnetes Kulturzentrum Reina Sofia, auch Sofidou genannt, da es nach Fertigstellung aller Abteilungen dem Centre Pompidou in Paris Konkurrenz machen soll; ein internationaler Kunstmarkt, der sich neben den traditionellen Zentren in der Schweiz, in Frankreich und Deutschland zu etablieren versucht. Spanische Graphiker und Architekten erzielen wachsende Aufmerksamkeit außerhalb der Grenzen, und die Modernmacher führen ihre Modelle in New York, Tokio, Rom oder Paris über den Laufsteg. Die einst so wohlbehüteten jungen Mädchen flanieren ebenso selbstbewußt durch die Straßen Madrids oder Barcelonas wie ihre Altersgenossinnen in London oder Berlin. Innerhalb von zehn Jahren hat, so möchte man sagen, eine lautlose Revolution stattgefunden, für die andere Gesellschaften eine Generation benötigen.

Neben diesen beeindruckenden Bildern, die dem Besucher sogleich ins Auge springen und die sich langsam über die Klischeevorstellungen schieben, darf man selbstverständlich nicht die bedrückenden Probleme vergessen, die die jahrzehnte-, zum Teil jahrhundertealte Isolierung des Landes verursacht haben. Die Modernisierung Spaniens in allen Berei-

chen erfordert gewaltige finanzielle Anstrengungen, den kontinuierlichen Ausbau der Infrastrukturen, zähe und stetige Arbeit. Das neue, demokratische Spanien ist nicht länger ein zentralistischer Staat, sondern eine Föderation autonomer Regionen, von denen Katalonien, Euskadi und Galizien eine eigene Sprache und Kultur haben. Sie fächern das Bild des Landes weiter auf und bereichern es zugleich – denkt man z. B. an die tausendjährige Geschichte und Kultur Kataloniens – in vielfältiger Form an.

Dies alles ist nördlich der Pyrenäen kaum bekannt, wie das Wissen über die spanische Kultur des 20. Jahrhunderts überaus bescheiden ist. Ein paar Namen: Picasso, Miró, Dalí, Julio González; Manuel de Falla, Paul Casals; Ortega y Gasset und García Lorca, danach folgt meistens Schweigen. Interessierte Leser kennen sicherlich einige Romane von Balzac, *Eugénie Grandet* oder *Vetter Pons*, haben Flauberts *Madame Bovary* in ihrer Erinnerung sowie Stendhals *Kartause von Parma* oder *Rot und Schwarz*. Die spanische Äquivalente, mutatis mutandis, Benito Pérez Galdós bzw. Clarín, dessen großartiger Roman *Die Präsidentin* genau einhundert Jahre nach der Erstpublikation endlich auch in

der Bundesrepublik verlegt wurde, sind hingegen nahezu unbekannt. Die Verspätung, mit der der „zweitwichtigste Roman Spaniens nach Don Quijote“ wahrgenommen wird, ist leider kein Einzelfall, sondern eher als „typisch“ zu bezeichnen. Der bedeutendste und eigenwilligste Dramatiker, der exentrisch-geniale Ramón del Valle-Inclán, ist ein Unbekannter auf deutschen Bühnen. Die Lyriker der *Generation von 27* (Alberti, Aleixandre, Cernuda, Diego, García Lorca, Guillén, Salinas), deren Werk als Höhepunkt im Panorama der Dichtkunst des 20. Jahrhunderts gilt und für Spanien ein „Silbernes Zeitalter“ wurde, ist nach wie vor ein Geheimtip für Insider, mit der Ausnahme von García Lorca natürlich. Die Aufarbeitung der Literatur bis zum Bürgerkrieg ist eine Aufgabe, die nahezu alle europäischen Nationen zu leisten haben, um wirklich einen Kulturdialog beginnen zu können, der auf wechselseitigen Kenntnissen beruht. Romane, Gedichte und Theaterstücke, die zwischen 1939 und 1975 geschrieben wurden – ob im Exil oder im Land selbst – müssen desgleichen weitgehend noch „entdeckt“ werden, sofern ihre literarische Qualität dies gerechtfertigt. Die Zäsuren anhand geschichtsträchti-



ger Daten sind hier als Hilfsmittel zu verstehen, da die Grenzen stets fließend verlaufen. Darüber hinaus distanziert sich das heutige Spanien ganz bewußt und selbstbewußt von ihnen: Vierzig Jahre Franco waren genug, jetzt will man nicht weiter mit dem Schatten des Diktators leben, sondern frei von Alpträumen oder Einengungen und will so wahrgenommen werden, wie man heute lebt: modern, demokratisch, so frei (oder unfrei) wie die übrigen Nationen Europas.

Es scheint, als fiele es den europäischen Ländern schwerer als den Spaniern, Franco wirklich zu vergessen und einen Neuanfang zu machen. Die Schwierigkeiten im Kulturtransfer zwischen Spanien und der BRD hängen vermutlich zunächst mit den mangelnden Sprachkenntnissen zusammen: der Deutschunterricht ist an spanischen Gymnasien sozusagen inexistent, der Spanischunterricht an deutschen Oberschulen ein seltenes Pflänzchen. Bedenkt man dazu, daß knapp dreihundert Millionen Menschen Spanisch sprechen, zeugt es von erstaunlicher bzw. bedenklicher Kurzsichtigkeit der Erziehungsminister, diesem Mißstand nicht schnellstens abzuheilen. Heute steigt das Interesse füreinander in beiden Ländern sprunghaft an, so daß die institutionellen Voraussetzungen für baldiges besseres Kennenlernen hoffentlich demnächst geschaffen werden und ausreichende Mittel für Schüleraustausch, Stipendien, Universitätslehrstühle usw. bereitgestellt werden. Wenn es an Sprachkenntnissen mangelt, wird eine kontinuierliche Berichterstattung in den Medien erschwert, fehlt es an Informationen und Übersetzern in allen Bereichen. Dies verhindert vor allem eine bessere Kenntnis der zeitgenössischen Literatur Spaniens, die darüber hinaus noch im Schatten der kraftvollen (und ebenfalls mit Verspätung in Deutschland rezipierten) lateinamerikanischen Romane steht. Nach Francos Tod gab es einen Augenblick großer Erwartungen: würden jetzt die wichtigen, zuvor von den Zensoren verbotenen Werke publiziert werden? Natürlich nicht, da all das, was in Spanien nicht gedruckt werden konnte, eben in Buenos Aires oder Mexico verlegt und anschließend unterm Ladentisch verkauft wurde. Aufsehen-erregendes „Neues“ kam also nicht zum Vorschein, und doch darf man heute, zehn Jahre später, durchaus von einer „neuen“ spanischen Literatur sprechen, deren Verfasser zumeist zwischen dreißig und fünfundvierzig Jahre alt sind. Ihr spanischer Lehrmeister heißt Juan Benet, der ältere Mentor, dessen Modernität und exquisites Stil von allen anerkannt wird. Auf Deutsch erschien soeben sein erstes Buch

von ihm, *Rostige Lanzen*, die Geschichte eines Bürgerkrieges, angesiedelt in einer fiktiven „Región“, die Allgemeingültigkeit beanspruchen darf. Eduardo Mendoza kann vielleicht als Paradigma des neuen spanischen Autors bezeichnet werden: sein erster Roman erschien 1975, sein vierter, *La ciudad de los prodigios* (Die Stadt der Wunder), 1986. Dieses Buch schildert den Aufstieg der Stadt Barcelona zwischen den beiden Weltausstellungen 1888 und 1929. Der Protagonist Onofre Bouvila kommt als armer kleiner Junge in die Stadt, um dort sein Glück zu versuchen und wird mit der Stadt reich und mächtig. Der Roman, literarischer Hit des Jahres, drängte erstmalig auch die berühmten lateinamerikanischen Kollegen auf den zweiten Platz in der Publikumsgunst: auch dies Symptom für den Wechsel, der zur Zeit in Spanien stattfindet. Das Spektrum der Themen, das von den zeitgenössischen Autoren behandelt wird, ist überaus erstaunlich. Erstmals konnten sich die Schriftsteller in völliger Freiheit ihren jeweiligen Literaturkanon zusammenlesen, sich so ausdrücken, ästhetisch, wie es ihnen beliebt, ohne irgendwelche „Botschaften“ kundtun zu müssen. Alejandro Gándara, José María Guelbenzu, Luis Mateo Díez, José María Merino und Álvaro Pombo verdienen sicherlich, in andere Sprachen übersetzt zu werden . . . und wären es vermutlich längst, schrieben sie nicht „spanisch“. Aber der Erfolg der beiden kleinen Romane von Javier Tomeo in Deutschland läßt hoffen, daß noch andere spanische Titel folgen werden.

Weiteres Novum im Panorama der spanischen Gegenwartsliteratur ist die auffällige Präsenz der Frauen, die feminine und feministische Bücher schreiben. Sie behandeln Themen, die zuvor jeder Zensor gestrichen hätte und erzielen erstaunliche Verkaufsziffern. Ob Christina Fernández Cubas oder Adelaida García Morales, ob Montserrat Roig, Rosa Montero oder Soledad Puétolas: diese Autorinnen haben literarische Kraft und Eigenständigkeit.

Fügt man dieser vielleicht nicht als „Blüte“, aber doch als „Knospe“ zu bezeichnenden neuen Literatur noch die Werke der katalanischen und galizischen Autoren hinzu – ich nenne hier nur die „klassischen“ Namen wie Mercé Rodoreda, Salvador Espriu, J. V. Foix oder Álvaro Cunqueiro – schillert das Kaleidoskop der spanischen Kultur noch stärker, locken die Schätze, die zu entdecken sind, all jene noch mehr, die sich auf neue (Lese-)Abenteuer einlassen möchten.

Aber nicht nur im Literatursektor sind in den nächsten Jahren Überraschungen zu erwarten. In

den Bildenden Künsten haben sich Maler und Bildhauer seit längerem einen festen Platz erobert: Chillida, Tàpies, Guinovart, Equipo Crónica, Antonio Saura, José Hernández und viele andere. Im Film behaupten sich Carlos Saura, Manuel Gutiérrez Aragón, Víctor Erice und eine wachsende Zahl von Regisseuren, die mit bescheidenen Mitteln großartige Leistungen erzielen. Die vielen Preise in Berlin, Cannes, Venedig und erstmalig auch in Hollywood sprechen für die Qualität spanischer Filme. Das Musikschaffen umfaßt die vielfältigsten Aspekte und reicht von den Komponisten Mompó und Cristóbal Halffter über die Opernsänger Plácido Domingo, Montserrat Caballé und Victoria de los Angeles bis zum Flamenco von Paco de Lucía, den Liedermachern (Raimón, Juan Manuel Serrat, Lluís Llach und María del Mar Bonet) und dem Schlageridol der Massen, Julio Iglesias.

Der Beitrag Spaniens zum europäischen Kulturpanorama beschränkt sich jedoch nicht nur auf die eigenen Leistungen, so angemessen es ist, daß diese im Ausland endlich so rezipiert werden, wie Spanien das Fremde aufnimmt: offen und interessiert, neugierig und kritisch. Spanien übernimmt mit Beginn seiner Demokratie ganz bewußt wieder die Rolle als Brückenkopf zu Lateinamerika. Die Mehrzahl der wichtigen Werke südamerikanischer Autoren wird

in Spanien verlegt, die Gemeinsamkeiten der Sprache sind ein starkes Band, und das Fünfhundertjahrjubiläum der Entdeckung Amerikas 1992 führt schon jetzt dazu, daß man auf beiden Seiten des Atlantiks die Geschichte und Kultur dieser fünf Jahrhunderte aufarbeitet. Liebt man Parallelen, wird auch 1992 wiederum ein dreifaches Ereignis sein: eine Weltausstellung in Sevilla, die Olympischen Spiele in Barcelona, das Fünfhundertjahrgedächtnis. In diesem Zusammenhang zu prophezeien, daß Spanien in den kommenden Jahren viel Aufmerksamkeit beanspruchen wird, scheint eine Kinderei. Hinzugefügt werden muß jedoch, daß dies offensichtlich vielen Europäern noch nicht bewußt geworden ist.

Noch einen letzten Punkt möchte ich erwähnen: Die Spanier, durch die jahrzehntelange Diktatur Francos von der europäischen Diskussion ausgesperrt, weitere lange Jahre durch schleppende Beitrittsverhandlungen zur EG vor der Tür wartend, fühlen sich heute verpflichtet, ihren Beitrag zur gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Debatte um Europa zu leisten. Ihr Enthusiasmus ist stark und kreativ, Antrieb für eine Diskussion, die in den letzten Jahren so oft in Büroakten stecken blieb. Die Dynamik, die das Leben in Spanien heute charakterisiert, öffnet neue Möglichkeiten – ein Gewinn für Europa.



Willy Brandt

Ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien

Referat auf der Sitzung der erweiterten Parteileitung der SAP (1937)

Im Februar 1937 begab sich Willy Brandt, der damals der 1931 von der SPD abgespaltenen Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) angehörte, von Oslo aus nach Barcelona, wo er die Aufgaben eines Verbindungsmannes der SAP-Auslandsleitung zum links-sozialistischen spanischen Partido Obrero de Unificación Marxista (POUM) übernahm. Daneben arbeitete Willy Brandt als Korrespondent für die norwegische Presse und als Beauftragter der norwegischen Spanienhilfe. Kurz vor der von den Kommunisten veranlaßten Verhaftungswelle im Juni 1937, die sich insbesondere gegen Funktionäre der POUM und der SAP richtete, konnte er Spanien wieder verlassen. Anfang Juli 1937 hielt Willy Brandt vor der erweiterten Parteileitung der SAP in Paris ein ausführliches Referat über Situation und Perspektiven im Spanischen Bürgerkrieg, das wir nachstehend dokumentieren.

Ein Jahr lang schon tobt der revolutionäre Krieg in Spanien. Ein Jahr lang sind wir Zeugen dieses größten Ereignisses in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung seit der großen russischen Revolution. Schon im Oktober 1934, als sich die asturischen Bergarbeiter erhoben und ihre Losung „Sterben oder siegen“ in die Tat umsetzen, wußten wir, daß wir von Spanien Großes zu erwarten hatten. Nach den demoralisierenden Wirkungen der deutschen Niederlage war das damals ein Aufrütteln. Widerstand entfaltete sich gegen die faschistische Reaktion, es zeigten sich Beweise für den Wiederanstieg der sozialistischen Kräfte.

Heute und seit einem Jahr wird auf dem Boden der iberischen Halbinsel die erste offene Schlacht gegen den internationalen Faschismus ausgefochten. Sie ist ein Vorgefecht in der großen, unweigerlich heranahenden Weltauseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Faschismus und Sozialismus. Und die Vorentscheidung Spanien ist bis heute eine Entscheidung zugunsten des Fortschritts, der Freiheit, des Sozialismus. Zehntausende spanischer und internationaler Sozialisten und Kommunisten haben für diesen Kampf ihr Leben gegeben. Wir verneigen uns vor ihnen als den wirklichen Avantgardisten internationaler proletarischer Solidarität.

Wir bangen um das Schicksal der spanischen Revolution, des revolutionären Krieges. Wir sehen die großen Gefahren, die sich aufgetürmt haben. Aber größer als unsere Sorgen um das Heute ist unsere Achtung vor dem Vollbrachten. Als Angehörige der geschlagenen deutschen Arbeiterbewegung haben wir vor allem zu lernen und zu helfen. Aber wir haben auch die Pflicht, die spanische Bewegung kritisch zu würdigen, um unsere Erfahrungen zu vermitteln und um für unseren eigenen weiteren Kampf zu lernen. Wir müssen helfen und kritisieren, um zu helfen.

Der Hintergrund

Was haben wir schon von Spanien, von den Spaniern gewußt, bevor der große Kampf im Juli vergangenen Jahres begann? Aber auch umgekehrt: was wußten sie schon von uns? – Es ist ein steiler Sturz, den Spanien durchmachte: vom ersten Kulturstaat Europas über die gleichbleibend ruinierende Herrschaft der Bourbonen, Habsburger und der katholischen Kirche bis zu einem abgeschiedenen, zurückgebliebenen Vasallenstaat, bis zu einem verlotterten Verwandten der europäischen Staatenfamilie. Bismarck soll einmal gesagt haben: „Unter allen Nationen bewundere ich die spanische am meisten. Wie lebenskräftig muß doch dieses Volk sein! Seine Regierungen bemühen sich ausnahmslos, es zugrunde zu richten, und haben es noch nicht fertiggebracht.“ Halten wir uns jedoch nicht bei verlockenden Parallelen aktuellster Prägung auf, schauen wir zunächst auf den Hintergrund des heutigen Geschehens.

Spanien ist nicht nur nie mit der bürgerlichen Revolution fertig geworden, es hatte die wesentlichsten Aufgaben der bürgerlichen Revolution überhaupt noch vor sich: die Brechung der Macht der Kirche, des Adels, der Großgrundbesitzer und der übrigen Elemente des Feudalismus. Eines Feudalismus, der auf das Engste verflochten und versippt ist mit den Mächten des spanischen und des internationalen Großkapitals.

Spanien ist ein Agrarland. Nach der Berufszählung von 1920 arbeiteten nahezu 3/5 der Berufstätigen in der Landwirtschaft, ein knappes Viertel in der Industrie. Die spanische Landwirtschaft ist eine der primitivsten in Europa. Diese Zurückgebliebenheit war geradezu die Sicherung für die Aufrechterhaltung der feudalen Bodenverhältnisse, die deshalb auch schon vor der Jahrhundertwende durch hohe Zölle geschützt wurden. Der Weizenpreis lag in Spanien um das Vierfache höher als der Weltmarktpreis. 12 000 Familien hatten die Hälfte des ländlichen Besitzes in ihren Händen. Die große Masse der ländlichen Bevölkerung bestand aus den Millionen der Kleinstbesitzer und Pächter, die zumeist unter den kärglichsten Bedingungen lebten, und den Landarbeitern, die, wie in Andalusien, mit dem Vieh zusammen in Stroh- und Lehmhütten hausten und deren Tagelöhne trotz der gesetzlichen Höhe von 3,5 Peseten bis auf 60 Centimos fielen. Ein krasses Beispiel für die Zurückgebliebenheit ist die Tatsache, daß es noch heute mehr als 5 000 Orte mit über tausend Einwohnern in Spanien gibt, die ohne einen Tropfen Trinkwasser sind, das stundenlang mühselig herangeholt werden muß.

In einigen Teilen des Landes gibt es eine entwickelte In-

dustrie. So vor allem die Schwerindustrie im Norden, die Textilindustrie in Katalonien und eine Fertigwarenindustrie in Madrid. Die Industrie ist vorwiegend in den Händen ausländischen Kapitals. Ausländische Bankfürsten und spanische Granden thronen über der Masse der Bevölkerung, die in Elend und Unfreiheit lebt.

Die bestorganisierten Mächte der spanischen Gesellschaft waren die Kirche und die Armee. 1924 zählte man eine Armee von 12 000 Mönchen und 42 000 Nonnen. Die katholische Kirche stellte eine gewaltige wirtschaftliche Macht dar. Sie war nicht nur der erste Grubenbesitzer im Lande, sondern besaß alle Arten von Unternehmungen. Und die Kehrseite der Medaille: im Zeichen der kulturellen oder besser anti-kulturellen Macht der Kirche bestand die Hälfte der Bevölkerung aus hundertprozentigen Analphabeten. 50 % der Kinder besuchten keine Schule. Von den anderen ging wiederum die Hälfte in die Pfaffenschule.

Mit der Armee sah es so aus, daß auf sechs Soldaten ein Offizier kam! Das Offizierkorps bot nicht nur Unterschlupf für die feudalen Herrenhühnchen, sondern auch für einen Teil der Jugend des Bürgertums, der in entwickelteren Ländern von der Wirtschaft und vom zivilen Staatsapparat aufgenommen wird. In der Staatsmaschinerie herrschte eine unglaubliche Korruption und innere Fäulnis.

Gleichzeitig muß man sehen, daß das Kleinbürgertum in Spanien ein wesentlich stärkeres soziales Gewicht hat, als das etwa in der russischen Revolution der Fall war. Innerhalb des Kleinbürgertums spielte eine ganz besondere Rolle die bürgerliche Intelligenz, die Träger der demokratischen und d. h. zumeist gleichzeitig der separatistischen Bewegungen war. Auf der anderen Seite hatte die Entwicklung, die der Entscheidung im vorigen Jahr voranging, bewiesen, daß auch in Spanien das Kleinbürgertum nicht fähig war, eine selbständige politische Rolle zu spielen, geschweige denn die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu verwirklichen.

Die spanische Arbeiterbewegung trägt sehr deutlich die Züge der Zurückgebliebenheit des Landes. Die Anfänge der Arbeiterbewegung gehen bis in die 30er und 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück. Seit 1870 ist der Anarchosyndikalismus eine Macht. Um diese Zeit wurde er in Katalonien durch einen Schüler Bakunins ausgebreitet und organisatorisch zusammengefaßt. Der Anarchosyndikalismus hatte mit seinen Postulaten der direkten Aktion, des scharfen Antiparlamentarismus, Antiklerikalismus und Dezentralismus einen günstigen Nährboden in einer Arbeiterbevölkerung, die bei schlimmster Ausbeutung keine Möglichkeit zur Teilnahme am politischen Leben hatte. Das Gleiche galt für die unter unmenschlichen Bedingungen lebende Landarbeiterschaft. Um dieselbe Zeit, als der Anarchismus besonders in Katalonien Fuß faßte, entstand in Madrid unter Pablo Iglesias der Ausgangspunkt des marxistischen und im weiteren Verlauf reformistischen Flügels der Arbeiterbewegung. Die revolutionären Traditionen der spanischen Arbeiterbewegung liegen überwiegend bei den Anarchisten.

Schon nach dem letzten Weltkrieg wurde Spanien von einer breiten revolutionären Bewegung erfaßt, die aus den

während der Kriegszeit – Spanien blieb bekanntlich neutral – gewachsenen politischen und sozialen Spannungen resultierte und die Arbeiterbewegung in einem solchen Maße radikalisierte, daß die CNT vorübergehend den Weg bis nach Moskau ging.

Die jetzige Entwicklung der spanischen Revolution datiert seit 1930, seit dem Rücktritt des Diktators Primo de Rivera. Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 begann, hat mit aller Schärfe auch Spanien erfaßt und die alte Ordnung aus den Fugen gebracht. Im April 1931 erlitten die monarchistischen Parteien eine mächtige Schlappe bei den Gemeindevahlen. Die Monarchie fiel, und am 16. April wurde die Republik proklamiert. In den nun folgenden Jahren erleben wir auch in Spanien, daß Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie unfähig sind, die bürgerliche Revolution durchzuführen. Im September 1933 gibt es durch den reaktionären Wahlsieg einen starken Rückschlag, aber die Arbeiterbewegung ist reifer geworden, sie macht einen Klärungsprozeß durch. Im Oktober 1934 erheben sich in einem heldenhaften Kampf die asturischen Bergarbeiter gegen die Aufnahme der Gil Robles-Leute in die Regierung. Asturien wird niedergeschlagen, viele tausend ermordet, 30 000 werden eingesperrt, es beginnt die blutigste Periode des „schwarzen Doppeljahres“, der Niederknüpfung der Arbeiterbewegung. Aber der Strom ist nicht mehr abzumähen. Die Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion führen zum Umsichgreifen einer mächtigen demokratischen Massenbewegung, zu großen Streiks der Arbeiter und zu Bewegungen der Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern. Das alles bildet die Basis für die spanische Volksfront, unter deren Zeichen das Spanien von 1935/36 steht.

Fassen wir zusammen: In Spanien ist die bürgerliche Revolution noch durchzuführen. Sie kann nur durchgeführt werden als Volksrevolution unter der Führung der Arbeiterklasse. Die Arbeiter können aber bei der Er kämpfung der demokratischen Reformen nicht stehen bleiben. Sie müssen für die sozialistische Vollendung der Revolution kämpfen. Die Elemente der demokratischen und der sozialistischen Revolution verflechten sich miteinander, werden unteilbar. Darum bezeichnen wir den Charakter der spanischen Revolution als demokratisch-sozialistisch.

Die spanische Volksfronterfahrung

Wir sagten schon, daß die Basis für die Volksfront geschaffen wurde durch die demokratische Massenbewegung – besonders gegen das Oktoberunrecht – durch die Streiks der Arbeiter und die Agrarbewegungen – und man muß hinzufügen, durch die Radikalisierung und das Streben nach Einheit in der Arbeiterklasse und das Erkennen, daß man ohne ein festes Bündnis mit den breiten Volksmassen nicht vorwärts kommen konnte. Das Wahlabkommen der linken Parteien – der Volksfront-Wahlpakt mit einem ziemlich bescheidenen Programm, aber mit der konkreten Zielsetzung des Sturzes der Lerroux-Gil Robles und der Amnestie für die politischen Gefangenen – wurde erst im Januar '36 unterzeichnet. Im Februar erreichte die Volksfront die Mehrheit der Mandate und (entgegen anderslautenden Berichten) auch die Mehrheit der Stimmen. Zum

ersten Male verzichteten die Anarchosyndikalisten auf ihre „Wählt nicht“-Parole.

Aus dem Februarwahlsieg ergab sich zweierlei: ein neuer Auftrieb für die Volksfrontmassenbewegung und eine Volksfront-Regierung, zunächst unter Azaña, dann unter Quiroga. Regierung und Massenbewegung sind jedoch nicht identisch. Die Regierung hemmte nicht nur die Bewegung, sie entfremdete sich ihr auch immer mehr und stellte sich in vielen Fragen gegen sie. Sie ließ den alten Staatsapparat im wesentlichen weiterbestehen. Mola bekam eine wichtige Kommandostelle im Heer. Franco wurde so versetzt, daß er eine entscheidende Kommandantur erhielt. Man duldet die Putschvorbereitung der Reaktion. Die Regierung ließ die katholische Kirchenmacht und das Großkapital im wesentlichen ungeschoren. Sie setzte für die Agrarreform ein Schnecken tempo fest. Nicht genug damit, Guardia Nacional wurde dort eingesetzt, wo die Bauern selbst zur Bodenaufteilung schritten. Das alte Kolonialsystem wurde aufrechterhalten. Kurz: die Regierung betrieb eine schwächliche, schwankende und damit in vielem reaktionäre Politik.

Ist das aber gleichbedeutend damit, daß die Taktik der Volksfront vom proletarischen Standpunkt aus unangleich ist? Keineswegs. Es gibt Leute, die sich die Erkenntnis des Geschehens auf die Weise unmöglich machen, daß sie erklären: Die Volksfront hat die Schuld am Juniputsch, sie hat eigentlich zu nichts anderem geführt als zu diesem reaktionären Aufstand. Und nach dem Rezept „Ende schlecht, alles schlecht“ hat man damit die ganze Frage der Volksfront „erledigt“. Ja, die Volksfront-Regierung hat eine große geschichtliche Schuld auf sich geladen, daß sie die Putschvorbereitung zuließ. Aber das ist nur die eine Seite. Andererseits nämlich hatte die Volksfrontbewegung zu einer solchen Zuspitzung der Klassenkampfsituation, zu einer solchen Stärkung der Arbeiterkräfte in ihr geführt, daß die Reaktion zur präventiven Konterrevolution getrieben wurde. Der Eröffnungsschuß am 17. Juli in Marokko erfolgte etwas zu früh. Aber es war nur noch eine Frage von Tagen. Heute ist einwandfrei bewiesen, daß bereits eine Woche nach den Februarwahlen eine faschistische Konferenz in Valencia stattfand, auf der nicht nur Putschpläne gebrütet wurden, sondern auf der auch bereits über die aktive Unterstützung Nazi-Deutschlands berichtet werden konnte. Wir sagen, die Reaktion griff zur präventiven Konterrevolution. Denn das, was formell ein Angriff gegen die demokratische Republik war, das bedeutete im Kern der Sache einen Schlag der reaktionären Mächte gegen die heranwachsende zweite Revolution.

Die Reaktion war damit in die Rolle von Rebellen gegen die Legalität gedrängt. Das bot nicht nur innen- und außenpolitische Vorteile, das trug auch dazu bei, Teile von Heer und Polizei mit den Arbeitern in eine Front zu bringen. Man wird sich daran erinnern, daß am 12. Juli ein junger Offizier der Guardia de Asalto in Madrid von Reaktionären ermordet wurde. Am folgenden Tag mußte der reaktionäre Politiker Sotelo dran glauben. Die aktivistischen Elemente der „Asaltos“ wollten durchgreifen. Und die Guardias de Asalto, die republikanischen Schutzgarden, sind

denn auch so gut wie hundertprozentig auf der Seite der Regierung und der Arbeiter geblieben. Vom Heer gingen 90 % der Offiziere und 2/3 der Soldaten mit Franco, außerdem der größte Teil der Guardia Nacional. Aber zu den Asaltos und dem einen Drittel der Soldaten kam die Mehrzahl der Flotte und der Luftwaffe. Man muß sich fragen, was erst bei einer entschlossenen Regierungspolitik gegen die Reaktion in dieser Hinsicht hätte erreicht werden können. Und hier können wir ernsthaft die Frage aufwerfen, ob es nicht im Interesse der spanischen Revolution lag, wenn sich die spanische Arbeiterklasse nach den Februarwahlen selbst an der Regierung beteiligt hätte.

Das zweite Argument gegen die Volksfront ist: im Juli versuchte Martinez Barrio, der Führer der republikanischen Union, Teilnehmer an der Volksfront, ein Verständigungskabinett zu bilden, in dem Mola gar Kriegsminister werden sollte. In vielen Städten verweigerten die Republikaner die Auslieferung der Waffen an die Arbeiter, und dadurch sind wichtige Punkte in die Hände der Faschisten gefallen. Erst am 19. Juli verordnete Girál die Bildung einer Volksmiliz und die Bewaffnung der Arbeiter. Das ist alles wahr. Aber wir dürfen nicht an der Oberfläche bleiben. Kein Revolutionär bestreitet die Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Bündnispartner der Arbeiterklasse. Aber wer nicht blind ist, kann nicht leugnen, daß zugleich etwas viel Wichtigeres sich vollzog, nämlich das Zustandekommen eines wirklichen Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Kleinbürgern und Bauern. In der wirklichen Bewegung setzte sich überall die Führung der Arbeiterklasse durch, die in der Tat die notwendige Voraussetzung einer fruchtbaren Volksfrontpolitik ist.

Der Doppelcharakter des Krieges

Hinter dem Putsch der Militärfaschisten gegen die Republik stand Größeres: der Ausbruch der gewaltigen gesellschaftlichen Spannungen. Das zeigte sich denn auch gleich aus der Formierung der maßgeblichen Kräfte.

Hinter Franco stand der gesamte Feudalismus und die überwältigende Mehrheit der Großbourgeoisie. Francos Massenbasis war von Anfang an sehr schwach. Er konnte sich lediglich auf traditionelle, religiöse und monarchistische Stimmungen des Kleinbürgertums stützen, besonders in Navarra und Galicien. Die spanische Falang, in der die aktivistischen Strömungen der nationalistischen kleinbürgerlichen Jugend erfaßt waren, mußte inzwischen von der Reaktion selbst niedergemacht werden. Diese Leute träumten von einem „nationalen Syndikalismus“ und orientierten sich stark an dem, was die deutschen Nazis propagiert hatten. Das kann sich aber diese Reaktion nicht leisten. Dazu hat sie nicht genug Spielraum. Sie stützt sich allein auf den brutalen Terror. Man soll die Kraft auch einer solchen, allein auf die blutige Unterdrückung basierten totalen Diktatur nicht unterschätzen. Die faschistische Einheitspartei ist ein sichtbarer Ausdruck der Totalisierung. Aber auf längere Sicht können diese Dinge die fortschreitende Zersetzung im Franco-Lager nicht verhindern. Sie ist schon heute zu spüren und erhält vor allem ihren

i tû?

consigna
n° 1

U.G.T.

P.S.U.



que has fet per la victòria?

Ausdruck durch starke Reibungen zwischen den nationalitisch-spanischen und den ausländischen Offizieren.

Franco ist nicht nur der Repräsentant der spanischen Reaktion, von Feudalismus und Großkapital, er ist der Agent der faschistischen Imperialism[en] Deutschlands und Italiens. Hitler-Deutschland bewährt sich in der spanischen Auseinandersetzung als Haudegen für die Interessen der internationalen Konterrevolution. Es will den revolutionären Herd in Spanien austreten. Hitler-Deutschland ist scharf auf die Rohstoffe Spaniens und Spanisch-Marokkos. Im vergangenen Jahre spielten die Eisenerze aus Marokko und das Kupfer aus den Gruben von Rio Tinto für die deutsche Aufrüstung eine bedeutende Rolle. Hitler-Deutschland ist zugleich bemüht, sein Aufmarschgebiet für den kommenden Weltkrieg vorzubereiten. Es möchte Frankreich in die Zange nehmen und den französisch-russischen Pakt sprengen. Italien verfolgt gleiche klassenmäßige und ähnliche imperialistische Ziele. Es möchte insbesondere durch die Unterwerfung Spaniens zum Herrscher des Mittelmeeres werden. Hinter dem italienischen Faschismus steht aber noch der Vatikan, der in Spanien eines seiner festesten Bollwerke fallen sieht und darum mit einer Verbissenheit zu Werke geht, die an die Zeit der Ketzerverfolgungen erinnert.

Der Kampf der Arbeiter, Bauern, Kleinbürger, der breiten Massen des spanischen Volkes gegen Feudalismus und Großkapital und ihre internationalen Auftraggeber ist primär ein klassenmäßiges, gesellschaftliches Ringen. In ihm ist jedoch von Anfang an das Element des Kampfes um die nationale Unabhängigkeit enthalten. Es hat nichts mit Marxismus zu tun, wenn man verkennet oder gar verleugnet, daß das Maß an nationaler Unabhängigkeit, das in der imperialistischen Epoche überhaupt möglich ist, eine Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus darstellt. Indem sich das Proletariat zum bewußten Verfechter der historisch-nationalen Interessen macht – die Bourgeoisie verrät –, wird es auch zu einem viel stärkeren Anziehungspunkt für die breiten Volksmassen werden. In Spanien haben wir beobachten können, wie im Verlauf der massiven Intervention der faschistischen Großmächte das Element des nationalen Freiheitskrieges immer stärker in den Vordergrund getreten ist. Es ist falsch und führt zu antisozialistischen Konsequenzen, nur den Unabhängigkeitskrieg zu sehen und den Krieg um die Gesellschaftsordnung zu verleugnen, wie das bei der KP der Fall war. Es ist ebenso falsch, über dem Klassenkrieg den Krieg um die Freiheit vom Joch des faschistischen Imperialistenblocks zu vergessen, wie das zumindest bei Teilen der Anarchisten und weitgehend bei der POUM der Fall war. Die richtige Politik kann nur abgeleitet werden aus der Erkenntnis, daß die Elemente des Kampfes um die Gesellschaftsordnung und des nationalen Independenzkrieges eng miteinander verflochten sind.

Die Haltung der Weltbourgeoisie bei Ausbruch der spanischen Auseinandersetzung war außerordentlich interessant. Trotz entgegen gesetzter nationaler Interessen und imperialistischer Teilinteressen traten die bewußtesten Kreise der Großbourgeoisie in Frankreich und England entschie-

den für Franco ein; die Kerillis, der „Jour“ und „Matin“ etc. in Frankreich, die Rothermere-Presse, aber auch Zeitungen der gemäßigten Konservativen in England. Die „demokratische“ Großbourgeoisie entscheidet sich bei der Wahl zwischen der Preisgabe imperialistischer Teilinteressen und nationaler Interessen gegenüber der Gefahr des Sieges der sozialistischen Revolution ohne Bedenken für die erste Alternative, d. h. für den Sieg Francos. Die französische und englische Regierung spiegeln durch ihre Politik zweierlei wider: einmal diese Haltung der Großbourgeoisie, andererseits den Druck der Arbeiterklasse, die einhellig und trotz aller Manöver mit ihrer Sympathie auf der Seite des antifaschistischen Spanien ist. Aus dieser Zange heraus ist die berüchtigte Nichtinterventionspolitik geboren, die von Blum eingeleitet wurde. Die Nichtinterventionspolitik stellte zunächst mal die rechtmäßige Regierung Spaniens mit den Rebellen auf eine Stufe, sie begünstigte Franco, sie führte zu einer Blockade des antifaschistischen Spanien. Sie gab den Boden ab für die Waffenstillstands- und Kompromißpläne. Die offizielle Nichtintervention war eine Bemäntelung und objektive Hilfe der faschistischen Intervention.

Die internationale Arbeiterklasse hat ihre Solidarität mit ihren spanischen Brüdern in einem früher nie gekannten Ausmaß praktisch bekundet. Millionen sind gesammelt worden. Lebensmittel, Medikamente, Lazarette wurden geschickt. Zehntausende der besten Sozialisten und Kommunisten aus der ganzen Welt reichten sich in Milizen und Volksheer ein und haben in großer Zahl Blut und Leben geopfert. Aber zugleich haben sich die maßgebenden Arbeiter-Organisationen an die Nichtinterventions-Politik der Regierungen angehängt. Sie haben ihre Haltung mit der Notwendigkeit begründet, daß der große Krieg verhindert werden müsse. In Wirklichkeit wird aber auf diesem Wege folgendes erreicht: Durch die Verhinderung der großen gemeinsamen Aktion der Arbeiterklasse kann sich der Faschismus immer weiter vorwagen. Der große Krieg kann nicht verhindert werden, wenn man den „kleinen“ verloren gehen läßt. Die kommende Weltentscheidung zwischen Faschismus und Sozialismus erlebt heute in Spanien eine Vorentscheidung. Da kann die internationale Arbeiterklasse nicht passiv bleiben.

Von den Julikämpfen bis zum Fall von Bilbao

Im Juli erreichten die Arbeiter im Bündnis mit den Bauern und Kleinbürgern einen verhältnismäßig leichten Sieg in den wichtigsten Zentren Spaniens. Das hat dazu geführt, daß man vielfach die danach stehenden Aufgaben nicht ernst genug genommen hat. Einmal rechnete man wohl nicht stark genug mit der ganzen Verbissenheit, die Klassen aufzubringen im Stande sind, die geschichtlich unweigerlich zum Untergang verurteilt sind. Zum anderen war man sich an der antifaschistischen Front bestimmt nicht darüber klar, was alles hinter den rebellierenden Generälen stand.

Zunächst hatte Franco schon darum einen großen Vorsprung in militärischer Hinsicht, weil er über den Großteil der alten Armee verfügte. Man meint, daß es etwa 180 000



DEFENSAR MADRID
DEFENSAR CATALUNYA

Mann waren, einschließlich der Fremdenlegion und der gleich in den ersten Tagen nach Spanien geschafften Marokkaner. Er hatte somit eine ausgebildete, disziplinierte und ausgerüstete Armee. In ihr befanden sich von Beginn an ausländische Ratgeber. Und was stand ihr gegenüber? Keine Armee, aber ein ungeheurer Heroismus des revolutionären Spanien, das sich mit nackten Leibern der militärfaschistischen Armee entgegenwarf. Aus diesen ersten Kämpfen entstanden die antifaschistischen Milizen, fast überall in Form von gesonderten Milizen der verschiedenen antifaschistischen Organisationen. Die Milizianos waren durchweg ohne jede militärische Ausbildung. Es fehlte an Kriegsmaterial und an militärischer Leitung. Unten wie oben fehlte die Koordinierung der antifaschistischen Streitkräfte. Wir brauchen nur an das Mallorca-Abenteuer zu erinnern, um die ganze Schwierigkeit zu erkennen. Die Revolutionäre bewährten sich in den Juli-Tagen. Sie bewährten sich weniger bei den Aufgaben der Kriegsführung, die nach dem Juli zur Lösung standen.

In der Entwicklung des spanischen Krieges können wir ziemlich deutlich verschiedene Abschnitte unterscheiden.

Der erste Abschnitt umfaßt die Julikämpfe in den Straßen von Madrid, Barcelona usw. Er führt zur Niederschlagung der militärfaschistischen Rebellion in den wichtigsten Zentren.

Im zweiten Abschnitt, der sich unmittelbar an die Julikämpfe anschließt, formieren sich die Fronten. Die Rebellen verfügen über eine Süd- und eine Nordarmee. Durch einen Vorstoß längs der portugiesischen Grenze, nach dem Fall von Bajadoz Mitte August mit der furchterlichen Niedermetzelung in der Stierkampfarena, gelingt ihnen die Vereinigung ihrer beiden Armeen. Sie lenken diese vereinigte Armee gegen die Hauptstadt. Madrids Fall soll das Schicksal des Krieges besiegeln. Die Initiative lag bei den Faschisten. Sie nahmen Iruñ und brachten damit den republikanischen Norden in eine prekäre Lage. Ende Oktober nahmen sie Toledo. In großem Ausmaß setzten sie Tanks und Flugzeuge deutscher und italienischer Herkunft mit Bemannungen aus den gleichen Ländern ein. Die Lage Madrids erschien tatsächlich völlig hoffnungslos.

Mit dem 7. November, mit dem Scheitern der faschistischen Berennung der Hauptstadt, beginnt der dritte Kriegabschnitt. Die Waffenhilfe der USSR und der Heldenmut der internationalen Brigaden haben die faschistische Offensive gebrochen. Eine gewisse Stabilisierung tritt an den spanischen Fronten ein. Die antifaschistische Seite lernt, wenngleich sie auch noch schwere Schläge einstecken muß wie den Fall Malagas am 7. Februar. Das antifaschistische Spanien baut ein Heer, bei dessen Schaffung die Internationalen eine ehrenvolle Rolle spielen.

Das Volksheer besteht im März seine erste große Probe in der Abwehr der faschistischen Offensive bei Guadala-jara Mitte März, die sich zu einer Vernichtung der italienischen Divisionen auswirkte. In dieser vierten Periode ist die Initiative auf die antifaschistische Seite übergegangen. Auf Guadala-jara folgten weitere Erfolge an der Zentrumsfront, Siege bei Pozoblanco usw. im Süden, Erfolge in Asturien und Belebung an der Aragonfront. Die Zersetzung im

faschistischen Lager macht große Fortschritte. Es werden jetzt so viele Überläufer am Tag gemeldet wie früher in der ganzen Woche. Die Zahl der Partisanen nimmt zu. Die Faschisten entschließen sich in dieser Situation dazu, massiv gegen die baskische Front vorzugehen. Die furchterlichen Vernichtungsbombardements auf Durango und Guernica in der ersten Aprilhälfte zeigen, wessen Franco-Hitler-Mussolini fähig sind.

Mitte Juni etwa beginnt ein fünfter Abschnitt des Krieges. Bilbao, die tapfer verteidigte Hauptstadt des baskischen Landes, wird am 18. Juni genommen. Eine endlich unternommene Aragonoffensive scheitert trotz großen Materialeinsatzes. Die militärische Lage wird kritisch, nicht mal in erster Linie wegen des Falles von Bilbao, mit dem man seit Monaten rechnen mußte, sondern vor allem wegen der demoralisierenden Vorgänge im Hinterland, über die gleich zu sprechen sein wird. Die militärische Lage wird ausgesprochen kritisch, aber nicht hoffnungslos. Neue Vorstöße an der Zentrumsfront zeigen, wessen die antifaschistischen Soldaten sogar in dieser Zeit der inneren Spannungen fähig sind. Das antifaschistische Spanien hat hinter seinem Heer von einer halben Million noch große Reservisten. Reservisten, die Franco in diesem Ausmaß längst nicht hat. Im antifaschistischen Spanien gibt es Dolchstöße im Hinterland, das ist schlimm genug. Aber die Francosche Armee trägt einen giftigen Wurm im Leib, und das ist militärisch viel schlimmer. Wir können heute sagen, ohne in unerlaubten Optimismus zu verfallen: wenn wir es weiter mit der bisherigen Kräftekonstellation zu tun haben, hat das antifaschistische Spanien die größeren Erfolgchancen im Krieg mit Franco.

Ein Jahr des revolutionären Krieges ist vergangen, ohne daß es gelungen ist, eine leistungsfähige, einigermaßen zureichende Kriegsindustrie im antifaschistischen Spanien aufzubauen. Aus einer Verkenntung des Ernstes und der Dauer des Krieges [und] vor allem aus den inneren Gegensätzen heraus (Katalonien!) ist diese zentrale Frage vernachlässigt worden. Und sie ist es vielleicht, die die militärische Entscheidung bringt. Die russischen Lieferungen sind erschwert. Immerhin wird berichtet, daß in den letzten Monaten eine wesentliche Basis für die eigene Produktion von Munition, Artillerie, Tanks, Flugzeugen und sogar Torpedobooten geschaffen worden sei.

Einige revolutionäre Kritiker machen sich die Sache einfach, wenn sie sagen, militärische Niederlagen seien eben die Folge davon, daß keine Rote Armee geschaffen worden sei, daß die Armee nicht den richtigen revolutionären Geist gehabt habe. Man muß mit der Kritik bei sich selbst beginnen. Und da muß man offen und ehrlich sagen, daß gerade die Revolutionäre zu wenig militärisch waren. In den Fragen des Krieges mußten sie ihre große Probe bestehen. Dort mußten sie ihren Führungsanspruch unter Beweis stellen. Sie durften es nicht geschehen lassen, daß sie gewogen und zu leicht befunden wurden. Aus den Organisationsmilizen galt es, eine straff zentralisierte, revolutionär-antifaschistische Armee zu schaffen. Es galt die gesamte Industrie straff zu zentralisieren und den Erfordernissen der Kriegsführung unterzuordnen. Insofern sagen

auch wir: Erst den Krieg gewinnen. Aber wir fügen hinzu: und die revolutionären Errungenschaften retten. Man kann siegen, ohne die Revolution zu Ende zu führen. Aus dem militärischen Sieg würde die revolutionäre Bewegung neue gewaltige Energien schöpfen können. Aber man kann letzten Endes nicht siegen, wenn man die Revolution erdrosselt. Erst die Revolution machen und dann Krieg führen aber heißt ganz einfach: erst geschlagen werden. Dann wären die Streitfragen „ganz einfach“ gelöst. Die Faschisten würden mit dem Abmarsch der gesamten linksradikalen Kerntruppen einen dicken Strich unter unsere Diskussionen machen.

Das revolutionäre Spanien

Dieses Spanien hat sein Gesicht verändert. Wir vergessen das über dem Tagesstreit zu leicht. Richtig, die roten und schwarzroten Fahnen in den Straßen von Barcelona und Valencia, die auch der Anzahl nach stark zurückgegangen sind, sind seit dem Juli '36 mächtig ausgebleichen. Und dieses Ausbleichen ist symbolisch für die Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens in bürgerlichen Erscheinungsformen, die gerade in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht hat. Das kann uns aber nicht vom Kern der Sache abbringen.

Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution sind in der antifaschistischen Hälfte Spaniens zum großen Teil im ersten Ansturm gelöst worden. Die Macht der Kirche als eines sozialen und ökonomischen Faktors ist gebrochen. Die Granden, die Großgrundbesitzer sind verschwunden, ebenso ein guter Teil des korrupten reaktionären Bürokratiengesindels. Mit ihnen gingen so gut wie alle Großunternehmer und Bankherren. Wo sie sich nicht beeilten, hat man ein wenig nachgeholfen, und mit dem Ansturm der bürgerlichen wurden die ersten Schritte der sozialistischen Revolution unternommen.

Das antifaschistische Spanien ist das Spanien der kulturellen Revolution. Die breiten Massen drängen danach, lesen und schreiben zu lernen – und zu lehren. Die jungen Soldaten verschlingen gute Literatur und theoretische Bücher im Schützengraben. Im Hinterland entstehen prächtige kulturelle Zentren. Das spanische Mädel wird freier. Die antikulturelle Macht der Kirche ist gebrochen.

Das antifaschistische Spanien ist das Spanien der Agrarumformung. Bauern und Landarbeiter nahmen das Land der Großen. Unter dem Einfluß der Anarchisten wurde in den wichtigsten Gebieten zur Kollektivierung geschritten. Durch Zwangsmaßnahmen in der Anfangszeit ist viel Unheil angerichtet worden. Im Ganzen gesehen ist die Kollektivierungs-Linie unserer Meinung nach nicht richtig. Erstens darum, weil sie nicht so ohne weiteres der Struktur des Landes entspricht und weil weiter die Industrie fehlt, deren Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen Voraussetzung für die Kollektivierung ist. Zweitens, weil es sich in dieser Volksrevolution nicht darum handelt, den Klassenkampf auf dem Lande zwischen Landarbeitern und Landarmen einerseits und Mittelbauern andererseits zu entfachen, sondern weil es gilt die mittleren Eigentümer mit zu erfassen für den Kampf und Krieg gegen die Reak-

tion. Das Unheil, das sich aus Zwangskollektivierungen ergab, spielt heute jedoch nur eine geringe Rolle. – Mindestens ebenso stark ist aber die Wirkung von Maßnahmen, die die kommunistische Partei unterstützt und die auf Rückgängigmachung *freiwilliger* Kollektivierung hinausläuft. – Auf dem Lande herrscht vielfach eine Wut gegen die „Komitees“, und es besteht die Gefahr, daß man die Bauern gegen sich bekommt, die an sich dazu prädestiniert sind, sich nach einem übereilten Frieden zu sehnen, da ihnen ja erst das Ende des Krieges die wirkliche Ausnutzung des Errungenen erlauben wird. Diese Friedenssehnsucht kann leicht zur Basis für faules Kapitulantentum werden. Die Gefahr besteht heute nicht mehr in radikalen Ausschweifungen, sondern im Fehlen einer einheitlichen Linie in der Agrarfrage. Das hindert auch, alle Kräfte der Landwirtschaft für die Versorgung in diesem harten Krieg auszunutzen. Damit sollen die tatsächlichen Leistungen nicht verkleinert werden. Wir wollen nur daran erinnern, daß in diesem Jahr in der befreiten Hälfte von Aragon mehr Kartoffeln geerntet werden als früher in ganz Spanien zusammen. Die einheitliche Perspektive kann nur sein: Nationalisierung des gesamten Bodens, Produktions- und Verkaufs-genossenschaften der Bauern.

Die Arbeiter schritten dazu, die Fabriken und Verkehrsmittel, die die Kapitalisten im Stich ließen, zu übernehmen. In Katalonien war das am deutlichsten ausgeprägt. Katalonien ging den Weg der betrieblichen Kollektivierung, generell für alle Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern, mit Differenzierungen für die kleineren Betriebe. Wir achten die großen schöpferischen Kräfte, die das katalonische Proletariat in den übernommenen Betrieben entfaltet hat. Aber wir dürfen vor den zutagegetretenen Mängeln unsere Augen nicht verschließen. Die Anarchisten haben die Linie der Betriebskollektivierung durchgesetzt, weil sie glaubten, damit staatskapitalistische Verirrungen und neue Bürokratisierung zu umgehen. Erreicht worden ist aber in vielen Fällen etwas anderes, nämlich ein „Gewerkschaftskapitalismus“. Und vor allen Dingen wurde die absolut notwendige Zentralisierung der Wirtschaft verhindert, die die Voraussetzung für ihren erfolgreichen Einsatz im Kriege bildet. Heute ist die Lage so, daß 80 % der Betriebe in Katalonien unrentabel sind. Im übrigen Spanien gibt es auch heute noch größere kapitalistische Betriebe, die jedoch unter Arbeiterkontrolle stehen, während die Kriegsproduktionsbetriebe sich in Staatshänden unter Kontrolle der Arbeiter befinden. Die Lage erfordert straffe Zentralisierung der Wirtschaft, bei entwickelter Kontrolle. Daran hapert es gerade heute am meisten, weil die Kontrolle in vielen Fällen zu einer bürokratischen Einrichtung der Gewerkschaften geworden ist. Man hat vielfach bisher nicht verstanden, um was es eigentlich geht. Typisch dafür ist, daß die Leitung der CNT in einem großen und wichtigen Betrieb in Barcelona die Wandzeitung für die jugendlichen Stoßbrigaden abreißen ließ, weil sie nicht eine neue Ausbeutung zulassen wollte! Und als Gen. Andrade von der Leitung der POUM sich Ende Mai oder Anfang Juni in einem Artikel zur Betriebsarbeit äußerte, sprach er nur von der Parteipropaganda und nicht mit einem Wort von der Notwendigkeit

der Steigerung der Produktion, um den militärischen Sieg so bald wie möglich zu sichern.

Daß es Unsinn ist, Kleinbetriebe, wie etwa Schusterwerkstätten, zu kollektivisieren, hat man schnell eingesehen. Auf der anderen Seite muß man aber z. B. den verhängnisvollen Einfluß kennen, den heute die GEPCI, die Gewerkschaft der Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmer innerhalb der UGT, in Katalonien ausübt. Notwendig waren und sind weitgehende Garantien für das Kleinbürgertum. Aber zugleich ist notwendig ein rigoroser Kampf gegen alles Spekulantentum, und es war insbesondere seit langem notwendig, im ganzen Land die Lebensmittelversorgung straff in staatliche Hände zu legen.

Auf der politischen Ebene entstand im antifaschistischen Spanien mit der Julirevolution eine Doppelherrschaft besonderen Charakters. Neben die Reste des alten Machtapparates traten neue Formationen. Neben die Reste des alten Heeres die antifaschistischen Milizen, neben den treugebliebenen Teil der Polizei Milizen des Hinterlandes und Kontrollpatrouillen. Es entstanden die Volksgerichte. In allen diesen Institutionen war der proletarische Einfluß vorherrschend. Aus den antifaschistischen Organisationen, einschließlich der linksbürgerlichen, und ernannt von ihren lokalen bzw. zentralen Spitzen, entstanden die „Komitees“. Weil die Komitees so entstanden sind, ist es Unsinn, sie mit „Räten“ zu verwechseln. Das entwickeltste

„Komitee“ war das „Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen“ in Barcelona, das zeitweilig die wirkliche Regierung in Katalonien darstellte, während die alte Regierung der Generalidad mit dem Präsidenten Companys ein kümmerliches Schattendasein fristete.

Dieses Nebeneinander war auf die Dauer unmöglich. Es mußte eine Lösung in der einen oder anderen Richtung erreicht werden. Die Aufgaben, die der Krieg stellte, erforderten das gebieterisch. Es gab zwei mögliche Entwicklungslinien: entweder die Entwicklung neuer Organe von unten bis oben aus der entfalteten Massenkampfkraft, d. h. Organe der antifaschistischen Demokratie. In ihnen konnte und mußte die proletarische Hegemonie gesichert und ausgebaut werden. Oder aber – und dieser Weg wurde beschritten – die Wiederauffüllung des alten Machtapparats mit neuer Autorität durch Aufnahme der Vertreter der Arbeiterorganisationen. Dies und nichts anderes bedeuten die Neubildung der Regierung Caballero am 4. September, verstärkt durch den Regierungseintritt der Anarchisten im November und die Bildung der katalanischen Regierung unter Taradellas bei Teilnahme sowohl der Anarchisten

Nach dem Sieg über Mussolinis Divisionen bei Guadalajara: Republikanische Soldaten mit erbeutetem italienischem Panzerwagen



wie der POUM am 30. September. Natürlich waren diese Regierungen nicht dasselbe wie die Regierungen vor dem Juli, aber sie leiteten den Kurs ein, der fortschreitend das Schwergewicht in der antifaschistischen Front von der Arbeiterklasse weg verlagerte, der das Entstehen neuer Organe verhinderte, der Organe, die bereits ohne Kraft und Leben gewesen sind, wieder aufpulverte, so z. B. das Rumpfparlament vom Februar.

Das Versagen der Führungen

Notwendig war eine wirkliche Regierung des Sieges. Eine Regierung unter der Führung der Arbeiterklasse, nicht der alten Arbeiterführer. Eine antifaschistische Regierung aus den Vertretern der Arbeiter, Bauern und Kleinbürger, gestützt auf die Organe der antifaschistischen Demokratie. Eine Regierung mit der Aufgabe: den Krieg zu gewinnen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen durch den Aufbau einer zentralen Armee, durch Zentralisierung der Wirtschaft. Dadurch mußte die Weiterentwicklung in sozialistischer Richtung gesichert werden.

Diese Politik aber ist gescheitert an den führenden Arbeiterorganisationen. Ihr Versagen in Lebensfragen der Revolution und des Krieges soll im folgenden beleuchtet werden.

Die Kommunistische Partei

Die KP, die heute zur zentralen politischen Kraft im antifaschistischen Spanien geworden ist, hat eine Periode raschen Wachstums hinter sich. Bei den Februarwahlen '36 erlangte sie dank der Volksfront 14 Mandate, während sie zuvor nur eins gehabt hatte. Heute zählt sie 250 000 Mitglieder, während ihre Mitgliedschaft vor einigen Jahren noch in einem einzigen mittelgroßen Saal Platz gehabt hätte. Es ist wahr, dieser Zuwachs besteht zu einem großen Teil aus Kleinbürgern, die in der KP die konsequenteste Vertreterin ihrer Interessen sehen. Aber das ist nur eine Erscheinung. Wichtiger ist immerhin, daß es der KP gelungen ist, auf die proletarische und aktivistische Jugend wohl die stärkste Anziehungskraft auszuüben. Die linke sozialistische Jugend hat vordem den Hauptstamm des linken Flügels der SP gebildet. Die Vereinigte Sozialistische Jugend, in die die Kommunisten mit ein paar tausend Mann hineingingen, steht heute mit ihren 300 000 Mitgliedern (und mag die Ziffer auch zu hoch angegeben sein) unter der vorwiegenden Führung der KP. Hinzu kommt, daß in Katalonien als Komintern-Sektion die PSUC besteht, deren 50 000 Mitgl[ieder] der KP noch hinzugerechnet werden müssen. Wie ist dieses ganz außerordentliche Wachstum zu erklären? Zunächst einmal haben wir es mit dem Ausfluß der Einheits- und Volksfrontparolen zu tun, als deren Verfechter die KP-Leute nach dem VII. Kongreß der Komintern in Spanien das Ohr der Massen eroberten. Sie waren die Vertreter einer Politik der Vereinigung der Kräfte, die zum Februarwahlsieg führte. Dann können wir nicht ernst genug die Stärkung einschätzen, die die KP erfahren hat als die spanische Vertreterin der USSR, dem Lande der Waffenhilfe. Aber wir müßten blind sein, wollten wir nicht wei-

ter sehen, daß die KP in den Augen breiter Massen die konsequenteste Verfechterin der militärischen Notwendigkeiten geworden ist. Die KP trommelte tagaus und tagein: Einheitskommando, einheitliches Heer, Stoßbrigaden an der Front und im Hinterland, vormilitärische Ausbildung der Jugend usw. usw. Und das ist nicht nur Schein. Ohne die Verdienste zu sehen, die sich die Kommunisten um die militärischen Fragen erworben haben, ohne die Verwickeltheit der progressiven und regressiven Elemente in der Politik der KP zu erkennen, wird man zu völlig falschen Folgerungen kommen.

Die Komintern und ihre spanischen Sektionen, die KP und die PSUC, wie auch die Vereinigte Jugend geben vor, eine radikale Demokratie mit stark sozialem Inhalt zu erstreben. In den früheren Monaten hieß es bei ihnen einfach: erst den Krieg gewinnen, über das weitere unterhalten wir uns hinterher. Und das hatte etwas Bestechendes. Es kam aber auch vor, daß dieselbe KP in ihrem Zentralorgan für die demokratische Republik und in Frontzeitungen für den Sozialismus kämpfte. In der letzten Zeit hat José Diaz den Versuch unternommen, eine Parole zu lancieren, die stärker den Doppelcharakter des Kampfes zum Ausdruck bringt, indem er sagte: den Krieg gewinnen und die Volksrevolution retten. Um was handelt es sich wirklich? Es handelt sich darum, daß die Führung der USSR, der die Komintern untergeordnet ist, in Spanien die Niederlage Deutschlands und Italiens wünscht. Die Führung der USSR hält die Weltkriegsgefahr für äußerst akut. Auf die internationale Arbeiterklasse setzt sie schon lange nicht mehr. Sie versucht, die Niederlage Hitlers und Mussolinis und die Verhinderung des Sieges von Franco durch Paktieren, vor allem mit Frankreich und England, zu erreichen. Deshalb ist die Komintern bestrebt, die spanische Revolution in den bürgerlich-demokratischen Rahmen hineinzu-zwingen.

Die Russen wollen wirklich Franco schlagen. Und ohne die russische Waffenhilfe wäre es dort unten schon längst aus gewesen. Das muß man ganz klar aussprechen. Aber an diesem Punkt zeigt sich wieder mit ganzer Schärfe das Ineinandergreifen des Fortschrittlichen und Rückschrittlichen. Mit dem aktiven Eingreifen der Russen im vorigen Oktober ist zweifellos ein Bruch in ihrer seit vielen Jahren verfolgten Außenpolitik erfolgt. Sie haben damit begonnen, wieder eine aktive, selbständige außenpolitische Linie zu verfolgen. Und an jenem Punkt deckten sich ihre Interessen mit denen der spanischen und internationalen Arbeiterklasse. Der Einsatz der Russen für die Vernichtung Francos war eine außerordentlich fortschrittliche Angelegenheit. Aber die Russen entwickeln eben ihre neue außenpolitische Aktivität im Rahmen ihrer veränderten Konzeption. Sie lieferten und liefern nicht ohne Bedingungen. Nun, niemand außer ganz Verrückten, hat von ihnen verlangt, daß sie Waffen mit der Erklärung liefern sollten, sie seien für den Sieg der proletarischen Revolution bestimmt. Sie brauchten und sollten lediglich die legale spanische Regierung unterstützen. Sie gingen aber weiter. Sie knüpften an ihre Lieferungen politische Bedingungen. Bedingungen, die sich aus ihrer Konzeption ergaben, daß aus internatio-

nalen Gründen in Spanien nicht über die demokratische Republik hinausgegangen werden kann und darf.

Aber die Dinge haben ihre Konsequenzen. Das Hineinzwängen in den demokratischen Rahmen führt dazu, daß auch solche revolutionären Errungenschaften abgebaut werden, die bereits in der Julirevolution gemacht wurden. Das führt zu Zusammenstößen mit den weiterrückenden Teilen der Arbeiterklasse. Und die Folge dieser Entwicklung ist keine andere, als daß sich das Schwergewicht im antifaschistischen Lager zum Kleinbürgertum und zu den antifaschistischen Teilen des Bürgertums hin verlagert und daß der Einfluß der englischen und französischen Bourgeoisie auf die Leitung des antifaschistischen Spaniens wächst. Die Revolution läßt sich nicht auf Eis legen. Auch das wissen die Russen. Und welche Folgerung leiten sie daraus ab? Alle Tatsachen deuten darauf hin, daß sie die Parole der demokratischen Republik neuen Typs ausgeben – und ein Spanien mit ihrem Führungsmonopol meinen. Wir kommen gleich darauf zu sprechen, wie sich eine solche Linie auf Front und Hinterland auswirken muß. Daß sie in der großen internationalen Politik den angestrebten Erfolg nicht gebracht hat, liegt klar auf der Hand. Trotz der Normalisierung auf bürgerlicher Ebene haben die Regierungen Englands und Frankreichs auf ihre sogenannte Nichtinterventions-Politik nicht verzichtet. Sie haben im Gegenteil ihre Kompromißpläne auf Kosten der spanischen Arbeiterklasse freier und frecher zu vertreten begonnen.

Um die von ihnen erstrebte Monopolisierung der Führung zu erlangen, scheuen die Kommunisten kein Mittel. Doch in einer Situation, wo alles auf die Sammlung der Kräfte gegen Franco ankommt, müssen die Methoden [der] KP, die Methoden der Verleumdung ihrer proletarischen Widersacher, der Hetze und des blinden Terrors gegen sie, der Absorbierung und Vernichtung aller anderen – als Gleichschaltung nach dem Muster der PSUC und der Vereinigten Jugend –, die Kampfmoral untergraben und lebensgefährlich für den antifaschistischen Krieg werden. Diese Methoden drohen die ganze internationale Arbeiterbewegung erneut zu vergiften und zurückzuwerfen, sie drohen die Ansätze der Einheitsentwicklung in einen Scherbenhaufen zu verwandeln. In Spanien haben sie bereits dazu geführt, die positive Entwicklung der anarchistischen Massenbewegung zu bremsen und teilweise eine gefährliche Rückentwicklung auszulösen.

Die KP ist heute die ausschlaggebende politische Kraft im antifaschistischen Spanien. Wenn sie auch nicht die Führung der Regierung in Händen hat, so beherrscht sie doch heute den größten Teil des Staatsapparates. Die Offiziere sind zum größten Teil bei ihr organisiert, die Polizei ist überwiegend in ihren Händen. Spanien ist in einer Entwicklung zur kommunistischen Parteidiktatur. So sind wir denn, wenn nicht auf dem Wege zu einem kommunistischen, so doch zu einem KP-Spanien...

Die Sozialisten

Die Sozialistische Partei befand sich in einer schweren inneren Krise, als sie in die Julibewegung eintrat. Drei

Gruppen standen einander in scharfem Kampf gegenüber. Mit der Julibewegung hörte die Partei zunächst auf, als einheitliches Ganzes weiter zu existieren. Erst in den letzten Monaten hat sich das wieder geändert. In Verbindung mit den neuen Kämpfen zwischen Caballero und Prieto, in Abwehr gegen die KP-Monopolansprüche und auch als Voraussetzung der von einem Teil erstrebten Einheitspartei-entwicklung hat sich eine Reorganisation der sozialistischen Parteiorganisation durchgesetzt. Heute rechnet man damit, daß die SP zwischen 150 000 und 200 000 Mitglieder erfaßt.

Innerhalb der SP hat ein völliger Frontenwechsel stattgefunden. Lange Zeit hindurch war Caballero nicht nur der Verbündete der KP, mehr, er wurde von der KP in Spanien und in der ganzen Welt als das Vorbild eines revolutionären Sozialisten, ja als der „spanische Lenin“ hingestellt. Das steht in einigem Gegensatz zu der heutigen Haltung der KP, die Caballero wie einen toten Hund zu behandeln versucht: Es ist schwer, die wirklichen Gründe für den Bruch zwischen ihm und der KP aufzuspüren. Sicher aber ist, daß er gegen die KP-Diktatur aufgemuckt hat, daß er die Absorbierung seiner Freunde vom linken Flügel und besonders von der Jugend sah und wohl auch daß ihm, als Gewerkschaftler, die demokratischen Anwendungen der KP zu weit gingen. Viel schwerer ist es, Klarheit darüber zu bekommen, wieweit die Vorwürfe der KP berechtigt sind, daß Caballero sich den militärischen Notwendigkeiten nicht gewachsen gezeigt habe. Um die Forderung der KP, nach der Maiwoche gegen Barcelona vorzugehen, kam es zum offenen Krach und gleich danach zum Fall Caballeros.

Der neue Verbündete der KP ist die Prieto-Gruppe, die den Apparat der SP beherrscht. Prieto ist im Grunde immer Rechtssozialdemokrat geblieben. Aber darum steht er der KP in der jetzigen Situation am nächsten. Der Prietoflügel arbeitet auch gemeinsam mit der KP an der Schaffung der Einheitspartei, während er gleichzeitig bemüht ist, Regierungspositionen dazu auszunutzen, den eigenen Einfluß auf Kosten der KP zu erweitern. Die Entwicklung zur Einheitspartei wird von seiten der einheitlichen Jugendorganisation her stark gefördert. Sie geht auch darum jetzt rascher, weil sowohl KP wie Prieto daran interessiert sind, die neue Sammlung des Caballero-Flügels nicht zu weit gehen zu lassen. Ganz klar ist jedoch, daß eine solche Einheitspartei unter der Herrschaft der KP stehen würde und daß sie den Kombinationen der Sozialisten nicht entsprechen wird. Wieweit sie dennoch ein Fortschritt gegenüber der heutigen Situation wäre, ist im jetzigen Stadium schwer zu beantworten.

Schon bevor es zur Caballero-Krise gekommen war, hat sich innerhalb der Vereinigten Jugend eine linke Opposition zu formieren begonnen. Nachdem Caballero gefallen war und sich über ihm die Dreckkübel der KP-Presse öffneten, haben sich wichtige Sektionen der SP vorbehaltlos mit ihm solidarisiert. Caballeros wichtigster Stützpunkt ist aber auch heute noch die UGT, die sozialistische Gewerkschaftszentrale, die zwischen 1,5 und 2 Millionen Mitglieder zählen dürfte. Caballero behauptet, in der Mitgliedschaft weiterhin die Mehrheit hinter sich zu haben. In der

NO
SE

LA REPUBLICA
DEBE A SUS AMIGOS
ESCRIBIR EL MANDO

Exekutive hat er sie jedenfalls, während er sich im Nationalkomitee in der Minderheit befindet. Der Einfluß der KP in den Gewerkschaften ist weitgehend überschätzt worden. Bei einer UGT-Wahl in Asturien vor einigen Monaten erhielt der kommunistische Einheitskandidat nur 12 000 Stimmen, gegen 87 000 für den Sozialisten. Selbst in Madrid, der Hochburg der KP, unterlag sie in wichtigen gewerkschaftlichen Abstimmungen gegenüber den Sozialisten. Das bedeutet, daß man bei allem Wachstum nicht übersehen soll, daß der Kern der früher sozialistisch organisierten Arbeiterschaft auch heute noch zur SP steht, während andere Kreise durch die Praxis der KP wieder von ihr abgestoßen wurden.

Noch eins: Wir erleben heute den Beginn eines Wettlaufs zwischen Gewerkschaftseinheit und Parteienheit. Die Caballerokrise war zu einem Teil auch geboren aus dem Zusammenwirken zwischen Caballero und den Vertretern der CNT. Caballero griff die Forderung der Gewerkschaftseinheit der CNT auf. Es ist klar, daß eine Gewerkschaftseinheit, die von den heutigen Führungen der CNT und der UGT bewerkstelligt würde, den Monopolisierungsbestrebungen der KP einen Damm entgegenstellen könnte. Darum haben die Kommunisten und ihre Freunde bei den Sozialisten, vor allem im Nationalkomitee der SP, die Parole der Einheitspartei in den Vordergrund gerückt. Und sie gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß eine solche Einheitspartei den Caballero-Flügel in der UGT in die Minorität bringen könnte und damit auch das Problem der gewerkschaftlichen Einigung mit der CNT neu stehen würde.

Die Anarchosyndikalisten

Die anarchosyndikalistische CNT gibt eine Mitgliederzahl von 2 Millionen an, davon eine Million in Katalonien. Ihre Stärke dürfte etwa der der UGT entsprechen. In der anarchistischen FAI gibt es nur einige zehntausend Mitglieder. Daneben stehen dann noch die Juventudes Libertarias, die Jugendorganisation der CNT/FAI, mit über 200 000 Mitgliedern. Im Ausland sieht man vielfach einen Gegensatz zwischen der syndikalistischen CNT und der anarchistischen FAI. Dieser Gegensatz existiert heute in Wirklichkeit nicht. Früher war er vorhanden und führte auch zur Abspaltung derjenigen Syndikalisten, die sich der „bolschewistischen“ FAI nicht fügen wollten. Heute spielt die in kleinen, abgeschlossenen Einheiten organisierte FAI die Rolle einer Kaderorganisation innerhalb der CNT, in der fast alle Funktionäre der CNT erfaßt sind.

Der spanische Anarchosyndikalismus repräsentiert weitgehend die revolutionären Traditionen des spanischen Proletariats. In ihm sind große moralische Qualitäten aufgespeichert, großer Mut und starke Einsatzbereitschaft seiner Militanten. Aus dem dezentralistischen Postulat kommt dazu eine antibürokratische Haltung, die als Gegengewicht gegen die bürokratische Entartung, die die Arbeiterbewegung sonst angegriffen hat, durchaus gesund sein kann. Die Genossen in den meisten Ländern kennen nur ein Zerrbild der anarchosyndikalistischen Bewegung, nämlich das der schrulligen anarchistischen Sekten am

Rande der eigentlichen Arbeiterbewegung. Ganz anders in Spanien. Die spanische Bewegung hat sich denn auch im Juli von ihrer großen Seite gezeigt. Sie hat den wesentlichen Anteil an der Niederschlagung des militärfaschistischen Aufstandes. Sie zeigte sich im Anschluß daran fähig, sich in den wichtigen Fragen der Staatsmacht, des Militärs usw. den Realitäten anzupassen. Sie hat in den seitdem vergangenen Monaten große schöpferische Kräfte freigesetzt. Aber sie hat doch nicht den Sprung vom Gestern ins Heute zustandegebracht. Ihre Ideologie war Leitlinie für das praktische Handeln nur insofern, als es destruktive Aufgaben zu bewältigen galt. Als man darüber hinaus mußte, zeigte sich, daß die CNT/FAI schwankte zwischen einem mehr opportunistisch bestimmten Anpassen an die Gegebenheiten und dem Hängenbleiben in alten Dogmen und Vorurteilen. Sie brachte es nicht zustande, die Erfordernisse der akuten Situation nun auch grundsätzlich zu verarbeiten, das heißt, sich an den Marxismus heranzuarbeiten. Sie blieb in den entscheidenden Fragen ohne konkrete Konzeption und hat darum keine führende Rolle im weiteren Verlauf der spanischen Auseinandersetzung spielen können.

Die rückläufige Entwicklung der Revolution und die Bedrohung der Positionen der Arbeiterklasse und besonders der eigenen Positionen der CNT haben zu einer wenig erfreulichen Differenzierung im Lager des Anarchosyndikalismus geführt. Auf dem rechten Flügel gibt es eine Gruppe, die sich faktisch zu reformistischen Positionen hinentwickelt hat. In der früheren Regierung war Garcia Oliver Ausdruck für diese Tendenz. Die Gruppe um das Nationalkomitee der CNT mit Vasquez, Federica Montseny, Santillan und anderen geht heute von der Auffassung aus, daß die Revolution für diesmal gescheitert sei. Jetzt bestehe die ganze historische Aufgabe darin, den Krieg zu gewinnen, aus dem im Falle des Sieges über Franco eine fortgeschrittene bürgerliche Demokratie hervorgehen würde. Dann gelte es weiterzukämpfen. Diese Auffassung mündet aus einmal in einer kritischen Tolerierung der Regierungen, zum anderen in einer Unterordnung aller anderen Aktivität unter das Ziel der Einigung mit der UGT. Trotz aller schwachen Punkte müssen wir wohl sehen, daß diese Gruppe um das Nationalkomitee heute doch die fortschrittlichste Gruppe der spanischen CNT/FAI ist. Aber wir müssen gleichzeitig mit Erschrecken feststellen, wie große Teile der anarchosyndikalistischen Massenbewegung aus bitterer Enttäuschung zu schon halbwegs überwundenen Positionen zurückkehren, zu ihrer apolitischen und dezentralistischen Haltung; daß sich Stimmungen herausbilden wie diese: „Laßt die anderen mal den Krieg machen, wir machen hinterher die Revolution.“ Die Enttäuschung ist groß. Um so größer, weil man den Anarchisten, die sich viele als wilde Männer mit Messern zwischen den Zähnen vorstellen, im großen und ganzen nachsagen muß, daß sie in den inneren Auseinandersetzungen eine wahre Lammesgeduld gezeigt haben, daß sie in vielem eine geradezu rührende Naivität an den Tag legten. Die entwicklungsfähigsten Elemente der CNT/FAI stehen wohl in deren Jugendorganisation. Aber gerade dort konnten wir in den letzten Monaten den Rückfall in alte anarchistische

Dogmenvorstellungen beobachten. Die Gruppe der „Freunde Durrutis“, die in Barcelona von der CNT/FAI abgesondert wurde, ist einigermaßen buntscheckig zusammengesetzt und repräsentiert unserer Meinung nach weder den Ansatz von etwas Neuem noch den ernststen Ausdruck breiterer Strömungen in der CNT. Die angelegte Entwicklung hat weiter dazu geführt, daß sich unter den anarcho-syndikalistischen Massen Verzweiflungsstimmungen breitgemacht haben, Stimmungen, die hier und da schon zu Verzweiflungshandlungen geführt haben und die in der weiteren Entwicklung die Gefahr einer terroristisch-putschistischen Strömung heraufbeschwören.

Die Politik der POUM

Wir haben uns schließlich mit der Politik der POUM, der Arbeiterpartei für Marxistische Einheit, auseinandergesetzt. Die POUM vertritt in Katalonien einige zehntausend der besten Vertreter des marxistischen Flügels der Arbeiterbewegung. Im übrigen Land hatte sie nur schwache Stützpunkte. Die POUM hat eine richtige Grundthese darin zum Ausdruck gebracht, daß sie die Untrennbarkeit von Krieg und Revolution vertrat und daß sie die Notwendigkeit der Hegemonie der Arbeiterklasse in der Revolution hervorhob. Bevor wir nun die tatsächliche Politik der Partei behandeln, müssen wir uns zunächst darüber im klaren sein, daß eine so junge Partei, die noch kaum zur Partei verwachsen war, die stärker den Charakter einer Propagandaorganisation als einer handelnden Parteieinheit hatte, deren führende Kader im Juli starke Lücken erlitten und deren Führer gleich zu Beginn von den Faschisten ermordet wurde, von vornherein keinen leichten Stand hatte. Einen leichten Stand auch darum nicht, weil sich in Spanien der gewaltige Kräfteinsatz der Komintern mit der Autorität und der direkten Hilfe der USSR zugunsten der KP und der PSUC und gegen die POUM als unabhängige revolutionäre Partei entfaltete.

Wenn wir eine sachliche Wertung der von der POUM geführten Politik vornehmen, dann müssen wir offen sagen, daß sich kein günstiges Bild ergibt. Wir müssen sehen, daß trotz einiger ganz richtiger Grunderkenntnisse verhängnisvolle Fehler gemacht wurden, daß die Partei vor allem in den letzten Monaten in fast jeder praktischen Frage eine falsche Position einnahm. Die Partei hat es nicht verstanden, die grundlegenden marxistischen Erkenntnisse entsprechend der spanischen Wirklichkeit zu konkretisieren und sie in praktische Politik umzumünzen. Die Fehler der POUM sind zumeist ultralink, sektiererischer Art. Sie stellen in vielem einen Rückfall zu dem dar, was wir an der Komintern in der berühmten „dritten Periode“ auszusetzen hatten. Aber es gibt zugleich bei der POUM ein opportunistisches Element, was noch zu beweisen sein wird. Es ist gewagt, so offen in einer Zeit zu sprechen, wo die Partei, um die es sich handelt, schweren Verfolgungen ausgesetzt ist. Aber wir können keine Politik betreiben, die sich von Sentimentalitäten leiten läßt. Es ist unsere Pflicht, offen und klar das zu sagen, was war und was ist.

Die POUM hat zunächst einmal keinerlei korrekte Erklärung über den Charakter des Krieges gegeben. Die große

Wandlung, die sich durch die massive Intervention der faschistischen Großmächte ergeben hat, wurde von ihr kaum berücksichtigt. Sie schätzte die in Spanien wirksamen Kräfte illusionär ein, weil sie nur Katalonien sah, und sie hatte keine konkrete Vorstellung von den in der Welt wirkenden Kräften, weil sie sich einerseits von schematischen Vergleichen mit der Entwicklung der russischen Revolution leiten ließ und andererseits einen Wunderglauben in das internationale Proletariat setzte, das zur Weltrevolution schreiten müsse. In Spanien selbst hat sie aus dem Auge verloren, daß es auch noch eine andere, größere Hälfte des Landes gibt, die von Franco beherrscht wird. Es ist ihr nicht gelungen, sich genügend Rechenschaft über Ernst, Tiefe und Dauer der spanischen Auseinandersetzung abzulegen. Und aus diesen Gründen hat die POUM nicht die richtige Vorstellung von den militärischen Notwendigkeiten gehabt. Als revolutionäre Partei mußte sie sich zur entschlossensten Kriegspartei machen. Sie durfte diese Funktion nicht auf andere übergehen lassen. Sie durfte sich nicht auf abstrakte Formeln von einer Roten Armee und auf kritische Bemerkungen zu den Handlungen der anderen beschränken. Das genügte nicht, das war falsch, und das konnte auch nicht durch den selbstlosen Einsatz der POUM-Formationen an der Front wettgemacht werden.

Einen weiteren Kardinalfehler beging die Partei in der Einheits- und Volksfrontfrage. Ihre Beteiligung am Volksfront-Wahlpakt im Februar trug einen reinen Zwangscharakter. Sie sah, daß sie nur so das erwünschte Mandat erzielen konnte und schloß sich darum an. Sie verzichtete aber darauf, sich in die Volksfront einzuschalten, sich mit den durch die Volksfront mobilisierten Massen zu verbünden, um dann weiter vorstoßen zu können. Nicht „Gegen die Volksfront“ durfte die Parole sein, sondern: „Über die Volksfront hinaus.“ Die POUM hat dann noch einmal Volksfrontpolitik gemacht, als sie sich Ende September an der katalanischen Generalidad beteiligte. Aber sie ließ den Inhalt dieses Schrittes unklar. Sie sprach davon, daß es sich um eine sozialistische Arbeiterregierung handle, während wir es tatsächlich mit einer Volksfrontregierung zu tun hatten. Durch diese Haltung wurde erstens die Machtfrage verwischt, zweitens wurde so eine richtige Einstellung zum Problem der Volksfront auch zu diesem Zeitpunkt unmöglich gemacht. Später hat die POUM ihre Beteiligung an der Regierung rein opportunistisch mit dem Argument gerechtfertigt, sie hätte sich andernfalls von den Massen isoliert. Die POUM lehnte auch die Taktik der proletarischen Einheitsfront ab. Sie forderte eine „revolutionäre Arbeiterfront“ zusammen mit der CNT und der FAI. Man hörte das Argument, daß man doch mit Noskes keine Einheitsfront machen könne, und Gen. Nin schrieb in seinen Thesen, daß die KP gefährlicher sei als die Bourgeoisie. Das war mehr als ein Rückfall in die KP-Theorien vom Sozialfaschismus. Erstens ist das mit den „Noskes“ nicht so ganz einfach. Hier ist immerhin der kleine Unterschied zu verzeichnen, daß die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich derjenigen Sektoren, die nicht über die bürgerliche Demokratie hinauszugehen bereit sind, gemeinsam in bluti-

gem Kampf gegen die faschistische Konterrevolution stehen. Zweitens enthielt die aufgezeigte Orientierung in der Bündnisfrage eine Begünstigung des Festhaltens der CNT/FAI an unumkehrbaren anarchistischen Vorurteilen. Drittens hätte man ihnen anerkennen und aussprechen müssen, daß kein Sieg über Franco und erst recht kein Sieg der Revolution möglich ist ohne das gemeinsame Handeln der Massen der Arbeiter, die vor allem hinter der SP, der KP, der Vereinigten Jugend standen und stehen. Das Beispiel der mißlungenen Jugend-Einheitsfront zum 1. Mai in Barcelona ist äußerst lehrreich. Die Anarchisten hatten die Initiative, die PSUC-Leute machten zunächst Schwierigkeiten. Dann erklärte die POUM-Jugend in ihrem Organ: zwischen der Front der revolutionären Jugend und der Front der konterrevolutionären Jugend – die durch die Vereinigte Jugend vertreten werde – könne und dürfe es kein gemeinsames Handeln geben.

Das sind eigentlich schon die entscheidenden Fragen: die des Krieges und die der Einheit. Es gibt auch noch andere, kaum minder ernste. So hat es die Partei nicht verstanden, das Problem der neuen Organe nur irgendwie konkret zu lösen. Sie begnügte sich mit abstrakten Formeln. Sie verwechselte die „Komitees“ mit Räten, die katalanische Volksfrontregierung mit einer sozialistischen Arbeiterregierung. Sie hatte von daher ein falsches Verhältnis zu den Verbündeten, ohne die der Sieg unmöglich ist, zum Kleinbürgertum und zur Bauernschaft. Die POUM hat in Überschätzung der eigenen Kraft geglaubt, sie könne in Frontstellung gegen alle anderen durchkommen und den Sieg an ihre Fahnen heften. Das brachte sie in eine sektiererische und nicht in eine führende Position. Sie erkannte nicht die Notwendigkeit eines richtigen Verhältnisses zu den anderen Faktoren, die im Spiel waren. Die POUM-Jugend brachte es fertig, noch in den letzten Wochen in den Straßen von Barcelona das Plakat anzuschlagen: Kampf bis zum Tod gegen den Faschismus und die bürgerliche Demokratie!

Gewiß, die Partei hat es nicht leicht gehabt. Sie wurde von der Verleumdung, der Hetze der KP u[nd] der Komintern getroffen. Aber sie mußte diesen Angriffen gewachsen sein. Sie ließ sich jedoch dadurch noch stärker in die ultralinke Sackgasse hineintreiben. Das Sich-Überschlagen in ultralinkem Subjektivismus ist besonders kennzeichnend für die Zeit seit der Jahreswende.

Wir müssen das sagen und einiges mehr noch. Aber niemand soll kommen und behaupten, daß das die Verfolgungen rechtfertige, die sich heute gegen die POUM richten. Nein, dabei handelt es sich recht und schlecht um die wahnwitzige Zielsetzung der Komintern, alle Kräfte zu vernichten, die sich ihr nicht gleichschalten wollen. Darum handelt es sich, und deshalb muß die ganze internationale Arbeiterbewegung diesen Schlag der Komintern entsprechend parieren. Es geht darum, ob es zugelassen werden soll, daß die Träger einer anderen Auffassung, daß revolutionäre Arbeiter mit den Mitteln der Fälschung, der gemeinsten Verleumdung, der Lüge, des Terrors ausgerottet werden sollen. Dem muß man in den Arm fallen!

Beweist das Schicksal der POUM etwas gegen die Wir-

kungsmöglichkeiten der unabhängigen revolutionären Organisationen? Das wäre nur dann der Fall, wenn wir uns sagen müßten, daß das Versagen der POUM auf ihre Selbständigkeit und nicht auf ihre Politik zurückzuführen ist. Da aber das letztere der Fall ist, spricht die spanische Erfahrung nicht gegen die Chancen unabhängiger revolutionärer Parteien. Wohl aber hat die spanische Entwicklung gezeigt, daß eine unabhängige revolutionäre Politik zu einer Lebensfrage der Arbeiterbewegung geworden ist. Wir aber müssen aus den Fehlern der POUM lernen, damit alte Fehler nicht wiederholt werden.

Krise des revolutionären Krieges

Die Entwicklung während der letzten Monate hat ungeheure Gefahren angehäuft, die Revolution und Krieg in eine ernste Krise gebracht haben. Wir erlebten zunächst die blutige Maiwoche in Barcelona, die der Ausdruck der ganzen Verkrampftheit der Beziehungen im proletarischen und antifaschistischen Lager war. Die Kommunisten, d. h. die PSUC, streckten die Hand nach der Hegemonie aus. Die anarchistischen Revolutionäre rebellierten gegen die Normalisierung, die vielfach mit der Sabotage der katalanischen Kriegsführung Hand in Hand ging. Terror-Methoden wurden alltäglich praktiziert. Die Provokationen des separatistischen „Estat Catala“ und der PSUC-Führer brachten die Spannungen zum Ausbruch. Die Maiwoche signalisierte die Gefahr der Auswirkung der Konflikte im Hinterland auf die Front und die der Intervention der demokratischen Mächte.

Es folgte die Caballero-Krise. Die KP rückte vor, setzte der neuen Regierung ihr Gepräge auf. Der bürgerliche Einfluß war mit der KP gestärkt worden. Die KP begann, mit ihrer Politik ihre eigene Front zu erschüttern, den Ast anzuzüchten, auf dem sie selbst sitzt! Die Gewerkschaften, die Arbeitermassenorganisationen, blieben an der Regierung Negrin unbeteiligt. Die Gegensätze spitzten sich zu. Dort wurden die Anarchisten abgestoßen, aller Verständigungsbereitschaft zum Trotz. Hier sammelte sich um Caballero die linke sozialistische Opposition. Und Caballero gelangte, getragen von ihr, wieder an die Spitze der UGT. Die erstrebte Zentralisierung der Kräfte im Interesse der Kriegsführung war damit nicht erreicht. Auch innerhalb der neuen Regierung setzten sich Cliquenkämpfe und Spekulationen auf Kosten des antifaschistischen Krieges fort.

Mitte Juni begann der direkte Schlag gegen die POUM. Gleichzeitig begannen Verhaftungen von anarchistischen und dann auch von sozialistischen Funktionären. Mehrere hundert POUM-Genossen wurden verhaftet, die Häuser beschlagnahmt, die Presse unterdrückt, der Kommandeur der POUM-Truppen, Rovira, von der Front weg verhaftet. Das alles zum großen Teil über den Kopf der Regierung hinweg, durchgeführt von der kommunistischen Partei. Mit gefälschten Dokumenten, mit erfundenen Anklagen wurde der Versuch gemacht, diesen Teil der Arbeiterbewegung auszuschalten. Es ist zu hoffen, daß als Folge der internationalen Proteste und auch der offenen Kritik, die an vielen Stellen Spaniens dagegen laut geworden ist, es unmöglich sein wird, die verbrecherischen Pläne zu realisieren.

Aber schon jetzt ist eine ernste Schädigung und Demoralisierung von Front und Hinterland erreicht.

In den gleichen Tagen fiel Bilbao. Wahrscheinlich war es nicht zu halten. Aber es scheiterten auch die geplante Aragonoffensive und die versuchten Vorstöße bei Madrid. Die Franco-Leute sind militärisch gestärkt. Eine militärische Krise kommt zu der politischen hinzu. Jedoch ist noch nichts verloren. Bis aufs Messer muß man gegen allen Defaitismus kämpfen. Wenn wir es weiterhin mit den jetzt zu überschendenden Kräften zu tun haben, dann braucht uns um den militärischen Sieg auch heute nicht bange zu sein. Aber die Auseinandersetzung kann nicht isoliert militärisch betrachtet werden. Die Konflikte im Hinterland sind Gift für die Front. Und dahinter stehen die inzwischen noch gewachsenen außenpolitischen Gefahren.

Es hat eine offene Krise in Barcelona gegeben, die mit dem Ausscheiden der CNT aus der Regierung abgeschlossen wurde. Und dennoch bleibt die CNT weiterhin die zentrale Kraft in Katalonien. In Valencia gab es eine versteckte Krise, die immer noch nicht wirklich gelöst ist und die das Verhältnis zwischen den Kommunisten und einer Reihe der anderen Regierungsmitglieder betrifft. Außenpolitisch haben wir die noch verstärkte Intervention von deutscher und italienischer Seite. Und zugleich haben sich unter Führung der englischen Bourgeoisie die Kräfte verstärkt, die einem Waffenstillstand, einem Kompromiß zusteuern.

Gibt es da noch Chancen? Es gibt sie, und wir sagten schon, daß jeder Defaitismus schonungslos bekämpft werden muß. Und selbst wenn vieles noch so schlimm und kaum mehr gut zu machen ist: Franco bleibt der Feind Nummer eins! Um ihn zu schlagen bedarf es der festen Aktionseinheit der Arbeiterkräfte und aller antifaschistischen Elemente. Wer sich dem widersetzt oder wer es durch seine Handlungen unmöglich macht, läßt ungeheure geschichtliche Verantwortung auf seine Schultern. Die deutsche Arbeiterbewegung ist kampfflos zugrunde gegangen, weil sie sich nicht zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind durchrang. Der spanische Freiheitskrieg darf sich nicht im inneren Kampf verbluten. Um das zu verhindern und um die revolutionären Errungenschaften zu retten, bedarf es im Rahmen breiter Aktionseinheit einer Sammlung der bewußt sozialistischen Kräfte aus dem sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und unabhängigen Lager in einem festen Schutz- und Trutzbündnis. Nur so kann man den Krieg gewinnen und die Revolution retten.

Unsere Aufgaben

Die internationale Arbeiterbewegung kann viel tun, um den endgültigen Ausgang der spanischen Auseinandersetzung entscheidend zu beeinflussen. Für die internationale Arbeiterklasse, für Freiheit und Sozialismus in der ganzen Welt, hängt außerordentlich viel von dem Ausgang des spanischen Kampfes ab. Schon hat der Kampf auf spanischem Boden dazu geführt, daß der Faschismus tief getroffen wurde. Seine Unverwundbarkeitslegende ist zerstört. Deutsche Flugzeuge wurden bei Madrid, italienische Divisionen bei Guadalajara vernichtet. Die internationale Ar-

beiterklasse und ganz besonders die geknechtete Arbeiterklasse im faschistischen Deutschland hat aus dem heroischen Kampf ihrer spanischen Brüder neue Kraft geschöpft.

Jetzt ist es an ihr, aktiv einzuspringen. Ein Jahr ist vergangen, und die so notwendige einheitliche internationale Solidaritätsbewegung ist, vor allem wegen der Sabotage von Führern der II. Internationale und des IGB, nicht zustande gekommen. Sie muß erzwungen werden.

Diese einheitliche Hilfsbewegung der internationalen Arbeiterklasse muß sich erstrecken auf die unmittelbare Hilfe für Spanien, auf den Kampf gegen die faschistischen Interventionen, für die Zurückziehung der faschistischen Armeen und Flotten. Sie muß sich aber auch vor allem entwickeln als ein Druck auf die Regierungen der demokratischen Länder. Die Blockade gegen das antifaschistische Spanien muß fallen. Die Begünstigung Francos darf nicht länger geduldet werden. Die Arbeiterklasse darf nicht zulassen, daß die englischen und französischen Regierungen Schachergeschäfte auf dem Buckel des kämpfenden und leidenden spanischen Volkes machen. Sie muß sich den Kompromißplänen widersetzen. Sie muß dazu beitragen, daß der totale Sieg über Franco errungen wird.

Die internationale Arbeiterbewegung muß aber auch ihre Kräfte dafür einsetzen, daß in Spanien der Bruderkampf nicht weitergeführt wird, daß die Verfolgungen gegen die POUM und andere Revolutionäre aufhören.

Wir als deutsche revolutionäre Sozialisten können heute wenig tun. Wir versprechen aber den spanischen Genossen, daß wir den illegalen Kampf gegen das Hitlerregime, den Schlächter spanischer Arbeiter, Frauen und Kinder, verstärkt fortsetzen werden, daß wir noch mehr als bisher Aufklärung schaffen werden über das verbrecherische Treiben der deutschen Machthaber in Spanien. Gelingt uns das in genügendem Maße – aber auch das setzt einheitliches Handeln voraus! –, dann wird Hitler vielleicht von der spanischen Krankheit nicht mehr genesen. Wir versprechen den spanischen Genossen auch, daß wir ernsthaft daran arbeiten werden, die spanischen Erfahrungen für unseren Befreiungskampf zu verwerten.

„Eine überaus sympathische Unmittelbarkeit der Aktionen“

NG/FH-Gespräch mit Peter von Oertzen über Anarchosyndikalismus und libertäre Tradition in Spanien

Prof. Dr. Peter von Oertzen, geb. 1924, niedersächsischer Kultusminister a.D., ist Mitglied des SPD-Parteivorstands und des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er gilt als einer der profundesten Kenner der marxistischen Theoriediskussion in Westeuropa. Oertzen, der seinerzeit die Kommission „Orientierungsrahmen '85“ leitete, gehört auch der Parteiprogramm-Kommission der SPD an.

NG/FH: Anders als in den übrigen europäischen Ländern und im Grunde auch anders als in der übrigen internationalen Arbeiterbewegung war der Anarchismus bzw. der Anarchosyndikalismus in Spanien eine echte Massenbewegung. Wie ist dieses Phänomen eigentlich zu erklären?

Peter von Oertzen: Es ist richtig, daß der Anarchismus in Spanien als dem einzigen europäischen Land ein Massenphänomen gewesen ist, allerdings nicht, so muß man hinzufügen, in seiner reinen Form, sondern in Spanien immer in Verbindung mit dem revolutionären Syndikalismus. Und dieser war durchaus nicht auf Spanien beschränkt: die französische Gewerkschaftsbewegung z. B. war doch bis zum Ersten Weltkrieg syndikalistisch. Die Theorie der unabhängigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die sich von allen politischen Parteien fernhält – das ist ja gewissermaßen die Pointe des Syndikalismus –, hat auch in Italien eine große Rolle gespielt. Im übrigen muß man sehen, daß in Italien auch der Anarchismus punktuell eine Massenbasis gehabt hat. Syndikalistische oder dem Syndikalismus verwandte Strömungen hat es in großer Breite und mit erheblicher Wirkung auch in Großbritannien gegeben. Man könnte also fast im Gegenteil sagen: Das fast völlige Fehlen anarchistischer und syndikalistischer Einflüsse auf die Arbeiterbewegung ist eigentlich ein deutsches Phänomen. Nirgendwo sind Anar-

chismus und Syndikalismus so schwach gewesen wie in Deutschland und der deutschen Tradition. Dies ist genauso wahr wie die umgekehrte Aussage, daß nirgendwo außer in Spanien der Anarchismus eine Massenbewegung gewesen sei.

NG/FH: Eine Ursache für diesen deutschen „Sonderweg“ könnte wohl darin liegen, daß in Deutschland die Gewerkschaften eine Gründung der politischen Bewegung der Partei gewesen sind und lange unter deren Vormundschaft standen.

von Oertzen: Das ist sicher historisch richtig. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob nicht bestimmte obrigkeitstaatliche Strukturen – zumal der norddeutschen Staaten des alten deutschen Reiches, also vor allem Preußens – dabei eine erhebliche Rolle mitgespielt haben. Dies ist ein noch nicht genügend geklärtes Problem der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, wieweit die Tradition des deutschen Unteroffiziers ein bißchen mit eingegangen ist in die Disziplinvorstellung der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften.

Um auf Spanien zurückzukommen, muß man also festhalten, daß es dort – durchaus trennbar – einerseits eine anarchistische Tradition gibt und andererseits eine anarchosyndikalistische mit dem Schwerpunkt auf dem Syndikalismus, d. h. eine Tradition einer revolutionären, freiheitlichen, partei- und staatsfreien Gewerkschaftsbewegung. Dem entspricht die Tatsache, daß es im Anarchismus ja zwei große Strömungen gegeben hat. Die eine war mehr individual-anarchistisch ausgerichtet und rückte die Freiheit des einzelnen, heute würden wir sagen: die Selbstverwirklichung des einzelnen in den Vordergrund. Ein Philosoph dieser Richtung war der berühmte, von Marx so hart kritisierte Max Stirner. Und es gab eine kollektivistisch-anarchistische Strömung, die für die Selbstregierung und Selbstverwaltung, die Selbstbefreiung der arbeitenden Menschen eintrat, aber nur in der Gemeinschaft, mit der Gemeinschaft. Diese kollektivistisch-anarchistische Strömung, die sich wohl zu Recht auf Bakunin beruft, hat ja schon sehr frühzeitig eine sehr enge Verbindung mit der Arbeiterbewegung gehabt – gerade in Spanien. Eigentlich nur auf dieser Grundlage der kollektivistischen Ausprägung einer Strömung des Anarchismus ist überhaupt die Verbindung der revolutionären syndikalistischen spanischen Arbeiterbewegung mit dem Anarchismus möglich gewesen. Was nichts daran ändert, daß es innerhalb der anarchistisch beeinflussten spanischen syndikalistischen Arbeiterbewegung immer Spannungen gegeben hat zwischen den mehr oder weniger reinen Anarchisten

auf der einen Seite und den pragmatischen Syndikalistinnen auf der anderen Seite, wobei die reinen Anarchisten das syndikalistische Gewerkschaftsprinzip durchaus bejaht haben und die Syndikalistinnen den Anarchismus durchaus als eine ihrer theoretischen Grundlagen betrachtet haben – das war kein ausschließender Gegensatz.

NG/FH: Marxisten sind es ja eigentlich gewohnt, den Anarchismus als eine Erscheinungsform des kleinbürgerlichen Radikalismus zu betrachten, während es in Spanien doch offensichtlich die große Masse des Landproletariats und auch – zumindest in Katalonien – des Industrieproletariats gewesen ist, die von der anarcho-syndikalistischen C.N.T. organisiert worden ist.

von Oertzen: Dabei sind zwei geschichtliche Faktoren zu berücksichtigen: der allgemein-politische und sozial-historische und ein anderer, wenn man so will, klassengeschichtlicher. Tatsache ist, daß in der gesamten Geschichte der bürgerlich-revolutionären Bewegung Spaniens die Genossenschaftsidee, d. h. die Idee des freiwilligen Zusammenschlusses zu aktionsfähigen, handlungsfähigen Gruppierungen, und

der Regionalismus, d. h. die Selbständigkeit der Regionen gegenüber dem kastilianischen Zentralkönigtum, eine große Rolle gespielt haben. Die bürgerliche Revolution in Spanien war niemals zentralistisch, sondern immer dezentral und föderalistisch ausgerichtet.

NG/FH: In diesem Zusammenhang ist es sicherlich bezeichnend, daß Proudhon einen großen Einfluß im spanischen politischen Denken gehabt hat.

von Oertzen: Das ist völlig richtig. Es war Proudhon selbst, von dem Marx in seiner berühmten Analyse der Pariser Kommune die Idee des sozialistischen Gemeinwesens als einer Föderation von Kommunen übernommen hat. Diese Idee der demokratisch, von unten nach oben aufgebauten politischen Föderation haben der Anarchismus und die anarcho-syndikalistische Arbeiterbewegung in Spanien von der bürgerlichen Revolution übernommen. Insoweit ist

„Die Gewaltfrage war für die spanische Arbeiterbewegung nie ein Problem“: Anarcho-syndikalistische Arbeitermiliz im Straßenkampf



ein gut' Stück bürgerlicher Radikalismus in die spanische Arbeiterbewegung eingegangen. Aber das gilt natürlich genauso für die Arbeiterbewegung anderer Länder.

Sozialgeschichtlich ist entscheidend, daß die relative Rückständigkeit des Kapitalismus in Spanien, also mit dem Übergewicht mittel- und kleinbetrieblicher Strukturen und ohne die Zentren der großen modernen Schwerindustrie wie in Deutschland, anarchistische und anarchosyndikalistische Organisationsformen näherlegte als etwa in Deutschland, wo sich hochzentralisierte und später auch hochbürokratisierte Gewerkschaftsverbände und eine straffe zentralisierte Parteiorganisation herausgebildet haben. In gewisser Beziehung hatte dieses radikale, föderalistische und arbeiterdemokratische Organisationsmodell der Spanier also auch etwas zu tun mit einer kapitalistischen Wirtschaft, die noch nicht stark zentralisiert oder gar monopolistisch strukturiert war. Wenn man also marxistisch argumentieren will, so muß man sagen, daß der spanische Kapitalismus ein noch weniger entwickeltes Stadium des Kapitalismus repräsentierte als etwa der deutsche Kapitalismus in jener Zeit.

Aber das ist keine ganz befriedigende Erklärung, weil solche föderalistischen Tendenzen selbst in Großbritannien spürbar geworden sind, wo der Kapitalismus zweifellos noch früher entwickelt war als in Deutschland. Ich neige deshalb dazu zu sagen, daß die nationalen Traditionen – unterstützt durch diese sozialgeschichtlichen Besonderheiten der Entwicklung des spanischen Kapitalismus – eine außerordentlich große Rolle bei der Herausbildung des spanischen Anarchismus und der spanischen anarchosyndikalistischen Arbeiterbewegung gespielt haben. Insoweit handelt es sich doch um ein spezifisch spanisches Phänomen – genauso wie etwa der französische Syndikalismus ein ganz charakteristisch französisches Phänomen war und zusammenhing mit der Abneigung und dem Widerstand aller sozialen Bewegungen gegen den zentralistischen und bürokratisierten französischen Staatsapparat, der ja seit der Französischen Revolution die einzige wirkliche Konstante der französischen Geschichte in den letzten 200 Jahren gewesen ist.

NG/FH: Gegenüber den Anarchosyndikalisten haben ja die Marxisten bzw. die Sozialisten in Spanien eine relativ schwache Position gehabt. Sie haben nach Möglichkeit immer einen sehr legalen Kurs verfolgt und lehnten die Methoden und die Taktik der Anarchosyndikalisten ab: den revolutionären Generalstreik als Instrument zur Durchsetzung der

sozialen Revolution, aber auch Aktionsformen wie den Boykott, die Sabotage, überhaupt Mittel der direkten Aktion. Wie sind die zu bewerten aus historischer Sicht?

von Oertzen: Die Grundlage aller, sowohl anarchistischer als auch syndikalistischer Strömungen und natürlich insbesondere des Anarchosyndikalismus ist das tiefe Mißtrauen gegenüber der Möglichkeit der Befreiung der Gesellschaft oder gar der Befreiung der Arbeiterklasse durch den Staat und vermittels auf den Staat fixierter politischer Parteien. Die Feindseligkeit gegenüber den politischen Parteien, die Distanz von den politischen Parteien, damit die Distanz vom Parlamentarismus und der staatlichen Regelung gesellschaftlicher Probleme haben alle diese Strömungen gemeinsam. Sie setzen auf die Selbst- und Eigeninitiative der Massenbewegungen, sie setzen auf den Föderalismus, sie setzen darauf, daß der eigentliche Träger der revolutionären Bewegung in den Zellen, an der Basis, im Betrieb oder auf lokaler Ebene die Arbeiter selbst sind und daß zentrale Organisationen, sofern man ihrer überhaupt bedarf, nur Hilfsfunktionen haben, die sich immer wieder vor der revolutionären Arbeiterbasis zu rechtfertigen haben und möglichst schwach und möglichst klein gehalten werden sollen. Die Initiative jedenfalls soll sich immer wieder auf die Basis der Arbeiterföderationen vor Ort und im einzelnen Betrieb verlagern. Daraus ergeben sich dann automatisch bestimmte Kampfformen, d. h. die gesamten anarchistischen bzw. syndikalistischen Kampfformen haben gemeinsam, daß sie den Parlamentarismus, damit weitgehend auch die Wahlen zu den Parlamenten und die staatliche Reformpolitik von oben nach unten ablehnen. Denn nach der Prinzipienklärung der Ersten Internationale von 1864 kann die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Das ist ein Satz, den Marx mehr oder weniger erfreut aus dem Arsenal anarchistischer Lösungen übernommen und in das Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation eingefügt hat.

NG/FH: Marx hat aber auch schon im Kommunistischen Manifest von der „Assoziation“ geschrieben, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller“ sei.

von Oertzen: In der Zielvorstellung einer staats- und klassenlosen Gesellschaft, einer Gesellschaft der Selbstverwaltung ohne herrschende Klassen und ohne staatlichen Apparat sind sich Marxismus und Anarchismus ja völlig einig. Ihr Streit geht um die Strategie und um die Organisationsformen – wobei

die Marxschen Vorstellungen über die optimalen Organisationsformen der proletarischen Bewegung ja auch schwanken: Man kann aus Marx extrem freiheitliche Organisationsformen ableiten, wie dies beispielsweise die Rätekommunisten getan haben, die sich alle als orthodoxe Marxisten verstanden haben, und man kann auch den Leninismus und notfalls sogar den Stalinismus aus Marx ableiten. Jedenfalls ist klar, daß für alle südeuropäischen, vor allem die spanischen freiheitlichen, libertären Strömungen der Arbeiterbewegung der Staatsapparat, staatliche Politik und der Staatssozialismus, d. h. die Befreiung par ordre du mufti, der Hauptfeind gewesen sind. Die taktischen Formen haben geschwankt: der Generalstreik etwa ist eigentlich mehr von den französischen Syndikalisten gepredigt worden, während die spanischen Anarchosyndikalisten auch großen Wert auf die Vororganisation der zukünftigen gesellschaftlichen und sozialen Strukturen gelegt haben.

Außerdem, damit komme ich auf die Frage am Anfang zurück, unterscheidet sich der spanische Anarchismus und Anarchosozialismus von den revolutionären Arbeiterbewegungen aller übrigen europäischen Länder dadurch, daß er eine breite agrarische Basis hatte. Die Landarbeiter vor allem der riesigen Güter Südspaniens, Andalusiens insbesondere, waren radikale Anarchokommunisten mit einem starken Hang zur revolutionären Ungeduld. Sie wollten die Großgrundbesitzer *jetzt* verjagen, und sie wollten den Boden *jetzt* in Besitz nehmen, sie wollten die Freiheit *jetzt*, sie wollten den Kommunismus *jetzt*, und das führte häufig zu einer utopischen, überaus sympathischen Unmittelbarkeit ihrer Aktionen. Insofern hat der spanische Anarchosyndikalismus zwei Beine: ein proletarisches, das fest in der sich entwickelnden kapitalistischen Industrie verwurzelt war, und ein revolutionär-agrarisches. Das ist singulär: eine revolutionäre Landarbeiterbewegung dieses Zuschnitts hat es in keinem anderen europäischen Land in ähnlicher Form gegeben.

NG/FH: Allerdings gab es doch in Rußland eine bedeutende anarchistische Bewegung, etwa die Narodnaja Wolja oder die Sozialrevolutionäre Partei, die sogar eine eigene terroristische Kampforganisation unterhielt.

von Oertzen: Der Einwand ist berechtigt; diese Volkstümmer-Tradition, insofern sie vor allem in der Bauernschaft verwurzelt war, hat gewisse Ähnlichkeiten mit dem spanischen Anarchismus, und der linke Flügel der Sozialrevolutionäre z. B. war nicht ganz unähnlich dem spanischen, andalusischen oder auch aragonischen Agrarkommunismus. Von daher

erklärt sich wiederum die Ähnlichkeit gewisser Kampfformen, denn diese mit mörderischer Brutalität, wirklich bis aufs Blut ausgebeuteten und gepeinigten andalusischen, aragonischen und katalanischen Landarbeiter hatten überhaupt keine Bedenken, sich gegen die Gewalt der bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer ihrerseits mit Gewalt zur Wehr zu setzen. Die Gewaltfrage war für die spanische Arbeiterbewegung nie ein Problem, denn es war ganz offensichtlich, daß die herrschenden Klassen mit Gewalt regierten und Blutvergießen nicht scheuten. Die spanische revolutionäre Arbeiterbewegung war immer der Meinung, daß man den Brutalitäten der Oligarchie, der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten mit derselben Härte entgegentreten müsse. Deswegen ist in den spanischen revolutionären Bewegungen seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts, von der bürgerlichen über die bürgerlich-proletarische bis schließlich zur proletarischen Revolutionsbewegung, immer unendlich viel Blut geflossen.

NG/FH: Angesichts der prinzipiellen Staatsfeindschaft der Anarchisten ist doch ihre Rolle im spanischen Bürgerkrieg erstaunlich. Denn schon bei Ausbruch des Bürgerkrieges rafften sich ja die Anarchisten und Syndikalisten auf zur Verteidigung der – wenn auch republikanischen – *Staatsmacht*, und sie sind schließlich sogar in Gestalt von vier Ministern in die Regierung Largo Caballero eingetreten.

von Oertzen: Das ist zwar richtig, hat aber eine Vorgeschichte, auf deren Hintergrund der Widerspruch nicht mehr so groß erscheint. Es hat in der spanischen anarchosyndikalistischen Arbeiterbewegung immer ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen den mehr syndikalistisch und den mehr anarchistisch orientierten Tendenzen gegeben. 1931 wurde im großen Dachverband der spanischen anarchosyndikalistischen Arbeiterbewegung, der C.N.T., eine Organisationsform in Angriff genommen, die zwar auf streng föderalistischer, demokratischer Grundlage beruhte, aber doch die Bedeutung der zentralen Organisation betonte, und zwar in doppelter Hinsicht: Die lokalen und regionalen Vereinigungen der C.N.T.-Arbeiter gipfelten in einem zentralen Rat der C.N.T.; parallel dazu gab es auch eine Struktur für die einzelnen Branchen, d. h. es gab auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene nicht nur die Föderation aller anarchosyndikalistischen Arbeiter, sondern außerdem noch die Föderation der Arbeiter der verschiedenen Industriebranchen. Dieses Organisationsprinzip ist 1931 proklamiert worden, konnte aber bis 1936, bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges, wegen des Widerstandes der reinen

Anarchisten in der Gewerkschaft noch nicht durchgesetzt werden. Erst danach wurde es voll verwirklicht. Auch diese zentrale gewerkschaftliche Organisation war insgesamt staatsfeindlich und ursprünglich nicht geneigt, staatliche Regierungsämter zu übernehmen, anerkannte aber im Gegensatz zu den dogmatischen Anarchisten die Notwendigkeit zentraler gesellschaftlicher Organisationen, wenngleich gewerkschaftlicher, nicht politischer Organisation.

Im übrigen muß man wissen, daß der große Wahlsieg der Volksfront, also der Sozialdemokraten, der radikalen Republikaner und der damals noch sehr schwachen Kommunisten, im Februar 1936 nur der Tatsache zu verdanken ist, daß die Führer der anarchosyndikalistischen Arbeiterbewegung ihren Anhängern die Stimmabgabe freigegeben und nicht wie sonst zum Wahlboykott aufgerufen haben. So sind etwa 1,5 Millionen Stimmen anarchosyndikalistischer Arbeiter in die Waagschale gefallen, und typischerweise haben sie überwiegend nicht Sozialdemokraten gewählt, sondern bürgerliche Republikaner, weil die bürgerlichen Republikaner föderalistisch-demokratisch waren, während sie in den „staats-sozialistischen“ Sozialdemokraten gewissermaßen den Hauptfeind vermuteten.

NG/FH: Die C.N.T. war allerdings nicht die einzige Gewerkschaftsorganisation in Spanien . . .

von Oertzen: Natürlich gab es daneben die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung U.G.T., die zahlenmäßig genauso stark war wie C.N.T. und sich auf ganz Spanien erstreckte, wenn auch mit anderen regionalen Schwerpunkten. Und es ist nicht verwunderlich, daß in ihr aufgrund der historischen Atmosphäre und der historischen Überlieferung auch gewisse föderalistische und revolutionär-syndikalistische Elemente enthalten waren. Im Vergleich etwa zu den deutschen Gewerkschaften war die spanische sozialdemokratische U.G.T. natürlich auch mit mehr als einem Tropfen anarchistischen Öls gesalbt, und der große Gewerkschafter und spätere Parteiführer der spanischen Sozialdemokraten Largo Caballero war eine Mischung zwischen einem Leninisten und einem stark syndikalistisch angehauchten Arbeiterführer. Diese libertäre Tradition ist in alle spanischen revolutionären Organisationen eingedrungen, auch in die regionalistischen bürgerlichen Parteien und Bewegungen. Die einzigen, die davon wirklich frei waren, waren die Kommunisten, die denn auch rechtzeitig alle selbständig denkenden und demokratisch-revolutionären Elemente aus ihren Reihen entfernt haben, z. B. den späteren Gründer und Führer der kleinen links-revolutionären

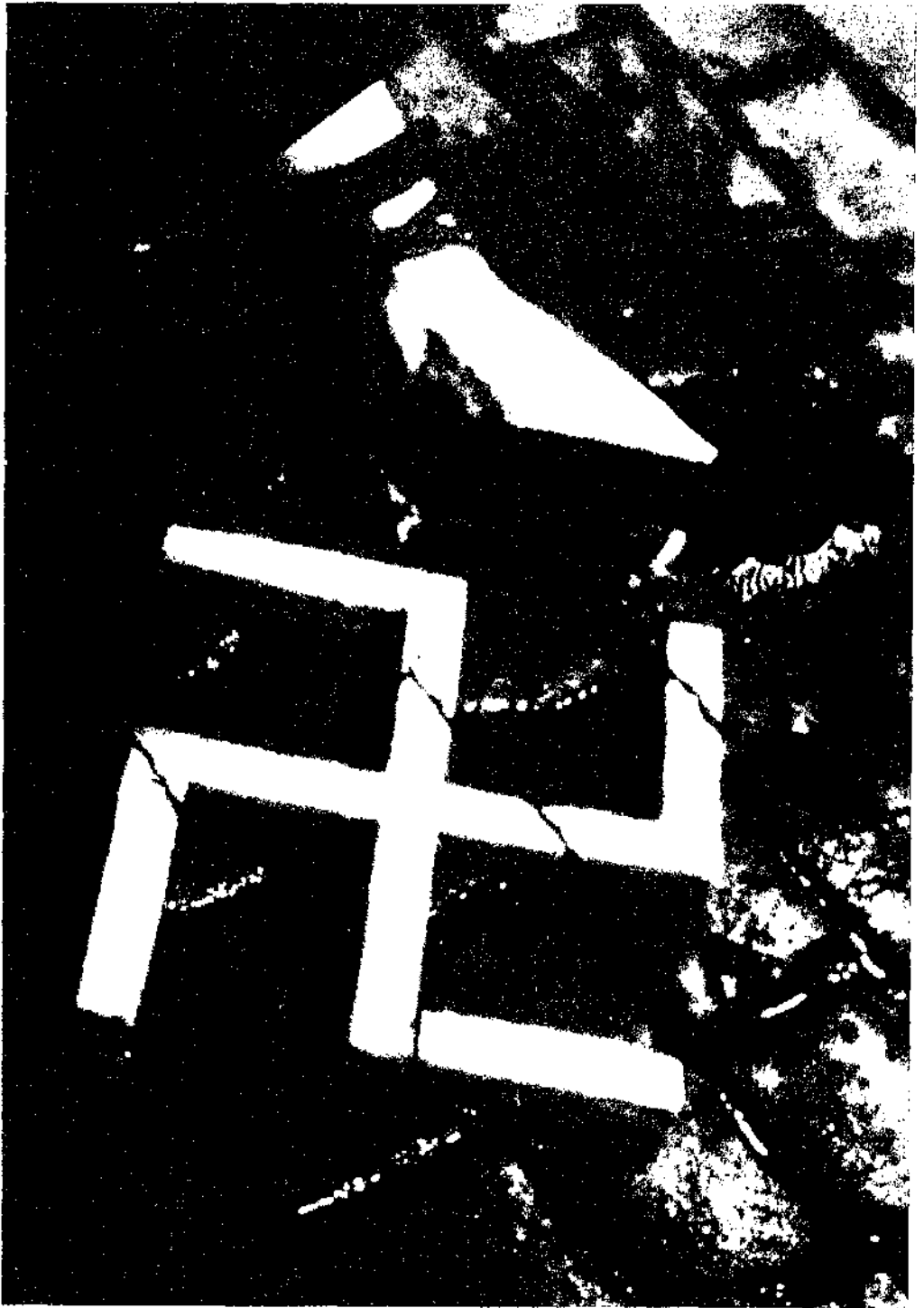
Partei P.O.U.M., Andrés Nin: den haben sie dann auch während des Bürgerkriegs konsequenterweise ermorden lassen.

NG/FH: . . . wie im übrigen auch zahlreiche Trotzlisten und Anarchisten.

von Oertzen: Also, das ist ein besonderes Kapitel in der Geschichte des Bürgerkriegs. Damals hat eben die Kommunistische Partei aufgrund der Tatsache, daß sie quasi die Auslandsvertretung des einzigen Landes war, das – wenn auch zu ausbeuterischen Bedingungen – der spanischen Republik Waffen und materielle Hilfe zukommen ließ, nämlich der Sowjetunion, einen überproportional großen Einfluß in der revolutionären Regierung ausgeübt. Und „Einfluß“ der Kommunisten hieß nichts anderes, als daß auch die Geheimpolizei Einfluß hatte. Die Geheimpolizei wurde von Volksfrontmitläufern der Sozialdemokraten und von originären Kommunisten geleitet und hat furchtbare Säuberungsaktionen unter Abweichlern, Trotzlisten, Anarchisten, Syndikalisten und Linkssozialdemokraten durchgeführt.

NG/FH: Nun gab es ja auch während des Bürgerkriegs konkrete politische Konflikte auch auf der Seite der Republik. Die Anarchosyndikalisten wollten ähnlich wie die Trotzlisten und die P.O.U.M. während des Krieges die soziale Revolution durchführen, es wurde die Kollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe, auch von Industriebetrieben in Katalonien eingeleitet, Maßnahmen, die eigentlich nur gegen den hinhaltenden Widerstand der Kommunisten durchgesetzt werden konnten.

von Oertzen: Also, am Anfang konnten die Kommunisten weder hinhaltenden noch überhaupt Widerstand leisten, weil sie viel zu schwach waren. Im Parlament vom Februar 1936 saß ein einziger kommunistischer Abgeordneter neben Hunderten von Republikanern und Sozialdemokraten, und der Arbeiteraufstand im Juli 1936, an dem in den ersten Tagen nach dem Putsch der Generäle die eingeplante Eroberung ganz Spaniens gescheitert war, ist zu einem erheblichen Teil von den zur selbständigen Initiative erzogenen anarchosyndikalistischen Arbeitergruppen geführt worden. Von Anfang an haben aber auch die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter mitgezogen, auch sie haben sich bewaffnet, auch sie haben die Städte erobert, auch sie haben die Polizeistationen gestürmt, die Telefonstationen und die Bahnhöfe besetzt und sofort angefangen, das öffentliche Leben unter der Führung sozialistischer politischer Organisationen und der Gewerkschaften zu organisieren.



Dort, wo die Anarchosyndikalisten im Übergewicht waren, haben sie sofort auch angefangen, die Produktion auf der Basis der radikalen anarchistischen Arbeiterdemokratie zu reorganisieren. In den großen Agrargebieten sind sie sofort zur kollektivistischen Agrarform geschritten, haben die Großgrundbesitzer verjagt und auch viele von diesen umgebracht – für mehr als ein Jahrhundert Unterdrückung sind da die Rechnungen beglichen worden. Der Großgrundbesitz wurde aber nicht – und das ist der entscheidende Unterschied zu Rußland – in Kleinbauernparzellen aufgeteilt, sondern genossenschaftlich weiterbewirtschaftet. In der Industrie und im Handwerk übernahmen die Kollektive der Belegschaften die Produktion. Genauso wie der Grundsatz galt: das Land gehört denjenigen, die es bearbeiten, nämlich den Knechten und Landarbeitern, so galt auch der Grundsatz: die Fabrik gehört denen, die in ihr arbeiten, nämlich den Arbeitern. Was nicht hieß, daß man sich nicht sofort um republikanisch gesonnene Ingenieure, Techniker, Kaufleute, Direktoren gekümmert hat. Über alle Schwankungen der politischen Kräfteverhältnisse in der Revolution und in der republikanischen Regierung hinweg haben beide Gewerkschaften – vor allem aber die anarchosyndikalistische C.N.T. – sich große Verdienste um die Organisation der Produktion erworben. Im Grunde ist die gesamte Rüstungsindustrie, aber auch die Industrie mit den wichtigsten Versorgungsgütern für die Bevölkerung in Katalonien, also im Kerngebiet des Anarchosyndikalismus, bis zum Ende des Bürgerkriegs immer unter starker Beteiligung der C.N.T. als Gewerkschaft und der Arbeiter der Betriebe organisiert worden, obwohl die unter immer stärkeren kommunistischen Einfluß geratene Revolutionsregierung schließlich die Kollektivierung der Industrie durch die Arbeiter ersetzt hat durch die Verstaatlichung und durch Einsetzung von staatlichen Beauftragten, die der Kontrolle der Arbeiter und gar nicht der Kontrolle des Kapitals dienen sollten. Aber der Einfluß der Arbeiter in den spanischen Betrieben ist dennoch bis zum Schluß sehr stark geblieben.

NG/FH: Im heutigen Spanien gibt es politische Phänomene, die manchen Beobachter dazu veranlassen, sie als Fortführung anarchistischer Traditionen zu sehen, beispielsweise Aktionen des militärischen Flügels der ETA und anderer Separatistengruppen. Hat dies wirklich miteinander zu tun?

von Oertzen: Direkt, so scheint es mir, wohl nicht, weil der radikale baskische Nationalismus, der bis zur Forderung eines selbständigen souveränen bas-

kischen Staates unter völliger Trennung vom spanischen Staatsverband geht, immer ein Sonderphänomen gewesen ist – sehr revolutionär im Kampf gegen die Zentralregierung in Madrid, aber das Baskenland war nie ein Zentrum des Anarchosyndikalismus. Vielmehr ist die baskische Selbstständigkeitsbewegung ein historisches Phänomen eigener Art; soweit in die anarchosyndikalistische Tradition alte bürgerlich-demokratische, föderalistisch-regionalistische Tendenzen eingegangen sind, gibt es natürlich eine Geistesverwandtschaft mit dem radikalen Separatismus oder Föderalismus der Basken, dem katalanischen Regionalismus, jetzt auch dem andalusischen und dem galizischen Regionalismus, d. h. also mit der allgemeinen Tradition, die Zentralmacht zu dämpfen und die Selbstverwaltung und Selbstregierung der Regionen zu stärken.

Aber nach 38 Jahren francistischer Diktatur ist der größte Teil der anarchosyndikalistischen Arbeitertradition tot. Etwas vom kämpferischen Geist der Anarchosyndikalisten ist vielleicht eingegangen in die erste Zeit der sogenannten Comisiones Obreras, die aber heute eine kommunistische Richtungs-gewerkschaft mit starker Verankerung der Arbeiterschaft sind. Es überleben solche Tendenzen charakteristischerweise, oder sie leben wieder auf, vor allem in syndikalistischen Gewerkschaften freier Berufe, also der Künstler, der Kunsthandwerker, der Intellektuellen, die zu syndikalistischen Organisationsformen neigen. Es gibt auch eine sehr stark anarchosyndikalistisch tendierende, radikale Landarbeitergewerkschaftsbewegung in Andalusien, die im Augenblick der sozialdemokratischen Regierung große Schwierigkeiten bereitet, weil sie nämlich der technokratischen Reform der andalusischen großbetrieblichen Landwirtschaft eine genossenschaftliche, auf Arbeiterselbstverwaltung beruhende, radikalere Reformvorstellung entgegensetzt. Wie das so üblich ist, stehen die Sozialdemokraten dabei natürlich auf der Seite des Staatsapparates und der Ruhe und Ordnung.

NG/FH: Aber das sind Relikte und keine Anzeichen einer Renaissance?

von Oertzen: Ich glaube nicht, daß in der durch fast 40 Jahre faschistischer Diktatur ihrer Tradition beraubten modernen spanischen Arbeiterbewegung der klassische Anarchosyndikalismus wieder auflebt.

NG/FH: Aber das syndikalistische Element im Anarchosyndikalismus hätte vielleicht eine Zukunft?

von Oertzen: In der abgeschwächten Form einer Tendenz zur Demokratisierung, zur Selbstverwal-

tung, vielleicht da und dort auch zur Arbeiterselbstverwaltung, zu einem demokratischen Regionalismus, zur kommunalen Selbstverwaltung könnten anarchistische und syndikalistische Gedankenelemente fortleben. Die Spanier sind auch heute noch selbst wenn sie Sozialdemokraten und treue Anhänger des gesamtspanischen Zentralstaates sind – von Hause aus nicht gerade der Idealtyp des gehorsamen Untertanen. Der Obrigkeitsstaat stößt in Spanien vermutlich doch an gewisse Grenzen – trotz der Deformationen, die 40 Jahre Diktatur hervorgerufen haben. Man muß sich nur einmal vorzustellen versuchen, wie unsere Gesellschaft aussähe, wenn das Hitlerregime nicht 12 Jahre, sondern 36 Jahre lang gedauert hätte. Also, man kann wahrscheinlich die historische Prägung durch fast 40 Jahre faschistische Diktatur gar nicht hoch genug einschätzen.

NG/FH: Die unvermeidliche Frage zum Schluß: Was lernen wir aus der Geschichte des spanischen Anarchosyndikalismus?

von Oertzen: Ich glaube, zumindest für den, der immer noch Sozialist ist und an die grundlegende Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung glaubt, sie für möglich und nötig hält, ist aus der Geschichte der spanischen Arbeiter-

bewegung und aus der Tradition der spanischen Anarchosyndikalisten mindestens eines zu lernen: ein wie unglaublich wichtiges Element die Arbeiterdemokratie ist, d. h. die unmittelbare Mit- und Selbstbestimmung der Arbeitenden selber. Nun ist heute die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft in einem hochindustrialisierten, spätkapitalistischen Lande eine gänzlich andere als die Zusammensetzung der spanischen Arbeiterklasse vor 50 Jahren. Aber daß ohne das Element der Selbstverwaltung und ohne radikale Demokratisierung aller Strukturen, der staatlichen Strukturen, der Parteistrukturen und der Gewerkschaftsstrukturen – Stichwort: die gegenwärtige Tragödie der Gemeinwirtschaft in Deutschland – tiefgreifende Gesellschaftsreformen nicht möglich sind, daß die Demokratie mit den Elementen der genossenschaftlichen Zusammenarbeit und der individuellen Selbstbestimmung unverzichtbar ist für jede umfassende Gesellschaftsveränderung, weil sonst nur anstelle einer kapitalistischen Bürokratie eine nichtkapitalistische Bürokratie gesetzt wird, die auch nicht besser ist: Das ist eine allgemeine historische Lehre, die man aus der spanischen Erfahrung ziehen kann.

(Interview: Rainer Diehl)

Patrik von zur Mühlen „Spaniens Himmel breitet seine Sterne ...“

Mythos und Realität der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg

Dr. Patrik von zur Mühlen, geb. 1942, ist Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Veröffentlichungen u. a.: „Spanien war ihre Hoffnung. Die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Verlag Neue Gesellschaft, 2. Aufl., 1985.

Die Internationalen Brigaden bildeten den umfangreichsten und spektakulärsten Einsatz ausländischer Freiwilliger auf seiten der spanischen Antifaschisten, aber nicht den einzigen. Noch vor ihrer

Gründung im Herbst 1936 hatten sich internationale Kämpfer in die Milizen eingereiht, die die anarchistische Gewerkschaft CNT, die sozialistische Gewerkschaft UGT, die kleine Linkspartei POUM sowie baskische und katalanische Nationalisten spontan als Antwort auf Francos Putsch gebildet hatten. Zahlenmäßig unbedeutend, hatten die ausländischen Milicianos doch dazu beigetragen, den ersten Ansturm des aufständischen Militärs in weiten Teilen des Landes aufzuhalten. Mit der zunehmenden Entmachtung der Anarchisten und Sozialisten sowie dem Verbot des POUM durch die kommunistisch beeinflusste republikanische Regierung im Frühjahr und Sommer 1937 wurden diese Milizen aufgelöst bzw. in das inzwischen aufgestellte reguläre republikanische Heer eingegliedert, ihre ausländischen Kämpfer unter oft unschönen Bedingungen entlassen und teilweise nach längerer Haft ins Ausland abgeschoben. Sie waren Opfer interner politischer Auseinandersetzungen der Republik geworden.

Während die Milizen bereits im Herbst 1936 den Höhepunkt ihres Einsatzes hinter sich hatten, wurden die Internationalen Brigaden erst zu dieser Zeit

gegründet. Die Initiative hierzu ging von den Kommunisten aus, die vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien zwar recht bedeutungslos waren, aber durch die Waffenhilfe der Sowjetunion, durch die Unterstützung der Komintern und nicht zuletzt durch die von ihr mitorganisierten Internationalen Brigaden zum immer einflußreicheren und schließlich bestimmenden Faktor der Spanischen Republik wurden.

Im Oktober 1936 wurden formell die Internationalen Brigaden gegründet und in größter Eile aufgestellt. Gleichzeitig begannen die kommunistischen Parteien aller Länder oder von ihnen gesteuerte Organisationen, z. B. Spanienhilfskomitees, mit einer massiven Propaganda für den Beitritt zu den Interbrigaden. Tatsächlich setzte ein solcher Zustrom ein, daß innerhalb von etwa acht Monaten fünf aus Ausländern bestehende Brigaden aufgestellt werden konnten. Es wäre indessen naiv zu glauben, daß allein die Solidarität diesen großen Zustrom bewirkt hätte. Das Heer der Arbeitslosen in vielen Ländern Europas einerseits und die Anwesenheit zahlreicher Emigranten aus Italien, Deutschland, Österreich, Polen und anderen Diktaturen andererseits bildeten in den Jahren 1936 und 1937 einen fruchtbaren Boden für Werbeaktionen. Gleichwohl muß besonders für Deutsche, Österreicher sowie Italiener die politische Motivation des Einsatzes betont werden. Der Kampf gegen Franco war zugleich ein Stellvertreterkrieg gegen Hitler und Mussolini, als dessen Marionette man jenen betrachtete. „Schlagt Hitler vor Madrid!“, war eine oft gehörte Parole.

Zahlenangaben sind für die Internationalen Brigaden außerordentlich schwierig und unterliegen starken ideologischen Interpretationen. Auf der rechten Seite neigt man dazu, sie zu überhöhen (Bolin: 102 000), auf kommunistischer Seite, sie herunterzuspielen (15 000). Die Schwierigkeiten bestehen darin, daß die Internationalen Brigaden eine starke Fluktuation erlebten, so daß die maximale Ist-Stärke erheblich unterhalb der Gesamtzahl aller ehemaligen Interbrigadisten lag. Dazu kommt, daß kriegsbedingte Lücken in den Brigaden wegen des nachlassenden Zustromes von Freiwilligen immer stärker durch Spanier aufgefüllt wurden. Schließlich liegen amtliche spanische Statistiken erst für das Jahr 1938 vor, als die Interbrigaden zahlenmäßig ihren Höhepunkt bereits überschritten hatten. Nach meinen Berechnungen dürfte die maximale Ist-Stärke im Jahre 1937 zwischen 40 000 und 50 000 Mann betragen haben.

Etwas sicherer sind unsere Kenntnisse über die

ationale, soziale und politische Zusammensetzung der Interbrigaden. Die größte Gruppe stellen Franzosen (etwas über 10 000). Ungefähr gleich stark waren Italiener, Polen und Deutsche zu je 5 000, es folgten Belgier und Österreicher zu je etwa 3 000 Mann. Der Rest verteilte sich auf über 40 weitere Nationen, überwiegend Europäer. Mit geringen Abweichungen innerhalb der einzelnen Nationen waren etwa 80 % der Interbrigadisten Arbeiter. 60-70 % waren Kommunisten, der Rest verteilte sich auf Sozialdemokraten, Anarchosyndikalisten, Angehörige linkssozialistischer Gruppen, Katholiken und Parteilose.

Die Organisationsform der Internationalen Brigaden wechselte recht häufig. Insgesamt gab es fünf Brigaden mit den Nummern XI bis XV, die nach sprachlichen und nationalen Gesichtspunkten gegliedert waren:

XI Brigade (Deutsche, Österreicher, Schweizer, Niederländer, Skandinavier)

XII Brigade (Italiener, San Marinese, Portugiesen)

XIII Brigade (Polen, Tschechoslowaken, Jugoslawen, Bulgaren)

XIV Brigade (Franzosen, Belgier, West-Schweizer)

XV Brigade (Britten, Iren, Kanadier, US- und Lateinamerikaner).

Neben diesen „klassischen“ Brigaden gab es noch vier sog. „Brigadas mixtas“, gebildet aus Ausländern und Spaniern. Darüber hinaus gab es besondere Verbände: Partisaneneinheiten, Pioniereinheiten und Sanitätsdienste, dazu Verwaltungs-, Presse-, Propaganda- und Polizeistellen. Eine nicht bestimmbare, aber wohl beträchtliche Zahl von ausländischen Freiwilligen kämpfte im regulären Heer der Spanischen Republik.

Die Deutschen und Österreicher konzentrierten sich auf die XI. Brigade, obwohl es einzelne deutsche Gruppen oder sogar Einheiten in anderen Verbänden gab. Keine Brigade, kein Bataillon war vollkommen homogen. Die XI. Brigade gliederte sich nach dem Stand des Sommers 1937 in die vier Bataillone „Thälmann“, „Edgar André“, „Hans Beimler“ und „12. Februar“. Im „Beimler“-Bataillon kämpften überwiegend Skandinavier, im Bataillon „12. Februar“ meistens Österreicher. Man muß ergänzend hinzufügen, daß etwa zwei Drittel der Deutschen Emigranten waren, aber immerhin ein Drittel direkt aus Deutschland nach Spanien gefahren war – auf manchmal recht gefährlichen Wegen. Auch bei den Deutschen stellten Kommunisten die Mehrheit unter den Freiwilligen. Wohl gab es in den Mannschaften und auch im Offizierskorps einige Sozialdemokraten, aber ihre Zahl blieb gering.

Die Ursache dafür lag einmal in der kommunistischen Personalpolitik, aber auch am Desinteresse der SPD. Sie nahm zwar Stellung zu den spanischen Ereignissen, tat darüber hinaus aber wenig. Anders als die italienischen Sozialisten, deren Vertreter Pietro Nenni Kommissar der Internationalen Brigaden wurde, forderte die SPD ihre Mitglieder nicht zum freiwilligen Einsatz in Spanien auf noch war sie in Spanien durch einen ständigen Delegierten vertreten. Daß dennoch sich etliche Sozialdemokraten als Offiziere und Soldaten, als Journalisten oder Fachleute für besondere Aufgaben der Republik zur Verfügung stellten, beruhte auf privater Initiative.

Besonders erwähnt werden muß der Einsatz deutscher Schriftsteller im Spanienkrieg. So wie André Malraux, George Orwell, Ilja Ehrenburg, Ernest Hemingway und andere Schriftsteller aus aller Welt sich als Soldaten oder Berichterstatter in und für Spanien engagierten, so zogen auch deutsche bzw. deutschsprachige Schriftsteller nach Spanien: Arthur Koestler und Egon Erwin Kisch als Journalisten, Ludwig Renn, Gustav Regler, Hans Marchwitza, Willi Breidel, Bodo Uhse, Erich Arendt, Erich Weinert und andere als Offiziere, Kommissare oder Soldaten der Internationalen Brigaden. Diese Schriftsteller, die damals ebenso wie Alfred Kantorowicz oder der Sänger Ernst Busch der KPD angehörten, haben durch autobiographische Schriften, durch Gedichte, Lieder und Kunstformen dem Einsatz deutscher Antifaschisten ein Denkmal gesetzt.

Die Kämpfe der deutschen Interbrigadisten können hier nur grob umrissen werden. Vom November 1936 bis Januar 1937 wurden sie bei der erfolgreichen Verteidigung Madrids eingesetzt. Nach schweren Verlusten folgte eine kurze Erholungspause in Südspanien. Danach folgten weitere Einsätze in Zentralspanien. Ab Sommer 1937 kämpften sie größtenteils in Aragon. Anders als es ein Teil der Literatur darstellt, waren die Interbrigadisten keine Legendengestalten, sondern ganz gewöhnliche Menschen. Schwere und zermürbende Dauereinsätze mit Verlusten von 17 % Toten, 13 % Invaliden und 50 % Leichtverwundeten führten zu Fällen von Gehorsamsverweigerung, Selbstverstümmelung, Meuterei und Fahnenflucht und zu entsprechenden kriegsgerichtlichen Konsequenzen. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hatten die Interbrigaden Disziplinschwierigkeiten. Alles dieses schmälert aber nicht den selbstlosen und verlustreichen Kampf gegen eine Diktatur, die sie für einen Ableger der Regime in Berlin und Rom hielten.

Im Herbst 1938 wurden die Interbrigaden in kata-

lanischen Demobilisierungslagern zusammengezogen und durch Vermittlung des Völkerbundes in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Frankreich ließ aber nur solche Personen über die Grenze, die legal zurückkehren konnten. Deutsche, Österreicher und Italiener hatten aber keine Heimat, in die sie gefahrlos zurückkehren konnten. Daher blieben etwa 2 000 Angehörige dieser Nationen zurück und wurden, als Franco im Januar 1939 zur Eroberung Kataloniens ansetzte, in verlustreichen Rückzugsgefechten nochmals eingesetzt. Ende Januar 1939 trat dann dieser Rest über die Pyrenäengrenze, gelangte damit aber nicht in die Freiheit, sondern wurde von französischer Gendarmerie verhaftet und in den südfranzösischen Internierungslagern Argelès sur Mer und St. Cyprien, später in Le Vernet und Gurs interniert. Einige wurden nach und nach entlassen, die Mehrheit aber verbrachte die nächsten anderthalb Jahre hinter Stacheldraht und wurde im Sommer 1940 vom Vichy-Regime der Gestapo übergeben.

Sofern nicht noch besonderes zusätzliches „Belastungsmaterial“ vorlag, verurteilte der Volksgerichtshof die Spanienkämpfer wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei bis drei Jahren Zuchthaus und zur anschließenden Einweisung in ein KZ. Kleinere Gruppen von Spanienkämpfern, die sich der französischen Internierung oder Auslieferung an die Gestapo hatten entziehen können, schlossen sich der Résistance an. Nach meiner Einschätzung dürften nur wenig mehr als 1 000 deutsche Spanienkämpfer den Zweiten Weltkrieg überlebt haben.

In der DDR wurden die ehemaligen Spanienkämpfer groß gefeiert und ausgezeichnet. Persönlichkeiten wie Wilhelm Zaisser, Franz Dahlem, Heinrich Rau, Gustav Szinda sowie der 1985 verstorbene Verteidigungsminister Heinz Hoffmann bekleideten hohe Ämter in Staat, Partei und Armee, ebenso wie der jetzt noch amtierende Staatssicherheitsminister Erich Mielke. Es gab in der DDR nicht – wie in der Tschechoslowakei und Ungarn – stalinistische Säuberungen und Terrorprozesse gegen ehemalige Spanienkämpfer, von denen etliche am Galgen endeten. Die DDR pflegt das Erbe der Spanienkämpfer, freilich mit den charakteristischen Einseitigkeiten, durch die sich kommunistische Historiographie auszeichnet. Die Rolle der Kommunisten wird im Stil einer Heiligenlegende geschildert, die Rolle politisch unliebsamer Gruppen oder Einzelpersonen totgeschwiegen. Verleumdungen von Gegnern, beispielsweise wirklichen oder vermeintlichen Trotzlisten, sind bis heute nicht korrigiert worden, wie etwa in der Literatur der spanischen KP.

In der Bundesrepublik hatten die Spanienkämpfer einen schweren Stand. Ihr Kampf wurde, anders als der Einsatz der Legion Condor, nicht gewürdigt. Der Kalte Krieg und das gute Verhältnis zwischen Adenauer und Franco waren nicht dazu angetan, das Bild von den „bolschewistischen Söldnern“ und „Rotspanienkämpfern“ zu korrigieren. Unter politischen, kulturellen oder anderen Führungsgruppen findet man nur wenige Namen ehemaliger Spanienkämpfer oder solcher Personen, die zeitweilig in Spanien gewirkt hatten: Willy Brandt, Peter Blachstein, Max Diamant, Rolf Reventlow und einige an-

dere. Erst unter der Regierung Brandts wurde die skandalöse Ungerechtigkeit in der Behandlung der Spanienkämpfer (etwa bei der Berechnung der Höhe ihrer Altersversorgung) korrigiert, aber beschämende Zeichen politischer Instinktilosigkeit bewiesen deutsche Behörden und Gerichte noch in den letzten Jahren. Es wird Zeit, hier ein verzerrtes Geschichtsbild zu korrigieren und den Spanienkämpfern den Platz in der Geschichte zuzuweisen, der ihnen im Rahmen der deutschen Emigration und des deutschen Widerstandes gebührt.

Heinz Timmermann Verwirrend und ohne Perspektive Die Lage der spanischen Kommunisten

Dr. phil. Heinz Timmermann, geb. 1938, ist Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Veröffentlichungen u. a.: Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978 (als Hrsg. und Ko-Autor); Wo hin marschiert die Linke in Europa? Freiburg 1979; Die Kommunisten Südeuropas und die Europäische Gemeinschaft, Bonn 1981 (als Hrsg. und Ko-Autor).

Noch vor zehn Jahren, beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie nach dem Tode Francos 1975, hatte die KP Spaniens (Partido Comunista de España = PCE) große Erwartungen in die Zukunft gesetzt. Nach dem Beispiel der italienischen KP (PCI), die ihre aktive Kaderpartei in der Resistenza zu einer breit verankerten Massenpartei ausbauen konnte, hatte sie gehofft, auch ihrerseits ihre führende Rolle im antifrankistischen Widerstandskampf nutzen zu können, um den Transformationsprozeß aus einer Hegemonialposition auf der Linken in Richtung auf den Sozialismus vorwärtstreiben zu können.

Diese Hoffnungen sind inzwischen geschwunden. Führende politische Kraft nicht nur auf der Linken, sondern im nationalen Maßstab ist die seit 1982 regierende Sozialistische Partei (PSOE) unter Felipe

González. Die Kommunisten dagegen sind heute marginalisiert, in mehrere Formationen gespalten und kämpfen um ihr Überleben. Wie ist es dazu gekommen, und wie sehen die Zukunftsperspektiven dieser prestigereichen, zugleich aber auch umstrittenen und in sich widersprüchlichen Partei aus?

Aufstieg ...

Der historische Niedergang der PCE schien zunächst keineswegs vorgezeichnet. Bereits in der Illegalität hatte sie die Ansätze eines politischen und sozialen Pluralismus für einen intensiven Dialog mit den nichtkommunistischen Kräften genutzt und dabei tiefgreifende programmatische Neuerungen vorgenommen. Diese schlugen sich in ihrem „Programm-Manifest“ von 1975 nieder, einem zentralen Dokument des „Eurokommunismus“. Darin wird die Vollendung des bürgerlich-demokratischen Systems als notwendige Etappe auf dem Weg zum Sozialismus charakterisiert.

Die vom fortschrittlichen Bürgertum und der Arbeiterklasse erkämpften Freiheitsrechte einschließlich des Parteienpluralismus und des Streikrechts sollen auch nach den sozialistischen Transformationen – mit der Vergesellschaftung der Kernbereiche des hochkonzentrierten privaten Produktiv- und Finanzkapitals als zentralen Maßnahmen – erhalten bleiben.

Auch auf dem Felde der internationalen Beziehungen leitete die PCE nach 1968, dem Jahr der Moskauer Militärintervention in der CSSR, einen radikalen Kurswechsel ein. Heftiger als alle anderen westlichen KPen kritisierte Parteichef Carrillo damals das Gesellschaftsmodell sowjetkommunistischen Typs und zentrale Aspekte der sowjetischen Außenpolitik. Noch 1982, nach der sowjetisch inspi-

rierten Unterdrückung der Reformbewegung in Polen, erklärte die PCE analog zur PCI den Sowjetkommunismus als in seiner Triebkraft erschöpft.

Im Zeichen eines „neuen“ (statt des traditionellen, inhaltlich von Moskau gefüllten „proletarischen“) Internationalismus wollte die PCE statt dessen gleichgewichtige Beziehungen auch zu sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien pflegen, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft im Sinne einer blockunabhängigen „Dritten Kraft“. Als dynamischen Motor für die Entwicklung eines solchen unabhängigen, zum Sozialismus tendierenden Westeuropas betrachtete PCE die scheinbar unaufhaltsame Bewegung des „Eurokommunismus“. Als Carrillo im März 1977 seine Kollegen aus Italien und Frankreich, Berlinguer und Marchais, zur ersten (und einzigen) Gipfelkonferenz der „Eurokommunisten“ nach Madrid einlud, verband die PCE-Führung damit neben dem Streben nach innerer Legitimierung und Stärkung der Partei auch die Absicht, im Verein mit PCI und PCF die Konturen ihres „neuen Internationalismus“ zu verdeutlichen.

Diese Verbindung von aktivem Widerstandskampf einerseits und Adaption westlicher demokra-

tischer Normen und Werte andererseits zahlte sich für die PCE zunächst reichlich aus. So besaß sie einen dominierenden Einfluß in den Arbeiterkommissionen (CC.OO.), die sich Ende der fünfziger Jahre innerhalb der frankistischen Zwangssyndikate als authentische Gewerkschaftsorgane der Arbeitnehmer formiert hatten und in ihren Reihen auch sozialistische und katholische Strömungen organisierten. Zudem war es der PCE gelungen, unter den neuen Mittelschichten und hier insbesondere unter den Intellektuellen und in der wissenschaftlich-technischen Intelligenz Fuß zu fassen, was die Kommunisten dazu verleitete, wie die PCI (und auch die PCF) in der Nachkriegszeit auf eine kulturelle Hegemonie im postfrankistischen Spanien zu hoffen.

Tatsächlich wuchs die rund 10 000 Mitglieder umfassende Kaderpartei des Untergrunds bis 1978 auf offiziell über 200 000 Mitglieder an, wobei allerdings die PSUC, die autonome Regionalorganisation der PCE in Katalonien als Avantgarde des spanischen „Eurokommunismus“, allein 40 000 Mit-

Ex-KP-Chef Santiago Carrillo: Prinzipielle Aversion gegenüber dem PSOE-Reformismus

Foto: dpa



glieder zählte. Das von der Führung geschmiedete innerparteiliche „Bündnis von Arbeit und Kultur“ schien ebenso erfolgreich Formen anzunehmen wie die Transformation der PCE in eine schlagkräftige Formation mit dem komplexen Charakter einer „Massenpartei und Kaderpartei, Mitgliederpartei und Kampfpartei“ (Carrillo).

... und Niedergang

Bereits in den ersten beiden Wahlen von 1977 und 1979 zeigte sich jedoch, daß die Erwartungen der Kommunisten weit überzogen waren: Mit 9,2 % bzw. 10,8 % endete die PCE weit abgeschlagen hinter der PSOE (29,2 % bzw. 30,8 %). Bei den Wahlen von 1982 erlitten die Kommunisten sogar ein regelrechtes Desaster: Ihr Stimmenanteil sank auf 3,9 % (PSOE: 46,1 %). Dieses Kräfteverhältnis änderte sich auch bei den Wahlen von 1986 (4,6 % zu 44,1 %) nur unwesentlich. Die Mitgliedererfolgschaft sank bis 1985 auf parteioffiziell 67 000 ab, und auf dem Gewerkschaftssektor zog die PSOE-nahe UGT mit den CC.OO. gleich.

Hinzu kam, daß die programmatisch-politisch tief in sich gesplante PCE seit 1980 durch Ausschluß oder Austritt ihre beiden Flügel verlor. Mit den reformfreudigen „Renovadores“, die auf dem X. PCE-Kongreß von 1981 immerhin rund 25 % der Delegierten stellten, büßte die Partei einen Großteil ihrer Intellektuellen und ihrer renommiertesten Kommunalpolitiker ein, darunter z. B. Manuel Azcarate, ihren führenden Theoretiker und Außenpolitiker, sowie Ramón Tamames, der als Wirtschafts-experte und Stellvertretender Bürgermeister von Madrid hohes Ansehen genoß. Die orthodoxen „Prosoviéticos“ ihrerseits konstituierten sich Anfang 1984 unter Führung des ehemaligen PCE-Vorstandsmitglieds I. Gallego als „KP der Völker Spaniens“ zur kommunistischen Parallelpartei, die sofort von Moskau anerkannt und damit legitimiert wurde.

Schließlich gründete 1986 auch der seit 1960 amtierende Parteichef Carrillo eine eigene Formation, als es ihm nicht gelang, der Partei nach dem erzwungenen Rücktritt von 1982 auch weiterhin seinen Stempel aufzudrücken. Zwar konnte er 1986 mit 1,8 % der Stimmen kein Mandat für die Cortes erringen. Dadurch ließ er sich in seinen Aktivitäten aber nicht entmutigen, besteht doch nach Ansicht seines Nachfolgers Gerardo Iglesias das zentrale Ziel Carrillos darin, „die PCE in Asche zu legen“. Wo liegen die Ursachen für diesen historischen Niedergang des spanischen Kommunismus, als dessen einziges ge-

meinsames Identifikationssymbol eigentlich nur Dolores Ibárruri (geb. 1895) übriggeblieben ist, die legendäre „Pasionaria“ des Bürgerkriegs von 1936–39?

Historische Hypothek

Ein wichtiger Grund für das unerwartet schwache Abschneiden der PCE nach dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie liegt sicher darin, daß die Spanier in ihrer großen Mehrheit nach den traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit polarisierende Kräfte am rechten und linken Rand des politischen Spektrums ablehnten und eher den Kräften der liberal-sozialen, reformorientierten Mitte zuneigten. Das spürten nicht nur Politiker wie der ehemalige Franco-Minister Fraga Iribarne, der im November 1986 nach der erneuten Wahlniederlage seiner konservativen Volksallianz vom Parteivorsitz zurücktrat.

Auch für die Kommunisten erwies sich die Vergangenheit aus dem Bürgerkrieg als eine drückende Hypothek. Zwar bildete die PCE damals den einflußreichsten Faktor bei der Verteidigung der Republik gegen rechtsradikale, kirchlich-reaktionäre und konservativ-monarchistische Kräfte, war sie das aktivste Element im Widerstand gegen Franco. Andererseits haben jedoch die über die Komintern vermittelten engen Verbindungen zur KPdSU und die gemeinsam betriebenen Liquidierungskampagnen gegen „Trotzkisten“, Anarchisten und abweichlerische Interbrigadisten während des Bürgerkriegs das Ansehen des PCE bis heute stark belastet.

So wird es vom PCE-Repräsentanten selbst heute als ein schwerer Fehler bezeichnet, daß die alte Garde um Carrillo auch in den siebziger Jahren das Heft zunächst fest in der Hand behalten und beispielsweise darauf hingewirkt hat, daß die PCE bei den ersten Cortes-Wahlen von 1977 in den meisten Wahlkreisen mit aus dem Exil zurückgekehrten Bürgerkriegs-Veteranen antrat. Die PSOE dagegen hatte schon Mitte der siebziger Jahre einen radikalen Personalwechsel in ihrer Führungsgruppe vorgenommen, indem sie die Generation ihrer überwiegend im französischen Exil lebenden Veteranen des Bürgerkriegs durch junge und dynamische, in Spanien selbst verankerte Aktivisten ersetzte (neuer PSOE-Chef 1974: Felipe González).

Strategische Fehleinschätzungen

Diese – durch taktische Fehler verschärfte – historische Hypothek der PCE wurde aber erst dadurch voll wirksam, daß sie mit einer strategischen Fehl-

einschätzung der Parteiführung über den Charakter der avisierten Transformation verbunden war: Bis Ende der siebziger Jahre ging die PCE-Spitze davon aus, daß die Demokratie in Spanien nur über einen radikalen „Bruch“ (ruptura) mit dem Franco-Regime erfolgen könne, nicht aber im Zuge eines evolutionären Prozesses unter Einschluß bestimmter liberaler Segmente des Regimes selbst.

Dieser Mythos vom revolutionären Bruch mit der Diktatur verweist darauf, daß die Kommunisten im Grunde noch immer in den polarisierenden Kategorien des Bürgerkriegs dachten. Dabei unterschätzten sie die fortschreitende innere Zersetzung des Franco-Regimes, aber auch die Prozesse des raschen sozialen und Wertewandels, die Franco und seine Technokraten vom Opus Dei paradoxerweise gerade durch die Politik der forcierten Industrialisierung seit 1960 beschleunigt hatten. Die breiten „neuen Mittelschichten“ sowie auch große Teile der Arbeiterklasse waren weniger an einem radikalen Bruch mit dem Regime interessiert, zumal dies von den damals noch einflußreichen Militärs als den selbsternannten Hütern von Stabilität und Ordnung kaum hingenommen worden wäre. Vielmehr wünschten sie einen schrittweisen Abbau der autoritären Strukturen und eine umfassende Modernisierung des Landes.

Bezeichnenderweise konnten die CC.OO.-Gewerkschaften unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Marcelino Camacho ihre starke Position unter den Arbeitnehmern gerade deshalb behaupten, weil sie sich auf reformistische Ziele konzentrierten und sich eine gewisse Autonomie gegenüber der KP sicherten (Rückzug Camachos aus dem PCE-Vorstand 1982). Auf politischem Felde jedoch entschieden sich die Spanier mehrheitlich zunächst für die bürgerliche Demokratische Zentrumsunion unter Suárez als der Partei des demokratischen Übergangs, danach für die Sozialisten als der Partei der sozial abgefederten Modernisierung. Die Kommunisten dagegen büßten ihren Einfluß ein, obwohl sie sich im Widerspruch zu ihrer proklamierten Strategie in der praktischen Politik durchaus kompromißbereit zeigten (und damit zweifellos ganz erheblich zur Stabilisierung der Demokratie beitrugen).

Diese Widersprüchlichkeit in der Strategie hatte für die PCE über ihre geringe Attraktivität in der Bevölkerung hinaus aber auch insofern verhängnisvolle Konsequenzen, als sie die Kommunisten bündnispolitisch isolierte und schließlich sogar in eine „höllische Dynamik“ innerparteilicher Spaltungsprozesse führte (Iglesias).

Bündnispolitisch setzte die Strategie des revolutionären Bruches im Selbstverständnis der PCE-Spitze die führende Rolle der Kommunisten voraus, und Carrillo macht bis heute keinen Hehl aus seiner prinzipiellen Aversion gegenüber dem Reformismus der PSOE. Damit aber manövrierte er die PCE in eine Sackgasse, da die Sozialisten eine solche Rolle nicht akzeptierten und im Gegenteil 1979 eine eindeutige strategische Entscheidung für die Öffnung zur Mitte trafen (symbolisiert durch die Streichung des erst 1976 in die Parteidefinition aufgenommenen Begriffs „marxistisch“).

Noch verhängnisvoller wirkte sich für die PCE die Tatsache aus, daß die Gruppe um Carrillo trotz gewisser Modifikationen faktisch an dem aus der Untergrundarbeit tradierten Modell einer leninistischen Kader- und Kampfpartei mit ihren zentralistisch-autoritären Strukturen festhielt. Jegliche Tendenzen, die Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ durch eine Pluralisierung der innerparteilichen Willensbildung aufzulockern und damit neue Impulse aus der Gesellschaft in sich aufzunehmen, wurden von Carrillo als „liquidatorische“ Ansätze gewertet, die darauf hinausliefen, die Partei durch ihre „Sozialdemokratisierung“ in der Gesellschaft aufgehen zu lassen.

Auch dies hängt eng mit der Generallinie der PCE zusammen: In gut orthodoxer Manier vertrat Carrillo die Ansicht, daß gerade eine Politik der breiten Bündnisse und der Öffnung zur Gesellschaft energische Maßnahmen der Führung verlangt, um die Identität der PCE als revolutionäre Partei zu wahren. So wurde nicht nur das „eurokommunistische“ Projekt der PCE diskreditiert, weil es in deutlichem Widerspruch zu ihrem Parteikonzept eines undemokratischen Zentralismus stand (dies übrigens auch eine wichtige Ursache für den parallelen historischen Niedergang der französischen KP). Auch die Partei selbst zerfiel in mehrere Gruppen, da die Versuche Carrillos, die traditionelle revolutionäre Identität der PCE administrativ gegen parteiinternen Dissens zu wahren, deren Erosion nur weiter beschleunigte.

Ungewisse Zukunftsperspektiven

So ist die gegenwärtige Lage des spanischen Kommunismus einigermaßen verwirrend und ohne große Zukunftsperspektiven. Gegen den erbitterten Widerstand Carrillos sucht die Rumpf-PCE, die noch immer stärkste Komponente sowohl unter den Kommunisten als auch innerhalb der CC.OO.-Gewerkschaften, Struktur und Identität der Partei mit

dem eurokommunistischen Gesellschaftsprojekt in Einklang zu bringen. Unter Führung des jungen Generalsekretärs Iglesias (Jg. 1945) und ermuntert durch ihre greise (Ehren-)Vorsitzende Dolores Ibárruri strebt die PCE eine breite politische und soziale „Konvergenz der Linken“ unter Einschluß der neuen sozialen Bewegungen an, um die Hegemonie der PSOE als der „einzigen Option zur Rechten“ zu brechen. Nach langwierigen Verhandlungen schloß sie ein Wahlbündnis sogar mit der moskauorientierten KP Gallegos, wobei als Ziel die Wiedervereinigung der spanischen Kommunisten in einer einzigen Partei angestrebt wird.

Der wichtigste Impuls für diese Annäherungstendenzen ging von dem relativen Erfolg aus, den die Kommunisten im März 1986 gemeinsam mit anderen Nato-kritischen Kräften bei der Abstimmung über die Mitgliedschaft Spaniens in der Atlantischen Allianz errangen (9 Mill. gleich 52,5 % dafür, 7 Mill. gleich 39,8 % dagegen). Hier wird die PCE auch in Zukunft auf eine weit über ihr eigenes Umfeld hinausreichende Zustimmung in der Bevölkerung rechnen und die Regierung entsprechend konditionieren können.

Hinzu kommt, daß die von den Kommunisten (aller drei Richtungen) dominierten CC.OO.-Gewerkschaften im Kampf gegen die negativen Folgen der Austeritäts- und Umstrukturierungspolitik der Sozialisten ihre Position stärkten: Bei den Betriebsratswahlen vom Oktober 1986 erhielten sie eigenen Angaben zufolge insgesamt 28 937 Mandate (gegenüber 28 865 für die PSOE-nahe UGT und 16 572 für sonstige Formationen). Damit bleiben die Kommunisten auf sozialem Felde wesentlich stärker als auf parlamentarischer Ebene.

Dennoch ist fraglich, ob es der PCE unter Iglesias auf abschbare Zeit gelingt, eine verbreitete Unzufriedenheit mit bestimmten Aspekten der PSOE-Politik in dauerhaften Zuspruch für die eigene Linie umzumünzen und damit wieder zu einer echten Konkurrenz für die Sozialisten zu werden. Die Partei ist nach den demoralisierenden Spaltungsprozessen der letzten Jahre an der Basis nur noch schwach verankert. Darüber hinaus ist zu bezweifeln, ob die PCE-geführte Wahlallianz der „Vereinigten Linken“ mit ihrem von den Pazifisten und Grünen bis hin zu den orthodoxen Gallego-Kommunisten reichenden Spektrum überhaupt zu einer geschlossenen, konstruktiven und zündenden Programmatik findet. Das magere Ergebnis von 4,6 Prozent bei den Wahlen von 1986 deutet jedenfalls nicht auf einen bevorstehenden Durchbruch.

Walther L. Bernecker Arbeitsbeziehungen und Demokratisierung in Spanien

Dr. Walther L. Bernecker, geb. 1947, ist Akademischer Rat für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg.

Spaniens Übergang von der Diktatur zur Demokratie in den Jahren nach Francos Tod (1975) hat im Ausland allgemein Respekt, oft sogar Bewunderung hervorgerufen; mitunter spricht man schon vom „Modell“ Spanien, an dem sich etwa lateinamerikanische *transiciones* orientieren könnten. Immer wieder werden einzelne Personen (König Juan Carlos, Premierminister Adolfo Suárez), Parteien (insbesondere die Kommunisten) oder Institutionen (die Kirche) hervorgehoben, die entweder als Hauptagenten oder durch ihr besonnen-moderates Verhalten den friedlichen Wandel bewerkstelligt bzw. ermöglicht haben. Zu gering veranschlagt worden ist dabei die Rolle nicht-elitärer *change agents*, deren Bedeutung für Geschwindigkeit und Richtung des Demokratisierungsprozesses in den ersten Jahren nach 1975 gar nicht hoch genug angesetzt werden kann. An erster Stelle sind die Arbeiter und ihre Interessenorganisationen, die Gewerkschaften, zu nennen.

Betrachtet man die heutige Gewerkschaftsstruktur in Spanien, so erscheint es auf den ersten Blick, als sei die Tradition einer über hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung wieder aufgegriffen worden: „Politische“ Richtungsgewerkschaften, die im wesentlichen als Industrieverbände organisiert sind, vertreten die Position der Arbeiter; ihre Mittel sind die Tarifaufeinandersetzung, der Arbeitskampf und die verschiedenen Möglichkeiten der Druckausübung gegenüber der Kapitalsseite und der staatlichen Politik. Bei näherem Zusehen werden allerdings auch die Unterschiede zur „traditionellen“ Orientierung der spanischen Arbeiterbewegung deutlich: Stritten bis 1939 primär Anarchosyndikalist und Sozialisten um die Gunst der Arbeiter, so sind es heute vor allem Sozialisten und Kommunisten. Die gewerkschaftliche (und z. T. parteipolitische) Spaltung der Arbeiterschaft ist erhalten geblieben, wenn auch – ein halbes Jahrhundert nach dem Bürgerkrieg – die ideologische Trennungslinie an-

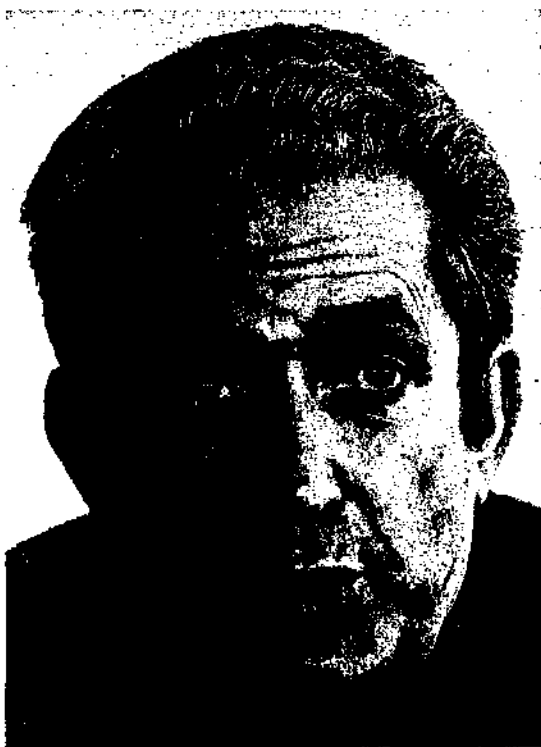
ders verläuft als früher. Noch ein weiterer Aspekt ist auffällig: Zeichneten sich die Arbeitsbeziehungen bis zum Bürgerkrieg durch besondere Konfliktivität und die Haltung der Gewerkschaften durch „Radikalität“ aus, so ist die klassenkämpferische Konfrontation von Kapital und Arbeit inzwischen einer Politik der „Sozialpakte“ und der „Konzertation“ gewichen.

Als auf politischem Gebiet nach Francos Tod allmählich die *transición* einsetzte, hatte sie im Bereich der Arbeitsbeziehungen längst begonnen. Seit Jahren schon war das vertikale Zwangssyndikat, dem jegliche Legitimität fehlte, funktionslos gewesen; bei Tarifaueinandersetzungen und Arbeitskonflikten wandten sich die Unternehmer an die Arbeiterkommissionen (*Comisiones Obreras*, CCOO), die seit Beginn der 60er Jahre als neue und authentische Form der Interessenvertretung der Arbeiterschaft entstanden und nach einer Phase der halblegalen Existenz schließlich in den Untergrund gedrängt worden waren, was ihrer Ausbreitung und faktischen Akzeptanz allerdings keinen Abbruch tat. Die Arbeiterkommissionen können in ihren Anfängen als eine Art „Einheitsgewerkschaft“ bezeichnet werden, in der neben Kommunisten – die sehr früh führend waren – auch Linkskatholiken, Marxisten verschiedener Ausrichtung, Sozialisten und parteilose Arbeiter mitarbeiteten. Bald kam es aber auch zu vielfältigen internen Auseinandersetzungen, die sich zumeist um die Majorisierung der Führungsgremien durch die Kommunisten drehten; Abspaltungen und Austritte waren die Folge. Immerhin waren in der Ausgangssituation der Jahre 1975/76 die CCOO die einzige Arbeiterorganisation, die über geschulte und erprobte Kader verfügten, auf eine langjährige Arbeitskämpftradition zurückblicken und unangefochten als Interessenvertretung der Arbeiter auftreten konnten.

Bis Mitte 1976 priesen die Kommunisten die CCOO als „organisierte soziopolitische Einheitsbewegung der Arbeiter“, die die Strukturen der traditionellen Gewerkschaften mit bürokratischem Apparat und Mitgliedsbüchern vermeiden könne. Sehr schnell wurde jedoch deutlich, daß eine neuartige Einheitsgewerkschaft, wie sie vom kommunistischen Mehrheitsflügel der Kommissionen propagiert wurde, nicht möglich sein würde. Vor allem zwei Gründe sprachen dagegen: Zum einen nahm die von der Regierung favorisierte (vorerst ebenfalls noch illegale, wenn auch großzügiger tolerierte) sozialistische Gewerkschaft (*Unión General de Trabajadores*, UGT) einen unerwarteten Aufschwung, der

die mögliche Neigung der Sozialisten, sich mit den CCOO zusammenzuschließen, sehr bald auf den Nullpunkt sinken ließ; zum anderen traten Anfang 1976 die unter Franco noch mühsam unterdrückten Divergenzen innerhalb der Kommissionen massiv zum Vorschein und führten zu einer Krise der Bewegung, die sich in Richtungskämpfen, Ausschlüssen und Abspaltungen manifestierte. Der Beginn des politischen Demokratisierungsprozesses erfolgte somit bei „gespaltener Gewerkschaftsfront“.

Die ersten anderthalb Jahre nach Francos Tod waren für die Gewerkschaften eine Phase des massenhaften öffentlichen (wenn auch immer noch illegalen) Auftretens. Ihr Hauptziel bestand in der Auflösung des vertikalen Syndikats, der Legalisierung freier Gewerkschaften und der Garantierung des Streikrechts. In den Wintermonaten 1975/76 kam es zu einer regelrechten Explosion an Streiks mit politischer Zielsetzung; allein im Januar 1976 streikten mehr Arbeiter als im gesamten Jahr 1975. Das primäre Ziel der Gewerkschaftsbewegung bestand in diesen Monaten darin, einen politischen Wandel herbeizuführen und diesen Prozeß durch Streikakti-



CCOO-Führer Marcelino Camacho

Foto: dpa

vitäten zu beschleunigen; die Aktivitäten der Arbeiterschaft verliehen dem gewerkschaftlichen Veränderungsdruck eine Durchschlagskraft, die die Regime-Transformation erheblich gefördert hat, da eine baldige „Reform von oben“ der Regierung unausweichlich und immer dringlicher erschien. Zwar kann man keine direkte kausale Beziehung zwischen dem gesellschaftlichen Basisdruck und konkreten politischen Veränderungen jener Monate herstellen; der allgemeine Zusammenhang zwischen Streikbewegungen und politischen Reformvorgängen dürfte jedoch außer Zweifel stehen.

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise nach 1975 sowie das deutliche Interesse der politischen und gewerkschaftlichen Kräfte, die entstehende Demokratie zu festigen und einen möglichen autoritären Rückschlag zu verhindern, führten jedoch bald zu einer Politik der Pakte und Übereinkommen, die eine deutliche „Bremswirkung“ auf die Streikfreudigkeit der Arbeiter ausübten; nach den Parlamentswahlen vom 15. Juni 1977 nahm die Anzahl der Streikenden deutlich ab, stieg allerdings nach dem Auslaufen der Moncloa-Pakte und der Verabschiedung der Verfassung, als die Verteilungskämpfe härter wurden und politisch die Demokratie abgesichert zu sein schien, erneut deutlich an. Diese Streikaktivitäten standen aber überwiegend in wirtschaftlichen Bezügen und hielten sich zumeist im Rahmen üblicher Arbeitskämpfmaßnahmen. Seit 1980 läßt sich feststellen, daß die soziale Konzertation (Abschluß tariflicher Mantelverträge und Beschäftigungsabkommen) zu einer deutlichen Reduktion an verlorenen Arbeitsstunden (im Vergleich zur zweiten Hälfte der 70er Jahre) geführt hat. Auch die stets prekärer werdende Arbeitsmarktsituation dürfte zu einer Eindämmung der Streikfreudigkeit beigetragen haben, wenn auch andererseits keine eindeutige Korrelation zwischen Arbeitslosenquote und Streikfrequenz hergestellt werden kann.

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den ersten anderthalb Jahren nach Francos Tod läßt zweierlei deutlich werden.

a) Die Interessenvvertretungen der Arbeiterschaft gelangten zu keiner dauerhaften Zusammenarbeit, die über vorübergehende taktische Allianzen hinausgegangen wäre; das bei allen Gewerkschaften allzu sehr strapazierte Thema der Gewerkschaftseinheit degenerierte sehr bald zu floskelhaften Deklamationen. Weit mehr als die Gemeinsamkeiten traten immer deutlicher die Unterschiede in den Vordergrund.

b) Gegenüber der vorerst reformunwilligen Regie-

rung traten die Gewerkschaften allerdings durchaus geschlossen auf und forcierten durch vielfältigen Basisdruck den Demokratisierungsprozeß. Die Aktionen der Arbeiter erreichten eine derartige Durchschlagskraft, daß zweifelsfrei behauptet werden kann, daß die Geschwindigkeit des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie nur aus der sich ergänzenden Dynamik von Veränderungsdruck (von unten) und dadurch beschleunigtem Reformwillen (von oben) zu erklären ist. Ohne die massiven Pressionen durch die Basis wäre der rasche politische Wandel nach Francos Tod nicht erfolgt. Damit soll nicht behauptet werden, daß die Regierungen Arias Navarro und Suárez durch Basisdruck quasi gezwungen worden seien, eine bestimmte Reformpolitik einzuschlagen. Soweit dürfte der Einfluß der Streikbewegungen kaum gereicht haben. Allerdings werden sie unter führenden Politikern mit Sicherheit zu der Einsicht beigetragen haben, daß eine halbherzige „Reform“ der politischen Struktur nicht ausreichte, daß vielmehr die Forderungen der Opposition ernstzunehmen waren und inhaltlich ein „Bruch“ mit den Grundprinzipien des Franquismus zu erfolgen hatte.

Bis Mitte 1977 verfolgte die Gewerkschaftsstrategie primär politische Zielsetzungen: Abschaffung des autoritären und Erringung eines demokratischen Systems. Politisch motivierte Streiks und Massendemonstrationen waren in dieser Phase der *transición* weit häufiger als ökonomisch bedingte. Nachdem jedoch der inhaltliche Bruch mit dem Franquismus erfolgt war und die ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1977 stattgefunden hatten, konnten sich die (eben erst legalisierten) Gewerkschaften deutlicher als vorher darauf konzentrieren, in ihrer Funktion als Repräsentanten der Arbeiterschaft deren soziale und ökonomische Interessen zu vertreten. Im Gegensatz zum staatlich-politischen Bereich waren Sanierung und Modernisierung der Wirtschaft in den vorhergehenden Jahren sträflich vernachlässigt worden; der gesamte ökonomische Sektor, der in den Schlußjahren des Franquismus ohnehin in einer tiefen Krise steckte, bedurfte dringend einer Radikalkur.

War von der Arbeiterschaft zur Herbeizwangung politischer Reformen bis dahin im wesentlichen eine Konfrontationsstrategie angewandt worden, die sich zumeist (aus dem Franquismus ererbter) antikapitalistischer Rhetorik bediente, so sollte die zweite Phase des Demokratisierungsprozesses durch konzertierte Sozialpakete abgesichert werden. Der erste dieser Pakte war der zwischen Regierung und Par-

teien abgeschlossene „Pakt von Moncloa“, der sowohl wirtschaftliche Modernisierungsmaßnahmen als auch politisch-strukturelle Reformen (Steuer- und Agrarreform, Neuformulierung der Bildungs- und Erziehungspolitik etc.) vorsah. Die Wirkungen des Moncloa-Paktes waren eher politischer als sozioökonomischer Natur, da die strukturellen Wirtschaftsmaßnahmen zwar weitgehend unterblieben, die politisch-programmatischen Punkte aber ihren Niederschlag in der Verfassung von 1978 fanden. Bedeutsam war der Pakt auch deshalb, weil er die gewerkschaftliche Ablehnung einer Politik der „Sozialpakete“ beendete und den Übergang zu einer neuen Phase im Verhältnis der Tarifpartner markierte. Das deutlichste Beispiel dieser neuen, vor allem bei der sozialistischen Gewerkschaft feststellbaren „kooperativen“ Haltung ist das Arbeiterstatut von 1980 (eine Art Betriebsverfassungsgesetz), an dessen parlamentarischer Beratung die UGT maßgeblich beteiligt war. Der Öffentlichkeit erklärten die Sozialisten ihre relativ gemäßigte und kooperative Haltung damit, daß die Demokratie mehr Verantwortungsbewußtsein als die Diktatur erfordere. Bei den enorm steigenden Preisen für Energie und Rohstoffe könne sich Spanien nicht länger verkrustete und unproduktive Strukturen der Arbeitswelt leisten. Ohne moderne Spielregeln und ohne ein Rahmenabkommen würden zu viele Arbeitsstunden verlorengehen, was letztlich die Arbeiter zu zahlen hätten.

Die Strategie der kommunistischen CCOO ging von anderen Bedingungen aus: Parlamentarisch nur schwach durch die Kommunistische Partei (Partido Comunista de España, PCE) vertreten, versuchten sie, ihre dominierende Rolle im Arbeitsbereich durch Streikdrohungen und Mobilisierungen wirksam werden zu lassen. Um diese Strategie glaubwürdig vertreten zu können, mußten die kommunistischen Abgeordneten das Arbeiterstatut im Parlament ablehnen. Die unterschiedliche Strategie von CCOO bzw. UGT manifestierte sich nicht nur in ihrer Haltung zu den „normativen“ Texten (Moncloa-Pakt, Verfassung, Arbeiterstatut), sondern auch und insbesondere in der Verhandlungspraxis mit der Unternehmerseite (und der Regierung). Seit 1978 praktiziert die UGT nämlich eine Politik der Sozialpakete und Wirtschaftsabsprachen, die zumeist die Opposition der CCOO hervorgerufen und die unterschiedlichen Strategien von UGT bzw. CCOO gefestigt haben. 1979 schloß die UGT mit dem Unternehmerverband (Confederación Española de Organizaciones Empresariales, CEOE) ein „Grundsatz-

abkommen“ über Tarifverhandlungen, 1980 ein „Rahmenabkommen“, 1981 ein erneutes „Grundsatzabkommen“ und (zusammen mit den Arbeiterkommissionen und der Regierung) ein „Nationales Beschäftigungsabkommen“, 1983 ein Tarifabkommen, 1984 das „Wirtschafts- und Sozialabkommen“, an dem sich auch die Regierung und die Vereinigung der Mittel- und Kleinunternehmer beteiligten.

Die Kontinuität der Sozialabkommen und der andauernde Einfluß der Regierung auch auf bilaterale Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern lassen es gerechtfertigt erscheinen, die Strategie der sozialen Konzertation als neokorporatistische Praxis zu bezeichnen, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Steuerungsfunktionen durch „Verbundsysteme“ von Staatsverwaltung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften übernimmt – wenn es sich auch um ein imperfektes Neokorporatismussystem handelt, da keine starke Einheitsgewerkschaft vorhanden ist und bei den CCOO die gewerkschaftliche Konfliktstrategie bis heute überwiegt.

Die Rivalität zwischen den beiden großen Gewerkschaften – die zahlreichen anderen und z. T. (vor allem regional, etwa im Baskenland) durchaus bedeutsamen Gewerkschaften bleiben unberücksichtigt – machte sich nicht nur bei Tarifverhandlungen oder den divergierenden Strategiekonzepten, sondern vor allem bei Betriebsratswahlen feststellbar. Deren Ergebnisse lassen einen bedeutsamen Trend erkennen: Während 1978, bei den ersten Wahlen, die CCOO mit 34,5 % klar vor der UGT (21,7 %) lagen, bedeuteten die Wahlen von 1980 schon ein Kopf-an-Kopf-Rennen beider Gewerkschaften (CCOO: 30,9 %; UGT: 29,3 %); im Jahr 1982 schließlich überrundete die UGT mit 36,7 % ihre Konkurrentin CCOO (32,8 %) deutlich. Für die Wahlen von 1978 dürfte gelten, daß der CCOO-Sieg auf die jahrzehntelange Verankerung dieser Gewerkschaft in der Arbeiterschaft zurückzuführen ist und die „neue“ UGT noch keine ernsthafte Konkurrenz darstellte. In den beiden folgenden Wahlen hatte sich die UGT organisatorisch konsolidiert und zwischenzeitlich ein eindeutiges Eigenprofil gewonnen. Vor allem aber profitierte sie von einem in der spanischen Arbeiterschaft sich ausbreitenden „Mentalitätswandel“, den Victor Pérez Díaz untersucht hat: „Konservatives“ Gedankengut nahm unter den Arbeitern zu, sie waren weniger streikfreudig und aggressiv, hielten immer weniger vom Klassenkampf und sprachen sich häufiger für „sozialpartnerschaft-



Streikdrohungen und Mobilisierungen gehören bis heute zur harten Konfrontationsstrategie der kommunistischen CCOO.

Foto: dpa

liches“ Verhalten aus. In den Gewerkschaften sahen sie primär Verteidigungsinstrumente gegen die Macht der Unternehmer und Dienstleistungslieferanten, weniger politische Organisationen zur Mobilisierung der Arbeiter. Zweifellos kam dieser Gesinnungswandel von eher radikalen Positionen, wie sie auch unmittelbar nach 1975 mit klassenkämpferischer Rhetorik vielfach vertreten worden waren, zu „sozialdemokratischer“ Mäßigung der UGT zugute, die sich gegen die harte Konfrontationsstrategie der CCOO und für eine reformistische Politik sozialer Konzertation entschied.

Fragt man nach den Gründen für die eher „radikale“ Haltung der CCOO, so dürften diese mit dem „Traditionsüberhang“ aus der Zeit des antifranquistischen Kampfes zu erklären sein. Druckausübung und Mobilisierung der Basis in einer Auseinander-

setzung, die primär unter klassenkämpferischer und systemoppositioneller Perspektive betrieben wurde, waren die unter Franco angewandten Strategien, von denen die Arbeiterkommissionen sich auch nach 1975 vorerst nicht lossagten. Demgegenüber konnte die UGT, die an der antifranquistischen Konfrontationsstrategie der illegalen Arbeitskämpfe seit 1960 fast nicht beteiligt gewesen war, schneller und leichter von „maximalistischen“ Positionen absehen und sich „possibilistischen“ Verhandlungsalternativen zuwenden als die Konkurrenzorganisation CCOO, die eine viel härtere Verhandlungspraxis gewöhnt war.

Die Pakte zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften haben vor allem den marktwirtschaftlichen, von sozialen Komponenten durchdrungenen Kapitalismus in Spanien legitimiert; sie haben bewirkt, daß die Arbeiter das bestehende Wirtschaftssystem akzeptierten (was anfangs überhaupt nicht klar war). Die Gewerkschaften waren bestrebt, die Rolle „ihrer“ Parteien zu stärken und den konstitutionellen „Pakt für den Übergang“ zu

konsolidieren. Daß die Arbeiter insgesamt die Marktwirtschaft in den letzten Jahren akzeptiert haben, geht nicht nur aus der sinkenden Konfliktivität hervor, sondern läßt sich auch in der Bevorzugung der „gemäßigteren“ UGT und dem vollständigen Positionsverlust revolutionärer Gewerkschaften erkennen; je „näher“ eine Gewerkschaft an der Aushandlungspraxis der Pakte stand, desto mehr stieg sie in der Gunst der Arbeiter. Die Pakte und die mit den Tarifpartnern quasi vereinbarte Wirtschaftspolitik haben somit in wesentlichem Maße zur Konsolidierung der liberalen Demokratie beigetragen.

Bei der Einschätzung der „Sozialpaktspolitik“ ist zu Recht auf deren Ambivalenz hingewiesen worden. Der vor allem von Unternehmer- und Staatsseite am positivsten bewertete Effekt der neokorporatistischen Praktiken lag darin, die Legitimität des (politischen und wirtschaftlichen) Systems gesteigert und damit die nationale Integration gefördert zu haben; Verhandlungen, Kompromisse, Mäßigung, Dialogbereitschaft und Konsensforderndes sind Werte, die durch die Politik der sozialen Konzertation ins Allgemeinbewußtsein der Spanier eingebracht sind und heute als selbstverständlich gelten; auch das Vertrauen der einen in die andere Seite – eine für das Gelingen des Demokratisierungsprozesses entscheidende Voraussetzung – hat zugenommen. Die verschiedenen „Pakte“ (Verfassung, Autonomien oder Wirtschaftsordnung können als Ergebnisse derartiger Pakte betrachtet werden) bilden jenen „contrato social“, auf dem das demokratische Spanien ruht. Der negative Aspekt der Pakte liegt in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft insgesamt: auf die mangelhafte Anpassung an die ökonomische Krise der letzten Jahre und die Weltmarktbedingungen (um die sozialen Kosten bei der Krisenbewältigung niedrig zu halten, unterblieben fällige Strukturmaßnahmen), auf die Zunahme an Staatsinterventionismus, vor allem auf die Herausbildung einer Schattenwirtschaft, die im heutigen Spanien gigantische Proportionen erreicht haben dürfte und all jene Auflagen umgeht, die das System der sozialen Marktwirtschaft ausmachen. Die damit zusammenhängenden Probleme können längerfristig – ganz im Gegensatz zu den kurzfristigen Legitimierungseffekten des Neokorporatismus – zu einer Entlegitimierung des liberaldemokratischen Systems führen. Da

aber alle an den Pakten beteiligten Kräfte dieses System beibehalten wollen, wird in Zukunft – dies gilt insbesondere für die Anpassungsphase an die Europäischen Gemeinschaften, in der viele Betriebe in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten dürften – ihr Augenmerk verstärkt den problematischen Aspekten der Konzertierung gelten müssen.

Literaturhinweise

Von den allgemeineren Darstellungen zum Übergang von der Diktatur zur Demokratie sei José María Maravall: *La política de la transición*, Madrid 1985, hervorgehoben. Interessante Aspekte enthält auch der Sammelband von Rafael Abella u. a.: *España diez años después de Franco (1975-1985)*, Barcelona 1986. Auf die Gewerkschaftsproblematik nach 1975 gehen ausführlich ein Juan Antonio Sargadoy Bengoechea/David León Blanco: *El poder sindical en España*, Barcelona 1982, und vor allem Victor Pérez Díaz: *Clase obrera, orden social y conciencia de clase*, Madrid 1980. Wichtige Materialien zur „transición“ auf dem Arbeitssektor enthalten Luis Enrique de la Villa (Hg.): *Materiales para el estudio del sindicato*, Madrid 1979; ders. (Hg.): *Los grandes pactos colectivos a partir de la transición democrática*, Madrid 1985; und Walther L. Bernecker (Hg.): *Gewerkschaftsbewegung und Staatssyndikalismus in Spanien. Quellen und Materialien zu den Arbeitsbeziehungen 1936-1980*, Frankfurt 1985. Viele der oben angesprochenen Themenbereiche werden in der Zeitschrift *Papeles de Economía Española* (Madrid) Nr. 22, 1985, diskutiert. Die Neokorporatismusdebatte ist in Spanien in den letzten Jahren intensiv geführt worden. Die Hauptorgane waren die Zeitschriften *Papeles* (Barcelona; vgl. die Sondernummer 24, 1985; „Neokorporatismus“) und *Revista Española de Investigaciones Sociológicas* (Madrid; vgl. die Sondernummer 31, 1985; „Corporatismus“). Im deutschen Sprachraum liegen zu dieser Problematik die Beiträge vor von Werner Lang: „Spanien nach Franco: Vom autoritären zum liberalen Korporatismus?“, in: Ulrich von Alemann (Hg.): *Neokorporatismus*, Frankfurt 1981, S. 230-255 und Roland Schütz: „Neokorporatismus-Tendenzen in Spanien?“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3, 1984, S. 391-403. Die Ergebnisse einer Umfrage unter Arbeitern zum Problem der „sozialen Konzertierung“ enthält die Studie der Fundación Friedrich Ebert: *Los trabajadores ante la concertación social*, Madrid 1986. Als allgemeine Darstellung der Franco-Ära und des Übergangs zur Demokratie (bis 1983) vgl. Walther L. Bernecker: *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München 1984 und den Sammelband Peter Waldmann/Walther L. Bernecker/Francisco López-Casero (Hgg.): *Sozialer Wandel und Herrschaft im Spanien Francos*, Paderborn 1984.

Christian Schnitzler

Der lange Weg zum nordirischen Frieden

Ein Jahr anglo-irischer Vertrag

Christian Schnitzler, Jahrgang 1962, war 1984/85 Mitarbeiter am Konfliktforschungszentrum der University of Ulster und arbeitet heute als freier Journalist; Veröffentlichungen zur britischen und irischen Politik und Geschichte.

I.

Am 15. November 1986 jährte sich erstmals die Unterzeichnung des Abkommens über die Zukunft der Krisenprovinz Nordirland durch die britische Premierministerin Margaret Thatcher und ihren irischen Amtskollegen Garret FitzGerald. Die politische Linke in Ulster hatte das Vertragswerk gutgeheißen, konnten die Vereinbarungen doch als elementare Voraussetzung für eine progressive gesellschaftliche Entwicklung in Richtung Frieden und soziale Gerechtigkeit gelten. „Es gibt keine Sofortlösungen, es kann nur einen heilenden Prozeß geben“, erklärte John Hume, Vorsitzender der gemäßigt nationalistischen „Socialdemocratic and Labour-party“ (SDLP), wenige Tage vor Vertragsschluß auf der Jahreskonferenz seiner Partei. Die SDLP setzte darauf, daß das Abkommen zur Initialzündung für einen Einigungsprozeß werden könne, da es die unterschiedlichen Interessen beider Bevölkerungsgruppen in Ulster respektiere und damit die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben bereite: „Können wir anfangen, eine Einheit in Vielfalt zu bauen?“

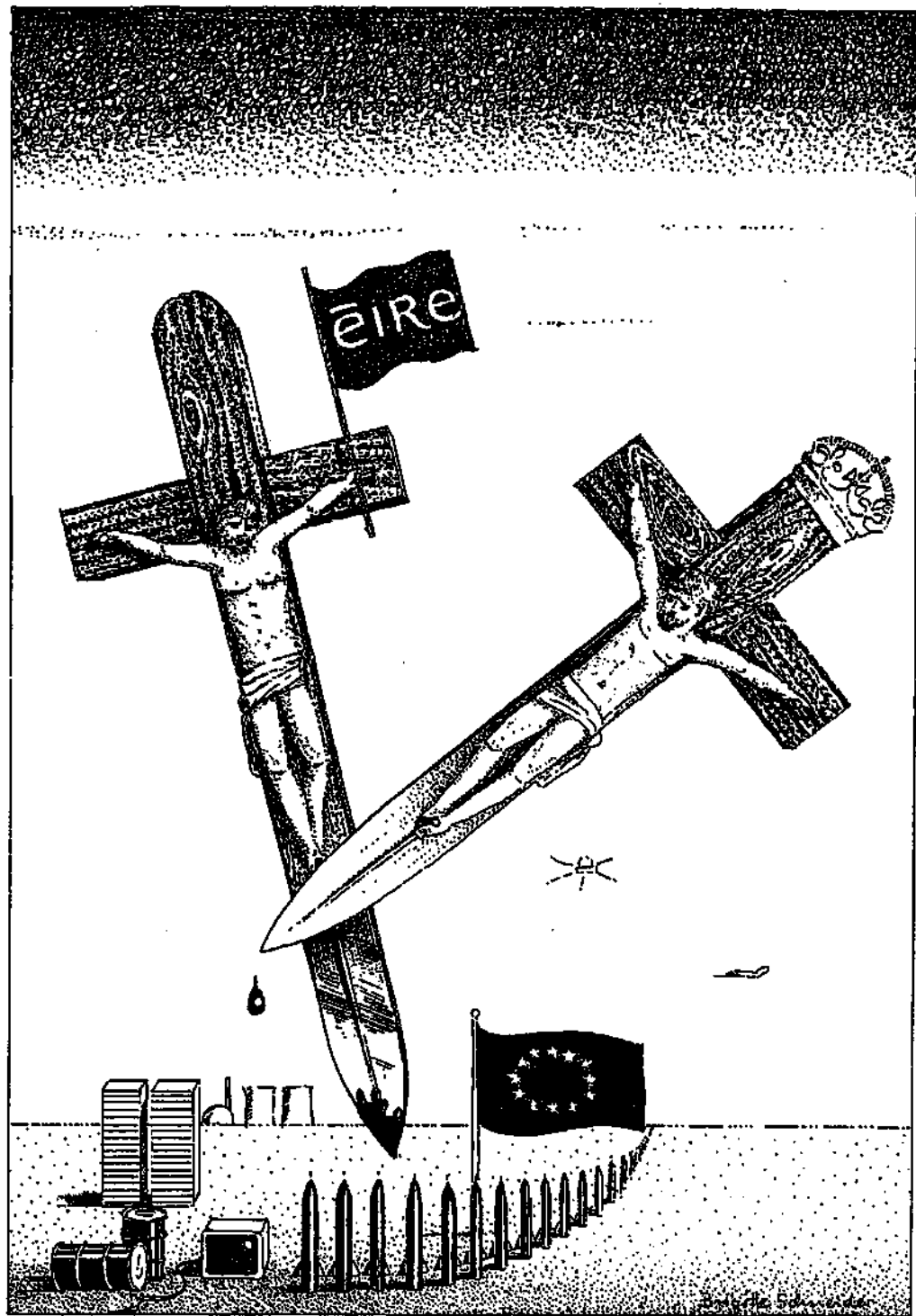
Über ein Jahr nach den Vereinbarungen von Hillsborough muß die Frage John Humes verneint werden. Der friedensfördernde Effekt des Vertrages blieb bislang aus. Im Gegenteil: Hillsborough hat zu einer weiteren Polarisierung innerhalb der nordirischen Gesellschaft geführt und eine neue Welle der Gewalt ausgelöst. Doch wenngleich es heute den Anschein hat, hier sei erneut eine konstruktive Initiative für die Provinz gescheitert, wird auch deutlich, daß dem Land keine andere Chance als Vereinbarungen wie die getroffenen bleibt. Denn wer in Nordirland nicht den offenen Bürgerkrieg riskieren

will, bleibt auf die mühsame Politik der kleinen Schritte angewiesen.

II.

Erstmals seit der Teilung Irlands im Dezember 1920 räumt der anglo-irische Vertrag der Regierung in Dublin eine beratende Funktion bei der Verwaltung des zu Großbritannien gehörenden Nordostens der irischen Insel ein. Zwar behält sich London letztlich das Entscheidungsrecht in allen strittigen Fragen vor, doch erhält die Republik als Anwalt der katholisch-nationalistischen Minderheit im Norden die Möglichkeit, in allen Problemfeldern nordirischer Politik Stellung zu beziehen und damit den Entscheidungsprozeß zu beeinflussen. Im Gegenzug erkennt die Republik Irland erstmals den völkerrechtlichen Status Nordirlands als britische Provinz an und gesteht die Entscheidung über einen eventuellen Souveränitätswechsel ausschließlich der dort lebenden Bevölkerung zu – womit der protestantisch-unionistischen Mehrheit die Schlüsselstellung in der Souveränitätsfrage zufällt. Einen institutionellen Rahmen erhielt das begrenzte Mitspracherecht der Republik Irland in einem gemischtstaatlichen Regierungsgremium, das seit dem 11. Dezember 1985 unter dem gemeinsamen Vorsitz des britischen Staatssekretärs für Nordirland und des irischen Außenministers in regelmäßigen kurzen Abständen zusammenkommt. Die Arbeiten dieses Gremiums sollen der unterschiedlichen Identität beider nordirischer Traditionen Rechnung tragen und die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit der Republik weiterentwickeln. Der Vertrag sieht weiterhin vor, daß während der Konferenzen beispielsweise Veränderungen im nordirischen Wahlsystem, die Abschaffung ökonomischer und sozialer Diskriminierung und der mögliche Nutzen einer Menschenrechtserklärung erörtert werden. Sollte ein innergesellschaftlicher Konsens dies zulassen, ist auch eine Übertragung von Selbstverwaltungsbefugnissen auf die Provinz beabsichtigt.

Der Schwerpunkt der Vereinbarung liegt aber auf dem Sektor der Sicherheitspolitik. Hier steht neben Reformen im Gerichts- und Polizeiwesen vor allem die intensive Kooperation britischer und irischer Sicherheitskräfte bei der grenzüberschreitenden Terrorismusbekämpfung im Mittelpunkt. Republikanische Terrororganisationen effektiver bekämpfen zu können, dies ist das erklärte Ziel britischer Nordirland-Politik nicht erst seit dem Bombenanschlag der „Provisional Irish Republican Army“ (PIRA) auf den Brightoner Parteitag der britischen Konservati-



ven. „Wir sind diese Vereinbarungen eingegangen, um die Männer der Gewalt aus dem Feld zu schlagen und Frieden und Stabilität zu bringen“, hatte Margaret Thatcher nach der Vertragsunterzeichnung erklärt, „und wir werden alles tun, ihr zum Erfolg zu verhelfen.“

Ein Blick in die Statistiken des britischen Finanzministers macht deutlich, warum die konservative Premierministerin eine weitgehende Normalisierung innerhalb der Provinz erreichen muß. Nordirland ist für Großbritannien zu einem Zuschußunternehmen ohne abschbares Ende geworden. Weniger direkte Zerstörungen an Produktionsmitteln als vielmehr das auswärtige Investoren abschreckende Image der Unruheprovinz haben zu einer wirtschaftlichen Situation und sozialen Folgelasten geführt, die von London kaum noch finanzierbar sind. Infolge der Krise aller traditionellen Wirtschaftssektoren Nordirlands und einer letztlich fehlgeschlagenen Ansiedlungspolitik ausländischer Konzerne stieg die Arbeitslosenquote zwischen 1966 und 1983 von 6,1 auf 21,5 Prozent. Lediglich eine staatlich forcierte Ausweitung des Dienstleistungssektors konnte diese Entwicklung abmildern: 1984 arbeiteten bereits 37 Prozent aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst (GB: 20 Prozent). Betrug die Subventionen für die Provinz zu Beginn der jüngsten Konfliktphase 1966/67 noch £ 52 Millionen, so waren sie im Haushalt 1982/83 bereits auf £ 1,3 Milliarden angestiegen; dabei sind in dieser Summe die £ 140 Millionen für den Einsatz britischer Truppen noch nicht enthalten. Möchte London nicht die vollendete Pauperisierung Nordirlands riskieren, so ist mit einer Reduzierung dieser Beträge – vor dem Hintergrund struktureller Massenarbeitslosigkeit auch in anderen Teilen Großbritanniens – nicht zu rechnen. Die Provinz Ulster dürfte auch in Zukunft Stachel im Fleisch des rigiden Wirtschaftsliberalismus der Regierung Thatcher bleiben.

Auch das traditionelle Motiv eines militärisch wichtigen Brückenkopfs auf der Nachbarinsel, das noch die britische Politik der 40er Jahre bestimmte, erscheint im Zuge einer veränderten geostrategischen Bedeutung Irlands relativiert. Überdies ist die militärische Neutralität der Republik längst kein Tabuthema mehr. Dublin ist heute Mitglied im Sicherheitsausschuß der Europäischen Gemeinschaft, über einen NATO-Beitritt wird in Regierungskreisen diskutiert. Daß die ohnehin formale irische Neutralität derzeit keinen Hinderungsgrund für einen Souveränitätswechsel in Nordirland darstellt, hat auch der entschieden nationalistische Oppositionsführer und

Fianna Fail-Vorsitzende Charles Haughey unlängst mit der Erklärung bekräftigt, ein vereinigt Irland wäre auch von „signifikantem Wert für Großbritannien und Europa“. Der NATO-Beitritt Gesamtirlands, so das unausgesprochene Kalkül, dürfte den Rückzug britischer Truppen aus der Nordostprovinz mehr als kompensieren.

Den Einigungsprozeß im irischen Kontext voranzutreiben, so zeigt es sich, entspricht den Interessen der amtierenden britischen Regierung. Die daraus resultierende Politik erweist sich als kompatibel mit der Modernisierungsstrategie der Fine Gael/Labour-Koalition in Dublin, die auf eine Anpassung des politischen Systems der Republik an die Standards entwickelter kapitalistischer Staaten gerichtet ist und eine vorläufige Suspendierung der nationalen Frage impliziert. Zumindest in der Nordirland-Politik kann sich die Regierung Thatcher auf einen breiten Konsens mit der Opposition im Londoner Unterhaus und der öffentlichen Meinung in Großbritannien stützen. Repräsentative Meinungsumfragen weisen aus, daß nur noch 30 Prozent der Briten die Zugehörigkeit Nordirlands zum Vereinigten Königreich befürworten. Das eigentliche Problem für den britischen Staat jedoch bleibt, daß er nicht über eine Million Bürger gegen ihren erklärten Willen ausgrenzen kann.

III.

Ein breites Bündnis der beiden großen unionistischen Parteien, paramilitärischen Organisationen und loyalistischen Basisorganisationen rief bald nach Bekanntwerden des ausgehandelten Vertrages zu ersten Massendemonstrationen in Belfast auf. Denn obgleich das Abkommen der protestantischen Mehrheit die entscheidende Rolle in der Zukunft der Provinz zuweist, wurde Hillsborough im loyalistischen Lager sofort als der Anfang vom Ende der britischen Souveränität über Nordirland gesehen. Latente Ängste vor dem Ausverkauf der Provinz an die „unter dem Diktat einer Ecclesia militans stehenden irischen Republik“ wurden geweckt, vermeintliche und reale Privilegien der Unionisten standen mit Hillsborough auf dem Spiel. Zudem wurde deutlich, daß mit einer Realisierung der Vertragsinhalte die Rückkehr zur unionistischen Alleinherrschaft über die Provinz unmöglich wird. Um also den Status quo ante wiederherstellen zu können, einigte sich die unionistische Negativkoalition auf eine Strategie des eskalierenden Neins. Nachdem die juristischen Möglichkeiten mit einer abschlägig beschiedenen Klage vor dem englischen High Court ausgeschöpft

waren, erzwang der gemeinsame Rücktritt aller 15 unionistischen Westminster-Abgeordneten Neuwahlen, die den Charakter eines Vertrags-Referendums erhielten. Als Nordirland am 23. Januar 1986 erneut an die Wahlurnen trat, um den Kurs der eigenen Vertreter im Londoner Unterhaus zu sanktionieren, blieben die Vertragsgegner mit 418 230 Wählern zwar hinter dem gesteckten Ziel von einer halben Million Stimmen zurück, doch die Botschaft war bekräftigt: Ulster says no.

In der letzten Februarwoche schien sich dann eine unerwartete Entwicklung anzubahnen. In London hatten sich die Vorsitzenden der populistisch-reaktionären Democratic Unionist Party (DUP) und der bürgerlich-konservativen Official Unionist Party (OUP), Ian Paisley und James Molyneaux, mit Margaret Thatcher auf einen Kompromiß geeinigt, in dem die britische Premierministerin für den Fall eines unionistischen Einlenkens in der Vertragsfrage eine zügige Rückkehr der Provinz zu einer Teilautonomie in Aussicht gestellt hatte. Doch die radikalisierte Basis desavouierte ihre Politiker und beschloß, alle Verhandlungen auszusetzen, bis London den Staatsvertrag mit Dublin aufgekündigt habe. Am 3. März paralyisierte ein 24stündiger Generalstreik loyalistischer Arbeiter das öffentliche Leben der gesamten Provinz. Die hierbei offen aufgetretenen paramilitärischen Kräfte sollten in den folgenden Monaten tonangebend bleiben. Brandanschläge auf die Wohnungen von Beamten der unerwartet regierungstreu operierenden Polizeitruppe Royal Ulster Constabulary (RUC), im Umfeld der traditionellen Unionistenparaden des Sommers, schließlich direkte Angriffe auf nationalistische Wohngebiete und eine Reihe sektiererischer Morde durch loyalistische Terrororgans bereiteten ein Klima, in dem offener Bürgerkrieg möglich schien. Inzwischen sind jedoch beinahe alle unionistischen Karten ausgereizt. Zwar steht die kaum glaubhafte Drohung einer Loslösung von Großbritannien zum Aufbau eines unabhängigen Staates im Norden Irlands noch immer auf der Agenda, doch kann weder eine Realisierung dieses wirklichkeitsfremden und wirtschaftlich nicht durchzuhaltenden Projektes noch eine weitere Eskalation im Interesse der protestantischen Mittelklassen liegen.

IV.

Aus anderen Gründen rebelliert das andere Extrem des politischen Spektrums in Nordirland gegen den Vertrag von Hillsborough. Für Provisional Sinn Féin, politische Frontorganisation der Provisional

IRA und seit den republikanischen Hungerstreiks von 1980/81 in den ärmsten Wohngebieten der nationalistischen Bevölkerung verankert, bedeutet das Abkommen eine direkte Herausforderung. Die sicherheitspolitischen Aspekte des anglo-irischen Vertrages dokumentieren, daß Thatcher und Fitzgerald die Normalisierung innerhalb Nordirlands mit Hilfe einer quasi militärischen Zerschlagung der PIRA ansteuern wollen. Daneben soll die mittelbare Einbindung der katholisch-nationalistischen Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozeß die Akzeptanz des Teilstaates erhöhen und den konstitutionellen Nationalismus der SDLP auf Kosten Provisional Sinn Féins stärken. Bereits die bloße Vertragsinitiative bedeutete für die nationalrevolutionären Kräfte, die mit antiimperialistischer Rhetorik und ideologisch diffuser Programmatik auftreten und das Ende der britischen Restherrschaft in Irland „mit der Wahlurne und dem Armalite-Gewehr“ (PSF-Chef Gerry Adams) erzwingen wollen, eine Schwächung der eigenen Position. Zudem stiegen die Erwartungen nordirischer Katholiken auf einen friedlichen Interessenausgleich mit den ersten konkreten Resultaten des gemischtstaatlichen Konsultativgremiums eindeutig an. Die Ergebnisse der Westminster-Nachwahlen reflektieren diesen Stimmungswandel in der nationalistischen Bevölkerung. Die linkssozialdemokratische Workers' Party erreichte hier erstmals 3,1 Prozent der Stimmen, während die SDLP mit 12,1 Prozent eindeutig auf Kosten der PSF mit 6,6 Prozent zulegte. Die SDLP als Organisation der gemäßigten, tendenziell bürgerlichen Katholiken hatte auf den Vertrag gedrängt und gab sich nach der Bestätigung ihres Kurses zuversichtlich: früher oder später würden die konstruktiven Elemente unter den Unionisten die Oberhand gewinnen und einen Kompromiß ermöglichen. Die Hoffnungen der aus der Tradition des marxistischen Republikanismus kommenden Workers' Party gehen in eine ähnliche Richtung. Schließlich ist ihre Strategie der Aussöhnung der lohnabhängigen Klassen als Voraussetzung für gesellschaftliche Weiterentwicklung, ihre Politik der Ignorierung der nationalen Frage zugunsten sozialpolitischer Themen auf die Dämpfung sektiererischer Affekte angewiesen.

V.

Über 25 000 Verletzte und 2 500 Tote seit dem Ausbruch der Unruhen im Oktober 1968 erfordern keine militärischen Maßnahmen, sondern politische Konsequenzen. Dabei muß jede politische Initiative, die auf eine substantielle Veränderung des Sta-

tus quo abzielt, mit einem aus Partikularinteressen motivierten Widerstand verschiedener Gruppierungen innerhalb der Provinz rechnen. Eine progressive Weiterentwicklung der nordirischen Gesellschaft kann nur dann erfolgen, wenn die signifikanten Merkmale eines pathologischen Sozialsystems beseitigt sind. Für eine britische Labour-Regierung ergäben sich hier eine Reihe notwendiger Aufgaben, die von Arbeitsbeschaffungsprogrammen bis zu einer umfassenden Reform aller administrativen Institutionen in der Provinz reichen. Die traditionelle Diskriminierung der nationalistischen Bevölkerungsgruppe wäre somit im Rahmen einer Verbesserung der sozialen Konditionen für alle Bevölkerungsteile aufzuheben.

Von diesen umfassenden Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dürfte zwar eine deeskalierende Wirkung ausgehen, doch bedeu-

ten sie noch keine Lösung des manifesten Konflikts. Diese ist einzig von den demokratischen Kräften innerhalb Nordirlands zu leisten, deren Spielräume durch die Etablierung einer weitgehend entspannten innenpolitischen Situation erheblich erweitert würden. Vor diesem Hintergrund erweist sich der Vertrag von Hillsborough – ungeachtet der Interessenlagen der beteiligten Regierungen – als realistische Möglichkeit für einen umfassenden Demokratisierungsprozeß innerhalb der Provinz. Sollten die Vereinbarungen sich letztlich doch in die politische Praxis umsetzen lassen, so wird es an den progressiven gesellschaftlichen Kräften liegen, die damit geschaffenen Freiräume zu nutzen. Sozialistische Politik darf sich auch in Irland nicht an geographischen Grenzverläufen orientieren, sondern an den berechtigten Ansprüchen der Menschen auf demokratische Willensbildung und soziale Gerechtigkeit.

Clemens-Peter Haase Formierung und Spaltung der finnischen Sozialdemokratie

Clemens-Peter Haase, M.A., geb. 1959, Doktorand in Münster, ist Vorsitzender der Jungsozialisten des SPD-Bezirks Weser-Ems.

I. Genese und Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung – nationale Befreiung als Voraussetzung sozialer Emanzipation

Die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen, unter denen sich die Entstehung der finnischen Arbeiterbewegung und ihrer politischen wie auch gewerkschaftlichen Organisationen vollzog, hoben sich in vielfältiger Weise von denen anderer nord- und westeuropäischer Länder ab. Die industrielle Revolution machte sich in Finnland erst im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts bemerkbar, als das Aufkommen von Maschinen eine intensivere industrielle Holzverwertung erlaubte und die Grundlage für den Aufbau einer international wettbewerbsfähigen Holzveredelungsindustrie schuf. Hierin lag wiederum die Voraussetzung für die Herausbildung weiterer Industriezweige, wie z. B. der

Säge-, Papier-, Textil- und metallverarbeitenden Industrie. Mit der Expansion des Weltmarktes im Imperialismus stieg auch die Nachfrage nach Holzprodukten und Sägewaren. Das Interesse ausländischer Käufer für Holzexportländer wie Finnland wuchs und die durch die Intensivierung des Holzhandels bedingte Errichtung von Sägewerken führte zur Entstehung erster industrieller Ballungsräume und zur Entwicklung neuer sozialer, ökonomischer und gesellschaftlicher Strukturen.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren knapp 100 000 Menschen im industriellen Sektor beschäftigt. 357 000 bestritten ihren Lebensunterhalt aus der Industrieproduktion. Die soziale Hypothek der einsetzenden Industrialisierung war rasch augenfällig geworden. Auf dem Lande und in den Städten hatte sich schnell ein Industrie- und Landproletariat gebildet.

In den Städten hatten sich die Lebens- und Wohnverhältnisse der Arbeiter trotz sprunghaft nach oben zeigender Produktivitätsentwicklung weiter verschlechtert. Die Ursache hierfür lag in einer stagnierenden Lohnentwicklung, die eine Folge des auf dem Lande zur Verfügung stehenden und in die Städte drängenden Überangebots an Arbeitskräften war. Für viele Großgrundbesitzer war es aufgrund des gestiegenen Holzmarktwertes attraktiv geworden, ihre früher zusammen mit kleinen anbaufähigen Landparzellen an Kleinpächter und Kätner verpachtete

Wälder zu roden und das auf diese Weise gewonnene Ackerland selbst als Großbauern zu bewirtschaften. Zehntausende von Kätnerhaushalten verloren ihre Existenzgrundlage und vergrößerten das Heer der mittellosen Landarbeiter und Tagelöhner, die in den Städten Arbeit suchten.

Je schneller die mit dem Wachstum der industriellen Produktion und der gestiegenen Effizienz der maschinellen Produktionsweise verbundenen Hoffnungen auf eine Anhebung des allgemeinen Lebensstandards für breitere Bevölkerungsteile verpufften, desto schärfer wurden allen besonders auf dem Lande tief verwurzelten patriarchalischen Traditionen zum Trotz die politischen Konturen der sich formierenden Arbeiterbewegung.

Oppositionelle Stimmen in den lokalen Arbeitervereinen verlangten eine Lösung von der bürgerlich-liberalen Bevormundung ihrer Organisationen. Das von den liberalen Kräften propagierte bloße Postulat einer fortschrittlichen staatlichen Sozialpolitik hielt nicht mit der krisenhaft zugespitzten ökonomischen Situation im Lande Schritt, die sich in einem ruckartigen Emporschnellen der Streikbewegung in den letzten Jahren des ausgehenden Jahrhunderts niederschlug.

Die Zeitung „Työmies“ (Der Arbeiter) wurde zum ersten größeren Transmissionsriemen marxistischer Ideen. Der bedeutsamste Schritt in Richtung auf die politische Formierung der Arbeiterbewegung war jedoch die Gründung der Finnischen Arbeiterpartei im Juli 1899, die sich im Jahre 1903 in Sozialdemokratische Partei Finnlands (SDP) umbenannte. Hier wurde deutlich, daß der Kampf um die politische Emanzipation der finnischen Arbeiterschaft über die Aneignung einer marxistischen Strategie und Programmatik führen würde, die sich wesentlich am Stand der politischen und ideologischen Diskussion in der deutschen Sozialdemokratie orientierte. Wie kein anderer sozialistischer Theoretiker wurde Karl Kautsky zum ideologischen Ziehvater der finnischen Sozialdemokratie. Die Rezeption seiner Schriften in den Spalten des „Työmies“ war integraler Bestandteil der Konzeption dieser Zeitung. Die SDP beschloß 1903 ein Programm, dessen grundsätzlicher Teil eine fast wortgetreue Abschrift des Wiener Programms der österreichischen Sozialdemokratie von 1901 war und dessen allgemein- und sozialpolitische Aussagen aus dem Erfurter Programm der SPD stammten. Die SDP gab sich damit eine ideologisch-programmatische Grundlage, die sie zu einer der „kautskyanischen“ Parteien Europas machte.

In den Mittelpunkt ihrer Agitation rückte die SDP in den ersten Jahren nach ihrer Konstituierung die Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, wobei es innerhalb der Partei unterschiedliche Auffassungen darüber gab, ob dieses hinreichende Rahmenbedingungen für den allmählichen Übergang zum Sozialismus biete oder ob dessen Erkämpfung nur eine Etappe im revolutionären Prozeß darstelle, an dessen Ende die totale Umwälzung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse stehen müsse.

Trotz ihres starken politischen Selbstbewußtseins und ihrer organisatorischen Kraft war die SDP dem Kampf um umfassende demokratische und soziale Reformen alleine nicht gewachsen. Dieser wurde vor dem Hintergrund der zunehmenden zaristischen Repression, den Bestrebungen, die russische Reichsgesetzgebungskompetenz auch auf Finnland auszuweiten und vom finnischen Senat beschlossene Gesetze nicht zu bestätigen, immer mehr zu einem Kampf gegen die russische Autokratie.

Der für den Zaren ungünstige Ausgang des Krieges mit Japan bot im Herbst 1905 die Möglichkeit zur politischen Offensive. Der am 25. 10. 1905 in Rußland ausgebrochene Generalstreik griff schnell auch auf Finnland über. Zuvor hatten sich Vertreter der finnischen Arbeiterbewegung und russische Revolutionäre über eine Koordination der Aktivitäten verständigt. Für die um die politische Hegemonie in der demokratischen Bewegung ringende SDP war es wichtig, über die Zielsetzung des Generalstreiks im eigenen Lande einen möglichst breiten Konsens herzustellen. Dies geschah im Bündnis mit den Konstitutionellen (radikale finnische Nationalisten, schwedische Nationalisten und Liberale) auf der Basis der gemeinsamen Forderung nach einer Parlamentsreform auf der Grundlage der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. Eine Reform des ständisch gegliederten Landtages wurde als Voraussetzung für die Einleitung eines allgemeinen Demokratisierungsprozesses und für mehr nationale Autonomie angesehen. Der Generalstreik in Finnland richtete sich nicht primär gegen die im eigenen Lande herrschende Klasse, sondern vielmehr gegen die zaristische Autokratie.

Die Wucht der Streikbewegung ermunterte die Sozialdemokraten jedoch, weitergehende Forderungen zu erheben. In einem sog. „Roten Manifest“ verlangten sie die vollständige Versammlungs-, Rede-, Vereinigungs- und Pressefreiheit. Mit Blick auf die ständigen Landtagsauflösungen durch den Zaren wurde in ihm die unbedingte Respektierung der fin-

nischen Selbstverwaltung und Gesetzgebung geltend gemacht. Gleichzeitig rief die SDP die Einwohner von Helsinki zur Wahl einer provisorischen Regierung anstelle des Senats auf. Dieser Aufruf provozierte die Konstitutionellen, die trotz der nationalrevolutionären Züge, die das „Rote Manifest“ trug, in ihm eine Vorstufe zur sozialen Revolution witterten, die dem gesellschaftspolitischen Konservatismus der Konstitutionellen entgegenstand.

Längst war es nicht nur in Helsinki, dem Brennpunkt des Geschehens, sondern überall im Lande zu einer breiten Mobilisierung der Massen gekommen, deren Radikalisierung und Politisierung mit der Dauer des Streiks zunahm. Der Zar mußte vor dem Druck der Streikbewegung zurückweichen und willigte in die Respektierung eines sich aus allgemeinen und gleichen Wahlen legitimierenden Einkammerparlaments ein, aber der Bruch zwischen dem sozialistischen und bürgerlichen Lager war sichtbar geworden. Besonders in der Schlußphase des Streiks mischten sich unter die antizaristischen Parolen Forderungen nach sozialen Erleichterungen für die Situation der Industrie- und Landarbeiterschaft. In den Massen festigte sich der Glaube an die Durchschlagskraft außerparlamentarischer Aktionen.

II. Die Beziehungen zwischen finnischen und russischen Sozialisten

Die konkrete Gestalt, die der Generalstreik in Finnland angenommen hatte, wäre ohne die revolutionären Ereignisse in Rußland nicht denkbar gewesen. Eine isolierte demokratische Perspektive ohne ein Erstarken der fortschrittlichen Kräfte in Rußland hielt man in der SDP für illusorisch. Gleichwohl waren bis dahin nähere Kontakte zwischen ihr und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) spärlich geblieben. Zu fremd waren deren politische Methoden, zu verschieden ihre Probleme. Hinzu kamen die schier unüberwindlichen sprachlichen Barrieren. Entscheidend aber für die reservierte Haltung der SDP war, daß sie über die unübersichtliche Szenerie der politischen Verhältnisse in Rußland nicht ausreichend orientiert war und die relativ günstigen öffentlichen Aktionsmöglichkeiten in Finnland nicht durch eine zu enge Tüchtführung mit den russischen Sozialdemokraten gefährden wollte.

Die Situation änderte sich tendenziell in dem Maße, in dem sich Lenin in der von ihm und Plechanow in Genf herausgegebenen Zeitschrift „Iskra“ der finnischen Frage zuzuwenden begann und in dem die Bedeutung Finnlands als logistische Basis für die

Aktivitäten der russischen Revolutionäre anwuchs. Waffen und verbotene Literatur gelangten von jeher von dort nach Rußland. Zunehmend wurde Finnland aber auch ein beliebter Zufluchtsort für den russischen revolutionären Untergrund und darüber hinaus ein bevorzugter Platz für das Abhalten von Parteitag revolutionärer russischer Gruppen. Die Bolschewiki hielten hier eine Reihe von Kongressen ab, und der militante Flügel der russischen Sozialrevolutionäre hatte in der südostfinnischen Stadt Imatra zeitweise sein Hauptquartier.

Bekannte Bolschewiki wie L. B. Krasin, N. J. Burenin und S. I. Ignatjew waren 1905 nach Finnland gereist, um von dort aus bewaffnete Aktionen in Rußland vorzubereiten. Insbesondere Teile der finnischen Arbeitergardien, die sich analog der im Programm von Forssa geforderten Volksmiliz während des Generalstreiks gebildet hatten, pflegten eine enge Zusammenarbeit mit den russischen Revolutionären.

III. Politische Desillusionierung und Zurückweisung des Revisionismus als Ergebnis zaristischer Repression

Am Vorabend der ersten demokratischen Wahlen in Finnland, an denen zum ersten Mal in Europa auch Frauen teilnehmen konnten, legte sich die SDP nach den negativen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen auf eine radikale Linie fest. Sie verband das Bekenntnis zum parlamentarischen Kampf und die Ablehnung willkürlicher gewaltsamer Aktionen mit einer pointiert klassenkämpferischen, antizaristischen Position, ohne die Zarenmacht unkalkuliert herauszufordern.

Das Ergebnis der Wahlen von 1907 machte die Sozialdemokratie – sie erhielt 80 von 200 Landtagssitzen – zur nunmehr auch parlamentarisch stärksten politischen Kraft. Ihren überwältigenden Sieg hatten neben der Industriearbeiterschaft vor allem die Landarbeiter, Tagelöhner und semiproletarisierten landlosen Massen ermöglicht, die sich durch die Forderung der SDP nach einer Neuverteilung von Grund und Boden auf der Basis des Ausbaus des Erbpachtssystems angesprochen fühlten. Die auf eine Massenbasis gestützte sozialistische Ideologie hatte in Finnland einen raschen Durchbruch erzielt und aus der SDP eine der verhältnismäßig stärksten sozialdemokratischen Parteien der Welt gemacht.

Obwohl die SDP im Sinne der Beschlüsse der Zweiten Internationale von 1900 und 1904 und der auf dem Dresdener Parteitag der SPD 1903 verabschiedeten Position eine Kooperation mit der ein-

heimischen Bourgeoisie prinzipiell ausschloß, bedingten die tagespolitischen Anforderungen der Arbeit im Landtag, daß sich innerhalb der Landtagsfraktion sehr bald eine Gruppe herausbildete, die ihren politischen Schwerpunkt ganz bewußt in der parlamentarischen Arbeit sah und zu einer bedingten Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften bereit war. Allerdings erlangten nur wenige Reformvorschläge der SDP Gesetzeskraft. Der in sozialen Fragen konservativ orientierte Senat und der Zar stemmten sich gegen alle weitergehenden sozial- und gesellschaftspolitischen Erneuerungen.

Die von Nikolaus II. und seinem konservativen Ministerpräsidenten, P. A. Stoypin, erneuerten Repressionsversuche nahmen zu, der finnische Landtag wurde ein ums andere Mal aufgelöst, und die Bestätigung der wenigen von ihm beschlossenen Gesetze durch den Zaren blieb aus. Jegliche soziale und gesellschaftliche Reformarbeit kam zum Stillstand.

Die Fruchtlosigkeit der parlamentarischen Arbeit und der Umstand, daß sich auch finnische Stellen willig in den Dienst der Zarenmacht stellten, entzogen dem Entstehen einer revisionistischen Ideologie mit Massenbasis den politischen Nährboden. Die Voraussetzung hierfür hätte in einer effektiven Partizipation der Arbeiterbewegung an der politischen Macht auf allen gesellschaftlichen Ebenen bestanden. Dies war in Schweden der Fall, wo die Sozialdemokraten im „Riksdag“ eng mit dem liberalen Bürgertum zusammenarbeiteten und der Revisionismus – wenngleich nicht widerspruchsfrei – mehr und mehr zum ideologischen Leitfaden der dortigen Sozialdemokratie wurde. Bernsteins 1899 erschienenes Werk „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ wurde erst 1910 ins Finnische übersetzt und war – wie der theoretische Revisionismus überhaupt – in der SDP nur wenigen bekannt.

Vor dem Hintergrund der politischen und institutionellen Verhältnisse in Finnland gingen im Selbstverständnis der SDP nationaler Kampf – die Abschüttelung der Zarenherrschaft – und soziale Revolution – das Ringen um vollständige gesellschaftliche, soziale und ökonomische Emanzipation – eine Synthese ein.

IV. Vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zur Februarrevolution

Handelsblockade, Lebensmittelrationierung und die Unterstellung Finnlands unter die russische Militärverwaltung ließen auch Finnland spüren, daß Krieg herrschte. Im Ausbruch des Krieges sah man

eine zwangsläufige Konsequenz des Kampfes der kapitalistischen und imperialistischen Staaten um die Vorherrschaft auf dem Kontinent, um neue Märkte und Einflußsphären. Im Gegensatz zu den Bürgerlichen, die sich in Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Zarenreich geradezu überboten – versprach doch die Umstellung der russischen Wirtschaft auf Kriegsproduktion auch der finnischen Industrie ein lukratives Geschäft – vermied die SDP eine eindeutige Festlegung zugunsten oder zuungunsten einer der kriegführenden Mächte. Trotz der eingeschränkten Wirkungsmöglichkeiten (Verbot von Streiks, Maifeiern und Demonstrationen jeder Art) konzentrierte sie sich mit ganzer Kraft auf die Vorbereitung der Wahlen im Juli 1916, in denen sie 103 Sitze und damit die absolute Mehrheit erringen konnte.

Doch erst die Machtübernahme der Provisorischen Regierung unter Fürst G. E. Lwow, die nach dem Ausbruch der Februarrevolution in Rußland und dem Sturz des Zaren hauptsächlich aus liberalen Elementen am 2./15. 3. 1917 gebildet wurde, weckte bei der SDP die Hoffnung, die 1916 errungene Parlamentsmehrheit politisch fruchtbar machen zu können. Die erklärte Absicht der Provisorischen Regierung, die gesetzeslosen Eingriffe des Zaren in die finnische Autonomie zu beseitigen und alle entsprechenden Verordnungen und Anweisungen aufzuheben, bestärkte die SDP in ihrer Hoffnung.

Nach langem Tauschen formierte sich ein sozialistisch-bürgerlicher Senat unter der Leitung des Vorsitzenden des Dachverbandes der finnischen Gewerkschaften (SAJ), Oskari Tokoi. Gegen eine sozialdemokratische Alleinregierung sprach vor allem, daß durch eine Verweigerungsstrategie des bürgerlich dominierten Beamtenapparates bzw. die Oberhoheit der Provisorischen Regierung, die sich in Fortsetzung der zaristischen Tradition auch als Trägerin der höchsten Gewalt in Finnland ansah, jedes potentielle Reformvorhaben zu Fall gebracht werden konnte, was der SDP als alleiniger Regierungspartei schweren politischen Schaden zufügen konnte.

Die Gegensätze zwischen dem bürgerlichen und sozialistischen Block erwiesen sich jedoch bald als unüberbrückbar. Während sich die Bürgerlichen mit der Wiederherstellung der Autonomie und einem neuen Grundgesetz in ihrer Mehrzahl begnügen wollten, verlangte die SDP eine strukturelle Landtagsreform und tiefgreifende politische, gesellschaftliche und soziale Reformen.

Die Provisorische Regierung schlug sich auf die Seite der Bürgerlichen und ließ keinen Zweifel an ih-

rer Entschlossenheit, die Frage der endgültigen rechtlichen Regelung der Beziehungen zwischen Rußland und Finnland der Entscheidung einer später einzuberufenden russischen Nationalversammlung vorzubehalten.

Im Laufe des Frühjahr 1917 wurde deutlich, daß die Sozialdemokratie die einzige relevante politische Kraft mit Massenbasis verkörperte, die das Ringen um nationale Unabhängigkeit auch gegen die Opposition der Provisorischen Regierung forcieren wollte.

V. Lenins Nationalitätenpolitik als Transmissionsriemen der Annäherung zwischen SPD und SDAPR(B)

Auch der Einzug von Vertretern des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates in die Regierung Lwow, die am 5./18. 5. 1917 neugebildet wurde, bewirkte keine Änderung in der Haltung der Provisorischen Regierung zur finnischen Frage. Menschewiki und Sozialrevolutionäre schlossen sich der Position der liberalen Kadetten an und ließen dem Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Taten folgen. Nur Lenin, der nach seiner Rückkehr aus dem Schweizer Exil im April 1917 in den „Aprilthesen“ mit der Forderung „Alle Macht den Sowjets!“ der Provisorischen Regierung den Kampf angesagt hatte, war bereit, den gesellschaftlich entwickelten Nationen Rußlands das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur völligen Lösung von Rußland einzuräumen. Von der Verwirklichung der nationalen Selbstbestimmung der Völker erhoffte sich Lenin die Bestellung des Bodens, auf dem der erfolgreiche Kampf um die soziale Revolution, die Errichtung der Sowjetmacht, aufgenommen werden konnte. In diesem Sinne stellte die Leninsche Nationalitätenpolitik keinen Selbstzweck dar, sondern verstand sich als ein Baustein innerhalb der revolutionären Strategie der Bolschewiki zur Erringung der politischen Macht.

Auf der VII. Konferenz der SDAPR (B) proklamierte Stalin im April 1917 das Recht des finnischen Volkes auf Loslösung von Rußland. Hierin lag die Grundlage für die Annäherung zwischen der SDP, die in ihrer ideologischen Tradition den Menschewiki gewiß bei weitem näher stand, und den Bolschewiki. Eine Schlüsselfunktion kam in diesem Prozeß den revolutionären Gremien, Komitees und Ausschüssen des in Finnland stationierten russischen Militärs sowie den Mitgliedern der bolschewistischen Partei zu, die finnischer Nationalität und besonders im Petersburger Parteibezirk recht zahlreich waren.

VI. Revolution, Bürgerkrieg, Spaltung

Die Situation spitzte sich zu, als die Provisorische Regierung auf Anraten konservativer finnischer Politiker am 31. 7. 1917 den Landtag auflöste und die Ausschreibung von Neuwahlen anordnete. Zuvor hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das den Landtag zum Träger der höchsten Gewalt in Finnland erklärte und die vollständige innere Unabhängigkeit intendierte. Für die meisten Konservativen war dies angesichts der absoluten sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit eine völlig abwegige Vorstellung.

Die Erfahrung, daß das einheimische Bürgertum zur Sicherung seiner Interessen sogar dazu bereit war, mit Hilfe ausländischer Machthaber die verfassungsmäßigen Organe des eigenen Landes außer Kraft zu setzen, war traumatisch. Sie erschütterte den letzten Rest an Vertrauen, das in den Massen gegenüber dem parlamentarischen System bestanden haben mochte. Galoppierende Inflation, hohes Preisniveau bei Artikeln des täglichen Bedarfs und Lebensmittelknappheit führten zu einer revolutionären Zuspitzung der Lage, die sich im Spätsommer 1917 in einer Explosion der Streikbewegung entlud, über die die Partei zunehmend die Kontrolle zu verlieren drohte und die besonders auf dem Lande blutig eskalierte.

In der Partei und den Gewerkschaften wurden diejenigen, die sich für eine Machtteilung mit den Bürgerlichen aussprachen, durch die radikalen Kräfte, die sich besonders in den September/Oktobre 1917 neu aufgestellten Ordnungsgarden sammelten, beiseite gedrängt. Trotz innerparteilicher Widersprüche gelangte die Parteiführung zu dem Schluß, daß der Ausbruch der Revolution unvermeidlich sei und es nur die Alternative gebe, entweder konsequent gegen den Geist des Aufbruchs anzukämpfen oder sich an die Spitze der revolutionären Bewegung zu stellen, um die Kontrolle über den Gang der Entwicklung nicht zu verlieren. Die Eroberung der politischen Macht in Rußland durch die Bolschewiki ließ auch in Finnland die revolutionäre Euphorie auf einen Höhepunkt emporschnellen. Die Proklamation des Generalstreiks und eines „Wir fordern“-Programms war gleichzeitig eine letzte Warnung an die Adresse der Bürgerlichen und doch schon ein Zwischenschritt zur Revolution.

Die Tragik der Ereignisse im Herbst 1917 lag darin, daß die früher nur theoretisch debattierte Frage der Machtübernahme plötzlich virulent geworden war und die kautskyanische SDP überforderte. Die besonderen Bedingungen des finnischen

Unabhängigkeitskampfes und die räumliche Nähe zu den revolutionären Ereignissen in Rußland hatten ein Klima geschaffen, in dem sich die Massen selbst anschickten, zum bestimmenden politischen Faktor zu werden und die Partei, wenn sie sich nicht an die Spitze der Massen stellte, auf den „Müllhaufen der Geschichte“ zu werfen drohte.

In dieser Situation sah die SDP im Januar 1918 keine andere Möglichkeit als die Empfehlung Stalins vom außerordentlichen SDP-Parteitag im November 1917, „die Taktik Dantons: Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit“, aufzugreifen und den Weg der bewaffneten Revolution zu beschreiten. Gleichwohl waren ihre Motive völlig andere als die der russischen Bolschewiki. Der SDP schwebte keineswegs die dauerhafte Errichtung einer Diktatur nach bolschewistischem Muster vor, sondern vielmehr die zeitlich befristete Installierung der Arbeitermacht, die nach der Verwirklichung bestimmter Forderungen (Demokratisierung des Gerichtswesens, Vergesellschaftung von Grund und Boden sowie des Banksektors, Erhöhung des staatlichen Anteils im Produktionsbereich) einer demokratisch zusammengesetzten Nationalversammlung weichen sollte.

Als sich Ende Januar 1918 in Helsinki die revolutionäre Volksratregierung konstituierte, war ihr Ziel nicht die Etablierung einer permanenten Arbeiterregierung oder gar einer Parteidiktatur, sondern die langfristige Sicherung demokratischer Entwicklungsperspektiven. Die Er kämpfung des Sozialismus war eine Option für die Zukunft. Die Anerkennung der staatlichen Unabhängigkeit Finnlands durch die Sowjetregierung am 31. 12. 1917 war eines der wenigen politischen Ziele, an dessen Realisierung die SDP maßgeblichen Anteil hatte und das die revolutionäre Periode der Jahre 1917/18 langfristig überdauerte.

Die bewaffnete Erhebung des finnischen Proletariats wurde nach drei Monaten Ende April/Anfang Mai 1918 mit Hilfe eines ins Land gerufenen deutschen Expeditionskorps niedergeschlagen. Bei den drei Monaten währenden blutigen Kämpfen handelte es sich nicht um eine begrenzte Rebellion oder lokale Aufstandsbewegung, sondern um einen voll entfalteten Bürgerkrieg, in dem sich die finnische Arbeiterschaft nahezu geschlossen – wenn auch mit unterschiedlichen Motiven und Gefühlen – auf die Seite der „Roten Garde“ geschlagen hatte. Nur eine kleine Minderheit der organisierten Arbeiterbewegung verhielt sich während des gesamten Bürgerkrieges völlig passiv. In den Augen vieler die Gewalt als ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ablehnender So-

zialdemokraten war der Griff zu den Waffen die einzige Möglichkeit, der um sich greifenden Anarchie Herr zu werden.

Nicht erst der Bürgerkrieg spaltete die Nation, sondern sein Ausbruch war Ausdruck einer bereits lange existenten Spaltung der Nation. Die SDP hatte den Weg der Revolution nicht als leninisierte oder bolschewisierte Kaderpartei beschritten, sondern als sozialdemokratische Massenpartei alten Typs. Erst gegen Ende des Bürgerkrieges näherten sich Teile der finnischen Arbeiterbewegung ideologisch dem Leninismus. Diese Teile, zu denen fast die gesamte Führungselite der alten Arbeiterpartei gehörte, gründeten im August 1918 im sowjetischen Exil die Kommunistische Partei Finnlands (SKP). SDP und SKP standen seitdem und stehen bis in die Gegenwart hinein in einem erbitterten Konkurrenzverhältnis in ihrem Kampf um die Gunst der Mehrheit der finnischen Arbeiterschaft.

Christian Zänker Die endgültige Spaltung der finnischen Kommunisten

Christian Zänker, Jahrgang 1957, studierte Politische Wissenschaft an der Universität München und promoviert zur Zeit.

In diesem Frühsommer ist nunmehr endgültig der Bruch der Kommunistischen Partei Finnlands besiegelt worden. Nach zwei Jahrzehnten interner Machtkämpfe zwischen der reformerisch-zentristischen Parteimehrheit und der konservativ-orthodoxen Minderheit ist der Punkt erreicht, wo zwei kommunistische Parteiorganisationen nebeneinander bestehen und auf getrennten Wahllisten in die Wahlen im nächsten Frühjahr gehen werden. Hierbei ist jedoch nicht allein von Bedeutung, daß sich die Auflösungserscheinungen im europäischen Kommunismus fortsetzen, sondern auch, daß dieser Zerfallsprozeß sich sogar vor der Haustür der KPdSU und darüber hinaus in einem Land ereignen konnte, das seit zwei Jahrhunderten im russischen Einflußbereich liegt. Gerade dieser Umstand ließ es interessant erscheinen, die Entwicklung der finnischen

Kommunisten nachzuzeichnen, die in der westdeutschen Öffentlichkeit nahezu unbeachtet geblieben war.

Die finnischen Kommunisten zeichnete von Anfang an ein besonderes Verhältnis zur Sowjetunion aus. Dies nicht nur, weil Finnland über hundert Jahre zum russischen Reich gehört hatte und erst nach der Oktoberrevolution am 31. 12. 1917 wieder unabhängig geworden war, sondern vielmehr, weil die Finnische Kommunistische Partei (Suomen kommunistinen puolue – SKP) am 29. 8. 1918 auf Verlangen Lenins in Moskau gegründet worden war. Ihr Begründer Otto Kuusinen wurde zu einem der einflussreichsten Kominternfunktionäre und zu einem Vertrauten sowohl Lenins als auch Stalins. Nachdem die Partei die meiste Zeit in der Illegalität verbracht hatte, wurde sie nach dem finnisch-sowjetischen Waffenstillstand vom September 1944 zur legalen Kraft, die sich – eine weitere Besonderheit der finnischen Kommunisten – am 29. Oktober mit den von der Sozialdemokratie abgespaltenen linken Sozialisten zur Finnischen Demokratischen Volksliga (Suomen kansan demokraattinen liitto – SKDL) zusammenschlossen. Obwohl die finnischen Kommunisten sich über diese Volksliga dem Wähler stellen und die SKDL auch klar dominieren, haben sie ihre eigene Parteistruktur beibehalten.

Die Erosion der Einheit

Den Ursprung der Auseinandersetzung zwischen Reformern und Dogmatikern unter den finnischen Kommunisten kann man im Jahre 1965 ausmachen. Damals wurde Ele Alenius Generalsekretär der SKDL und forderte in einer programmatischen Rede das friedliche Herangehen an einen Mehrparteiensozialismus, eine eigene pragmatische Linie für die SKDL und die Beteiligung an einer von Sozialdemokraten geführten Linksinregierung. Dieser Ansatz zu einer eigenständigen Auseinandersetzung und Ausformulierung politischer Interessen und Ziele stand im europäischen Rahmen nicht allein, man denke an das Yalta-Memorandum Palmiro Togliattis von 1964.

Das Ziel der Regierungsbeteiligung wurde 1966 erreicht. Unter dem Sozialdemokraten Rafael Paasio erhielt die SKDL drei Ministerposten. In der Folgezeit wurde jedoch der Widerstand der orthodox-konservativen Kräfte immer offenkundiger. SKP-Organisationen begannen Weisungen der Parteiführung zu ignorieren und regelrechte Kampagnen gegen die Reformer zu führen. Der Dissens wurde bei der militärischen Niederschlagung des „Prager

Frühlings“ sichtbar. Während die Mehrheit ihr „Unverständnis“ ausdrückte, verteidigten die Orthodoxen die Intervention.

Auf dem 15. Parteitag kam es schließlich zum Eklat. Der Tatsache, daß der Kongreß eine klare Mehrheit für den Reformflügel gezeigt hatte, begegnete der orthodoxe Flügel, der immer noch für sich in Anspruch nahm, die Mehrheit der Kommunisten zu repräsentieren, dadurch, daß sie ihre Forderungen ultimativ an die Mehrheit stellten und schließlich ganz auszogen, um „ihren“ Parteitag separat fortzusetzen. Während nun die Mehrheit Maßnahmen gegen die „organisierte Clique“ forderte, diskutierte die Minderheit unter Politbüromitglied Sinisalo die Möglichkeit einer Parteineugründung und schuf sich einen eigenen Apparat um die Tageszeitung „Tiedonataja“.

Aber weder die eine noch die andere Fraktion konnte sich mit ihren Bestrebungen gegen Moskau durchsetzen, das die Einheit der Partei anmahnte. Auf Druck Moskaus einigte man sich schließlich darauf, ein Komitee zur Aushandlung eines Kompromisses zu gründen. Die Parteiführung wurde proportional aufgeteilt: die Minderheit erhielt von nun an immer 15 der 35 Sitze im ZK und 6 von 16 Politbürositzen. Außerdem stellten sie den stellvertretenden Parteivorsitzenden. Im Gegenzug tolerierte die Minderheit nunmehr die Regierungsbeteiligung der SKP – ihre Parallelorganisationen blieben unangetastet. Dieser Burgfrieden sollte 10 Jahre währen.

Bruderkrieg bis zum Zerfall

Durch die Stimmeneinbußen bei den Wahlen Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre gerieten die Fronten jedoch wieder in Bewegung. Die Konflikte, die jahrelang unter der Oberfläche geschwelt hatten, drängten zum Ausbruch. Nachdem auf dem 19. Parteitag im Mai 1981 die offene Konfrontation gerade noch einmal aufgefangen werden konnte, wurden im Oktober erstmals vier Abgeordnete der Minderheit wegen mangelnder Fraktionsdisziplin für eine Woche „beurlaubt“. Im November wurde schließlich die elfköpfige Gruppe der Orthodoxen aus der Fraktion verbannt und bis zu den Wahlen im Frühjahr 1983 von der weiteren Mitarbeit in der volksdemokratischen Reichstagsgruppe ausgeschlossen. Grund hierfür war das wiederholte und diesmal sehr publikumswirksame Opponieren der Minderheit gegen den Staatshaushalt (und die darin vorgesehenen Einsparungen) der Regierungskoalition, für den sich die Mehrheit, die die Koalition stützte, ausgesprochen hatte, und darüber hin-

aus die publikumswirksame und für die innerparteiliche Auseinandersetzung günstige Forderung nach der zusätzlichen Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms.

In diesem Konflikt spiegeln sich aber auch die grundlegenden Unterschiede in den Positionen der Reformen und der Orthodoxen wider. Während der Mehrheitsflügel versucht, durch einen pragmatischen Reformkurs in einer Koalition der vereinten Linken und durch die Öffnung der Partei neue Wähler für sich zu gewinnen, verharren die Kräfte des orthodoxen Minderheitsflügels dogmatisch auf den alten Wahrheiten. Im Gegensatz zu den Reformern, die von den „grundlegenden marxistischen Ideen“ ausgehen, halten sie nach wie vor den Kanon des Marxismus-Leninismus hoch, verteidigen kritiklos den real existierenden Sozialismus und sehen sich selbst als die Avantgarde, die dazu ausersehen ist, nach dem geschichtlich vorgezeichneten Fall des Kapitalismus in Finnland die Führung und Herrschaft zu übernehmen. Aus diesem Grunde lehnen sie die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, die auf Kompromissen, d. h. dem Abtrüben von den eigenen Prinzipien beruht, als Sozialdemokratismus, Sozialreformismus oder nationale Rechtsabweichung ab, sehen in ihnen die Gefahr, von der Bourgeoisie in das kapitalistische System eingebunden zu werden.

Demgegenüber strebt der reformistische Flügel einen Mehrparteien-Sozialismus mit einer Mischwirtschaft an, obwohl die Ausgestaltung dieses Programms, wohl auf Grund der internen Auseinandersetzung, bis heute auf sich warten ließ. Anlehnungen an „eurokommunistische“ Positionen – sie selber lehnen diesen Ausdruck ab und sprechen lieber vom finnischen Weg – lassen sich jedoch im Anfang 1986 vorgelegten neuen Programmtext finden. In ihm kommen Begriffe wie Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats oder demokratischer Zentralismus nicht mehr vor. Statt dessen spricht man sich für einen „finnischen Kompromiß“, d. h. die Zusammenarbeit der Kommunisten mit den Sozialdemokraten und neuen sozialen und ökologischen Bewegungen aus.

Zunehmende Verwicklung der KPdSU

Die Unvereinbarkeit dieser Positionen und die mit immer größerer Kompromißlosigkeit ausgetragenen Machtkämpfe sollten in der Folgezeit zum endgültigen Auseinanderbrechen und zum Niedergang der finnischen kommunistischen Partei führen. Auf Intervention Moskaus wurde zwar der Aus-

schluß der elf Minderheitsabgeordneten aus der Fraktion wieder rückgängig gemacht, aber die zunehmende Verwicklung der KPdSU in die innerparteiliche Auseinandersetzung führte auch zu einer zusätzlichen Verhärtung der Positionen.

Darüber hinaus ergriff Moskau von nun an gezielt Partei für den orthodoxen Flügel. Vor dem für Mai 1982 anberaumten außerordentlichen Parteitag der SKP wurde extra noch einmal eine „gemischte“ Parteidelegation in die Sowjetunion zitiert, wo ihr ein Schreiben des Politbüros der KPdSU über die extremen Schwierigkeiten der finnischen Partei verlesen wurde. In diesem „Brief“ wurden nicht nur die Verteidiger des Marxismus-Leninismus in Schutz genommen und Vertreter des Mehrheitsflügels offen „antisowjetischer Äußerungen“ beschuldigt, dieser Wink mit dem Zaunpfahl wurde von den Führern des orthodoxen Flügels auch gleich aufgenommen und in schriftlicher Form an die Delegierten verteilt.

Dieser außerordentliche Parteitag, zu dem erstmals in der Geschichte keine Gastdelegationen mehr eingeladen worden waren, scheiterte trotz oder gerade wegen der sowjetischen Intervention bei dem Bemühen, die Fassade aufrechtzuerhalten. Der scheidende Vorsitzende Saarinen, er hatte seinen Rücktritt schon im März angekündigt (um Sinisalo unter Rücktrittszwang zu setzen?), nutzte seine Abschiedsrede zu deutlichen Forderungen an die Adresse Moskaus, wie der nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Parteien. Er betonte, daß es in der SKP keinen Anti-Sowjetismus geben könne, solange beiderseits die Prinzipien und Normen der gegenseitigen Unabhängigkeit und Nichteinmischung gewahrt würden. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien könnten immer in vertrauensvoller Diskussion gelöst werden. Die Ähnlichkeiten zu den Positionen des SKP-Generalsekretärs Arvo Aalto waren in seiner Rede unübersehbar, der schon im Februar von der Notwendigkeit einer neuen SKP gesprochen hatte, die mehr als bisher an die Geschichte Finnlands anknüpfen und ihren eigenen finnischen Weg gehen müsse.

Verschärfung der Auseinandersetzungen

Wider Erwarten wurde aber nicht Aalto zu Saari-nens Nachfolger gewählt, sondern mit dem gemäßigten Juoko Kajanoja ein auf Ausgleich zwischen den beiden Flügeln gerichteter Kompromißkandidat. Für Sinisalo, der ebenso wie Saarinen nicht mehr kandidiert hatte, wurde mit Toivainen ebenfalls ein Mann des orthodoxen Flügels zum stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt. Die Tatsache jedoch,

daß die Mehrheitsdelegierten weder Sinisalo noch den Chefredakteur des Minderheitsorgans „Tiedonataja“, Jokinen, in die neue Führung wählten, war für die Dogmatiker Grund genug, sich der Zusammenarbeit in der Parteiführung zu verweigern. Wieder einmal war es jedoch die KPdSU, die durch Druck auf beide Parteiflügel dafür sorgte, daß der Zusammenhalt zumindest formal gewahrt blieb.

Die nächste Erschütterung für die SKP ließ indes nicht lange auf sich warten. Bei den Reichstagswahlen im März 1983 erlebte die Partei einen Einbruch bei den Wählerstimmen von 17,9 % auf 14 %. Dabei hatte man zwei Monate zuvor gemeint, einen klugen Schachzug zu machen, indem man das Verteidigungsbudget zum Anlaß genommen hatte, sich aus der Koalitionsregierung zurückzuziehen, um so die Wahl aus der Opposition heraus bestreiten zu können. Noch schmerzlicher für die Partei war jedoch, daß ihr Vorsitzender es nicht schaffte, ein Parlamentsmandat zu erringen. Dafür hatte jedoch in Lappland ein Vertreter der strengen Dogmatiker, der gegen die Parteiliste kandidiert hatte und deshalb ausgeschlossen worden war, ein Parlamentsmandat gewonnen. Als die Vertreter der Minderheit sodann gezielt die Aufnahme dieses „Dissidenten“ in die Reichstagsfraktion verlangten, wurden auch sie von der weiteren Mitarbeit in der Fraktion ausgeschlossen.

Diesen Ausschluß der Minderheit muß man auch im Zusammenhang mit dem steigenden Einfluß der Linkssozialisten sehen, die 4 der 27 Mandate auf sich vereinigen. Diese hatten sich im Dezember 1982 eine eigene Zentralorganisation innerhalb der SKDL geschaffen und seitdem wiederholt vom Reformflügel der Kommunisten verlangt, sich dem Druck der orthodoxen Minderheit zu widersetzen. Die Sozialisten verlangten nunmehr von den Kommunisten, daß sie ihre Streitigkeiten aus der Welt schaffen sollten – am besten durch Trennung.

Diese Trennung war von einigen Beobachtern denn auch vom 20. Parteitag, der im Mai 1984 stattfand, erwartet worden. Der Parteitag bewies aber einmal mehr, was sich durch die getrennten Maifeiern schon angedeutet hatte, daß nämlich aufgrund der innerparteilichen Organisationsstruktur – die Orthodoxen kontrollieren 8 der 17 Parteidistrikte – der Minderheitsflügel auf den Parteitag nach wie vor knapp die Hälfte der Delegierten auf sich zu vereinigen vermag. Andererseits waren nun aber auch die Zeichen unübersehbar, daß der Mehrheitsflügel unter Aalto zur kompromißlosen Auseinandersetzung entschlossen war. Gegen den erklärten Willen

Moskaus, das wieder einmal für die orthodoxe Minderheit Partei ergriffen hatte, riß die Mehrheit diesmal die Kontrolle an sich. So wurde bei der Wahl zum ZK der Minderheitsflügel gnadenlos überstimmt, worauf der Parteivorsitzende Kajanoja seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärte. Arvo Aalto wurde zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Auf dem Weg in die endgültige Spaltung

Unter der neuen Parteiführung ging die Mehrheit nunmehr kompromißlos gegen die Minderheit vor. Angehörige der Minderheit wurden von wichtigen Parteiposten entfernt. Darüber hinaus griff man die Machtbasis der Minderheit gezielt an und richtete in den von der Minderheit beherrschten Parteidistrikten Parallelorganisationen ein, die später berechtigt werden sollten, zu dem von der Minderheit für 1985 geforderten außerordentlichen Parteitag Abgesandte zu entsenden, um so das Verhältnis immer mehr zu Gunsten der Mehrheit auszurichten. Auch Interventionen Moskaus vermochten die Mehrheit nicht mehr zum Einlenken zu bewegen. Noch im Oktober verlas Romanow der SKP-Führung einen neuen Brief der KPdSU, in dem betont wurde, daß eine Spaltung der Partei die Probleme nicht lösen könne und deshalb niemals zugelassen werden dürfe. Später, bei der Beerdigung Konstantin Tschernienkos, sollte Aalto ein regelrechter Nichtempfang bereitet werden. Die „Prawda“, bekannt für bedeutsame Gesten, zeigte sein Bild neben dem von Gerardo Iglesias, der seit Ende 1983 in Spanien mit einer orthodoxen Konkurrenzpartei leben muß.

Der nächste Schlag ereilte die SKP bei den Kommunalwahlen im November 1984, zu denen beide Fraktionen zum Teil schon mit getrennten Listen angetreten waren. Die Mehrheitskommunisten verloren noch einmal 3 % und errangen nur noch 13 % der Wählerstimmen. Die Minderheit erlebte mit 0,7 % ein Desaster.

Dieses Wahldebakel dürfte der Minderheit wohl auch die Lust am außerordentlichen Parteitag, der ursprünglich von ihnen gefordert worden war, genommen haben – ihre Delegierten erschienen erst gar nicht. Dies machte es der Mehrheit leicht, zwei entscheidende Satzungsänderungen durchzusetzen: zum einen kann in der Zukunft nur noch das ZK Parteibezirke und Distrikte ausschließen, zum anderen bedarf es künftig mehr als eines Drittels der Parteidistrikte, um einen Sonderparteitag einzuberufen.

Der Weg, den die Mehrheitsfraktion zur Lösung der Parteikrise zu gehen gedachte, war nunmehr ein-

deutig. Bis zur nächsten Wahl verblieben zwei Jahre, von denen, wie Aalto sagte, eineinhalb zur Vorbereitung benötigt würden. Dies bedeutete, daß der Minderheit nur noch sechs Monate Zeit gegeben wurden, sich in die Parteilinie einzugliedern oder ausgeschlossen zu werden. Aaltos neuer Generalsekretär Vainionpaa sprach offen aus, wie der zukünftige Kurs verlaufen sollte: „Nach dem Herbst wird die innere Logik diktieren, daß sich die Minderheitselemente selber aus der kommunistischen Partei, der Finnischen Demokratischen Volksliga und den Wählern herausdrängen.“

Diese kompromißlose Linie der Mehrheitskommunisten wurde Ende Mai auf dem SKDL-Kongreß noch einmal unterstrichen: die Vertreter des Minderheitsflügels wurden nahezu vollständig von allen Positionen verdrängt. Auch die wiederholten Einflußnahmen Moskaus, die bis zu der Androhung gingen, daß der Ausschuß der Minderheit zu irreparablen Schäden für die Freundschaft zwischen den beiden Parteien und (!) Ländern führen würde, vermochten es jedoch nicht mehr, die Mehrheitskommunisten davon abzubringen, die Minderheit in die Knie zwingen zu wollen. Den acht von ihnen kontrollierten Distriktorganisationen wurde das Ultimatum gestellt, bis zum 7. Oktober rivalisierende Aktivitäten einschließlich der Publikation der Zeitung „Tiedonataja“ einzustellen. Dieses Ultimatum wäre auch bei größter Kompromißbereitschaft für die Orthodoxen unannehmbar gewesen.

So kam es auch am 14. Oktober 1985 zum unausweichlichen Parteiausschuß der acht von der Minderheit kontrollierten Parteidistriktorganisationen, jedoch nicht von deren Mitgliedern. Mit dieser Entscheidung sollte versucht werden, sich intern wie auch vor dem großen Nachbarn als frei von Schuld darzustellen. Die alten Distriktorganisationen gehörten nicht mehr zur Partei, und neue Organisationen waren seit einem Jahr aufgebaut worden. Es lag nun an den Parteimitgliedern, sich diesen neuen Parteiorganisationen anzuschließen. Taten sie es nicht und zahlten auch nicht mehr ihre Mitgliedsbeiträge, so galten sie automatisch als ausgeschlossen. Auf diese Art meinte man rein formell und in aller Ruhe das Terrain bereinigen zu können.

Die Spaltung schafft Probleme im Verhältnis zur UdSSR

Auf diesen indirekten Ausschuß reagierte der dogmatische Flügel mit einer abwartenden Zurückhaltung. Zum einen nahm man den Ausschuß als solchen nicht zur Kenntnis, da man doch selber die

wahren Kommunisten repräsentiere, zum anderen wurde die Entscheidung über die Gründung einer eigenen Partei davon abhängig gemacht, ob die Minderheitskandidaten auf der Wählliste der Volksliga für 1987 Plätze erhalten würden oder nicht. Diese Haltung schien der Einschätzung Moskaus zu entsprechen, das auf dem Treffen in Lahti am 21. 10. nicht nur mit dem Leningrader Parteichef Dumačew, sondern auch durch ihren Botschafter Sobolew vertreten war. So nahm denn auch Moskau in der Folgezeit die Trennung nicht zur Kenntnis, stellte ostentativ die Beziehungen zur orthodoxen Minderheit heraus und warnte immer wieder auf Partei- und (!) Staatsebene (selbst Außenminister Schewardnadse soll in dieser Sache vorstellig geworden sein), daß ein Bruch der Finnischen Kommunistischen Partei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem sowjetischen und finnischen Volk Schaden zufügen würde.

Auch waren von der KPdSU Einladungen zu ihrem 27. Parteitag erst im letzten Moment an die finnischen Kommunisten ergangen, denen man es überließ, eine repräsentative Delegation zu entsenden. Als Aalto dann nur mit zwei Vertretern seines Mehrheitsflügels erschien, der Führer der orthodoxen Minderheit ebenso zu Hause geblieben war, wie der vormalige Parteivorsitzende Kajanoja, wurde die finnische Delegation in Moskau demonstrativ degradiert. Anstatt sie wie früher als eine der ältesten brüderlichen Parteien auf der Ehrentribüne zu platzieren, wurden ihnen Plätze in den hintersten Winkeln des Kongreßsaales zugewiesen, die außerhalb des Blickwinkels der Kameras lagen, und ihre Grußbotschaft mußten sie anstatt von der Parteitagstribüne in einem Moskauer Kino verlesen.

Knapp einen Monat später trafen sich die Funktionäre der orthodoxen Minderheit und nominierten für die Spitze ihrer Organisation ein eigenes Zentralkomitee und ein Politbüro. Im Juli schließlich ließen sie sich als neue Partei unter dem Namen „Demokratische Alternative“ offiziell registrieren.

Die Entscheidung in der internen Auseinandersetzung der finnischen Kommunisten ist somit gefallen. Ob sich durch die Spaltung das Dilemma der KP und mit ihr der SKDL lösen, der kontinuierliche Niedergang aufhalten und der Trend umkehren läßt, ist im höchsten Maße zweifelhaft. Wird die reformistische Mehrheit überhaupt in der Lage sein, sich den neuen Problemfeldern zuzuwenden, gerade auch im Hinblick auf die Gefahr, dadurch Teile ihrer ursprünglichen Hausmacht an die orthodoxe Konkurrenz zu verlieren? Wird sie diesen Wandel für die

Wähler glaubhaft dokumentieren können? Bis heute fehlen der Partei aufgrund der jahrzehntelangen internen Auseinandersetzung jedenfalls die grundlegenden Positionsbestimmungen.

Ein anderes Problem stellt sich in dem Verhältnis zur UdSSR. Moskau hat vor dem irreparablen Schaden für die zwischenparteilichen und zwischenstaatlichen Beziehungen gewarnt. Können die anderen Parteien Finnlands, und hier besteht ein Parteienkonsens im Hinblick auf kooperative und von Belastungen freizuhaltenden Beziehungen zur UdSSR, mit einer Partei zusammenarbeiten, die sich mit der KPdSU überworfen hat?

Moskau indessen scheint weiterhin die Entwicklung abwarten zu wollen. Es hält Kontakte zu beiden Parteien aufrecht, unterstützt aber ostentativ die orthodoxen Kommunisten, und das schwedische Beispiel, wo die KPdSU seit Jahren die von der KP abgespaltenen moskautreuen Kommunisten stützt,

läßt erwarten, daß es dies auch in Finnland tun wird. Darüber hinaus verbinden die UdSSR zu Finnland genügend Sonderbeziehungen, so daß sie um ihres Einflusses willen gegenüber den Reformkommunisten der Parteimehrheit zu Konzessionen bereit sein müßten. Dem Prestige- und Autoritätsverlust der KPdSU durch die Spaltung der Kommunistischen Partei gerade in Finnland, das seit dem 18. Jahrhundert dem russischen Einfluß gegenüber offen war, steht eindeutig der Wille gegenüber, nicht auch noch auf dem Gebiet der ideologischen Dogmen Aufweichungen hinnehmen zu müssen. Auch unter Gorbatschow wird also an den Organisations- und Machtstrukturen des proletarischen Internationalismus nicht gerüttelt. Trotzdem oder gerade deswegen wird der Zerfalls- und Aufsplitterungsprozeß im europäischen Kommunismus weitergehen, der seit dem Ende der siebziger Jahre sich von der iberischen Halbinsel bis hin nach Skandinavien offenbart.

Horst Dichanz Sozialist in Amerika

Prof. Dr. Horst Dichanz, Jahrgang 1937, ist Erziehungswissenschaftler an der Fernuniversität Hagen. Veröffentlichungen: „Medien im Unterrichtsprozeß“, 1974; „Anspruch und Reichweite didaktischer Modelle“, 1981; zusammen mit Podeshi „Krise im amerikanischen Schulwesen“, 1986 sowie Beiträge zur Didaktik, Unterrichtsforschung, Medienpädagogik und zum Bildungswesen in den USA.

Amerikanische Hochschulabsolventen oder Collegestudenten verstehen unter „Sozialismus“ eher ein gesellschaftliches Ereignis oder ein gemüthliches Beisammensein als eine politische Grundrichtung. So jedenfalls beschreibt Rick Kissell, derzeitiger Generalsekretär und Büroleiter der Sozialistischen Partei von Amerika in einem kleinen, mit Akten und Werbematerial vollgestopften Büro in Milwaukee, die Grundeinstellung vieler Amerikaner zum Sozialismus.

Milwaukee, 1,5-Millionen-Stadt im Mittelwesten der USA, am Westufer des Michigansees, ca. 150 km nördlich von Chicago gelegen, ist eine der wenigen größeren amerikanischen Städte mit einer sozialistischen Geschichte. Neben New York City, Chicago und dem Staat Pennsylvania hat es die Entwicklung

des amerikanischen Sozialismus entscheidend beeinflusst. Seit 1972 ist es Sitz des nationalen Büros der Sozialistischen Partei der USA, kurz SP, das man in der Nähe der deutschstämmigen, vielbesuchten Großmetzgerei Usinger in der 3. Straße findet. Vorsitzender der Sozialistischen Partei ist heute Frank P. Zeidler, ehemaliger Bürgermeister von Milwaukee, heute 74 Jahre alt.

Zeidlers Lebensweg und Politik sind in vieler Beziehung typisch für die verschlungenen, verworrenen Wege des amerikanischen Sozialismus, der heute schwerer auszumachen ist als zu Beginn dieses Jahrhunderts. Als Zeidler, 1912 in Milwaukee geboren, aus böhmisch-preussischer Familie stammend, Ende der zwanziger Jahre mit den Sozialisten Milwaukee in Berührung kam, beeindruckten ihn das Engagement für die ärmere Bevölkerung und die Arbeiter, weniger eine – ohnehin schwach ausgeprägte – Parteiideologie. Die politischen Ideen und Erfahrungen, die deutsche Handwerker und Facharbeiter Ende des vorigen Jahrhunderts als Einwanderer mit nach Milwaukee brachten, haben ihn ebenso geformt wie das Zusammenhalten der Milwaukee-Turner. In ihrem Programm stand nicht nur der Sport, sondern auch die Forderung „wirklicher Freiheit, des Wohlstandes und der Erziehung der Menschen aller Klassen“.

In der politischen Diskussion spielten Ideen der französischen und englischen Sozialisten sowie des deutschen Arbeiterführers Lassalle eine größere

Rolle als die politische Philosophie von Marx und Engels. Für Zeidler selbst wie für viele Amerikaner – bis heute – ist der Marxsche Sozialismus immer zu „antikapitalistisch“ gewesen. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Entwicklung einer sozialistischen Partei waren seit den Anfängen der Partei in der 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts Verbindungen zu den Unions, den amerikanischen Gewerkschaften.

Die stärker links orientierte Socialist Labor Party hatte in den 90er Jahren durch eine halsstarrige Politik viele Anhänger an die 1897 gegründete Social Party of America verloren. In ihr trafen sich der Österreich-Ungar Victor Berger und der Eisenbahngewerkschafter Eugene V. Debs, die für die Zeit bis 1910 die Politik der Social Democratic Party entscheidend prägten. Der deutsche Einfluß während dieser Zeit war so groß, daß nach Zeidlers Worten Parteiversammlungen in deutscher Sprache abgehalten wurden – bis zum Ausbruch des 1. Weltkriegs.

Von Beginn an konnten sich die Sozialisten auf eine gute Pressearbeit verlassen. Bereits seit 1892 gab Victor Berger die sozialistische Tageszeitung „Milwaukee Vorwärts“ heraus. 1899 konnten die amerikanischen Sozialisten mit Debs ihren ersten Präsidentschaftskandidaten nominieren, der allerdings mit ebenso geringen Chancen in den Wahlkampf zog wie 1976 Frank P. Zeidler. 1910 gelang es den Sozialisten, mit Emil Seidel, einem Pennsylvanier deutscher Abstammung, in Milwaukee den ersten Bürgermeister in einer größeren Stadt der USA durchzusetzen. Damit wurde eine erfolgreiche Phase sozialistischer Kommunalpolitik eingeleitet, in deren Verlauf zeitweise mehr als 70 Bürgermeister sozialistischer Prägung im Amt waren.

Einer ihrer erfolgreichsten war Daniel W. Hoan in Milwaukee, im Amt von 1916–1940. Er begann eine Phase sozialistischer Kommunalpolitik, die Milwaukee zeitweise zu einem „Modell für Amerika“ machte: neben der Bekämpfung der Armut, der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse in der Stadt, der Sicherung gerechter und gesundheitlich unschädlicher Arbeitsbedingungen, der Einrichtung öffentlicher Bäder und dem Aufbau eines Nahverkehrssystems war es vor allem ein kompromißloser Kampf gegen die Korruption, der den Sozialisten in Milwaukee großes Ansehen brachte: „Die Sozialisten haben einen Geist der Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit in das Stadtparlament gebracht, der dringend notwendig war und diesem Gremium zu besserem öffentlichen Ansehen verholfen hat“ (Milwaukee Free Press, 5. 3. 1906).

Es war eher der pragmatische Charakter dieser Politik als ihre Ideologie, der sie populär und erfolgreich machte, für stärker links orientierte sozialistische Gruppen aber auch verdächtiger. Schimpfworte wie „Sewer Socialists“ oder „Slowcialisten“ wurden zum Synonym für den Milwaukee-Sozialismus, der sich dadurch aber nicht irremachen ließ. Im Gegenteil: Nach dem überzeugenden Wahlsieg von Hoan im Jahre 1916 ging die Socialist Party of America mit dem Wahlslogan „Milwaukee leads the Nation“ in den Wahlkampf und warb für das „Modell Milwaukee“, mit dem Hoan erstmals wirksam der Arbeitslosigkeit, dem Hunger und der Wohnungsnot während der Depression begegnet war. Die sozialistische Kommunalpolitik in den 20er und 30er Jahren war so überzeugend, daß es schwer gefallen sein dürfte, eine andere Großstadt zu finden, „that had anything like the clean, honest and serviceable government as that of Milwaukee.“ (Platform of Socialist Party, 13. 3. 1936). Zeidler, der seinen Vorgänger Hoan als „einen der bedeutendsten Bürgermeister der USA“ beschreibt, konnte nach einem kurzen Interregnum seines parteilosen Bruders Carl Zeidler diesen Weg der Kommunalpolitik weiter ausbauen. Gestützt auf die Milwaukee-Turner, eine von deutschen Einwanderern stark beeinflusste Sportgemeinschaft, die sich aber auch kommunalen Fragen widmete, praktizierte Zeidler in seiner Amtszeit von 1948 bis 1960 eine enge Zusammenarbeit zwischen den Turnern und den Milwaukee Socialists, deren Politik er durch seine Pressearbeit unterstützen konnte. In der Zeitung der Turner, die Zeidler herausgab, veröffentlichte er unter dem Pseudonym Patrick Brummbär regelmäßig Artikel zu wichtigen politischen Tagesfragen, aber auch zu grundsätzlichen politischen Fragen wie der Rassenintegration, Fragen zum Erziehungswesen oder zu den Möglichkeiten eines demokratischen Kapitalismus als Wirtschaftsform. Auch während seiner Amtszeit als Bürgermeister verfaßte er regelmäßig Leitartikel zur Erläuterung seiner Politik, die wegen ihrer Originalität, Unabhängigkeit und der vertretenen sozialen Verantwortung breite Aufmerksamkeit genossen und in gewissem Sinne das theoretische Rückgrat der Milwaukee Socialists darstellten.

Relativ unbeirrt von den zahlreichen Richtungskämpfen einzelner Parteigruppierungen, den Spaltungen und wechselnden Koalitionen mit der American Federation of Labor und einzelnen Gewerkschaftsgruppen oder Linksdemokraten, die nach dem Zweiten Weltkrieg ähnlich wie nach dem Ersten das Erscheinungsbild des amerikanischen Sozialis-

mus trübten, behielt Frank P. Zeidler einen auf die Bedürfnisse der Stadt Milwaukee konzentrierten Kurs bei. Er verstand sich selbst als „utopischen Sozialisten“ und versuchte während seiner Amtszeit Ideen wie gleiches Recht und gleiche Chancen für alle in eine Politik umzusetzen, die sich am Gemeinwohl orientierte und sich ihrer Verantwortung für andere Menschen und für die Umwelt bewußt war. Folgerichtig waren es vor allem die Dienstleistungsbereiche, die während seiner Amtszeit erheblich verbessert wurden: Transportwesen, Energieversorgung, Gesundheitsfürsorge und Schulwesen.

Zeidlers Rückzug aus der Politik hängt mit seinem erfolglosen Einsatz in der Civil-Rights-Bewegung zusammen. Beim Versuch, Schwarze in Milwaukee anzusiedeln und ihnen menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, mußte er erfahren, daß auch sein Einfluß und Ansehen nicht ausreichten, uralte Vorurteile abzubauen. Sein Engagement bei der Rassenintegration brachte ihm den Vorwurf ein, Kommunist zu sein, ein damals wie heute in den USA probates Mittel, um jemanden politisch zu diskriminieren. Dabei war Zeidlers Perspektive der Rassenprobleme alles andere als naiv: „Die Frage ist so komplex und enthält so viele bisher ungeklärte Faktoren, daß sie nur durch eine massive Inangriffnahme unserer Slums gelöst werden kann, durch eine gründliche Überprüfung der Formen unserer Erziehung für alle und durch eine Verbesserung der sozialen Sicherheit, die von einer zusammenarbeitenden Gesellschaft ausgeht.“

Das Problem der Rassenintegration ist heute, 20 Jahre später, durch das gewachsene Selbstbewußtsein der schwarzen, hispanischen und indianischen Bevölkerung in den USA eher schwieriger geworden — trotz einer Reihe inzwischen veränderter oder neuer Gesetze. Es fehlt eine politische Kraft, die die Rassenintegration unabhängig von der jeweiligen Rasse mit gleichem Gewicht vertritt, wie dies die Sozialisten vom Schlage Zeidlers taten. Seit seinem Rücktritt aus der aktiven Politik sind die Sozialisten in Milwaukee, im Staate Wisconsin, in den USA zur Bedeutungslosigkeit geschwunden. In der Sozialistischen Internationale sind die USA durch wechselnde, kaum repräsentative Gruppierungen vertreten. Es ist heute schwierig, die führende sozialisti-

sche Partei in den USA auszumachen, noch schwieriger, eine Übersicht über die vielen sozialdemokratischen, sozialistischen, kommunistischen, trotzkistischen usw. Gruppen zu erhalten. Man kann die Entwicklung sozialistischer Gruppierungen in den USA als die Geschichte dauernder Zersplitterungen, Zusammenschlüsse und erneuter Zersplitterungen beschreiben, die es bisher verhindert hat, daß sich hier eine führende Linie durchsetzen konnte. Seit 1982 existieren die Socialist Party of USA und die neu gebildeten Democratic Socialists of America nebeneinander, ferner noch die Socialist Labor Party und die Socialist Workers Party. Wenig Hoffnung für eine Wiederbelebung sozialistischer Politik? Zeidler sieht das anders: „Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Rassen, ethnischen Minderheiten und Religionsgruppen wird der sozialistischen Bewegung neue Impulse geben. Schon jetzt zeigt sich in verschiedenen Staaten der USA, daß auch die Frauenbewegung sozialistische Gedanken aufgenommen hat. Zur Friedensbewegung bestehen wichtige Kontakte. Eine einigende Kraft ist aber z. Z. nicht zu sehen.“

Zeidler selbst ist bis heute dem Sozialismus auf seine — sehr praktische — Art verbunden geblieben, innerhalb der Partei als Sekretär der SP von Wisconsin und Mitglied des Bundesvorstandes, außerhalb der Partei als Mitglied des Milwaukee County Parliament (Kreistag), als Präsident des Community council, als Herausgeber einer Zeitschrift für den Bereich Milwaukee und als Mitglied zahlreicher Gremien der Lutheran Church of America. Zeitungen und lokales Fernsehen befragten ihn zu aktuellen Problemen der Stadt, Schulen und umliegende Colleges laden ihn zu Vorträgen über die Stadtgeschichte ein, die Abteilung Politikwissenschaft der Universität Milwaukee arbeitet mit ihm zusammen. Er ist ein lebendes Beispiel für gelebten Sozialismus geblieben, bis heute — bis hin zu seinem Wohnort: Statt in einem der „besseren“ Vororte wohnt er in schwarzer Nachbarschaft.

Zum Parteikonvent der Socialist Party of America im September 1983 schrieb E. A. Gargan in der Times: „Die Socialist Party hat schon bessere Zeiten gesehen.“ Frank P. Zeidler hat sie noch erlebt — vor ca. 50 Jahren.

Eine Geschichte der Barbarei

Hans-Ulrich Thamer:

Verführung und Gewalt. Deutschland 1933 – 1945 (Die Deutschen und ihre Nation, Band 5) Siedler Verlag, Berlin 1986, 838 S., DM 98,-

Der Titel, unter dem Hans-Ulrich Thamer seine Geschichte Deutschlands von 1933 bis 1945 zusammenfaßt, signalisiert eine Betrachtungsweise, die für Historiker keineswegs selbstverständlich ist: „Verführung und Gewalt“; damit werden – im Rahmen einer Gesamtanalyse des Nationalsozialismus – zum einen die Strategien politischer Propaganda, zum anderen die Strukturen totalitärer Herrschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Die Anlage des Bandes zeigt zudem, daß der Verfasser „methodenpluralistisch“ vorgeht, was das Buch nicht nur voluminös, sondern „umfassend“ (im besten Sinne des Wortes) werden ließ. Die sozioökonomischen Bedingtheiten des 3. Reiches werden genauso berücksichtigt wie die innen- und außenpolitischen Ereignisse; narrative Elemente stehen neben abstrahierenden Deutungsmustern. In die Chronologie als Leitschiene der Betrachtung sind umfangreiche systemkritische Passagen „eingehängt“.

Es wird nicht nur beschrieben, wie es im 3. Reich zugeht, sondern auch, wie es zum Nationalsozialismus kam und warum er diese ungeheure und ungeheuerliche Resonanz bei der Bevölkerung fand. Die Mediokrität von Adolf Hitler wird herausgearbeitet; zugleich aber wird anschaulich gemacht, wie stark Identifikation zwischen dem Führer und den Geführten sich ausbildete. Auf dem Parteitag 1936 in Nürnberg sagte Adolf Hitler: „Das ist das Wunder unserer Zeit, daß Ihr mich gefunden habt – daß Ihr mich gefunden habt unter so vielen Millionen! Und das ich Euch gefunden habe, das ist

Deutschlands Glück.“ Ein solcher Ausspruch, der ein Fazit der Ideengeschichte der national-sozialistischen Bewegung zu ziehen sowie das Psychogramm der deutschen Bevölkerung (in ihrer überwiegenden Mehrheit) zu charakterisieren vermag, macht freilich Thamers Buchtitel auch fragwürdig: Die Verführung hielt sich in Grenzen; der Nationalsozialismus war mit seiner Weltanschauung Projektionsfläche für eine kollektive Gestimmtheit, die sich, aus vielerlei Quellen gespeist, seit dem 19. Jahrhundert in fataler Weise entwickelt hatte.

Dementsprechend veränderte die Propaganda im Dritten Reich das Bewußtsein nicht zu sehr; sie konnte an bereits vorhandene Vorurteile, Ideologeme und Ideologien anknüpfen, faßte sie zusammen, verstärkte sie und putschte sie hoch. Hitlers Buch „Mein Kampf“ erweist sich als ein Sammelbecken von Strömungen, die aus der epigonalen Romantik und Klassik aufsteigen, sich als „affirmative Kultur“ mit den Mächtigen verbinden und schließlich in der Zerstörung des deutschen Geistes gipfeln. Typologisch siegt der Spieß über den Bürger, der Volksgenosse über den Staatsbürger. Man hat die Meinung vertreten, Bedeutung und Einfluß von Hitlers „Mein Kampf“ dürften nicht zu hoch eingeschätzt werden, da das Buch zwar viel verbreitet war, aber kaum gelesen wurde. Das mag stimmen; doch sollte man daraus eine zunächst paradox klingende Folgerung ziehen: Das Buch war so erfolgreich, weil es überhaupt nicht mehr gelesen werden mußte. Lebensgefühl und Weltanschauung eines Großteils der deutschen Bevölkerung stimmten mit dem überein, was in „Mein Kampf“ dargeboten und propagiert wurde. Der Inhalt des Buches, zudem in Zehntausenden von Broschüren, durch Zeitungen, Zeitschriften sowie Reden unter Volk gebracht, enthielt all das, was des deutschen Spießers Wunderhorn, die Pandorabüchse kleinbürgerlicher Traktätenverfasser, bereit hielt: abgründige Gemeinheiten, breitgetretener Wortquark, in schiefe Metaphern geschlagene Resentiments, endlose Tiraden und rhetorisch aufgeschminkte Platitüden. Hitler besaß die Genialität des Mittel-

mäßigen; seine Durchschnittlichkeit war überdurchschnittlich; so wurde er zum Schicksal eines Volkes, das sich Schritt um Schritt von der Theorie und Praxis der Humanität hatte abbringen lassen.

Thamer verfolgt minutiös die Anfänge des Nationalsozialismus, Adolf Hitlers Weg in die Politik, den Aufstieg der Hitler-Bewegung in Bayern und ihren schließlichen Durchbruch in Deutschland. „Es war kaum die Aussicht auf einen materiellen oder sozialen Vorteil, der zum Beitritt in die junge nationalsozialistische Kampfbewegung motivierte. Auch die Erfahrung einer sozialen Entwurzelung spielte in der Regel nicht die entscheidende Rolle, die man ihr hatte zubilligen wollen. Es war vielmehr die traumatische Erfahrung des Verlustes deutscher nationaler Größe, von Niederlage und Revolution, die zum Bekenntnis zu einer gegenrevolutionären Bewegung wie der NSDAP führte. Ihr verletzter Stolz, der das eigene Engagement im Schützengraben sinnlos zu machen drohte, machte aus unpolitischen Soldaten und Bürgern militante Anhänger einer nationalistischen und antimarxistischen Kampfbewegung. Sie versprach einer durch Krieg und Revolution sozialisierten Generation die aggressive Umsetzung der eigenen Erfahrung in Ideologie und Aktion. Für diese militante Selbstbestätigung und Selbstfindung nahm man die selbstgewählte und gewollte Herauslösung aus der Sozialität bürgerlichen Lebens ins Kauf.“

Für Thamer war der nationalsozialistische Aufstand gegen die Moderne eine Revolution gegen die Revolution. Die nationalsozialistischen Retter und Erlöser erwiesen sich trotz ihrer defensiven und radikal rückwärts gewandten Ziele und Züge als Figuren der Moderne. „Sie waren Kinder der technischen Zivilisation, die konsequenter als viele andere sich der Möglichkeiten und der Faszination von Technik und Massenkommunikation bedienten, sie umgaben sich mit der Aura der Jugendlichkeit und des Stars, sie verkörperten überzeugend die kollektivistisch-militärische Antwort auf die gemeineuropäische Krise des liberal-parlamentarischen Systems. Sie waren

Kinder des demokratischen Zeitalters, allerdings in seiner plebiszitären, anti-liberalen Variante. Durch ihre Fähigkeiten, eine wenn nicht klassenlose, so doch klassenunspezifische Massenbewegung zu mobilisieren und divergierende Ängste, Erwartungen und Hoffnungen zu integrieren, waren sie den etablierten politischen Lagern überlegen und überrannten damit Liberalismus wie Sozialismus und Konservatismus. Durch eine bis dahin ungekannte Verbindung von plebiszitärem Konsens und brutaler Gewalt, von Terror und Legalität setzten sie eine politische Revolution ins Werk, die schließlich auch Aufbau und Wertmuster der deutschen Gesellschaft unterhöhlte und selbst nicht vor den politisch-sozialen Einflusssphären traditioneller Machthabenden halt machte, auch wenn nach außen die Fassade der alten Elitenherrschaft bis in die Kriegsjahre bestehen blieb.

Es war eine politische wie eine soziale Revolution, was sich im Namen der Gegenrevolution in Deutschland zwischen 1933 und 1945 ereignete, nur daß diese Revolution sich lange hinter dem Schein der Tradition und Legalität versteckte und wenig mit dem aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Typus der Revolution zu tun hatte, die Humanität und Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hatte.

Im „Volksgenossen“ formten sich die Nationalsozialisten aus dem „Material“ des wilhelminischen Untertans einen gleichermaßen bornierten, aber nun auch ideologisch fanatischen, zu allem bereiten Täter, mit dessen Hilfe sie dann, vor allem im Zweiten Weltkrieg, die Menschenvernichtungsaktionen durchführen konnten. Der Soziologe Theodor Geiger deutete 1930 den Massenerfolg der NSDAP als „Panik im Mittelstand“; eine solche Feststellung darf man nicht dahingehend mißverstehen, daß die nationalsozialistische Dynamik nur aus der materiellen Verelendung herzuleiten sei. Nicht in den von Massenarbeitslosigkeit besonders hart betroffenen großstädtischen Ballungsgebieten hat die NSDAP ihre großen Erfolge erzielt, sondern in agrarisch-kleingewerblichen Zonen. Aber auch eine beachtliche Gruppe von Mitgliedern kam aus

der Arbeiterschaft. Zwar war ihr Anteil mit 28,5 Prozent nur halb so groß wie der Anteil an der Gesamtbevölkerung, aber keine Partei außer den sozialistischen Parteien SPD und KPD hat so viele Arbeiter angezogen. Unter den Arbeitern konnten NSDAP und SA vor allem solche als Mitglieder gewinnen, die zwar in großen Städten arbeiteten, aber in kleinen Städten oder Dörfern lebten, die im öffentlichen Sektor bei Verkehrs- oder anderen Versorgungsbetrieben tätig waren oder die in patriarchalisch verfaßten Betrieben arbeiteten, zu denen die sozialistischen Gewerkschaften keinen Zugang hatten. Der Anteil der Arbeiter an der NSDAP-Mitgliedschaft stieg dann zwischen 1930 und 1933 sogar noch an. Dazu kam die Allianz der NSDAP mit dem Großbürgertum, vor allem mit der Industrie; wer vom Nationalsozialismus spricht, muß selbstverständlich nach wie vor vom Kapitalismus reden. Eine monokausale Erklärung des NS-Phänomens steht jedoch im Widerspruch zum objektiven Erkenntnisstand, den Thamer in immer wieder neuen Facetten vorstellt.

Die Innenansicht der Diktatur zeigt ein polykratisches System. Konkurrierende unübersehbar-zahlreiche Untergruppierungen und Untergliederungen ermöglichten mancherlei Nischen, die Oppositionellen oder Angehörigen der „inneren Emigration“ das Überwintern erleichterten. Ausgeglichen wurden solche Herrschaftsschwächen dadurch, daß Weltanschauung, Erziehung, Feier, Kult und Propaganda divergierende Tendenzen zusammenschweißten. Im Mittelpunkt von Weltanschauung und Propaganda standen Rassenhaß und Rassenstolz. Die autoritäre Persönlichkeitsstruktur konnte sich voll entfalten; die Abreaktion von Frustrationsaggressivität wurde staatlich legitimiert. Das Sendungsbewußtsein eines Volkes, das sich bislang als ein „Volk von Habenichtsen“ empfunden hatte, erhielt eine große Schubkraft. Die propagierte und praktizierte Inhumanität wurde verbrämt mit spätidealistischen Versatzstücken; man suggerierte Glaube und Schönheit und versprach Kraft durch Freude. Die Ästhetisierung der Barbarei gelang vor allem deshalb, weil seit dem 19.

Jahrhundert die Spitzen und Stützen der Gesellschaft die Perversion deutschen Geistes und deutscher Kultur intensiv betrieben hatten; die Agenturen der Gesellschaft (wie Schule, Universität, Militär, Kirche, Verwaltung) hatten dafür gesorgt, daß das, was zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Aufklärung, Klassik und Romantik als Option auf Humanität in der Idee vorschien, für die Wirklichkeit der nachfolgenden Jahrzehnte durchschlagend wirkungslos blieb.

Die Nationalsozialisten brachten es fertig, daß nach dem Zwischenspiel der Weimarer Republik, die sich von „Potsdam“ abgewandt hatte, das Projekt der Moderne vorläufig scheiterte. Die Barbarei ist in die Kunstsinnigkeit eingesprenkelt; Krieg und Kunst, Gemeinheit und Schönheit werden zu auswechselbaren Begriffen; die Schizophrenie wird nicht als solche empfunden; das gesplittete Wesen ist das Wesen des Kleinbürgers schlechthin. Man verehrt Goethe, aber er ähnelt dem Soldatenkönig; man bewundert das Schöne, aber es ist nur die muskulöse Nacktheit; man ist für Sauberkeit, aber sie ist steril; man spricht hohe Worte, aber es sind hohle Worte; man strebt nach Idealen, aber es sind Spießerideale; man pflegt Innerlichkeit – in der Gartenlaube. Die Lieder, die man singt, sind Kitsch; der Mythos, den man verehrt, ist Kolportage; das Gemüt im Heim liegt auf Plüsch. Kultur ist Farce; die Dichter und Denker werden wichtiges propagandistisches Material in der Hand der „Richter und Henker“.

Die Nation verspätete sich nicht nur, was ihren Anschluß an die Entwicklung der Demokratie in Europa betraf; sie fuhr in entgegengesetzter Richtung ab. Logos wurde durch Mythos ersetzt; Kultur erwieb sich als Fassade, hinter der sich die Regression ungehemmt vollzog. Der Geist als Widersacher der Seele: was man als „Seele“ deklarierte, waren Rieselfelder, auf denen der Unrat sozialpathologischer Deformation zusammengeschwemmt wurde.

Thamer, dessen Werk mit vielen, aufschlußreich kommentierten Abbildungen versehen ist, macht eindeutig klar, daß der Nationalsozialismus

„folgerichtig“ den Weg in den Krieg beschritt. „Eine Kriegsschuldfrage gibt es nicht, was den Zweiten Weltkrieg anbetrifft. Die Verantwortung für den Krieg trägt die Politik des Deutschen Reiches. Darüber können weder Versailles noch das Versagen des Westens und die Komplizenschaft Stalins hinwegtäuschen. Sie ließen allenfalls zu, daß das Hitler-Regime die Macht zusammenballen konnte, um den Krieg auszulösen, den es immer schon hatte führen wollen. Durch Täuschung und Gewalt, durch das Ausnutzen der Schwächen, Interessen und Illusionen der politischen Kontrahenten, zunächst im Inneren, dann im Äußeren, hatte Hitler sich die Machtstellung erobert, die ihm das lang ersehnte Loschlagen zu erlauben schien... Mit dem Krieg fanden Hitler und der Nationalsozialismus gleichsam zu sich selbst.“

Nun konnte auch der Völkermord an Juden und „Untermenschen“ vollzogen werden. Unerhörte Menschenopfer waren dann notwendig, um das Dritte Reich als „Reich der niederen Dämonen“ zum Einsturz zu bringen.

Das Tausendjährige Reich währte nur zwölf Jahre; sein Ergebnis war das Gegenteil von all dem, was die Nationalsozialisten versprochen hatten. „Das Dritte Reich wurde nicht zum Retter, sondern zum Folterknecht und Henker Deutschlands und Europas. In einer letzten Übersteigerung europäischer Machtpolitik wollte Hitler das deutsche Reich zu globaler Herrschaft führen und zerstörte damit für lange Zeit, möglicherweise für immer, die Existenz einer souveränen deutschen Großmacht. Er wollte noch einmal von Europa aus die Welt organisieren und beherrschen und eröffnete damit das Zeitalter amerikanisch-sowjetischer Vorherrschaft und bipolarer Weltgegensätze. Er wollte die Juden vernichten und förderte mit seinem Völkermord die Gründung des Staates Israel.“ Nach Auschwitz ist es schwer, noch an den Sinn von Geschichte zu glauben; einen gewissen Trost mag man darin sehen, daß die Nemesis waltete und die faschistische Welt tiefgreifend zerschlagen wurde.

An umfassenden Darstellungen des Dritten Reiches wie an Detailuntersu-

chungen über den Nationalsozialismus ist kein Mangel. Eine Lücke schließt somit Hans-Ulrich Thamer's groß angelegtes Opus nicht. Allein schon die lange Liste der Anmerkungen wie Literaturhinweise macht deutlich, auf welch breitem Fundament von veröffentlichten Quellen und von Sekundärliteratur die Arbeit aufbaut. Man kann sie dennoch als ein Standardwerk bezeichnen: als zusammenfassende Analyse einer Epoche, deren einmalige Abgründigkeit aufgezeigt wird – entgegen dem zur Zeit beliebten neokonservativen Geschichtsrevisionismus, der mit Hilfe von Relativierung versucht, die „Hypothesen einer glücklich entmoralisierten Vergangenheit abzuschütteln“. (J. Habermas)

Nie überlagert Stoffhuberei die Anstrengung begrifflicher Durchdringung; nie verliert Deutung sich in realitäts-abgehobener Spekulation. Die jahrelange Mühe, die Thamer für dieses Buch, das schon vor einiger Zeit angekündigt war, aufwandte, hat sich gelohnt: der Versuch, mit einem klaren Maßstab, begründet in der Axiomatik einer fürs Humane sich engagierenden Geschichtsschreibung, die dunkelste deutsche Epoche aufzuklären, ist gelungen. Entstanden ist ein „Volksbuch“, aus dem ein Volk, das nach wie vor der Trauerarbeit aus dem Weg geht, erfahren kann, wohin der Weg führt, wenn man das Ziel nicht kritisch ins Auge faßt. Der kurzlebige Triumph des nationalsozialistischen Protests gegen alles Bestehende mahnt, „wie dünn die Decke sein kann zwischen technischer Zivilisation und Barbarei“. Daran zu denken, ist im Interesse der Menschheit dringlich geblieben.

Hermann Glaser

Bericht über das Unmenschliche

Janina Bauman:

Als Mädchen im Warschauer Ghetto. Ein Überlebensbericht.

Aus dem Englischen von Reinhard Wagner. Mit einem Nachwort von Wladyslaw Bartoszewski, Verlag Max Hueber, Ismaning 1986, 320 S., DM 36,-

Simha Naor:

Krankenymnastin in Auschwitz. Aufzeichnungen des Häftlings Nr. 80574. Mit einem Vorwort von Tisa von der Schulenburg. Herder-Verlag, Freiburg 1986, 144 S., DM 7,90

Zu den mehr als drei Millionen polnischer Menschen jüdischer Abstammung, die nach dem deutschen Einmarsch kaum noch Überlebenschancen hatten, gehörte die einer großbürgerlichen Arztfamilie entstammende und heute in England lebende Janina Bauman (geb. 1926).

Mit ihrer Mutter und ihrer jüngeren Schwester wurde sie 1940 ins Warschauer Ghetto verbannt und 1943 durch die Rote Armee befreit. Der katholische Autor Wladyslaw Bartoszewski (Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels 1986) schreibt zu diesem Bericht einer Überlebenden in seinem Nachwort:

„Als ich im April 1941 aus Auschwitz nach Warschau zurückkehrte, starben in dem bereits abgeriegelten jüdischen Wohnbezirk jeden Monat tausende von Menschen an Hunger und ansteckenden Krankheiten. Der Alltag... wie Janina Bauman ihn beschreibt und wie er ähnlich in den Darstellungen ihrer Zeitgenossinnen Mary Berg und Janina David („Ein Stück Himmel“ Anm. d. Red.) wiedergegeben wird, war ein angstvolles Dahinvegetieren...“

Dieser Alltag bestand aus Hunger, Krankheiten, Bombardierungen, aus den menschlichen Sehnsüchten einer Heranwachsenden, und immer wieder aus der entsetzlichen Todesangst vor den „Aktionen“, in denen die Deutschen ständig die Transporte in die Vernichtungslager zusammenstellten.

Bei ihren Erinnerungen hat sich die Autorin zurückversetzt in die in Furcht und Abgeschlossenheit verbrachten Jungmädchenjahre. Was sie an historischen Ereignissen, die sich jenseits der Ghetto Mauern abspielten, nicht wissen konnte, hat sie jetzt für jüngere Leser in einer kurzen Zeittafel angefügt. – Ihre Familie gehörte zu jenen, die dann in den Untergrund gegangen sind, im Ghetto oder auch im „arischen“ Teil Warschaus. Das bedeutete aber: ständige Gefahren – nicht zuletzt auch für jene, die ihnen Verstecke gewährten. Zuletzt waren es Bauern, die ihre Schützlinge für polnische Katholiken hielten und sie – ein weitere Gefahren bender Umstand! – mit in die Kirche nahmen. . . . Unter vielen anderen beschreibt die Autorin auch Situationen, die geprägt sind von der Erfahrung, „daß das Grausamste an der Grausamkeit darin besteht, daß sie ihre Opfer entmenslicht, ehe sie sie zerstört“. Solcher Entmenslichung begegnete sie in vielen Formen: So mußte man z. B. Angst nicht nur haben vor dem Entdecktwerden durch die Nazischergen, auch Erpressern und Denunzianten war man ausgeliefert. Und so mußten immer wieder neue, meist erbärmliche Schlupfwinkel gesucht und gefunden werden; das wäre ohne die mannigfaltige Hilfe mutiger Menschen nicht möglich gewesen. – Die drei Frauen haben überlebt, Janina Vater, der Chirurg, ist 1939 als polnischer Offizier in russische Gefangenschaft geraten und in Katyn ermordet worden.

Die 1899 in Wien geborene Stella Silberstein (heute Simha Naor) hatte u. a. Physiotherapie studiert. Gearbeitet hat sie im Allgemeinen Krankenhaus in Wien bei einem Professor, der just jenem Arzt bekannt war, der eines Tages in Auschwitz Dr. Mengele vertrat. Und so wurde die nackt zur Aussonderung bereitstehende Stella wie durch ein Wunder gerettet: Denn vor Verzweiflung hatte sie den Mut aufgebracht, ganz schnell von ihrer Wiener Ausbildung zu sprechen, die doch dem Lager dienlich sein könne. . . . Im Januar 1945 nach Bergen-Belsen verbracht, wurde sie im April 1945 befreit. Man ermöglichte ihr, sofort das Erlebte niederzuschreiben, und so

konnte die heute in Haifa lebende Autorin sehr unmittelbar berichten. Nicht Statistisches, sondern Erlebtes erzählt man aus diesem unsäglichen Auschwitz Alltag. Der Buchtitel soll nicht täuschen: die *Krankengymnastin* war nur für die „Arier“ da, etwa für die polnischen Insassinnen eines ehemaligen Frauenzuchthauses, deren Schicksale man am Rande mitbekommt. Auch das SS-Personal ließ sich von ihr behandeln. „Ich will nicht daran denken, wer sie sind. Wieviele Selektionen haben sie wohl geleitet? Wieviel Menschen haben sie ermordet? Welcher von ihnen hatte die Zigeuner verbrennen lassen? . . . Ich will aber nicht denken, will mich auf meine Arbeit konzentrieren. Ich weiß genau, daß mein Leben davon abhängen könnte.“

Es ist soviel über Auschwitz geschrieben worden, daß hier all das Entsetzliche, das, was so fassungslos macht, weil es von Menschen gegen Menschen erdacht und ausgeführt worden ist, nicht wiederholt sei. Aber: der Autorin ist keine Erfahrung erspart geblieben, keine Erfahrung von einer Art Hunger, wie er auch dem unserer Nachkriegsjahre nicht vergleichbar ist: von Kälte, Schmutz, Erniedrigung, Sadismus, Erschöpfung.

Beide Autorinnen waren zum Zeitpunkt ihrer Befreiung todkrank, und sie sind in letzter Minute gerettet worden. Manche ihrer Zeitgenossen bei uns wollen das nicht mehr lesen, was doch Millionen ertragen mußten. Diejenigen aber, die eines Tages in der politischen Verantwortung stehen werden, kann man nur bitten, die Lektüre als zeitgeschichtliche Dokumente anzunehmen und durchzuhalten. Denn hier haben zwei Frauen über Unmenschliches berichtet, ohne die eigene Menschlichkeit verloren zu haben.

Ingeborg Hecht

Zwischen Marxismus und Inkakommunismus

*José Carlos Mariátegui:
Revolution und peruanische Wirklichkeit. Ausgewählte politische Schriften.
Herausgegeben von Eleonore von Oertzen, isp-Verlag, Frankfurt a. M. 1986,
169 S., DM 22,-*

Das kurze Leben des peruanischen Marxisten José Carlos Mariátegui, der 1930 im Alter von nur 35 Jahren starb, ist in den Ländern des Nordens ebenso unbekannt geblieben wie sein umfangreiches publizistisches Schaffen, und es steht zu befürchten, daß die von Eleonore von Oertzen herausgegebene Aufsatzsammlung wie auch eine geplante Publikation des Argument-Verlages daran nicht sehr viel ändern werden.

Ein Grund für das verbreitete Desinteresse mag wohl darin zu suchen sein, daß Mariátegui sich auf den ersten Blick nur mit spezifisch peruanischen Problemen auseinanderzusetzen scheint. Doch dieser erste Eindruck täuscht, und zwar gründlich. Mariátegui, der mit Leib und Seele Journalist gewesen ist, war es stets darum zu tun, das methodische Instrumentarium des Marxismus, zu dem er sich während eines mehrjährigen Europaufenthaltes Anfang der 20er Jahre bekehrt hatte, für die Analyse der konkreten ökonomisch-sozialen Wirklichkeit seines Heimatlandes zu nutzen. Aber sein Blick richtete sich auch weit über den peruanischen Tellerrand hinaus: „Wir haben die Pflicht, die nationale Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, aber ebenso sind wir verpflichtet, die Realität der ganzen Welt nicht aus den Augen zu verlieren. Peru ist Teil einer Welt, die auf einem gemeinsamen Weg ist.“

Mariátegui begriff die peruanische Wirtschaft als Teil der kapitalistischen Weltökonomie, aber ihre Abhängigkeit von den Interessen des britischen und nordamerikanischen Kapitals verhinderte die Herausbildung eines eigenständigen Kapitalismus, der die ökonomische Rückständigkeit hätte

aufholen können, wie auch einer im eigentlichen Sinne „nationalen“ Bourgeoisie. Die halbfeudale Organisationsform des Großgrundbesitzes, dem es eben nicht um die Produktivität, sondern um die Rentabilität des agrarisch genutzten Bodens ging, erwies sich als entscheidendes Hemmnis für die kapitalistische Entwicklung des Landes. Vom Produktivitätsniveau her betrachtet, zeigte sich der alte inkaische Agrarkommunismus der von den spanischen Eroberern ererbten Produktionsweise zumindest ebenbürtig. Und dabei war doch die höhere Produktivität der einzige Legitimationsgrund des Kapitalismus gegenüber allen anderen vorangegangenen Gesellschaftsformationen.

Mariátegui erkannte „die Notwendigkeit des Kampfes um die zweite Unabhängigkeit“ – nach der von der Kolonialmacht Spanien die vom internationalen Finanzkapital –, aber mangels einer „nationalen“ Bourgeoisie und eines revolutionären Kleinbürgertums im Lande war ihm klar, „daß nur die sozialistische Revolution dem Vordringen des Imperialismus wirklich und nachhaltig Einhalt gebieten kann“. Er setzte dabei nicht nur auf das städtische Proletariat der Küstenregion, sondern vor allem auch auf die unterdrückten, entrechteten und ausgebeuteten Indios des Hochlandes, die immerhin die übergroße Mehrheit der peruanischen Bevölkerung ausmachten. Ihre kommunistische Tradition hielt Mariátegui nicht für tot. Überall glaubte er Anzeichen dafür zu erkennen, „daß die Indios langsam ein kollektives Bewußtsein ihrer Situation entwickelten“, „daß die *comunidad*, trotz aller Angriffe eines liberalen Formalismus im Dienste einer feudalen Ordnung, immer noch ein lebender Organismus ist, ... daß sie sogar spontan sichtbare Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Entfaltung zeigt, obgleich sie zur Zeit halb erstickt und deformiert inmitten einer feindlichen Umgebung dahinvegetiert“.

Doch gegenüber Mariáteguis Glauben an die Möglichkeit, unter den Indios die alten kollektivistisch-kommunistischen Lebens- und Bewußtseinsformen der Inkas wiederzubeleben und sie prägend für einen spezi-

fisch peruanischen Sozialismus werden zu lassen, ist Skepsis angebracht. Mariátegui selbst war es, der an anderer Stelle als Marxist nachwies, daß mit dem Wegfall der materiellen Basis des inkaischen Kommunismus auch dessen politisch-ideologischer Überbau sich radikal umwälzen mußte: „Die Spanier zerstörten diese großartige Produktionsmaschinerie, natürlich ohne fähig zu sein, etwas an ihre Stelle zu setzen. Die indianische Gesellschaft und die Inkakonomie lösten sich auf und zerfielen vollständig. Nachdem das, was sie zusammenhielt, zerstört war, zersetzte sich die Nation in einzelne Gemeinden. Die Indios hörten auf, solidarisch und organisiert zu arbeiten.“

Rainer Diehl

Erfahrungen nutzen – Zukunft gestalten

Horst Ehmke/Karlheinz Koppe/Herbert Wehner (Hrsg.):

Zwanzig Jahre Ostpolitik. Bilanz und Perspektiven

Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986, 397 S., DM 19,80

Es hat viele Deutsche gegeben, die sehr laut gesprochen und sehr wenig taten, als es um das Schicksal ihres Landes ging. Es hat Deutsche gegeben, die sehr leise sprachen und sehr viel taten. Eugen Selbmann gehört zu den letzteren. So charakterisiert der frühere Deutschland-Korrespondent der New York Times, David Binder, den langjährigen wissenschaftlichen Assistenten und außenpolitischen Berater der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Eugen Selbmann, dem Horst Ehmke, Karlheinz Koppe und Herbert Wehner als Herausgeber ein Sammelwerk zu „Zwanzig Jahren Ostpolitik“ gewidmet haben.

In neun Kapiteln nehmen namhafte Persönlichkeiten des politischen und wissenschaftlichen Lebens der Bundesrepublik Stellung zu den unterschiedlichsten Aspekten der Ost- und Entspannungspolitik, die ergänzt werden durch Beiträge von fachkundigen Autoren aus der Sowjetunion, Polen, der DDR und Ungarn. Zu Wort kommen Personen, die entweder in politisch verantwortlichen Positionen (Hans Apel, Willy Brandt, Horst Ehmke, Berndt von Staden u. a.) oder durch wissenschaftliche und publizistische Arbeiten (Wilhelm Bruns, Helga Haftendorn, Eberhard Schulz, Theo Sommer, Heinrich Vogel) an dem Entspannungsprozeß beteiligt waren.

Trotz unverkennbarer Stockungen und Rückschläge seit Ende der siebziger Jahre verbindet die Autoren die Gewißheit, daß der Prozeß der Annäherung, des Vertrauens-Schaffens und der Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas auch weiterhin einen Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Politik leisten kann.

Die Sorge, daß das auf politischer,

gesellschaftlicher und wissenschaftlich-kultureller Ebene in den sechziger und siebziger Jahren in zäher Kleinarbeit Erreichte heute angesichts der sicherheitspolitischen Konfrontation (SDI), der gespannten Beziehungen zwischen den Großmächten und der Dominanz der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in der internationalen Politik in Vergessenheit zu geraten droht, verstärkt die Autoren in ihrem Engagement, sich für die konsequente Weiterführung des Entspannungsprozesses einzusetzen.

Während z. B. Egon Bahr Grundzüge der Strategie der „gemeinsamen Sicherheit“ beschreibt, der Pole Marian Dobrosielski Pläne einer atomwaffenfreien Zone in Europa aktualisiert und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den Prozeß der KSZE und die zukünftigen Aufgaben der KVAE anspricht, zeigt Hans-Adolf Jacobsen Perspektiven für den notwendigen Abbau von Feindbildern und Wege des friedlichen Miteinanders durch menschliche Kontakte über

die Systemgrenzen hinaus. In Hans-Jochen Vogels Plädoyer für eine neue Entspannungspolitik wird die Position der Sozialdemokraten deutlich, auf der Grundlage der festen Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses die positiven Erfahrungen der Ostpolitik zu nutzen und aktiv diese Politik im Bewußtsein weiterzuführen, daß der Frieden zwar nicht alles, aber ohne den Frieden alles nichts ist.

Da die Voraussetzungen für eine neue Phase der Entspannungspolitik in Europa aufgrund inzwischen bewährter Kooperationselemente und bestehender persönlicher Kontakte (Abbau von Mißtrauen) heute positiver einzuschätzen sind als zu Beginn der siebziger Jahre, restümiert der geschäftsführende Herausgeber Karlheinz Koppe in seinem Schlußbeitrag, daß die Entspannungspolitik ein Handlungskonzept ist, zu dem es keine Alternative gibt. Würdigungen von Herbert Wehner, Helmut Schmidt und Georgi Arbatow, die das zuverlässige,

beharrliche und erfolgreiche Hintergrund-Wirken Eugen Selbmans in Ost und West für eine Politik der blockübergreifenden Völkerverständigung und des friedlichen Ausgleichs herausstellen, runden einen Band ab, der als Hilfe verstanden werden kann, die Erfahrungen mit der Entspannungspolitik für die Zukunft nutzbar zu machen.

Auch wenn Beiträge von Kritikern der Ostpolitik fehlen, amerikanische oder andere westliche Autoren nicht zu Wort kommen, einzelne Aspekte unterbeleuchtet scheinen (Jugendaustausch, Sport- und Kulturpolitik, Ökologie) und die harten Auseinandersetzungen um die innenpolitische Durchsetzung der Verträge zu Beginn der sozialliberalen Koalition in den Aufsätzen nicht in Erinnerung gerufen werden, erschließt der Sammelband jedem an Politik und Zeitgeschichte Interessierten eine Fülle von Erfahrungen, Ansichten, Einschätzungen und Positionen, die die Diskussion über den Tag hinaus bestimmen müssen.

Hans-Josef Legrand

